Mittwoch, 21. Mai 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 115 - 21.W.- Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 560,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

Heute in der WELT



In einem 40 Seiten umfassenden farbigen WELT-Report, der dieser Ausgabe beiliegt, werden Trends und Tips zu Geschäftsreisen aufgezeigt. Das Magazin stellt Buchungs- und Reisemöglichkeiten, neue Fluglinien, das Rail- and Fly-System sowie Partner-Tarife und medizinische Ratschläge für Flugreisen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Weltausstellung in Vancouver. Im Service-Teil gibt es Geschenkideen und Kreditkarten-Empfehlungen.

POLITIK

Botschafter: Das israelische Außenministerium hat angesichts der Diskussion um ÖVP-Kandidat Waldheim beschlossen, zunächst den Ausgang der Präsidentschaftswahl in Österreich abzuwarten, ehe ein neuer Botschafter in Wien ernannt wird. Der jetzige Botschafter Elizur steht vor der Pensionierung.

Niederlande: Einen Tag vor den Parlamentswahlen haben die Gegner einer Aufstellung von US-Marschflugkörpern eine Niederlage erlitten. Ein Gericht wies die von Friedensgruppen und rund 20 000 Privatpersonen eingereichten Klagen ab. (S. 5)

China: Inkompetenz, Trägheit und Korruption hat die für Fragen der Ideologie maßgebliche Zeitschrift „Rote Flagge" vielen Parteimitgliedern vorgeworfen.

Syrien: Moskau will Damaskus nach israelischen Angaben neue Raketen vom Typ SS 23 und Mig-29-Kampfflugzeuge liefern. Eine sowjetische Militärdelegation hält sich derzeit in Syrien auf. (S. 12)

Sri Lanka: Erbitterte Kämpfe zwischen Regierungstruppen und tamilischen Untergrundkämpfern haben Dutzende von Menschenleben gefordert. Die Kämpfe im Norden der Insel haben inzwischen nachgelassen. Indien warf der Regierung in Colombo unterdessen vor, eine politische Lösung der lange schwelenden Tamilenfrage verhindern zu wollen.

Sacharow: Der sowjetische Atomphysiker und Regimekritiker ist schon jetzt eine der großen, tragischen Gestalten der russischen Geschichte. Sacharow wird heute 65 Jahre alt. (S. 3)

Einladung: Mehrere in der UdSSR akkreditierte westliche Botschafter, darunter auch der Bonner Missionschef Jörg Kastl, haben eine offizielle sowjetische Einladung zu einem Besuch in Kiew ausgeschlagen. (S. 6)

Bulgarien: Außenminister Mladenow hat bei einem Besuch in Bonn gebeten, das von der EG nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl verhängte Einfuhrverbot für bulgarische Agrarerzeugnisse wiederaufzuheben. Außenminister Genscher verwies darauf, daß diese Frage von der Kommission geprüft werde.

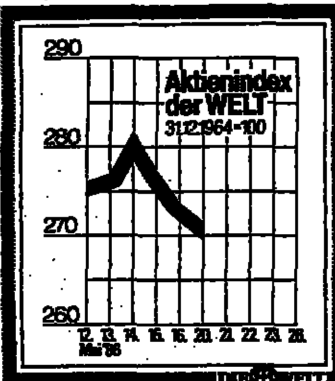
Widerstand: Die Absicht der Bundesregierung, 51 Prozent der Agrar-Nutzfläche in der Bundesrepublik zum „benachteiligten Gebiet" zu erklären, stößt bei der EG auf Widerstand. Ziel ist, den Bauern zusätzliche Subventionen zukommen zu lassen. (S. 12)

Abzüge: Das bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers vom Arbeitsamt als Lohnersatz zu gewährende Konkursausfallgeld muß nach dem zuletzt verdienten Arbeitsentgelt unter Anrechnung der gesetzliche Abzüge berechnet werden. (AZ.: Bundessozialgericht 10 Rar 14/84.)

WIRTSCHAFT

Wohnungsmarkt: Die „Wohnungshalden" in der Bundesrepublik sind nach Auffassung des Deutschen Mieterbundes nicht auf eine Sättigung der Nachfrage zurückzuführen, sondern auf einen Mangel an preiswerten Angeboten. Die Masse der leerstehenden – 250.000 bis 300 000 – Wohnungen sei für den durchschnittlich Verdienenden zu teuer. Vorsitzender Jahn (SPD) wies Forderungen nach Vertragsfreiheit im Mietrecht zurück. (S. 13)

Börse: Anhaltende poltische Unsicherheit führte an den Aktienmärkten zu sinkenden Kursen. Auch der Rentenmarkt war leichter. WELT-Aktienindex 271,38 (273,70). BHF Rentenindex 106,377 (106,600). BHF Performance Index 103,802 (103,990). Dollarmittelkurs 2,2195 (2,2123) Mark. Goldpreis pro Feinunze 338,70 (343,00) Dollar.



KULTUR

Konzert: Der Pianist Wladimir Horowitz wird am Samstag ein weiteres Konzert in der Berliner Philharmonie geben. Seine spontane Entscheidung wird auch 100 Klavierstudenten zugute kommen, die bevorzugt Einlaß erhalten sollen. (S. 19)

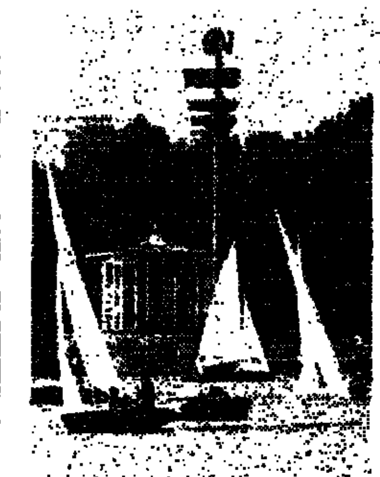
New-Jazz-Festival: Auffallend die Hinwendung der jungen Amerikaner zu singenden Klängen; Free Jazz, Eruptionen finden sich nur noch in verhaltener Form. Häufig der Rückgriff auf swingende Rhythmen – 15 Jahre New-Jazz-Festival in Moers. (S. 19)

SPORT

Eishockey: Der 209fache Nationalspieler Udo Kießling vom Kölner EC wurde zum Spieler des Jahres gewählt. Der 33 Jahre alte Kießling hatte bereits 1977 diesen Titel gewonnen.

Fußball: Kevin Whitton, der erste englische Fußball-Rowdy, der zu einer lebenslangen Gefängnisstrafe verurteilt worden war, ist begnadigt worden. Das neue Strafmaß: drei Jahre Haft.

AUS ALLER WELT



Maschsee: Südliche Idylle in einer norddeutschen Großstadt. Der Maschsee (Foto), mit seinen 78 Hektar Wasserfläche ein Freizeit-Dorado südlich der Innenstadt von Hannover, wird heute 50 Jahre alt. (S. 20)

Diesel: Vor genau 50 Jahren wagte Daimler-Benz mit dem Mercedes 260 D zögernd den Einstieg in die Diesel-Ära der Personenwagen. Das 45-PS-Modell löste zunächst Verwirrung aus, war doch dieses Antriebsaggregat zuvor ausschließlich in Schiffen, Lifts und bei der Eisenbahn verwendet worden. (S. 20)

SPD präzisiert ihre Pläne für Ausstieg aus der Kernenergie

Druck über Bundesrat angekündigt / Treffen der Länderchefs in Hannover

MICHAEL JACH, **Hannover**

Einen Tag nach dem Bundeskongreß der Grünen haben die Sozialdemokraten offenbar als Reaktion darauf ihre energiepolitische Leitlinie präzisiert: Der „Einstieg in den Ausstieg" soll nach einem Wahlsieg am 15. Juni in Niedersachsen auf gesetzgeberischem Weg beginnen. Mit der dann erlangten Bundesratsmehrheit will die SPD eine Änderung des Atomgesetzes erreichen. Dies geht aus einer gestern in Hannover vorgelegten gemeinsamen Erklärung der SPD-Länderregierungschefs, des Bundestags-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel und des niedersächsischen Spitzenkandidaten Gerhard Schröder hervor.

Nach den Vorstellungen der Sozialdemokraten soll mit der Bundesratsinitiative ein Verzicht auf die Wiederaufarbeitung abgebrannter Reaktorbrennstäbe sowie auf die Inbetriebnahme des „Schnellen Brüters" in Kalkar festgeschrieben, somit der „Einstieg in die Plutoniumwirtschaft ausgeschlossen" werden. Statt der Wiederaufarbeitung sollen verbrauchte Brennelemente direkt endgelagert werden. Insoweit entspricht die Erklärung von Hannover den jüngsten Beschlüssen der SPD-Bundestagsfraktion.

Ebenso will die SPD die derzeit geltende „rechtliche und finanzielle Privilegierung" der Kernenergie aufheben. Das bedeutet: Eine Förderung soll es nicht mehr geben.

Das Treffen in Hannover stand im übrigen – *nicht nur mit Blick auf die niedersächsische Landtagswahl* – im

SEITEN 2 UND 4:
Weitere Beiträge

Zeichen des Bundeskongresses der Grünen vom Pfingstwochenende, der den Überlegungen der SPD zu Bündnissen mit der Ökopartei eine neue Dimension gegeben hat. Einen Zusammenhang *mit den jetzt vorgelegten* Atomgesetz-Plänen der SPD wollten allerdings weder Johannes Rau noch Gerhard Schröder herstellen.

In ihren Reaktionen auf die Grünen zeigten die SPD-Spitzen demonstrativ Gelassenheit. Rau sah sich ausdrücklich bestätigt in seinem Nein zu einer Kanzlermehrheit mit Hilfe grüner Stimmen. Mit Blick auf die Wählerschaft erklärte Rau, für seine Partei sei es wichtiger, „irrtümliche *CDU-Wähler zu gewinnen*" als „Grün-Wähler zu uns zurückzuholen". Zugleich schloß der Kanzlerkandidat nicht aus, daß die SPD aus jüngsten überzogenen Forderungen der Grünen wahltaktische Vorteile im rotgrünen Spektrum ziehen könnte.

Schröder verwies auf die nach SPD-Umfragen „realistische" Aussicht auf eine Alleinregierung in Hannover und erinnerte daran, „die gleichen Bündnisdiskussionen" wie jetzt in Niedersachsen hätten sich schon in Nordrhein-Westfalen und im Saarland als überflüssig erwiesen.

Hessens Ministerpräsident Holger Börner, dessen grüner Koalitionspartner nach dem Grünen-Parteitag von Hannover verschärft auf kurzfristige Stillegung hessischer Kernkraftanlagen drängen dürfte, betonte knapp, er habe „keinen Koalitionsvertrag mit der Bundespartei der Grünen".

DER KOMMENTAR

Ungelegen

RÜDIGER MONIAC

In Washington vergeht kaum ein Tag, an dem die Medien nicht darüber räsonieren, ob es richtig und gut sei, so viele US-Truppen in Europa und vor allem in der Bundesrepublik Deutschland stationiert zu haben. Diese öffentliche Diskussion kommt der Administration ungelegen. Reagan und Weinberger haben zum wiederholten Male bekräftigt, daß ein Rückzug amerikanischer Verbände nicht vorgesehen sei. Auch der für sensible politische Aussagen zuständige Pentagon-Staatssekretär Richard Perle hat das eben wieder bestätigt. Allerdings machte er einen wichtigen Zusatz. Die Regierung in Washington behalte sich den Einsatz der auf dem Boden der Verbündeten stationierten Verbände vor, auch wenn das nicht deren Billigung finde.

Die neue Debatte über diese Frage in Washington speist sich aus zwei Quellen: aus der in allen politischen Lagern Amerikas ungemein tiefen Enttäuschung über die weithin verbreitete Unfähigkeit der europäischen Verbündeten, den mit Flugzeugen geführten Vergeltungsschlag gegen Khadhafi als dem offensichtlichen Drahtzieher terroristischer Anschläge in jedweder Weise zu unterstützen. Außerdem muß die Debatte im Zusammenhang mit Forderungen nach einer Kürzung des Verteidungshaushaltes gesehen werden. Aber das finanzielle Argument sticht nicht, denn schnell läßt sich nachweisen, daß in Europa stationierte Verbände kaum teurer sind als solche, die in die USA zurückverlegt worden sind. Politisch gefährlich ist der Vorwurf an die Adresse der Europäer, sie ließen eine Interessenidentität mit den USA vermissen.

Die Verbündeten der USA müssen begreifen lernen, daß sie nicht im stillen Winkel hocken bleiben und so tun können, als hätten sie mit dem Handeln der Weltmacht in anderen Teilen der Erde nichts zu tun. Friedenssicherung ist längst zur globalen Aufgabe geworden.

„Brutalster Angriff auf die Polizei"

Bayerns Innenminister Hillermeier verurteilt Krawalle in Wackersdorf / WELT-Gespräch

RALPH LORENZ, **Bonn**

Die blutigen Ausschreitungen an der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf sind nach den Worten des bayerischen Innenministers Karl Hillermeier (CSU) „der bisher brutalste und hartnäkkigste Angriff auf Gesundheit und Leben" der zum Objektschutz abgestellten Polizeibeamten. Die Täter seien „mit einem sehr hohen Grad an krimineller Energie, menschenverachtend und gewalttätig" vorgegan*gen, stellte Hillermeier in einem Ge*spräch mit der WELT nach den Krawallen fest, bei denen 400 Polizisten und Demonstranten verletzt wurden.

Der bayerische Innenminister verteidigte in diesem Zusammenhang den Einsatz von CS-Reizgas. Zum Selbstschutz der Polizeibeamten sei dies ein „absolut angemessenes Mittel" gewesen, weil auf den Einsatz von Wasserwerfern nicht mehr rea*giert worden sei. Der SPD-Spitzen*kandidat zur Landtagswahl, Karl-Heinz Hiersemann, forderte dagegen in einer Erklärung Hillermeier auf, derartige „Gasbombeneinsätze" künftig zu unterlassen.

Das brutalere Vorgehen der Demonstranten am Baugelände der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage führt Hillermeier auch auf die „Emotionalisierung nach dem Reaktorunglück in der Ukraine" zurück. An die Bewohner im Umkreis von Wackersdorf richtete Hillermeier die eindringliche Bitte, „sich endlich nicht mehr als billige Kulisse für die Gewalttäter" herzugeben.

Den Demonstranten gehe es nur vordergründig um die Verhinderung der Wiederaufarbeitungsanlage. Vielmehr wolle dieser Personenkreis diesen „Staat in seinem System" treffen.

Hillermeier sprach von 1000 „Demonstrationstouristen", die zwischen Brokdorf, Grohnde und Wackersdorf pendelten. Deshalb müsse über eine Verbesserung der Meldetätigkeit zwischen den Polizeibehörden in den Bundesländern nachgedacht werden.

Bestürzt reagierte auch der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) über die Ausschreitungen in Wackersdorf. Polizeibeamte sollten nicht länger bei unzureichender Bezahlung, mangelnder beruflicher Perspektive und unter Verzicht auf Privatleben die „Prügelknaben der Nation" spielen müssen, sagte der BDK-Vorsitzende Ingo Herrmann.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) zog aus den Krawallen den Schluß, Schwerkriminelle, die Demonstrationen als Basis für Angriffe auf Polizisten benutzten, nicht länger unbehelligt zu lassen. Scharfe Kritik *übte der GdP-Vorsitzende, Günter* Schröder, in diesem Zusammenhang auch an der Justiz. Wenn Richter Tagessätze von 20 Mark als Strafe ansehen, so sei dies „nur ein Anreiz zum Wiederbegehen".

In Wackersdorf hat sich inzwischen die Lage wieder beruhigt. Nach Angaben der Polizei wurde das Zeltlager gestern bereits wieder abgebrochen. Rund 50 bis 70 Kernkraftgegner seien *auf dem Gelände verblieben.* Nach einer Bilanz der Polizei wurden bei den Ausschreitungen 185 Polizisten verletzt.

Genscher bittet um Hilfe für Entführte

DW. **Managua/Bonn**

Dem Krisenstab des Auswärtigen Amtes liegt noch kein Lebenszeichen der in Nicaragua entführten acht Deutschen vor. Die Besetzer der deutschen Botschaft in Managua hatten für gestern abend die Beendigung ihrer Protest-Aktion gegen die Entführung angekündigt.

Außenminister Genscher hat die Regierungen der USA und der Nachbarländer Nicaraguas um Mithilfe bei der Suche nach den Deutschen gebeten.

Seite 12: Noch kein Lebenszeichen

Benzinpreise steigen weiter

DW. **Bonn/New York**

Nur eine Woche nach der letzten Erhöhung steigen die Benzinpreise in der Bundesrepublik Deutschland erneut – mit Ausnahme von Diesel. Die meisten Konzerne wollen sie von heute an um fünf Pfennig heraufsetzen.

Am freien Markt in New York hat die gestiegene Nachfrage nach Benzin zu einem Anziehen des Ölpreises geführt. Ein Barrel Öl (159 Liter) der Sorte West Texas Intermediate kostet jetzt 17,16 Dollar. Damit wurden die seit Januar höchsten Preise erzielt.

Seite 13: Ölmärkte

González übt Kritik an Moskau

DW. **Moskau**

Der spanische Ministerpräsident Felipe González hat in Moskau die Haltung der Sowjetunion in Menschenrechtsfragen kritisiert. Die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich dürfe nicht als Einmischung in die inneren Angelegenheiten betrachtet werden, betonte er.

Mit González ist zum ersten Mal seit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und Madrid im Jahre 1977 ein spanischer Regierungschef zu einem offiziellen Besuch in die UdSSR gekommen. Gestern traf González zu einem Meinungsaustausch mit dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow zusammen. *Bereits* am Montag hatte eine erste Unterredung mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Nikolai Ryschkow, an der auch die Außenminister Eduard Schewardnadse und Francisco Fernando Ordoñez teilnahmen, stattgefunden.

USA bekräftigen: Kein Truppenabzug

DW. **Washington**

Die amerikanische Regierung plant keinen Abzug ihrer Truppen aus Europa. Das bekräftigte der Abteilungsleiter im US-Verteidigungsministerium, Richard Perle, in Washington vor ausländischen Journalisten. In Anspielung auf die *Haltung* der Europäer zum amerikanischen Luftangriff auf Libyen fügte Perle jedoch hinzu, isolationistische Strömungen in den USA würden dadurch verstärkt. Der Eindruck, Washington finde bei den Verbündeten nicht die notwendige Unterstützung, könnte die Freiheit der Regierung beeinflussen, Truppen in Übersee zu stationieren.

Perle bezeichnete die Auffassung, die US-Truppen in Europa könnten anderswo nicht eingesetzt werden, als „übertrieben". „Wir haben niemals unser Recht aufgegeben, unsere Truppen so zu bewegen, wie wir es für richtig halten", auch wenn dies nicht die Billigung der Staaten finde, in denen sie gerade stationiert seien.

„Verantwortung gegenüber Israel"

SAD, **Jerusalem**

Bundestagspräsident Philipp Jenninger hat in Jerusalem die besondere Verantwortung des deutschen Volkes gegenüber Israel und den Juden betont: „Wir wollen nichts vergessen, nichts verdrängen von dem, was gewesen ist." Der Besuch des Bundestagspräsidiums in Israel dokumentiert, so Jenninger, „die besondere Bedeutung, die wir den Beziehungen zu Israel beimessen". So ist es auch erst das zweite Mal, daß der Bundestagspräsident und seine vier Vizepräsidenten gemeinsam in ein Land reisen. Jenninger ließ in der offiziellen Ansprache vor der Knesset allerdings das in seinem Rede-Text erwähnte *Selbstbestimmungsrecht* des palästinensischen Volkes aus. Knesset-Präsident Hillel sagte, der Besuch sei besonders in einer Zeit wichtig, in der versucht werde, „Rassismus und Antisemitismus vergessen zu machen".

Seite 3: Engere Bande

Kohl-Verfahren vor Einstellung

gba. **Bonn**

Die Koblenzer Staatsanwaltschaft *will das Ermittlungsverfahren* gegen Bundeskanzler Kohl wegen Verdachts uneidlicher Falschaussage einstellen. Mit der Bekanntgabe der Verfügung wird noch im Laufe des heutigen Tages gerechnet. Auch die Bonner Staatsanwaltschaft, die ebenfalls einstellen will, hat das Verfahren abgeschlossen. Offen war gestern, ob Generalstaatsanwalt Schmitz dies zuläßt und wann er seine Entscheidung nach Bonn weitergibt.

„Kernfusion erst in 50 Jahren nutzbar"

DW. **Bonn**

Die kontrollierte Kernfusion zur Energieerzeugung, an der Wissenschaftler seit Jahren mit Hochdruck arbeiten, wird nach Einschätzung von Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) frühestens in 50 Jahren kommerziell nutzbar sein. Er warnte gestern in einer Veröffentlichung zum aktuellen Stand der Forschungsarbeiten davor, die Kernfusion als eine in überschaubarer Zeit verfügbare Alternative zu den heutigen Kernkraftwerken zu betrachten.

Chancen für Frau Süssmuth steigen

DW. **Bonn**

Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth (CDU) hat gute Chancen, neue Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung zu werden. Eine Mehrheit der Landesverbände dieser Organisation hat die 49jährige Politikerin als Nachfolgerin von Helga Wex vorgeschlagen. Für diesen Posten wollen auch Bildungsministerin Wilms sowie die Bundestagsabgeordneten Hellwig und die Vorsitzende der westfälischen CDU-Frauen, Fischer, kandidieren.

Geographie soll Pflichtfach werden

DW. **Braunschweig**

Der Verband Deutscher Schulgeographen tritt für eine Verbesserung des Geographieunterrichts in allen Bereichen des Bildungswesens der Bundesrepublik ein. Zur Eröffnung des 20. Schulgeographentages in Braunschweig forderte der Verband bessere Kenntnisse bei den Schülern über die unterschiedlichen Lebensbedingungen und Formen der Menschen auf der Erde. An den Schulen sollte Geographie als Pflichtfach mit zwei Wochenstunden geführt werden.

Zahl der Tumore nimmt ständig zu

Mediziner-Kongreß in Berlin / Mehr als 20 000 Teilnehmer zur Fortbildung erwartet

VERA ZYLKA, **Berlin**

Die Statistiken sprechen eine deutliche Sprache: Die Sterblichkeitsrate als Folge von Herz- und Kreislauferkrankungen geht trotz verstärkter Aufklärung der Öffentlichkeit noch immer nicht deutlich zurück. Ebenso nimmt die Zahl der Patienten mit chronischen Lungenerkrankungen und Tumoren der Atmungsorgane beständig zu. Als auslösende Faktoren gelten wiederkehrende Entzündungen der oberen Luftwege, berufs- sowie umweltbedingte *Schadstoffe* – und das Rauchen.

Diesen thematischen Schwerpunkten widmet sich von heute an in Berlin der 35. Kongreß für ärztliche Fortbildung, zu dem sich 20 000 bis 25 000 Teilnehmer aus allen Bereichen der Medizin treffen. Die „Mammut"-Veranstaltung wird vom 19. zahnärztlichen- und vom 17. Fortbildungskongreß für Pflegekräfte begleitet.

Das fünf Tage dauernde Experten-Treffen bietet mit rund 400 Referaten ein breites Spektrum der aktuellen praktischen Medizin. Um die Teilnehmer intensiver fortzubilden, sollen erstmals in die Blockveranstaltungen auch Seminare und praktische Übungen integriert werden.

Die Veranstaltung trägt dem wachsenden Interesse und der zunehmenden Bereitschaft besonders der jüngeren Mediziner Rechnung, neben den klassischen Möglichkeiten der Schulmedizin auch unkonventionelle Heilmethoden zu diskutieren. Auffällig in den zur Diskussion stehenden Themen ist für Fachleute, daß Randgebieten der *Medizin* besonders viel Platz eingeräumt wird. Dazu gehören vor allem Problemstellungen aus den Bereichen der Arbeits- und Sozialmedizin, Präventivmedizin, Psychoso*matik und Homöopathie.*

Die parallel in Berlin tagenden Zahnärzte werden unter anderem Probleme des Einzelzahn-Verlustes und deren neuartige Ersatzformen *erörtern. Unterschiedliche Einflüsse* auf die Gebißentwicklung von Kindern und der Einsatz von Kunststoff stehen ebenso auf der Themenliste wie „die Bedeutung von Aids in der zahnärztlichen Praxis" und „Hepatitis, Berufskrankheit des Zahnarztes".

Angesichts der zunehmenden Veränderung der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung gewinnt die Betreuung und Pflege von Kranken, Behinderten und Alten immer mehr an Bedeutung. Der Begleitkongreß für die Krankenpflege-Berufe wird unter Berücksichtigung der Erfahrungen einiger Nachbarländer in Zusammenarbeit mit Ärzten und Therapeuten neue Behandlungskonzepte erarbeiten.

Die Hoffnung, daß diese Großveranstaltung zu einer Begegnungsstätte für Ärzte aus Ost und West werden *könnte, hat sich nach Angaben des* Kongreßleiters, Professor Gotthart Schettler aus Heidelberg, nicht erfüllt. Trotz des erst kürzlich unterzeichneten Kulturabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" erwartet man die Teilnahme von nur 300 Kollegen aus Mitteldeutschland, meist im Rentenalter.

Chiles Polizei schirmt Parlamentariertreffen ab

Christdemokraten-Führer Zutritt zur Tagung verwehrt

DW. **Santiago de Chile**

Unter starken Sicherheitsvorkehrungen, aber ohne Zwischenfälle, ist in Santiago de Chile ein internationales Parlamentariertreffen eröffnet worden. Mehr als 70 Volksvertreter aus Westeuropa und Lateinamerika, unter ihnen auch Abgeordnete aus der Bundesrepublik Deutschland, *nehmen an der dreitägigen* „Solidaritätsveranstaltung" für den Übergang zur Demokratie in Chile teil.

Bereits mehrere Stunden vor der Eröffnung der Konferenz hatte die *Polizei die gesamte Region um das in* der Innenstadt gelegene Tagungshotel abgesperrt. Die umliegenden Straßen wurden verbarrikadiert, Geschäfte zwangsweise geschlossen und Fußgänger sowie Autos umgeleitet. Der Führer der Christdemokratischen Partei, Gabriel Valdes, der die Teilnehmer begrüßen wollte, wurde am Betreten des Hotels gehindert. Valdes nannte dies einen „Beweis für die Feindseligkeit der Militärregierung der Welt, die ihre Isolierung zeigt". Der chilenische Innenminister hatte im Zusammenhang mit der Konferenz von „Einmischung" gesprochen. Eine Gruppe chilenischer Gewerkschaftler, die vor den Delegierten reden sollten, wurden nicht *durchgelassen. Offizielle Stellen* in Santiago erklärten, die Sicherheitsmaßnahmen sollten die Teilnehmer schützen und Zwischenfälle und „terroristische Aktionen" verhindern.

Die Parlamentarier wollen auf Einladung der gemäßigten chilenischen Oppositionsparteien sowie unter dem Patronat der internationalen Organisationen der Christdemokraten, Liberalen und *Sozialisten unter anderem* über Demokratisierungsbemühungen in Chile diskutieren. Nach der Verfassung aus dem Jahr 1980 soll in Chile 1990 wieder ein aus zwei Kam*mern* bestehendes Parlament geschaffen werden. Zwei Drittel der Abgeordneten sollen gewählt, ein Drittel von einem 1989 von den Militärs zu ernennenden Präsidenten ernannt werden. Eröffnet wurde die Tagung von dem letzten Präsidenten der chilenischen Abgeordnetenkammer, dem Christdemokraten Luis Pareto Gonzalez.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Straf- und Heldentaten

Von Edgar Neumann

In Nicaragua fand eine doppelte Freiheitsberaubung statt. Wer immer die acht deutschen „Aufbauhelfer" in seiner Gewalt hat, sollte sie schnell und unversehrt wieder auf freien Fuß setzen. Entführungen sind keine Heldentaten. Sie verschaffen keine Sympathien, aber der Fall ist noch undurchsichtig. Keine Guerilla-Bewegung hat sich bisher als Täter zu erkennen gegeben. Es scheint aber, daß eine Kampforganisation der Miskito-Indianer die Opfer gefangen hält.

Das Drama hat einen Beigeschmack: Sowohl die Sandinisten als auch ihre deutschen Gefolgsleute versuchen alles, das Schicksal der Entführten propagandistisch auszuschlachten. Nicaraguas Außenministerium beschuldigte die CIA, obgleich die Reagan-Regierung aufgrund eines Kongreßbeschlusses den antikommunistischen Rebellen keine militärische Hilfe mehr gewähren darf.

Die Besetzer der deutschen Botschaft hängten ein Transparent aus dem Gebäude, das verkündet: „Acht Brigade-Mitglieder Opfer der militärischen Aggression, die von der westdeutschen Regierung unterstützt wird". Kein hoher Bonner Regierungsbeamter hat es gewagt, ein Wort für die „Contras" einzulegen. Außerdem nutzten die Besetzer ein Radio-Interview für den Anwurf, Reagan sei an allem schuld.

Es war – gestern um 17 Uhr MESZ wollten die Besetzer ihre rechtswidrige Aktion abbrechen – die dritte Botschaftsbesetzung seit 1983 durch den gleichen Personenkreis: junge Aktivisten der alternativen Szene, die sich „Aufbauhelfer" nennen – Helfer beim Aufbau eines marxistischen Systems. Das Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal vermittelt diese Arbeitskräfte. Etwa achtzig Männer und Frauen sind gewaltsam in die Botschaft eingedrungen, raubten mehreren Leuten die Freiheit (unter anderem dem Botschafter Rusnak), bemächtigten sich der Telex- und Telefonapparate, so daß die Diplomaten nicht mehr frei mit Bonn sprechen konnten.

Die beiden anderen Okkupationen waren zu Ende gegangen, als Vertreter der sandinistischen Regierung Räumungssignale erteilten. Unverständlich ist, warum das Auswärtige Amt nach den vorherigen Besetzungen keine Strafanzeige erstattet hatte, auch wenn sie von „anderer Qualität" (nämlich „eher demonstrativ") waren, wie das Amt sagt. Ist dadurch bei den „Helfern" der Eindruck entstanden, die deutsche Botschaft sei ein rechtsfreier Raum? Auch Botschaftsbesetzungen sind keine Helden-, sondern Straftaten.

Vor dem Soweto-Jahrestag

Von Monika Germani

Schläge eines Landes gegen Guerilla-Basen in einem Nachbarland, so wie sie jetzt Südafrika gegen den ANC in Botswana, Zimbabwe und Zambia durchgeführt hat, widersprechen der westeuropäischen Vorstellung von friedlicher Koexistenz. Und der Blick ist nicht immer klar dafür, daß dies (auch) woanders nicht mehr als eine Wunsch-Vorstellung ist.

In Südafrika haben sich seit Januar die Anschläge des ANC, verglichen mit dem Vorjahr, mehr als verdreifacht. In Kabwe (Tansania) beschloß die ANC-Führung, vor allem weiche, zivile Ziele anzugreifen, also nicht mehr ausschließlich gegen das verhaßte Regime und seine Institutionen zu kämpfen. Dabei werden weiße und schwarze Zivilisten getötet. Indem die südafrikanische Armee in den drei Nachbarländern die logistischen Grundlagen des ANC angreift, die Nachschubbasen zu vernichten versucht, werden die Erfolgsaussichten der gewalttätigen Elementen für eine gewisse Zeit geschmälert.

Doch die meisten Schwarzen wollen – im Gegensatz zum ANC – einen friedlichen Weg zu einem Miteinander von Schwarz und Weiß einschlagen. Diese Mehrheit, die von den Medien oft verschwiegen wird, ist Tag für Tag der Gewalttätigkeit, den „Halsbändern" aus brennenden Autoreifen, den Molotowcocktails ausgesetzt. Letztlich sind sie der Bevölkerungsteil, der vom ANC mit allen Mitteln gewonnen werden muß.

Südafrika bereitet die Vorbereitung aller Seiten auf den zehnten Jahrestag des Soweto-Aufstandes (16. Juni 1976): Die Waffenverstecke, die Südafrikas Polizei in immer größeren Mengen entdeckt, sind ein Beispiel dafür. Diese Waffen sollen nicht nur den Kampf in die weißen Wohngebiete tragen, sie sollen auch die friedliebenden Schwarzen einschüchtern, töten. Sollte die weiße Regierung einmal abtreten und eine schwarze gemäßigte Regierung, vielleicht unter dem Zulu-Führer Mangosotho Buthelezi, die Macht übernehmen, dann beginnt der Kampf erst richtig, mit den heute ins Land geschmuggelten Waffen. Denn der ANC will die Macht allein, er will sie nicht mit anderen Schwarzen teilen.

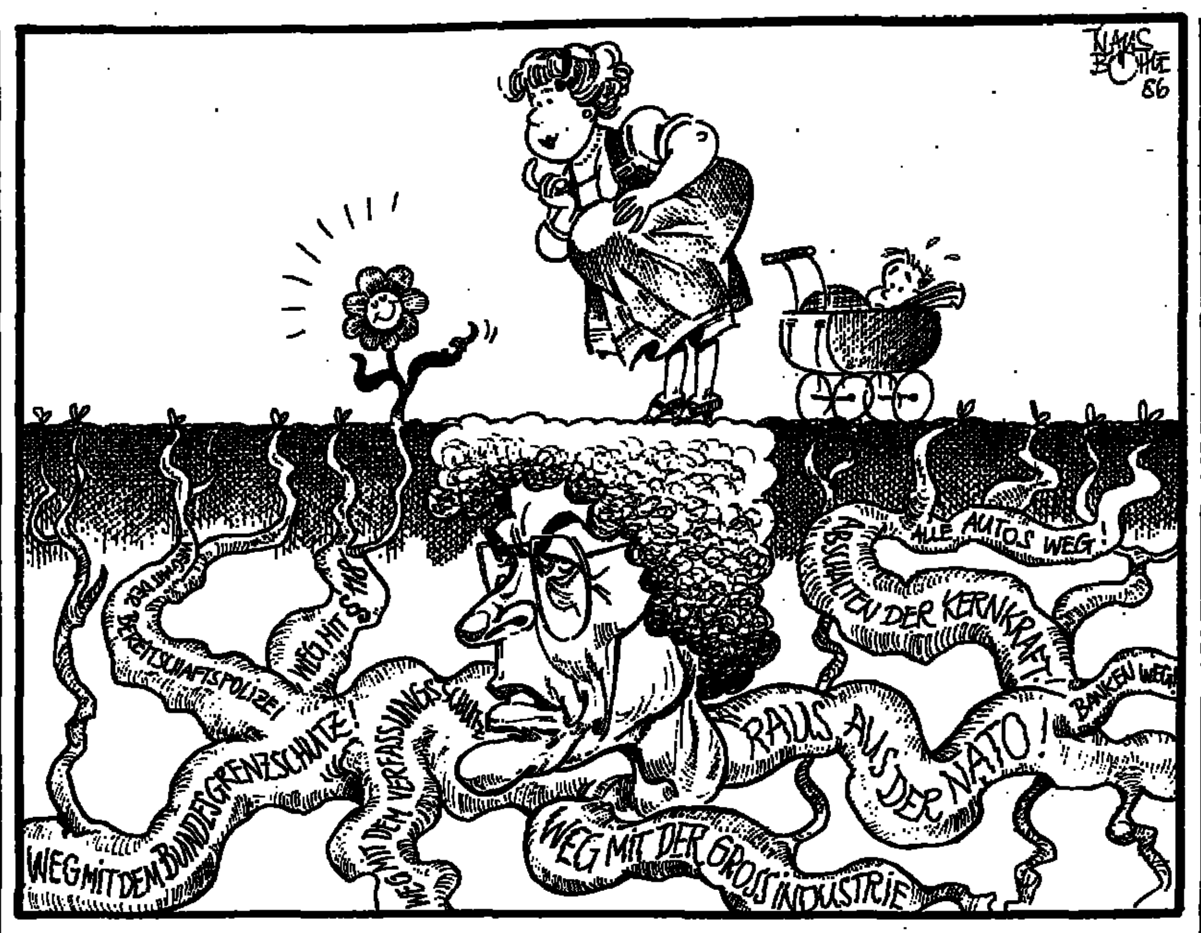
Mitterrands Plaudereien

Von Joachim Schaufuß

Auch diesmal hat François Mitterrand auf dem Solutré-Felsen, den er während seiner Widerstands-Kämpferzeit zu jedem Pfingstfest zu besteigen gelobte, den ihm gefolgten Journalisten einige Anregungen geliefert. Dabei ging es vor allem um die Cohabitation – das Zusammenleben eines sozialistischen Präsidenten mit einer bürgerlichen Regierung. Aber Mitterrand geht dieser Begriff zu weit. Er möchte lieber von der „institutionellen Koexistenz" sprechen. Und er könne sie, wenn er wolle, natürlich jederzeit beenden.

Dafür hat er zwei verbriefte Möglichkeiten. Die erste, nämlich die vorzeitige Auflösung der Nationalversammlung, die entweder aus freien Stücken oder nach einem für Mitterrand positiven Referendum (Volksentscheid) erfolgen könnte und Neuwahlen erforderlich machte, schloß er aus. Die zweite: Mitterrand tritt vorzeitig zurück, womit neue Präsidentschaftswahlen notwendig werden. In Paris meint man, daß ein Rücktritt um so schwieriger werde, je näher die nächsten normalen Präsidentschaftswahlen (Mai 1988) rücken. Als äußerster Termin wird das Frühjahr 1987 gesehen, als frühester der kommende Winter. In dieser Zeitspanne, so wird vermutet, hätte Mitterrand die größten Chancen, wiedergewählt zu werden oder einem anderen Sozialisten zum Siege zu verhelfen.

Aber ob ihm das gelingen würde, hängt nicht zuletzt davon ab, wie schnell die Früchte der neuen französischen Wirtschaftspolitik reifen. Wird bis dahin das Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit erste Erfolge zeigen, oder werden die Unternehmer ihre neue Entlassungsfreiheit zur Verringerung ihrer Belegschaft nutzen? Auch ist die Gefahr nicht auszuschließen, daß der Abbau der Preis- und Devisenbeschränkungen zunächst die Inflation und die Kapitalflucht fördert. In beiden Fragen ist Mitterrand bereits auf Distanz zur Regierung gegangen, ebenso wie beim Privatisierungs-Programm. Was aber dieser große Taktiker wirklich beabsichtigt, kann niemand voraussagen.



Der kleine grüne Unterschied KLAUS BÖHLE

Ausflug ins Grüne

Von Peter Gillies

Wären die bürgerlichen Parteien nicht mit ihren eigenen Problemen und Personen vollbeschäftigt, hätten sie sicher mit so prompter wie flammender Kritik auf die Wahlaussagen der Grünen-Versammlung von Hannover reagiert. So jedoch überließen sie die Darstellung über Pfingsten der öffentlich-rechtlichen Nachrichtengebung. Daß die Sozialdemokraten mit *merkwürdig verdünnter Kritik* reagierten, mag noch angehen, aber das bürgerliche Lage hätte eigentlich Grund zu mancher Dar- und Klarstellung gehabt.

Ei, wie putzig waren doch die Zeiten, als die sanften Ökopaxen die menschliche und friedvolle Welt beschworen, das Gänseblümchen zwischen den Lippen, bürgerliche Sehnsüchte streichelnd. Und dabei streng basisdemokratisch, versteht sich. Spätestens jetzt dürfte den Sympathisanten der „Bewegung" klargeworden sein, wohin sie sich bewegt: zu einer radikalen Linkspartei, die nicht nur eine „andere Republik" will, sondern überhaupt keine Republik mehr.

Das ist „eine politische Gruppe, die dem Parlamentarismus den Kampf angesagt hat, keine Lehren aus der deutschen Geschichte gezogen" *hat und „sich damit in die* Nähe von Faschisten bringt". Diese zutreffende Charakterisierung stammt übrigens von einem SPD-Politiker namens Holger Börner (freilich bevor er seinen Ekel überwand und mit ihnen koalierte).

Nun ist nichts auf dieser Erde vollkommen, alles verbesserungsbedürftig, von der Energieversorgung bis zur Sozialpolitik. Die Stärke von Konservativen liegt darin, beides zu erkennen, um einiges ändern zu können. Die Grünen betreiben jedoch die Politik als Kunst des Unmöglichen, schreiben Parteiprogramme für Utopia. Der dünne Faden, der sie noch mit der Realität verbindet, liegt in der Hoffnung auf politische Bündnisse; diese wiederum basiert auf der Erwartung, mehr Bürger als bisher würden aus Angst vor dem Tode den Selbstmord *ankreuzen.*

Die sogenannten Fundamentalisten profitierten natürlich von der sozialistischen Schlamperei und technologischen Rückständigkeit in einem Ort namens Tschernobyl und der importierten Angst. Der sofortige Ausstieg aus einer Energiequelle war da fast zwangsläufig. Aussteigen möchte man auch aus der NATO – das ist jenes Bündnis, das Europa die längste Periode des Friedens in diesem Jahrhundert bewahren half; die Bundeswehr soll verdünnt, um alsdann abgeschafft zu werden, Sicherheitskräfte und Verfassungsschutz stehen ebenso auf der Streichliste wie Teile der Wirtschaft und des Verkehrs.

Die Bewegung will also den Staat und seine Institutionen entblößen, wehrlos machen, wirtschaftlich verarmen, ihn nach innen und außen entwaffnen. Damit gibt sie ihn letztlich preis. Nur „alternaiv"? Nein, die trickreichen Basisdemokraten sind alles andere als unerfahren. Sie wissen natürlich, daß Wehrlosigkeit dieser Art Auslieferung bedeutet. Kommunisten haben derzeit noch weniger Anlaß als bisher, sich an Bundestagswahlen zu beteiligen, sind doch ihre Forderungen im Grünen besser verankert, als sie es je zustandebrächten.

„Die Bourgeoisie muß eingeschläfert werden. Wir werden deshalb damit beginnen, die theatralischste Friedensbewegung in Szene zu setzen, die jemals existierte. Die kapitalistischen Länder, einfältig und dekadent, wie sie sind, werden mit Vergnügen an ihrer eigenen Zerstörung arbeiten. Sobald ihre Wachsamkeit nachläßt und sich ihr Schutzgürtel entblößt, werden wir sie mit geballter Faust zerschmettern." So sprach der Lenin-Vertraute Dimitri Manuilsky im Jahre 1931.

Wirtschaftspolitisch stellen sich die Grünen als Klassenkampfpartei dar, ordnungspolitisch als Syndikalisten, die von privatem Eigentum und Wettbewerb, von Leistung und freiem Welthandel wenig halten. Funktionäre sollen über Technologien befinden, mühsam abgeschaffte Kapitalverkehrs-Kontrollen sollen die exportorientierte Bundesrepublik in die Kleinstaaterei zurückwerfen, das Ideal ist der leistungslose Ausstieg mit voller Pensionsberechtigung.



Ein Tête à tête oder ein Zusammenprall? Willy Brandt und Petra Kelly FOTO: DPA

Recht peinlich geriet die Debatte über das Leben, zu dessen Gralshüter sich die Grünen besonders berufen fühlen. Das Gänseblümchen im Feuchtbiotop erfreut sich liebevollster Zuneigung, das werdende menschliche Leben wird dagegen bedenkenlos zur Disposition einer vermeintlich sich selbstverwirklichenden Gesellschaft gestellt. Wenn der Bürger schon die Zusammenhänge von äußerer und innerer Sicherheit und einer wehrhaften Demokratie nicht durchschaut und ihm die wirtschaftlichen Mechanis*men fremd* bleiben – allein diese Mogelpackung wäre zu durchsichtig.

Nun mag es ja sein, daß das eingeschläferte Bürgertum den unausgegorenen Utopien instinktiv nicht über den Weg traut, weil es von „Bewegungen" die Nase voll hat. Dagegen spricht jedoch sein Wahlverhalten, das die Grünen durchaus zum Zünglein an der Waage machen kann. Mancherorts sind sie es schon. Beruhigend heißt es, die Ökopaxen hätten sich nun endgültig als bündnisunfähig erwiesen. Niemand könne mit ihnen koalieren, die Überreste von Realpolitik müßten deshalb zwangsläufig durchbrechen.

Der SPD mag die Radikalisierung der Grünen derzeit zupaß kommen, macht es doch ihre Abgrenzungsversuche glaubwürdiger. Aber erstens finden sich die meisten grünen Grundlinien in mehr oder minder abgeschwächter Form auch bei ihr wieder, zweitens ist das Versprechen, mit ihnen niemals ein Bündnis eingehen zu wollen, nichts wert. „Ich schließe nicht nur eine Koalition, sondern auch eine Zusammenarbeit mit ihnen aus", hatte Börner noch 1983 versichert.

Angesichts der extrem kurzen Beine solcher Dementis ist die abgestufte politische Gegenwehr der demokratischen Parteien schon interessant. Vor allem von der SPD wäre eine Abgrenzung im Grünen erwünscht.

IM GESPRÄCH Barbara Sukowa

Sehnsucht aus der Hinterhand

Von Lothar Schmidt-Mühlisch

Barbara Sukowa hat ein Gesicht, wie es die Filmkamera braucht: breitflächig, mit ausgeprägten Jochbeinen, stark modellierter Nase und vollem, sinnlichem Mund. In solchen Gesichtern lassen sich Kontraste abbilden, darin spiegeln sich Gefühlsregungen deutlich, körperhaft und exzessiv – ein Gesicht, wie man es neuerdings wieder liebt, da auf einmal Innerlichkeit gefragt ist und selbst politische Ideologien eher theoretisierender Genesis den wärmenden Mythos ihrer Leidenschaft suchen.

Insofern ist es kein Zufall, daß die „rote Barbara", wie man die Schauspielerin seit ihrer Darmstädter Zeit *nennt, ausgerechnet* für ihre Titelrolle in dem Film „Rosa Luxemburg" in Cannes als beste Darstellerin geehrt wurde. Die Sukowa verkörpert darin etwas, das man die Bedeutungswärme eines modischen Konflikts nennen könnte: eine Frau, die gern Blümchen pflücken möchte, aber, ach, statt dessen den *Generalstreik* zu *organisieren* sich durchringt. Vom Gefängnishof in Wronke zur Zelle in Stammheim ist es nur ein Schritt – da gerät man, zumal als Frau, in die Sphären gefühlter Geschichte.



Mit einer Palme als beste weibliche Darstellerin geehrt: Barbara Sukowa FOTO: KASPERSKI

Barbara Sukowa (36), die gebürtige Bremerin, hat wohl Rosa Luxemburg nicht nur gespielt. Sie empfindet das selbst so. Schon in Darmstadt, wo sie 1971 ihr erstes festes Theater-Engagement bekam, lief sie gegen „Bevormundungen" Sturm. Sie nahm Stellung gegen den NATO-Nachrüstungs-Beschluß. Sie kritisierte Polizeiaktionen in Brokdorf, und der „atomare Wahnsinn" macht sie tieftraurig. Solche Ängste, die sie auch in Fassbinder-Filmen (zum Beispiel als Mieze in „Berlin Alexanderplatz") spielte, bewegen sie wirklich.

Aber Barbara Sukowa ist eben auch eine glänzende Schauspielerin, auf der Bühne wie im Film. Das hat sie bewiesen in Frankfurt, wohin Luc Bondy sie verpflichtete, und in Hamburg, wo sie zwischen 1976 und 1980 unter Ivan Nagels Förderung zum Bühnenstar wurde. Sie ist ein tragischer Typ, der Lebens-Sehnsüchte spiegelt, selbst wenn sie keine Miene bewegt.

Die Kraft ihrer Figuren kommt immer gleichsam aus der Hinterhand, wenn es niemand erwartet. Sie kann Gefährdung spielen, neurotische Zusammenbrüche und dann ebenso glaubwürdig den Durchbruch zur Tat, wie in Caroly Makks Psycho-Thriller „Die Jäger", wo sie den Bedroher ihrer Existenz schließlich erschießt. Sie begründet Handeln aus intensivem Glücksverlangen heraus. Und das gibt es wenig auf Bühne und Leinwand: daß jemand bloß aufschaut – und schon ist man traurig und voller Sehnsucht.

Die Absolventin des Berliner Max-Reinhardt-Seminars hat nach ihrem Krach mit Peter Striebeck an Hamburgs Thalia-Theater (sie weigerte sich, eine Wohlverhaltens-Erklärung zu unterschreiben) im Jahr 1980 mehr Filme gedreht als Theater gespielt. Sie stand in Margarethe von Trottas „Die bleierne Zeit" ebenso vor der Kamera wie in Fassbinders „Lola".

Der Preis von Cannes wird ihr nun wohl zu einer internationalen Karriere verhelfen. Nicht nur in Deutschland mangelt es schließlich an Gesichtern, die von den „blauen Flecken der Seele" (FAZ) berichten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Offenburger Tageblatt

Es meint zu Wackersdorf:

Der Ruf (der Polizei-Gewerkschaft) nach einem „*Meldedienst für gewalttätige Störer*" ist nur zu verständlich. Man weiß, daß es immer wieder dieselben sind, die man in Hamburg oder Berlin kennt, deren Daten aber in Bayern jetzt erst neu erfaßt werden müssen und dort wieder unnütz schmoren, wenn man sie in Rheinland-Pfalz bräuchte.

Frankfurter Allgemeine

Auch diese Zeitung geht auf das Wochenende in Wackersdorf ein:

Eine Bürgerinitative, die solche Gewalttäter bei sich beherbergt, sollte sich lieber als Verbrecher-Schutzverein bezeichnen ... Die beiden Kirchen aber sollten ein energisches Wort mit den Geistlichen reden, die mit ihrer Anwesenheit und mit Gottesdiensten dem Lager in Wackersdorf auch noch den Anschein einer moralischen Legitimation gaben.

die tageszeitung

Das alternative Berliner Blatt kommentiert den Grünen-Parteitag:

Entscheiden wird letzlich die hessische Landesversammlung, nicht die Bundespartei. Was also taugt dieser Kompromiß? In erster Linie ist er ein Mißtrauensvotum an die Realpolitiker/innen der eigenen Partei.

Frankfurter Neue Presse

Sie relativiert Meinungsumfragen:

Wer wundert sich über das Resultat der jüngsten Blitzumfrage von Infas, das der SPD zusammen mit den Grünen eine satte Mehrheit bescheinigt – falls heute gewählt würde? ... Die Diagnose, der Reaktor-Unfall von Tschernobyl könnte in Bonn eine politische Wende bewirken, ist nicht gerade originell ... Ebenso ist mit Entwicklungen zu rechnen, die der *jeweiligen* Regierung zugute kommen.

SÜDKURIER

Die Konstanzer Zeitung schreibt zu den Vertriebenen:

Es ist jedes Jahr immer wieder dasselbe: Die Treffen und Massenveranstaltungen der von 1945 bis heute aus Osteuropa vertriebenen, geflohenen oder einfach nur in die Bundesrepublik ausgereisten Deutschen legen Wunden bloß. Die Menschen, die bei den Pfingstkundgebungen ihrer verlorenen Heimat gedenken, machen sich in der Hauptsache des „Fehlers" schuldig, scharenweise aufzutreten und nicht vergessen zu können. Und weil dies so ist, stimmen Moskau und die unter seiner Zucht stehenden osteuropäischen Staaten in den Entrüstungsruf ein, der aus dem Wort „Revanchismus" besteht.

THE TIMES

Die Londoner Zeitung meint zu den südafrikanischen Luftangriffen:

Es gibt ein machiavellistisches Argument, nach dem Aktionen langfristig gerechtfertigt sein könnten, wenn sie es Botha ermöglichen, das Reformprogramm fortzuführen und vielleicht noch zu beschleunigen. Die Reaktion im Unterhaus und die der OAU bestätigten jedoch, daß der unmittelbare Effekt eine Verstärkung des Rufs nach Sanktionen sein wird.

Nur eine halbherzige Stärkung der Fachkompetenz

Die Novellierung des Berliner Hochschul-Gesetzes / Von Paul F. Reitze

Zwei Jahre vor seiner Berufung zum Wissenschaftssenator hat George Turner ein Buch über „Massenuniversität und Ausbildungsnotstand" veröffentlicht, in dem unter anderem nachzulesen ist, die bundesdeutsche Hochschulpolitik befinde sich in der „Sackgasse". Turner war damals Präsident der Universität Stuttgart-Hohenheim. Jetzt steckt er selbst mittendrin in dieser Sackgasse, als Hauptakteur.

Nachdem der Bund sein Hochschul-Rahmengesetz Ende letzten Jahres novelliert hat, legen Rheinland-Pfalz (das die Novellierung ursprünglich für überflüssig hielt) und Berlin Eile an den Tag, die Anpassung zu vollziehen. Mainz möchte vor den Wahlen 1987 alles unter Dach und Fach wissen. Turners Berliner Vorgänger, der neue Innensenator Kewenig, liebäugelte ohnehin schon geraume Zeit mit einer Novellierung. Er hat damit den Koalitionspartner FDP bis aufs Blut gereizt (und umgekehrt).

Im Gespräch macht Turner kein Hehl daraus, daß er den Berliner Entwurf für keinen großen Wurf hält; was nun bis zum 2. Juni in die Beratungen geht, sei ein „Koalitionskompromiß, ausgehandelt auf höchster Ebene".

Zu den Positiva rechnet er eine Entbürokratisierung auf allen Ebenen. Die Hochschulen erhalten mehr Autonomie (auch wenn sie sich darüber noch nicht beglückt gezeigt haben), und die Fachkompetenz wird gestärkt. Das Gesetz, in der vorletzten Fassung aus 195 Paragraphen bestehend, wird nur noch 137 enthalten. (In Rheinland-Pfalz kam man 1961 mit 29 Paragraphen aus.)

Die Hauptprobleme des Entwurfs: Die Professoren-Mehrheiten in den zentralen Gremien sind knapp bemessen. Die Stärkung der Fachkompetenz dort bleibt halbherzig. Die Wahlverfahren sind zu schwerfällig. Die Amtszeit der Präsidenten ist mit vier Jahren äußerst kurz bemessen.

„Der Ansatz homogener Gruppeninteressen ist falsch", sagt Turner. Er weist auf die Fraktionskämpfe an den Berliner Hochschulen seit fast zwei Jahrzehnten. „Kein Zweifel: die Universitäten sind für die Studenten da, sonst würden Forschungsinstitute oder Akademien genügen. Aber die Verantwortung ist gestuft, bei Professoren wesentlich höher. Es wäre mißlich, wenn knappe Mehrheiten den Eindruck aufkommen ließen, es würde nach Standesinteressen abgestimmt."

Turner will versuchen, wenigstens noch ein Quorum ins Gesetz zu bringen. Das ist ein heißes Eisen der Diskussion. Die Wahlmuffel werden traditionell von den Studenten gestellt. Der *Senator:* „Es geht nicht um Disziplinierung oder Bestrafung, sondern darum, Verantwortung zu wecken." Ob die FDP mitzieht, ist offen.

Wie hätte ein fast ideales Gesetz auszusehen? In dessen Nähe kommt nach Turners Auffassung das baden-württembergische. Es baut fachliche Verantwortung strikt von unten nach oben auf, von den einzelnen Instituten über die Fakultäten bis hin zu den zentralen Gremien.

In den Fakultätsrat werden so bis zu fünf Leiter von wissenschaftlichen Einrichtungen als „Amtsmitglieder" entsandt. Das setzt sich nach oben fort: Fachinteressen statt Gruppeninteressen. Davon gibt es im Berliner Entwurf kaum mehr als Spurenelemente.

„Das wäre eine gute Sache: Fachinteressen quer durch die Gruppen", resümiert Turner. Im übrigen tut ihm das Lob für das baden-württembergische Gesetz fast schon leid. Es habe den übrigen Ländern durchaus auch ein schlechtes Beispiel gegeben. „Das baden-württembergische Gesetz, das am Anfang der modernen Entwicklung stand, ist Pinselstrich um Pinselstrich aus der Kommunalverfassung abgemalt worden."

Turners Fazit für alle Hochschulgesetze: „Der Ansatz ist falsch. Man kann nicht Hochschulen einfach wie Gebietskörperschaften behandeln." So sei kommunales Wahlrecht etwas anderes als dasjenige an den von Gruppen bestimmten Universitäten.

Von der Notwendigkeit einer Studienzeit-Verkürzung bleibt Turner überzeugt. Sie müsse über die Fachbereiche beziehungsweise Fakultäten vorangetrieben werden, mit Hilfe von Prämien (Freisemester für Professoren, besondere Kulanz bei der Frage der wissenschaftlichen Ausstattung).

Prämien soll es in Berlin überhaupt dort geben, wo Wissenschaft überdurchschnittlich funktioniert: Diese Sektoren möchte Turner ausbauen. „Damit erhalten wir auch auf längere Sicht die Studenten, die wir brauchen: die guten." Und die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS), in Präsidententagen ein Lieblingsthema Turners? „Auflösen, auflösen, auflösen!"

Das Flämmchen der Vernunft und der Toleranz

Seit zwanzig Jahren ist er die Seele der sowjetischen Bürgerrechts-Bewegung, seit mehr als sechs Jahren lebt er in Gorki in der Verbannung – einstmals ein Privilegierter und doch das gefürchtete schlechte Gewissen des Systems: Andrej Sacharow. Heute wird er 65 Jahre alt.

Von CARL G. STRÖHM

Andrej Sacharow ist bereits jetzt eine der großen, tragischen Gestalten der russischen Geschichte. Was immer die sowjetischen Machthaber im Sinn haben – an dieser Tatsache wird sich nichts mehr ändern. Daß ein bedeutender Naturwissenschaftler zugleich ein großer Humanist ist, daß ein Mann, der als Vater der russischen Atombombe alle Privilegien des Regimes genoß, der Wahrheit und Aufrichtigkeit willen auf Macht, Glanz und Ansehen, auf Ehrungen und ein bequemes Leben verzichtete: Das ist *eine der großen geistigen und* menschlichen Taten unserer Zeit.

Daß das sowjetische Regime mit Andrej Sacharow nicht anders fertigwerden kann als durch Isolierung und Verbannung, zeigt, für wie „gefährlich" es ihn einschätzt. Die Behauptung, Moskau könne Sacharow nicht in Ruhe lassen und müsse seine Ausreisen in den Westen verweigern, weil er Geheimnisträger sei, hält einer näheren Überprüfung kaum stand. Was Sacharow über die Atome weiß, wissen inzwischen viele andere in West und Ost. Viel wahrscheinlicher ist, daß er deshalb nicht reisen darf, weil das Regime erstens eine Art Rachebedürfnis an einem ehemaligen Angehörigen der privilegierten Schicht spürt – und weil man zweitens bei anderen Intellektuellen oder Wissenschaftlern eine abschreckende Wirkung erzielen möchte. Daran hat bis jetzt auch der neue Kreml-Chef nichts geändert. Es ist fraglich, ob er überhaupt etwas ändern will.

Sacharow ist für die Sowjetunion, für die gesellschaftlich-politischen Zustände dieses Landes auf seltsame Weise typisch und zugleich untypisch. Er ist, wenn man so will, ein *Produkt des sowjetischen Systems.* Aber zugleich ist er in seiner Art des Denkens und Verhaltens, in seiner Fähigkeit zu differenzieren und seiner Bereitschaft zu Toleranz das Gegenteil alles dessen, wofür das moderne Sowjetsystem typisch und charakteristisch ist. Sacharow ist, wenn man diesen Ausdruck aus dem 19. Jahrhundert in die Gegenwart übertragen kann, ein „Westler".

Anders als etwa Solschenizyn und viele russische Dissidenten sieht er das Heil des russischen Volkes nicht in einer Renaissance alter Ideen, nicht in einer Rückkehr zu überkommenen Vorstellungen aus der vorrevolutionären Zeit. Sacharow ist ein Aufklärer, ein Mann, der an die Vernunft, an das Rationale im Menschen glaubt. Auch seine Reaktion auf die *Tschernobyl-Katastrophe war höchst* aufschlußreich. Er, der keinerlei Anlaß hat, Moskau einen Gefallen zu erweisen, warnte vor Hysterie und Übertreibung.

Ist jenes Rußland, das er verkörpert, überhaupt existent? Ist Sa*charow nicht ein einsamer Rufer in* der Wüste, der weder von den herrschenden Kommunisten noch von den Dissidenten und erst recht nicht von den Massen verstanden wird? Eine gewisse Einsamkeit lastet auf ihm. Sie ist nicht nur durch die erzwungene Isolation in Gorki bedingt. Die Gesamtsituation der Sowjetunion ist für differenzierte Betrachtungsweisen nicht günstig. Manchmal wirft man Sacharow sogar vor, er sei nicht genügend ketzerisch.

Aber abgesehen vom körperlichen Zustand, abgesehen von den schweren psychischen und physischen Belastungen, die er in all den Jahren auf sich nehmen mußte: Das undifferenzierte Argumentieren war seine Sache auch in jüngeren Jahren nicht. Sacharow weiß, daß schnelle Veränderungen zum Positiven in der Sowjetunion nicht zu erwarten sind. Weder er noch die meisten Zeitgenossen können damit rechnen, noch Zeugen *solcher Veränderungen zu werden.* Er ist ein Wegbereiter für eine ferne Zukunft, jemand, der in der dunklen Nacht das Flämmchen der Vernunft und der Toleranz am Leben erhalten hat. Dafür gebührt ihm Ehre.



Verbannte in Gorki: Andrej Sacharow und seine Frau Jelena Bonner

FOTOS: AP



Freunde des Bürgerrechtlers tauften kurz nach dessen Verbannung die Straße gegenüber der Sowjet-Botschaft in Paris nach Andrej Sacharow

Sacharow, der Kernphysiker von Weltrang

Von LUDWIG KÜRTEN

Angesichts der weltweiten Aufmerksamkeit, die Sacharows *Kampf für die Menschenrechte* gefunden hat, ist beinahe in Vergessenheit geraten, welche hohen Verdienste er sich auch auf naturwissenschaftlichem Gebiet erworben hat. Dabei ist es gerade seine Beteiligung an den Forschungsarbeiten für die sowjetische Wasserstoffbombe, die den Behörden den Vorwand liefert, ihm als „Geheimnisträger" die Ausreise zu verweigern.

Die sowjetischen Behörden verfolgen in den letzten Jahren allem Anschein nach die Strategie, Sacharow so lange zu isolieren, bis im Westen die Aufmerksamkeit für ihn erlahmt. Aus diesem Grund haben in jüngster Zeit einige Wissenschaftler vorgeschlagen, den Sowjets klarzumachen, daß Sacharow auch als Gründer eines fundamentalen Zweigs der Physik eine „unvergeßliche" Rolle spielt, die ihn in eine Reihe mit den bedeutendsten Naturwissenschaftlern dieses Jahrhunderts stellt.

Sacharow war seit den 40er Jahren in verschiedenen Gebieten der Kernphysik tätig und hat bis zu seiner Verbannung nach Gorki regelmäßig Ergebnisse publiziert. In den siebziger Jahren beschränkten sich diese auf grundlegende Arbeiten zu theoretischen Fragen der Physik. Dennoch versuchten die Behörden, ihn 1980 mit der Behauptung zu diffamieren, er befinde sich in einer schöpferischen Krise. *Davon konnte jedoch* keine Rede sein. Schon jetzt ist klar, daß er seiner Zeit immer weit voraus war. Die in den 70er Jahren von ihm vorgeschlagenen Lösungen sind heute hochaktuell und weisen einen Weg aus mancher wissenschaftlichen Sackgasse.

Andrej Sacharows Beitrag zur Wasserstoffbombe war ein „Abfallprodukt" seiner Arbeiten über die Kernfusion, jenen Prozeß, bei dem leichte Atome miteinander zu schweren verschmelzen. Dieser Prozeß, der auch im Inneren der Sonne abläuft, setzt enorme Mengen an Energie frei. Sacharow fand schon 1950 einen Weg, wie man das größte Problem bei der *friedlichen Nutzung der Kernfusion* – Erzeugung und Kontrolle der dazu notwendigen extrem hohen Temperaturen – technisch lösen kann. Er schlug vor, das heiße Plasma in einer „magnetischen Flasche" einzuschließen. Diese Apparatur, ein Ring aus sehr starken Magneten, die das Fusionsmaterial bündeln, erwies sich tatsächlich als technisch durchführbar und arbeitet heute als „Tokamak" in den Forschungs-Laboratorien für die Kernfusion.

Die größte Bedeutung haben wohl Sacharows Arbeiten zur Vereinheitlichung der Naturkräfte. Schon 1966 hatte er die Existenz bestimmter Elementarteilchen und Wechselwirkungen zwischen ihnen vermutet, die auf die sogenannte „Quark-Theorie der Materie" hindeuteten. Damals wurden seine Arbeiten weitgehend ignoriert, weil die etablierte Physik die Existenz dieser Elementarteilchen für unmöglich hielt. Heute sind sie jedoch *nachgewiesen und gehören* zum festen Bestandteil aller kernphysikalischen Theorien.

Seiner Zeit voraus waren auch Sacharows Berechnungen über die Ursache der ungleichen Verteilung von Materie und Antimaterie im Weltraum. Die Entstehung des Weltalls im Urknall zu erklären, ist ohne diese Vorarbeiten heute nicht mehr denkbar.

Obwohl Sacharow bislang nie die Gelegenheit hatte, seine Ideen und Lösungsansätze detailliert zu veröffentlichen, besteht doch unter Physikern kein Zweifel, welchen hohen Wert sie für zukünftige Forschungsarbeiten noch haben werden.

Bundestag und Knesset knüpfen die Bande enger

Mit kritischen Blicken zurück, vor allem aber auch mit hoffnungsvollen Blicken voraus – so verläuft der Israel-Besuch des Bundestagspräsidiums unter Leitung von Philipp Jenninger. Erstmals ist das ganze Präsidium Gast der Knesset.

Von EBERHARD NITSCHKE

Begegnung mit der Geschichte in Dokumenten. Briefkopf: „Die WELT, Wien, Türkenstraße 9", unter der Datumszeile von 1901 die Signatur „Franz Kafka". Ein Brief aus der Redaktion dieser untergegangenen Zeitschrift an Martin Buber mit der Bitte um Kritik eines neu aufgeführten Dramas. Mitteilungen Rainer Maria Rilkes an den jüdischen Schriftsteller Stefan Zweig von 1906, Briefe Walther Rathenaus, ein Brief Heinrich Heines vom 10. Januar 1826 nach seiner Taufe an Moses Moser: „Ich bin jetzt bei Christ und Jude verhaßt."

Der *Direktor der jüdischen* National- und Universitätsbibliothek, Professor Malachi Beit-Arié, schob den Politikern aus Bonn – neben Jenninger (CDU), Annemarie Renger (SPD), Heinz Westphal (SPD), Richard Stücklen (CSU) und Dieter Julius Cronenberg (FDP) – in seinem Büro schließlich noch die Leinen-Kassette hin, in der in der Hebräischen Universität von Jerusalem Albert Einsteins *Niederschrift zur Relativitätstheorie* unter dem Titel „Prinzipielle Erwägungen zum Postulat der Relativität" aufbewahrt wird.

Es war kein Zufall, daß den Gästen zu Beginn ihrer mehrtägigen Gespräche, in denen es wesentlich um die *Intensivierung der freundschaftlichen* Beziehungen ging, auf diese subtile Weise vorgeführt wurde, was das Judentum in Politik, Geistesleben und Wissenschaft im deutschsprachigen Raum einmal bedeutet hatte, was untergegangen ist, was wieder aufgebaut werden soll.

Jenninger verstand die Strategie. In einer Dankadresse erwähnte er, daß er in seinem ersten juristischen Semester in Tübingen völlig außerplanmäßig zu den Hörern des damals nach 1945 hier lehrenden israelischen Religionsphilosophen Martin Buber zählte. Dessen Bücher habe man zu dieser Zeit noch nicht in Deutschland kaufen können, und Buber habe ihm *auf Anfrage danach mitgeteilt:* „Wenn Sie mich richtig verstehen wollen, dann kommen Sie nach Israel" – ein Hinweis, dem Jenninger schon in früheren Jahren gefolgt war.

Der Pfingstmontag kommt im israelischen Kalender nicht als Feiertag vor, und für die Knesset, das Parlament in Jerusalem, war er sogar der erste Sitzungstag in der Sommerperiode. Ministerpräsident Shimon Peres grüßte vor seiner Regierungserklärung zur Situation des weltweiten Terrorismus und des dramatischen Verfalls der Erdölpreise den Bundestagspräsidenten und seine Delegation auf der Tribüne. Da sprang ein orthodoxer langbärtiger Abgeordneter auf und *verkündete am Saal-Mikrofon* einen Protest. Es war, wie sich später herausstellte, nicht nur wegen der Gäste, sondern wegen eines gegen seinen Willen angekündigten zusätzlichen Tagesordnungs-Punktes, wie die der hebräischen Sprache nicht mächtigen Besucher dann erfuhren.

Kritisches hörten die Gäste dann doch von israelischen Abgeordneten verschiedener Parteien in einer großen Runde, in der noch einmal das Problem antisemitischer Äußerungen in der Bundesrepublik Deutschland auftauchte, wobei Fassbinders nachgelassenes Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod" und der Kampf um seine Aufführung im Mittelpunkt standen. *Jenninger verwies auf einen* Aufsatz des jüdischen Publizisten Erich Fried, der sich gerade vehement für eine Zulassung der Aufführung in einem deutschen Zeitschriftenaufsatz eingesetzt habe. Dies, so Jenninger, sage er, um das ganze Mei*nungsbild zu diesem Problem aufzu*zeigen. Und als ihm vorgehalten wurde, die neue Spielart des Antisemitismus heiße „Anti-Israelismus", stellte der Bundestagspräsident fest, „die riesige Mehrheit" der Deutschen schließe sich solchen Einzelansichten von Außenseitern *nicht* an.

Zu einem anderen Bereich gab es ebenfalls eine deutliche Meinungsäußerung. Da man zu Beginn der Sitzung beschlossen hatte, sich unter Freunden alles zu sagen, was man auf dem Herzen hat, nahm Bundestags-Vizepräsident Westphal die Gelegenheit wahr, um für seine Partei zu erklären: „Ich möchte, daß Terrorismus nicht mit militärischen, sondern nur *mit polizeilichen Mitteln bekämpft* wird", was kommentarlos aufgenommen wurde.

Wichtiger wohl als die Kritik – zum Beispiel auch an Bundeskanzler Helmut Kohls positiver Äußerung über Kurt Waldheim – war den Abgeordneten eine Liste *von Zionisten, die in* der Sowjetunion zu Haftstrafen verurteilt wurden und für deren Freilassung sich die Deutschen anläßlich der bevorstehenden Tagung der Internationalen Parlamentarischen Union (IPU) in Bonn einzusetzen versprachen.

Was die Gastgeber zukünftig von der Zusammenarbeit mit den Deutschen erwarten, wurde in Gesprächen Jenningers und der Delegation mit Premier Shimon *Peres, dem Vor*sitzenden des Ausschusses für Außen- und Sicherheitspolitik, Abba Eban, mit Staatspräsident Chaim Herzog und Außenminister Yitzhak Shamir besprochen. Nicht zuletzt auch mit dem Bürgermeister von Je*rusalem, Teddy Kollek*, der sich sogar bei einem informellen Delegationstreffen „Bei Fink" zeigte, jenem legendären Lokal des ehemaligen Fürther Bürgers David Rothschild, in dem Prominenz keine Sonderrechte erwarten kann. So erging es dem da*maligen US-Außenminister Henry* Kissinger. Rothschild weigerte sich seinerzeit, für die Sicherheit Kissingers seine Stammgäste aus dem Restaurant zu vertreiben. Selbstverständlich, daß auch die Bonner Delegation sich hier auf engstem Raum *mit den übrigen Gästen zu arrangie*ren hatte.

Obwohl fast gleichzeitig mit der deutschen Delegation der italienische Außenminister Andreotti in Jerusalem eingetroffen war, konnte der deutsche Botschafter Wilhelm Haas *das gesteigerte Interesse an der deut*schen Gruppe feststellen. Immerhin enthält eine Liste von 14 Themen, die israelisch-deutsche Parlamentarier-Gruppen nach *Vorstellung* der Israelis jetzt besprechen sollen, so wichtige Punkte wie die Konsolidierung der durch die jährliche deutsche 140-Millionen-Dollar-Anleihe an Israel entstandenen Schuld, gemeinsame Entwicklungen und Forschungsprojekte *oder Vorschläge wie den, daß* deutsche Städte in Israel Kulturzentren und Synagogen „auf ihren Namen" errichten sollen.

Daß solche Vorstellungen naheliegen, erfuhr der Schwabe Philipp Jenninger beim Besuch des von jüdisch-schwäbischen *Auswanderern* 1938 nördlich von Akko an der Mittelmeerküste gegründeten Shave Zion, was eigentlich wie die verlorene Heimatgemeinde Rexingen heißen sollte.



Ehrengarde vor der Knesset: Philipp Jenninger in Jerusalem

FOTO: DPA

Geißler kündigt Offensive gegen „SPD-Angsttaktik" an

CDU-Generalsekretär erwartet Kopf-an-Kopf-Rennen in Hannover

GÜNTHER BADING, Bonn

Die „Angsthysterie" nach dem Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl hat nach Einschätzung von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler die Wahlchancen der Union in Niedersachsen geschmälert. Zum Auftakt der „heißen Phase" des niedersächsischen Landtagswahlkampfes sagte Geißler in Bonn, nach den heute vorliegenden Umfrageergebnissen komme es bei der Wahl am 15. Juni zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden Lager CDU/FDP und SPD/Grüne. Vor dem Unfall von Tschernobyl und der „daran anknüpfenden Angststrategie" der SPD sei die Ausgangslage für Union und Liberale besser gewesen.

Die CDU werde in Niedersachsen und der ganzen Republik eine „umfassende Aufklärungs- und Informationsaktion" durchführen. „Es ist für den Bestand der Demokratie dringend notwendig, auf irrationale Ängste mit rationalen Vorschlägen und Lösungen zu antworten", sagte Geißler. „SPD und Grüne wollen mit einer Strategie der Angst Stimmen gewinnen. Es wäre ein Treppenwitz in der Geschichte der deutschen Parlamentswahlen, wenn wegen des Unfalls in einem technisch absolut unzulänglichen sowjetischen Kernkraftwerk und der daraus entstehenden unverantwortlichen Gefährdung der deutschen Bevölkerung ausgerechnet die Linke in der Bundesrepublik Deutschland über eine solide und erfolgreiche Politik der CDU in Niedersachsen triumphieren würde."

SPD-Strategie offenlegen

Mit ihrer Informationsaktion verfolge die CDU drei Ziele, erläuterte Geißler:

- Den Bürgern in Niedersachsen solle klar gemacht werden, daß sie zwischen der „über zehn Jahre bewährten erfolgreichen Politik" Ernst Albrechts oder einem „rot-grünen Abenteuer" mit Gerhard Schröder zu wählen hätten.
- Die Angststrategie der SPD soll *offengelegt werden; diese habe zum* Ziel, von der eigenen Alternativlosigkeit ebenso abzulenken wie von der „Tatsache, daß die SPD, allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz, genauso wie in Hessen nach der Landtagswahl in Niedersachsen bereit ist, eine Koalition mit den Grünen einzugehen".
- Die Wähler sollen aufgeklärt werden, daß sie auch darüber entscheiden, ob die Bundesregierung „ihre erfolgreiche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik fortführen kann oder ob sie durch einen rot-grün gesteuerten Bundesrat blockiert werden kann".

Kritik an den Grünen

Die Koalitionsstrategie der Grünen gegenüber der SPD basiere auf der „begründeten Erwartung, daß die SPD einen politischen Inhalt nach dem anderen von den Grünen übernimmt". Die politische Bedeutung der Grünen „resultiert ausschließlich und allein aus der Tatsache, daß die Sozialdemokraten offenbar bereit sind, sich in das Schlepptau dieser Strategie nehmen zu lassen und immer mehr auf die Forderungen der Grünen einzugehen, mit dem Ziel, wieder an die Macht zu kommen".

Geißler setzte sich kritisch mit dem jüngsten Grünen-Parteitag auseinander, der in wichtigen nationalen Fragen selbstzerstörerische Züge getragen und die Unglaubwürdigkeit der Partei zu Aspekten der Moral und der Menschenrechte unterstrichen habe. Die Forderung nach Austritt aus der NATO und Abschaffung der Wehrpflicht zeige die Moskauhörigkeit der Grünen. *Geißler warf der Linken in* der Bundesrepublik vor, immer dann zur Anwendung von Gewalt bereit zu sein, wenn sie demokratisch zustandegekommene Entscheidungen nicht für richtig halte. Die Linke glaube, ein „elitäres Recht" zu besitzen in solchen Fällen pysische oder psychische Gewalt anzuwenden. Beispiele dafür seien die Krawalle um die Wiederaufarbeitungsanlage in Wakkersdorf und auch die Bündnispolitik der Jungsozialisten an Hochschulen, *die dort mit Kommunisten gemeinsame* Sache machten.

„Mit den Grünen kann man nicht regieren"

WELT-Umfrage bei den SPD-Landesverbänden

DW. Bonn

Sofortige Stillegung aller Atomanlagen, Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO, Abkehr von der sozialen Marktwirtschaft – mit diesen Maximalforderungen haben die Grünen auf ihrem Pfingstparteitag in Hannover für einen Paukenschlag gesorgt. In einer Blitzumfrage registrierten die Landeskorrespondenten der WELT die Auswirkungen der Öko-Konfrontationspolitik auf die einzelnen SPD-Verbände. „Ist" – so lautete die Frage – „unter diesen Vorzeichen noch eine irgendwie geartete rot-grüne Zusammenarbeit möglich?"

- Hamburg: Der stellvertretende SPD-Vorsitzende und Chef der Regierungsfraktion in der Bürgerschaft, Henning Voscherau: „Für die Beschlüsse der Grünen in Hannover bin *ich sehr dankbar. Die galoppierende* Verantwortungslosigkeit wird jetzt wohl für den letzten sichtbar. Mit dieser Partei kann man nicht regieren."
- Berlin: „Eine Politik des Aussteigens aus der NATO ist mit den Sozialdemokraten nicht zu machen", stellt der SPD-Landesvorsitzende Jürgen Egert zum Grünen-Parteitag fest. Die Berliner Sozialdemokraten strebten zudem einen „planvollen Ausstieg" aus der Kernenergie an. „Ein solches Konzept ist in der Diskussion des *Parteitages der Grünen nicht erkennbar* geworden."

Zeit für Börner?

- Hessen: Im Land des rot-grünen Bündnisses soll sich Ministerpräsident Holger Börner (*SPD*) gestern abend überraschend zu einem „Koalitionsgespräch" mit der Spitze der hessischen Grünen getroffen haben. Zum Auftakt verlautete aus Börners Umgebung: „Es wird weder einen Bruch noch eine Vereinbarung geben." Die hessischen Grünen, die ihren „Dissens" mit der SPD über den von ihnen schon immer verlangten Ausstieg aus der Kernenergie schon in den Bündnisabsprachen von 1983 schriftlich niedergelegt hatten, woll*ten der SPD nach einer Erklärung* ihres Umweltministers Fischer bis zum Jahresende „Zeit lassen", einen Plan für den Ausstieg aus der Kernenergie aufzustellen. Am 7. und 8. Juni wollen die Grünen auf ihrer Mitgliederversammlung in Gießen „autonom" entscheiden, welche Folgerungen aus dem Reaktorunglück von Tschernobyl für die hessische Landespolitik gezogen werden sollten.

Gelassenheit in Bremen

- Bremen: SPD-Fraktionssprecher Werner Herminghaus bleibt gelassen: „Wir gehen davon aus, daß wir bei den Bürgerschaftswahlen im Herbst 1987 wieder die absolute Mehrheit bekommen."
- Baden-Württemberg: Für „nicht ernst zu nehmen", hält SPD-Chef Ulrich Lang den Forderungskatalog der Grünen: „Wenn es bei ihnen jemals das Bedürfnis zur Zusammenarbeit mit der SPD gegeben haben sollte, dann hat ihr Bundeskongreß in Hannover dazu beigetragen, daß es dazu so bald nicht kommt."
- Nordrhein-Westfalen: SPD-Kanzlerkandidat und Ministerpräsident *Johannes* Rau sieht sich in seiner Ablehnung bestätigt: „Die Grünen sind keine Partner, mit denen man verantwortbare Politik verabreden kann."
- Niedersachsen: SPD-Spitzenkandidat Gerhard Schröder: „Man soll den Grünen-Parteitag nicht zu wichtig nehmen." Es werde „keine Diskussion über einzelne Kraftwerke (die bereits in Betrieb oder genehmigt sind) geben". Die Ausnahme: Zweifel an der „Bruchsicherheit" des Reaktors Stade, bei dessen Druckbehälter *angeblich die Schweißnähte* „versprödet" sein sollen, bedürften eingehender Überprüfung.
- Saarland: Inhaltlich werden „keine Berührungspunkte" mit den Grünen-Beschlüssen gesehen. Während die Ökopartei für den Austritt aus der NATO eintrete, habe sich Ministerpräsident Lafontaine lediglich für das Verlassen der militärischen Integration des Verteidigungsbündnisses ausgesprochen. „Ein qualitativer Unterschied", meint Schneider, keines*wegs jedenfalls eine Vorstufe zu der* Forderung der Grünen Bundespartei.

SPD-Pläne zum Ausstieg aus der Atomkraft

DW. Bonn

Der Vorstand des SPD-Bezirks westliches Westfalen, Hermann Heinemann, hat einen Stufenplan zum Ausstieg aus der Kernenergie vorgelegt. *Das Papier wird Grundlage* eines Antrages auf dem Parteitag im Juni sein und wird für die anderen SPD-Bezirke in NRW Signalcharakter haben. Darin wird gefordert, den Schnellen Brüter in Kalkar nicht in Betrieb gehen zu lassen, den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wakkersdorf zu stoppen und alle mit Sicherheitsmängeln behafteten Reaktoren sofort stillzulegen.

Baden-Württembergs Sozialdemokraten plädieren ihrerseits für einen schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie. In einem gestern veröffentlichten Stufenplan schlagen sie vor, bis zum Jahr 2000 die drei Kernkraftwerke im Land vorzeitig stillzulegen. Die in diesen Anlagen installierte Leistung von über *3000* Megawatt will die SPD durch den Zubau weiterer „umweltfreundlicher" Kohlekraftwerke ersetzen. Allerdings geht die Rechnung nur auf, wenn der jährliche Stromverbrauchszuwachs im Südwesten, der zwischen 1981 und 1985 bei 3,2 Prozent lag, auf 1,3 Prozent gesenkt werden kann. Erreicht werden soll dieses Einsparungsziel vor allem durch „verbrauchshemmende" Strompreise.

Chaos vor dem Kulturgipfel mit Frankreich

P.F.R. Bonn

Die Vorbereitungen des deutsch-französischen Kulturgipfels, der im Oktober in Frankfurt stattfinden soll, sind auf erhebliche Schwierigkeiten gestoßen. In Bonn geht man davon *aus, daß Außenminister Genscher auf* seinem morgigen Pariser Treffen mit seinem Kollegen Raimond eine neue Terminplanung anregen wird. Bereits heute werden Fachbeamte beider Länder darüber beraten.

Der Gipfel soll durch zwei Kulturforen in Versailles (Juni) und Avignon vorstrukturiert werden. Die Veranstaltung in Avignon, bis vor wenigen Tagen für Juli geplant, dürfte auf September verschoben werden. Damit bliebe bis zu den Gipfelbera*tungen nur noch ein Monat, um* Beschlüsse der Regierungschefs vorzubereiten.

Im Juli findet in Avignon ein Theaterfestival statt. Die französische Seite sieht sich nun außerstande, die erforderlichen Hotelzimmer für beide Delegationen zu besorgen. Statt der notwendigen 150 bis 200 Räume könnten lediglich rund 20 zur Verfügung gestellt werden.

Nicht weniger chaotisch ist der inhaltliche Stand der Planung für Avig*non. Von französischer Seite gibt es* noch keine Vorlage. Auch die Arbeiten des deutschen Stabs stecken in den Anfängen.

Da das Forum in Avignon mit im engeren Sinn kulturellen Fragen befaßt sein soll, war beabsichtigt gewesen, prominente Künstler für eine Teilnahme zu gewinnen. Weil im Juni in fünf und im Juli in sechs Bundesländern die Schulferien beginnen, war es nicht gelungen, eine hochkarätige Namensliste zusammenzustellen.

Das *Forum* in Versailles *gewinnt* demgegenüber allmählich Konturen. Es wird den Bereichen Bildung und Wissenschaft gewidmet sein. Aber auch hier ergeben sich zumindest protokollarische Probleme.

Der bremische Bürgermeister Wedemeier (SPD), nach dem deutsch-französischen Vertrag Bevollmächtigter der deutschen Seite, hat zum Erstaunen seiner Ministerpräsidenten-Kollegen inzwischen festgestellt, daß er an der Eröffnungssitzung am 24. Juni verhindert ist. An diesem Tag ergeht das Karlsruher Urteil zum Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern; Bremen ist Kläger.

Wedemeier will sich durch seinen Kultussenator Franke, derzeit Präsident der Kultusministerkonferenz, in Versailles vertreten lassen. Mit Verbitterung wurde von mehreren Staatskanzleien registriert, daß Wedemeier auf Vorschläge von Amtskollegen seit März nicht reagiert hat.

WELT-Serie Die „Außenpolitik" der Länder (IV): Bremen

An der Weser heißt es „Außenkontakte"

Von W. WESSENDORF

Von Bremen hat die 23 Jahre alte Krankenschwester Fatou Cham noch nie etwas gehört, dennoch ist ihr, wie auch allen ihren Schwesternkolleginnen am Royal-Victoria-Krankenhaus der gambischen Hauptstadt Banjul, der Name des bremischen Ortsteiles Findorff vertraut. Täglich liest Fatou Cham den roten leicht verblichenen Schriftzug „Städtische Krankenanstalten Findorff" auf ihrem Kittel. Und sie weiß auch, daß es einst im Fernen Europa ein Krankenhaus dieses Namens gab, dessen Einrichtungen – vom Operationssaal über Krankenbetten und Laborgeräte *bis zum Schwesternkittel* – jetzt ihrem Land nutzen.

Ein Landesamt für Zusammenarbeit

Dieses Beispiel ist nur ein Ausschnitt der Bremer Entwicklungszusammenarbeit, mit der das kleinste Bundesland einen Teil seiner „Außenpolitik" betreibt, die seine Landesregierung als „Außenkontakte" beschreibt. Die Entwicklungspolitik des kleinsten Bundeslandes unterscheidet sich dabei – wie am Beispiel ablesbar – in ihren Methoden und Zielen grundsätzlich von der anderer Länder.

Alle Bemühungen steuert in der Hansestadt das Landesamt für Zusammenarbeit, dem Wirtschaftsressort angeschlossen. Es ist das einzige seiner Art in der Bundesrepublik. Amtsleiter Gunther Hilliges umreißt die Aufgabe im Gespräch mit der WELT: „Die bremischen Aktivitäten zielen auf die Förderung eigener Anstrengungen der Entwicklungsländer, um selbstbestimmte demokratische und sozial ausgeglichene Strukturen zu schaffen.

Die Unterstützung beschränke sich auf einige wenige der ärmsten Entwicklungsländer sowie ausgewählte Regionen in Indien, Bangladesch, Flüchtlingslager in Nicaragua und in der Westsahara.

Und wenn sich Bremen „außenpolitisch" in Namibia engagiert, dann spielt auch die Geschichte der Hansestadt eine wesentliche Rolle, 1884 begann die deutsche Kolonialpolitik, als Reichskanzler Bismarck die Besitzungen des Bremer Kaufmannes Adolf Lüderitz in Südwestafrika unter die „Schutzherrschaft des Reiches" stellte. Mit den Projektpartnern Universität Bremen, der South West African Peoples' Organization (SWAPO) und der Unterstützung der EG sowie des für Namibia zuständigen Institutes der Vereinten Nationen soll jetzt ein selbständiges Bildungswesen aufgebaut werden.

Das erste Schulbuch über Geschichte war denn auch wegen seiner Darstellung umstritten. Der Se*nator für Bildung räumte* bei seinem ersten Erscheinen 1984 Parteilichkeit ein. Horst-Werner Franke zur WELT: „Ich glaube, daß Parteinahme im Zusammenhang mit der Kolonialgeschichte legitim ist." Jetzt soll ein Band über Geographie erarbeitet werden.

Die sozialdemokratische Landesregierung pflegt darüber hinaus ganz spezielle Auslandsbeziehungen zu Danzig, Riga und Dalian, am 12. April 1976 traf sie mit der polnischen Hafenstadt eine Rahmenvereinbarung, spielte damit bundesweit den Vorreiter. „Die kleinsten müssen die schnellsten sein", lautet die Devise des Bremer Senats. Die Bundesregierung begrüßte den Vertrag zwischen den beiden Hansestädten.

„Die Ausarbeitung der Rahmenvereinbar .gen erfolgte stets in enger Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt, was beispielsweise die Ortsnamen, Gebietsbezeichnungen und Kompetenzverteilung anging", erklärte der Sprecher des Senats Reinhold Ostendorf gegenüber der WELT. „Wir haben dabei die Absicht, die Warschauer und Moskauer Verträge mit Leben zu erfüllen." Die Außenkontakte des Zwei-Städte-Staates hielten sich stets an die Leitlinien der Bonner Außenpolitik, die Bremer Landesregierung übernehme keine eigene Rolle. Es gehe hier in diesem Zusammenhang weniger um den Austausch von Funktionären als die Bürger hüben wie drüben einander näherzubringen und ihre Beziehungen zu festigen.

Der Rahmen der Partnerschaft mit Danzig wird denn auch auf eine sehr spezielle Zusammenarbeit abgestellt, das brachte ein neues Element in die Städtebeziehungen. Danach begann ein intensiver *Aus*tausch auf dem Gebiet Gesundheitswesen.

Eine zweite geistige Brücke schlug Bremen Anfang 1985 nach Riga. Damit sich ihre Einwohner näherkommen, unterzeichnete der damalige bremische Bürgermeister Hans Koschnick und der Vorsitzende des Riga-Exekutiv-Komitees Alfred Rubikshire im historischen Rathaus des zweitgrößten sowjetischen Ostseehafens ebenfalls eine Rahmenvereinbarung, „ungeachtet aller ideologischen und gesellschaftlichen Unterschiede in Frieden und Freundschaft miteinander zu arbeiten und zu leben".

Rasant entwickelt sich nach über einjähriger Partnerschaft die vielfältigen Aktivitäten zwischen Bremen und Dalian (Volksrepublik China). In der ersten Hälfte März absolvierte ein Team bremischer Hafenfachleute wiederum ein 14tägiges Planungs- und Management-Seminar in der zweitgrößten chinesischen Hafenstadt. Schon im vergangenen Jahr wurde in der Hansestadt ein Containerseminar für 25 Hafen-, Schiffahrts- und Speditionsexperten aus dem Reich der Mitte veranstaltet. Weiterhin ist ein Kooperationsabkommen mit chinesischen Werften und die Einrichtung einer technischen Transferstelle im Off-shore-Bereich in Vorbereitung.

Neuester Schachzug der Hanseaten von der Weser: In Kürze soll ein eigenes Büro bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel eingerichtet werden. Der Senat für Bundesangelegenheiten Wolfgang Kahrs zur WELT: „Wir wollen es aber klein halten, es soll den Charakter einer Beobachtungsstation behalten, um Informationen nach Bremen weiterzugeben."

Es geht um die Wahrung des Föderalismus

Die Landesregierung will damit auch dokumentieren, daß sie keine eigene Außenpolitik betreibt, indes kritisiert der Senator die Bundesregierung, sie habe die Bundesländer in Sachen EG-Verträge nie um Rat gebeten, dabei seien allerdings vitale Interessen Bremens berührt worden, insbesondere gehe es um den größeren Einfluß der EG-Kommission auf regionale Wirtschaftshilfen des Bundes.

Zur Wahrung der *föderalistischen* Struktur der Bundesrepublik müsse bei einer Weiterentwicklung der europäischen Integration eine stärkere Beteiligung der Länder am politischen Entscheidungsprozeß vorgesehen werden. Kompetenzen der *Länder* dürfen nicht ohne Einwilligung von ihnen auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen werden, sagt Kahrs.

„Stern"-Chef Winter abgelöst

Rei. Hamburg

Rolf Winter ist als Chefredakteur der Hamburger Illustrierten „Stern" abgelöst worden. Wie der Vorstandsvorsitzende des Verlags Gruner + Jahr, Gerd Schulte-Hillen, gestern in einer Redaktionsversammlung mitteilte, trenne man sich einvernehmlich. Ein Nachfolger werde „aus dem Haus" kommen, wobei offenblieb, ob damit der „Stern" oder Gruner + Jahr gemeint war. Hintergrund der Ablösung sind offenbar Meinungsverschiedenheiten über den Umfang der Berichterstattung zum Reaktorunglück im sowjetischen Tschernobyl. Der Verlag soll 40 Extra-Seiten für Information und Leser-Service angeboten haben. Doch erst sei Winter nicht erreichbar gewesen, dann habe er sich gesträubt. Der 58jährige Journalist hatte die „Stern"-Chefredaktion im April 1984 übernommen.

Elektronik in Bibliotheken

dpa, Oldenburg

Der Einsatz elektronischer Techniken für die Tätigkeit von Bibliothekaren ist eines der Schwerpunktthemen beim 76. Deutschen Bibliothekartag, der gestern in Oldenburg begonnen hat. Außerdem wird auf dem fünftägigen Kongreß, auf dem mehr als tausend Bibliothekare anwesend sind, über das elektronische Publizieren und die Speicherung wissenschaftlicher Veröffentlichungen in Datenbanken diskutiert. Zu den prominenten Gästen auf der Tagung, die unter dem Thema „*Internationalität der* Wissenschaft – Praxis der Bibliotheken" steht, zählt der italienische Botschafter Luigi Vittorio Ferraris.

Veranstalter der Fachtagung sind der Verein Deutscher Bibliothekare und der Verein der *Diplombibliothe*kare an wissenschaftlichen Bibliotheken.

Parlamentarier diskutieren KSZE

AP, Bonn

Auf einer einwöchigen Konferenz befaßt sich die Interparlamentarische Union, eine internationale Vereinigung der Parlamente, in der kommenden Woche in Bonn mit der KSZE-Schlußakte. Die Konferenz soll eine Zwischenbilanz des Entspannungsprozesses ziehen und ihre Erwartungen an die dritte KSZE-Folgekonferenz im November in Wien formulieren.

Zum Beginn der Parlamentarier-Tagung werden am Montag Bundestagspräsident Philipp Jenninger, Bundeskanzler Helmut Kohl und der Ratspräsident Hans Stercken sprechen. Nach Ausschußberatungen werden am 31. Mai Entschließungen zum KSZE-Prozeß verabschiedet. Zur Teilnahme wird auch eine elfköpfige Delegation des Obersten Sowjets erwartet.

Das Geschäft im Weltraum lockt die Chinesen

JOCHEN HEHN, Hongkong

Die Volksrepublik China ist auf dem besten Wege, ein ernstzunehmender Konkurrent im exklusiven Kreis der Weltraumfahrt-Nationen zu werden. Nach der Unterzeichnung eines Vertrages mit der schwedischen Raumfahrt-Agentur im März über den Start eines Kommunikationssatelliten konnte China nun schon den zweiten Coup landen.

Mit dem amerikanischen Weltraumsatelliten-Konzern Teresat wurde vereinbart, die beiden Satelliten Palab-B und Westar VI, die 1984 vom Space Shuttle „Discovery" aus ihren fehlerhaften Umlaufbahnen im Weltraum geborgen wurden, mit Hilfe chinesischer Trägerraketen auf geostationäre Bahnen zu bringen.

Programm begann 1956

Die Abkommen mit den westlichen Nationen machen deutlich, daß die chinesische Raumfahrtindustrie von der experimentellen in die kommerzielle Phase eingetreten ist. China begann sein Raumfahrtprogramm im Jahre 1956. Anfang der sechziger Jahre wurden die ersten Trägerraketen entwickelt. Als modernste Version steht den Chinesen heute die dreistufige Trägerrakete vom Typ „Langer Marsch III" zur Verfügung. Seit dem Start seines ersten Satelliten im April 1970 hat China 18 Satelliten auf erdnahe Umlaufbahnen gebracht.

Die beiden Satelliten für Teresat sollen im Dezember 1987 in den Weltraum befördert werden. Daß das Geschäft mit den Schweden und Teresat gegen die starke amerikanische und europäische Konkurrenz überhaupt zustande kommen konnte, liegt nicht zuletzt an der Serie von Mißerfolgen der US-Raumfahrtindustrie in der jüngsten Vergangenheit.

Ein triftiger Grund dürfte auch der Vorzugspreis sein, den China seinen ausländischen Kunden anzubieten in der Lage ist. Er liegt nach chinesischen Angaben um rund 15 Prozent unter dem üblichen Preisniveau und schließt dabei sogar noch die Versicherungsprämien mit ein.

Das chinesisch-schwedische Satelliten-Beförderungsabkommen soll sogar nur für zehn Millionen US-Dollar über die Bühne gegangen sein. Dabei dürften die Chinesen jedoch keinen unmittelbaren Gewinn einfahren. Langfristig gesehen war ihnen jedoch der Einstieg ins internationale Geschäft dieser Sonderpreis wert. Erstmals hatte nämlich ein westlicher Staat Vertrauen in Chinas Raumfahrttechnologie gesetzt.

Große Nachfrage

Die Abkommen mit dem schwedischen und amerikanischen Unternehmen öffnen China die Tür zu einem riesigen internationalen Markt. China kommt dabei zugute, daß die internationale Nachfrage, Satelliten in den Weltraum befördern zu lassen, zur Zeit nicht gedeckt werden kann.

Auch für die Zukunft muß mit China im Raumfahrt-Geschäft gerechnet werden. Der neue Fünfjahresplan zeigt klare Richtlinien für das chinesische Raumfahrtprogramm auf. Hauptziele sind, die Trägerraketen für Nutzlasten von derzeit 1330 auf über 2000 Kilogramm weiterzuentwickeln sowie die Fernsteuerungs- und Kontrollsysteme zu verbessern.

China verfügt zur Zeit über zwei Satellitenstartzentren, das eine in Xichang (Provinz Sichuan), das andere in Jiuquan (Provinz Gansu). Überwacht und gesteuert werden die chinesischen Satelliten über die Bodenstation Weinan in der Provinz Shanxi und von zwei Hochseeschiffen.

„Wieder eine Zukunft für Juden in Deutschland"

Aus einer Rede vor der Israelisch-Deutschen Gesellschaft

DW. Tel Aviv

Der Berliner Publizist Ernst Cramer, Mitglied des Aufsichtsrates der Axel Springer AG, hat gestern abend vor der Israelisch-Deutschen Gesellschaft seiner Überzeugung Ausdruck verliehen, daß „es in Deutschland wieder eine Zukunft für Juden geben wird. Aber ob ich Recht behalte, wird man erst nach ein paar Jahrzehnten sehen können."

In einer Rede über „Juden in Deutschland vier Jahrzehnte nach dem Ende des Holocaust" sagte Cramer, „die jungen Generationen werden für sich und ihre Nachkommen eine neue Identität entwickeln müssen, in die das Erinnern an den Holocaust ebenso eingebettet sein wird, wie die Realität des Lebens in Deutschland und das entscheidende jüdische Novum unserer Zeit, die Existenz eines jüdischen Staates". Cramer bezeichnet die Haltung einzelner Staaten zu Israel als einen „Test für deren moralische Glaubwürdigkeit", sowie die Haltung der Mehrheit gegenüber den Minderheiten „ein Test für die demokratische Reife" sei. Trotz der immer wieder auftauchenden Zeichen von noch nicht überwundenem oder von neu ausgebrochenem Antisemitismus zeigte sich Cramer „zuversichtlich, daß sich die Bundesrepublik Deutschland in beiden Tests bewähren wird". Cramer: „Ich bin überzeugt davon, daß die Demokratie heute in Deutschland in ganz anderem Maße gefestigt ist, als sie es in meiner Jugend in der Weimarer Republik war. Ich bin überzeugt davon, daß deshalb Juden dort nicht nur leben, sondern zuhause sein können. Und ich bin ebenso überzeugt davon, daß es in Bonn keine Regierung geben wird, gleichgültig welche der großen Parteien sie anführen mag, die sich absichtlich gegen vitale Interessen Israels stellen würde."

In seiner Ansprache, der auch der deutsche Botschafter in Israel, Wilhelm Haas, und der erste Botschafter Israels in Bonn und jetzige Vorsitzende der Israelisch-Deutschen Gesellschaft, Asher Ben Natan, beiwohnten, ging Cramer auch auf die Lage der Juden in der „DDR" ein. Dort lebten heute „nicht mehr ganz 700 Juden, zum allergrößten Teil ältere Menschen". Jugend lebe dort so gut wie keine. Zwar gebe es dort noch winzige Gemeinden, aber die Zahl der Mitglieder nehme von Jahr zu Jahr ab. Bald würden nur noch die Friedhöfe da sein. Sie würden schon heute von jüdischen Besuchern häufiger aufgesucht, als die Institutionen der kleinen Gemeinden.

Anders als in der „DDR" gebe es in der Bundesrepublik Deutschland wieder jüdisches Leben. Cramer: „Natürlich ist das mit dem, was früher war, nicht zu vergleichen. Die jüdischen Gemeinden im freien Teil Deutschlands zählen heute weniger als 30 000 Mitglieder. Soviel jüdische Menschen lebten allein in Frankfurt/Main in der Zeit vor dem Nationalsozialismus ... Mit 6000 Menschen hat Berlin – West-Berlin – wieder die größte jüdische Gemeinde."

Als die Flüchtlingsorganisation IRO 1952 ihre Arbeit in Deutschland beendete, seien noch 12 000 Juden im Lande gewesen. Sie seien aus verschiedensten Gründen, „die meisten wegen Krankheit oder Alter oder Lethargie" geblieben. Cramer: „Nur sehr wenige blieben aus Überzeugungsgründen. Dennoch, sie blieben. So wurde sehr bald klar, daß die jüdischen Gemeinden eben nicht nur Liquidations-Organisationen bleiben konnten. Sie wurden Institutionen auf Dauer. Sie sind es geblieben und bilden inzwischen einen nicht mehr wegzudenkenden Teil der Wirklichkeit im heutigen Deutschland."

Hollands Koalition der rechten Mitte muß um ihre Mehrheit fürchten

Heute Parlamentswahlen / Profitiert den Uyls Arbeiterpartei vom Tschernobyl-Effekt?

HELMUT HETZEL, Den Haag

Wenn die Meinungsforscher die Stimmungslage unter den rund zehn Millionen wahlberechtigten Niederländern richtig eingeschätzt haben, dann hängt die Mehrheit für die amtierende konservativ-liberale Regierung unter Ministerpräsident Ruud Lubbers bei den heutigen Parlamentswahlen an einem seidenen Faden. Zwischen 73 und 75 der insgesamt 150 Abgeordneten-Mandate des Haager Parlamentes werden der Regierungskoalition eingeräumt. Seit Wochen tobte eine regelrechte „Umfrageschlacht", bei der drei unabhängige Forschungsinstitute die Öffentlichkeit mit immer neuen Ergebnissen regelrecht bombardierten.

Glaubt man den Demoskopen, dann hat sich auch für die oppositionelle „Partij van de Arbeid" (PvdA) unter Führung ihres in diesem Wahlkampf wenig überzeugend wirkenden Spitzenkandidaten Joop den Uyl der Trend negativ verändert. Die PvdA wird nach den letzten Umfragen deutlich an Terrain verlieren. Der vor einigen Wochen von Demoskopen vorausgesagte Zuwachs von elf auf 58 Mandate (Wahl 1982: 47 Sitze) scheint nicht länger realistisch. Die neueste Prognose für die PvdA: 54 Mandate. Der Tschernobyl-Effekt, der zunächst die Wählersympathien für die PvdA, die für einen totalen Ausstieg aus der Kernenergie plädiert, nach oben hatte schießen lassen, hat, so scheint es, erheblich an Wirkung verloren.

Innenpolitische Fragen wie Wirtschaftspolitik, Euthanasie-Gesetzgebung und steigende Kleinkriminalität sind Themen, die wieder mehr Beachtung finden. Ins Blickfeld der Öffentlichkeit ist auch erneut die Außen- und Sicherheitspolitik und hier insbesondere die von der amtierenden christlich-liberalen Regierung bereits im vergangenen Jahr vertraglich mit Washington vereinbarte NATO-Nachrüstung und die sich daraus für 1988 ergebende Stationierung von 48 amerikanischen Mittelstreckenraketen in Holland gerückt.



In Bedrängnis: Ministerpräsident Ruud Lubbers FOTO: CAMERA PRESS

Daß diese Wahl in den letzten Tagen noch einmal so spannend und der Ausgang so ungewiß wurde, liegt vor allem an Hans van Mierlo, der wie ein Phoenix aus der Asche steigend seine Partei, die „D'66", mit der Botschaft von der „politischen Erneuerung" auf einen Schlag weit nach vorne schob. Den brillanten Taktiker van Mierlo und der von ihm 1966 gegründeten linksliberalen „D'66" gelang das Kunststück, sich innerhalb weniger Wochen neben PvdA, CDA und VVD zur vierten Kraft zu entwickeln und in der Prognose auf elf Mandate (1982: sechs) emporzuschnellen.

Ohne van Mierlo, der Realpolitiker genug ist, um weder die Mitgliedschaft der Niederlande in der NATO noch einen Ausstieg aus der Industriegesellschaft zu befürworten, dürfte nach der Wahl in Den Haag wohl nicht allzuviel laufen, falls die christlich-liberale Koalition die absolute Mehrheit von mindestens 76 Mandaten verfehlt. Dann hätte die „D'66" die besten Karten im Koalitionspoker und könnte Lubbers erneut zu einer Mehrheit verhelfen, vorausgesetzt, daß der Premier in dieser Situation nicht doch noch eine Minderheitsregierung, die von den rechtsgerichteten orthodox-christlichen Splitterparteien (1982: zusammen sechs Sitze) von Fall zu Fall unterstützt werden müßte, für erfolgversprechender halten sollte.

Christdemokrat Ruub Lubbers (CDA, 1982: 45 Sitze, Prognose: 46), der in diesem Wahlkampf mehr als Staatsmann denn als kämpferischer CDA-Spitzenkandidat auftrat, hat van Mierlo denn auch bereits indirekt „zu Gesprächen" eingeladen – zur Verwirrung von Ed Nijpels (34), der aufgrund seiner jugendlich dynamischen Ausstrahlung hoffen kann, ähnlich wie bereits 1982 noch in letzter Minute eine große Schar von Wechsel- und Jungwählern für sich und seine Partei, die VVD (1982: 36 Sitze), zu gewinnen. „Wir holen die 30 Sitze", verkündete Nijpels daher mit trotzigem Optimismus immer wieder.

An ihm und seiner Partei aber liegt es letztendlich, ob der Christdemokrat Lubbers „seine Aufgabe beenden" und mit der VVD weiterregieren kann. Dazu muß die VVD jedoch mindestens 30 Mandate erringen. Sie pendelte, so die Demoskopen, zuletzt zwischen 26 und 28.

Wie immer der Wahlausgang, es muß mit einer äußerst schwierigen und langwierigen Regierungsbildung gerechnet werden für den Fall, daß die jetzige Koalition keine Mehrheit bekommt. Selbst eine große Koalition aus Sozial- und Christdemokraten (PvdA/CDA) wäre dann denkbar – eine Möglichkeit, gegen die sich Lubbers bisher sträubte.

Trilaterale ruft zu „Solidarität und Stärke" auf

AFP, Madrid

Die Kommission der Trilaterale, einer der einflußreichsten Privatorganisationen der Welt, hat am Montag in Madrid ihre 17. Vollversammlung beendet. Zum Abschluß ihrer dreitägigen Arbeiten veröffentlichte die Organisation einen Bericht, der zu „Solidarität, Einheit und Stärke" in den Beziehungen zur Sowjetunion aufruft. Unter den Autoren dieses Berichtes ist auch der deutsche Universitätsprofessor Karl Kaiser (Köln). An den Beratungen hatten sich 180 Persönlichkeiten aus den Vereinigten Staaten, Westeuropa und Japan beteiligt.

Als „schwierig" bezeichnete die Trilaterale eine Veränderung der aus den Abkommen von Jalta resultierenden Weltkarte. Die Teilnehmer hielten es für notwendig, neue Kommunikationswege mit der UdSSR zu eröffnen. Als eine Gefahr auf längere Sicht bezeichneten die Autoren des Berichts eine sowjetische Strategie, „die Entspannungsperioden dazu ausnutzt, die sowjetische Macht auszubauen und eine offensivere Politik wiederaufzunehmen". Unter Hinweis auf die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl empfehlen die Autoren, der UdSSR bei der Schaffung von Sicherheitstechnologie für Nuklearanlagen zu helfen.

Die Trilaterale wurde 1973 durch eine private Initiative von dem damaligen US-Sicherheitsberater Brzezinski ins Leben gerufen, um die Konzertation zwischen den drei großen Zentren der westlichen Industriegesellschaft zu fördern. Ihr gehören 320 Mitglieder aus 14 Ländern an, darunter Politiker, Unternehmer, ehemalige Diplomaten, Hochschullehrer und Journalisten. Die Trilateralisten geben größere Studien zu wichtigen politischen und weltwirtschaftlichen Fragen in Auftrag und diskutieren bei ihren halbjährlichen Tagungen darüber. Das Außergewöhnliche daran ist vor allem, daß jede Studie von einem Dreiergremium verfaßt wird, dem ein Nordamerikaner, ein Japaner und ein Europäer angehören.

Amerikas Erzähler der großen Politik ist tot

Von HEINZ BARTH

Er hat etwas bewiesen, was kaum noch nachweisbar schien – daß Journalismus auch spät in diesem Jahrhundert noch Literatur sein kann. Theodore H. White, der jetzt 71jährig in New York starb, brachte fertig, was anderen, die das Schreiben über Politik zu ihrem Beruf machen, fast nie gelingt.

Von den Kollegen respektiert und überall populär, ein nobler Profi, der in der rauhesten Presse der Welt kaum Feinde hatte, war er zu einer amerikanischen Institution geworden, seit er 1960 mit seinem ersten Bericht über „The Making of the President" Aufsehen erregt hatte.

Teddy, wie ihn alle nannten, war mehr als ein Reporter und ein scharfsinniger Kolumnist – er war ein hinreißender Erzähler der großen Politik. Für seine Schilderung des Duells Kennedy–Nixon mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet, hatte er einen neuen Stil der politischen Reportage ersonnen. Sorgfältiger hatte vor ihm noch keiner eine Präsidentenkampagne recherchiert. Er folgte schon zwei Jahre vor dem Wahltermin den Spuren der vielen, die sich Hoffnungen auf das Weiße Haus machten.

Ein ungeheuerliches Unterfangen. Es verlangte das Stehvermögen eines Marathon-Helden, das Organisationsgenie eines Konzernmanagers, die Kontaktfreude eines Alleinunterhalters und eine grenzenlose Begeisterung für die menschlichen Züge, die durch das grobe Gewebe der Politik scheinen.

Dabei war Teddy durchaus nicht immer unparteiisch. Er versteckte nicht, daß in der Kampagne von 1960 seine Zuneigung Kennedy gehörte. Aber er war dabei nie verletzend für die Gegenseite. Das hielt ihm alle Türen offen. In den späteren Kampagnen, alle vier Jahre, von 1964 bis 1976, wandelte sich der Liberale allmählich zu einer liberal-konservativen Objektivität, die Menschen und Situationen kühl beurteilte.

Aus dem Reporter war der Erzähler, aus dem Erzähler der Historiker geworden, dessen Aussagen zur Geschichte der amerikanischen Politik autoritatives Gewicht erhielten. Das war nur möglich, weil er sich in den vier dazwischen liegenden Jahren so streng auf das Präsidentschafts-Thema konzentrierte, daß er, allgegenwärtig in den Lagern prominenter und weniger prominenter Kandidaten, alle Fäden zugleich kontrollierte, bis nur noch die beiden entscheidenden Fäden aufzuspulen blieben.

Europa und Japan verstärken Dialog

Schü. Berlin

Die wirtschaftlichen Großmächte Japan und Europa reden nicht mehr aneinander vorbei, sondern bemühen sich darum, in einem konstruktiven Dialog Probleme in den Beziehungen offen auszusprechen und nach Wegen zu fruchtbarer Zusammenarbeit zu suchen. Dies wurde auf der 8. europäisch-japanischen Konferenz über „gemeinsame politische und ökonomische Probleme" im Berliner Aspen-Institut als das bemerkenswerte Charakteristikum der Entwicklung in jüngster Zeit bezeichnet. Der Dialog habe an Intensität und Qualität deutlich zugenommen.

Ausführlich wurde auf der Konferenz über das riesige Defizit der westeuropäischen Staaten im Handel mit Japan diskutiert. In Japan habe man inzwischen erkannt, daß es hier ein Problem gebe und etwas getan werden müsse. Auf japanischer Seite habe man inzwischen die „Unschuld" darüber verloren, was man zur Reduzierung des europäischen Handelsdefizites tun könne, konstatierten europäische Teilnehmer der Konferenz.

Auch die europäischen Versäumnisse, die zur Problematisierung der Wirtschaftsbeziehungen mit Japan geführt haben, wurden offen angesprochen. Europa müsse das Problem mangelnder Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Japan angehen, das technologische Innovation und rationalisierte Produktionsformen frühzeitig forciert habe.

Martens gerät unter Druck

Proteste gegen Sparkurs / Belgiens Premier heute in Bonn

htz. Brüssel

Wenn der belgische Premierminister Wilfried Martens heute bei seinem offiziellen Besuch das Bonner Parkett betritt, kann er sich dort wohl leichter und ungezwungener bewegen als derzeit auf heimischem Boden. Denn nach wie vor will die nun schon seit zwei Wochen anhaltende und selbst über Pfingsten andauernde Streikwelle in Belgien nicht abebben. Die Kampfmaßnahmen, hauptsächlich getragen vom öffentlichen Dienst, richten sich gegen die neuen rigorosen Sparpläne des christlich-liberalen Kabinetts unter Führung des Flamen Martens.

Diese Sparpläne, so verlautete gestern in Brüssel, sollen von der Regierungskoalition nach monatelangen zähen Verhandlungen nun endlich zu einem Paket geschnürt worden sein, dem Flamen und Wallonen, Christdemokraten und Liberale zugestimmt haben. Sie sehen weitere drastische Ausgabenkürzungen des Staates in Höhe von rund 200 Milliarden Franc (rund 10 Mrd. Mark) vor. Gespart werden soll demnach vor allem im öffentlichen Dienst und hier schwerpunktmäßig im Erziehungsbereich, im Gesundheitswesen sowie bei der Arbeitslosenversicherung.

Die drastische Sparoperation soll den Weg für einen Abbau der derzeit astronomisch hohen Staatsschuld von rund elf Prozent des Bruttosozialproduktes ebnen. Angestrebt wird eine staatliche Verschuldungsquote von maximal acht Prozent (rund 410 Mrd. Franc) des Bruttosozialprodukts bis 1988.

Um den Sanierungskurs halten zu können, muß die Brüsseler Regierung den zehn Millionen Belgiern auch in den kommenden Jahren bittere Pillen verabreichen. So wird davon ausgegangen, daß allein im Erziehungssektor etwa 11 000 Arbeitsplätze eingespart werden müssen und daß mit der beabsichtigten Privatisierung bestimmter Post- und Eisenbahndienste auch in diesem Bereich noch einmal weit mehr als 15 000 Stellen zur Disposition stehen werden. Bedroht sind außerdem Tausende von Arbeitsplätzen in den mit Verlust arbeitenden und staatlich subventionierten Limburgischen Steinkohleminen.

Zwar wurde der Christdemokrat Martens, der den Belgiern vor der Wahl im vergangenen Oktober klipp und klar sagte, was ihnen noch bevorsteht, im Amt bestätigt. Inzwischen aber, so scheint es, bläst ihm der Wind immer stärker ins Gesicht. Vor allem die Gewerkschaften wollen, wie die Streiks zeigen, den strikten Sparkurs in Zukunft offensichtlich nicht mehr mitmachen. Schon ist die Parole, die amtierende Regierung Martens „wegzustreiken", zu vernehmen. Der belgische Regierungschef geht also schweren und unsicheren Zeiten entgegen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Hanois Reformen sind Stückwerk geblieben

Die Partei übt Selbstkritik / Tritt die „alte Garde" ab?

PETER ISELI, Bangkok

Elf Jahre nach der Wiedervereinigung des Nordens und des Südens tut sich Vietnam immer noch schwer mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, die 60 Millionen Menschen ein besseres Leben bringen soll.

Der Stolz darüber, die Amerikaner 1975 aus Südvietnam verdrängt zu haben, war 1975 groß. Ebenso groß war aber auch die Hoffnung, eine neue Zukunft aufzubauen. Heute zählt Vietnam aber noch immer zu den ärmsten Ländern der Welt.

Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen liegt nach Schätzungen des Weltwährungsfonds (IWF) zwischen 120 und 200 Dollar und ist damit etwa gleich hoch wie in Bangladesch, Birma oder Nepal. Das Bruttosozialprodukt entspricht dem vor elf Jahren, die industrielle Produktion ging 1979 laut IWF um 4,5 und 1980 sogar um 9,6 Prozent zurück.

Die Parteiideologen in Hanoi sahen ein, daß es so nicht weitergehen konnte. Vor allem auf dem Nahrungsmittelsektor mußte dringend etwas getan werden. Im Fünfjahresplan 1980/84 wurde der Reisproduktion Vorrang gegeben. Diese stieg zwar nach Angaben des vietnamesischen Landwirtschaftsministeriums von 11,6 Millionen Tonnen im Jahre 1976 auf über 18 Millionen Tonnen im vergangenen Jahr. Sowohl die Anbaufläche als auch der Ertrag pro Hektar konnten um rund 20 Prozent gesteigert werden.

Der jährliche Konsum pro Einwohner stieg nach Angaben des stellvertretenden Landwirtschaftsministers Nguyen Dang trotzdem nur von 277 auf rund 300 Kilogramm. Grund dafür sei das starke Bevölkerungswachstum von 2,5 Prozent.

Im vergangenen Jahr versuchte die Führung durch verschiedene Maßnahmen, „den bürokratischen Zentralismus und das Wirtschaftsmanagement durch staatliche Subventionen abzuschaffen", wie es in einer Resolution des Zentralkomitees der vietnamesischen KP vom Juni 1985 heißt.

Eine einschneidende Währungsreform und die Auszahlung der Löhne in Bargeld anstatt wie bisher größtenteils in Nahrungsmitteln und Haushaltsgütern sollten die Wirtschaft beleben und den Schwarzhandel bekämpfen. Die Reformen wurden bisher nur mangelhaft durchgesetzt. Die Inflation – schon vor der Abwertung des Dong im Herbst – schnellte noch einmal in die Höhe, gleichzeitig auch der krasse Preisunterschied zwischen staatlichen und privaten Lebensmittelläden.

Die Partei übte Selbstkritik. Politbüromitglied Vo Van Kiet, als Leiter der staatlichen Planungskommission selbst einer der Mitbegründer der Reformen, sprach vor dem Ministerrat „von andauernden akuten Schwierigkeiten und Mißverhältnissen in den Schlüsselsektoren der Wirtschaft". Die Parteizeitung „Nhan Dan" verurteilte Nachlässigkeiten bei den Markt- und Preiskontrollen, die Spekulanten Tür und Tor öffneten.

In den vietnamesischen Führungsgremien finden offenbar zur Zeit harte Debatten um den einzuschlagenden Kurs statt. Ein Zeichen dafür war die Absetzung des für Wirtschaftsfragen zuständigen stellvertretenden Ministerpräsidenten Tran Phuong Ende Januar. Auch häufen sich Berichte über Umbesetzungen im Politbüro beim 6. Kongreß der Kommunistischen Partei im November.

Der Minister für Bankwesen, Phan Ngoc Tnong, sagte vor kurzem einer japanischen Tageszeitung, „die großen Vier" – Parteichef Le Duan, der Staatsratsvorsitzende Truong Khinh, Regierungschef Pham Van Dong und Politbüromitglied Le Duc Tho – könnten aus Altersgründen abtreten und Jüngeren Platz machen. Die vier sind Weggefährten Ho Chi Minhs und untrennbar mit der Geschichte des Vietnamkrieges verbunden.

Ob mit der Ablösung der „alten Garde" in Vietnam ein neuer, flexibler und pragmatischer Wind wehen wird, ist allerdings ungewiß. Zwar scheint Parteichef Le Duan, der sich im Laufe des letzten Jahres immer mehr als bestimmende Figur herauskristallisierte, die „neue Wirtschaftspolitik" ebenfalls zu unterstützen. Auch die Sowjetunion ist offenbar bereit, sowohl die militärischen Bedürfnisse als auch die wirtschaftlichen Maßnahmen weiterhin mitzutragen: 1986 soll die bisher auf rund fünf Millionen Dollar pro Tag geschätzte Hilfe verdoppelt werden.

Die sehr aufwendige vietnamesische Großoffensive an der thailändisch-kambodschanischen Grenze im Winter 1984/85 zeigte, daß im Zweifelsfalle militärische Überlegungen in Hanoi nach wie vor Vorrang haben.

In Polen am Tag des GAU: Die Resignation wird nur noch vom Haß auf die Sowjets übertroffen

Von BURKHARD OLLECH

Bist du aber braungebrannt", sagen meine Freunde, und ich spüre, daß sie mich gar nicht darum beneiden. „Nun ja", antworte ich, und die Ironie wird unkenhaft, „mit etwas Glück wird die Bräune einen sehr langen Halbzeitwert haben, und ich kann bis in meine alten Tage mit einem gesunden Aussehen rechnen." Schließlich habe ich ja mit meiner Familie einen so schönen Urlaub hinter mir mit prächtigem Frühlingswetter und Temperaturen bis zu 30 Grad in einem der schönsten Naturgebiete, die uns in Europa erhalten geblieben sind: auf Masuren.

Am Tag des großen GAU sind wir durch Polen gereist, dieses schöne Land. Bei Warschau stand schon die Apfelblüte. Am frühen Nachmittag, in dem kleinen Ort Spychowo, eine halbe Autostunde von Nikolaiken entfernt, zu Gast bei einer Hochzeit. Sie wurde dann auch auf die dort übliche Art gefeiert, während die Wolke sich schon in Bewegung setzte.

Am Sonntag nachmittag der erste Ausflug in das Seengebiet; ausgedehnte Spaziergänge. Am Montag Ortelsburg, wir besuchen meinen Konfirmationspfarrer und sitzen den ganzen Nachmittag im Garten, die Kinder spielen im Kirchhof. Der Dienstag verläuft nicht anders: Wir fahren nach Allenstein, um unseren Zwangsumtausch auszugeben. Unterwegs besuchen wir in Ortelsburg den Markt. Obst, Gemüse, Salat, Kohl liegen frei aus. Kein Mensch hat auch nur die leiseste Ahnung, was da mit den Sonnenstrahlen vom Himmel kommt. Erst am Mittwoch kommen die ersten Nachrichten. Die Kinder spielen im Garten.

Mittags bringt der Sohn meiner Cousine die Nachricht aus der Schule mit. Alle Kinder haben ein Jodpräparat erhalten, denn bei Kiew sei etwas in einem Atomkraftwerk passiert. Wahrscheinlich haben Rundfunk und Fernsehen schon vorher etwas darüber gebracht, nur wird es eben nicht gehört. In diesem System hört kaum jemand Nachrichten; selbst dort, wo er sie hört, billigt er ihnen keinen Wahrheitsgehalt zu. Im Laufe des Tages sickert dann auch durch, wann es passiert und wo es entdeckt worden sei, und daß die Russen es nicht einmal zugeben wollten.

Am Nachmittag fahren wir nach Johannesburg. Um nach einer Straße zu fragen, halte ich einen Krankenwagen an; ein Arzt springt heraus und rät uns ziemlich aufgeregt, sofort abzureisen, denn dieses Gebiet sei gefährlich verseucht. Wir halten es für eine Übertreibung. Dann werden wir noch von der Polizei kontrolliert: Man schnüffelt in unseren Bus hinein, verlangt genaue Angaben darüber, zu wem wir hier hinwollen. Vermutlich wegen des bevorstehenden 1. Mai, denn es waren Gegenkundgebungen angesagt. Diese Feiern stehen hier im Vordergrund, man wird die sozialistischen Errungenschaften hochloben – was interessiert da schon russische Radioaktivität.



Schlangestehen vor der Apotheke: Unsicherheit treibt polnische Mütter zur Jagd auf Jod FOTO: DPA

Am Abend zu Hause wird es uns doch mulmig, und wir gehen mit unseren Kindern zum Gesundheitszentrum, um sie das Jodpräparat einnehmen zu lassen. Ich befrage den Arzt nach der Wahrheit. Wir brauchen uns keine Sorgen zu machen, die Werte liegen weit unter dem Bedenklichkeitsbereich, aber die Wahrheit ... nun ja. Ich verstehe. Kinder erhalten das Jodikum, aber viel zu spät, wenn sie noch wirken sollten. Am Abend Fernsehen: Die Sache wird als harmlos heruntergespielt, die getroffenen Vorsichtsmaßnahmen sollen der Beruhigung gelten. Kein frisches Gemüse und Salat, keine Eier und Milch vom Freiland verzehren. Wir haben Trockenmilch. Der Mann meiner Cousine ist müde, denn er ist den ganzen Tag hinter der Egge im Staub hergegangen. Man hat hier andere Sorgen als russische Strahlen.

Am nächsten Tag in Sensburg Fahnenmeere, die Straßen voller Menschen, aus den Lautsprechern dröhnen sozialistische Schlagworte. Von russischen Strahlen kein Wort. So wird es dann den ganzen Tag aus dem Fernsehen dröhnen; Übertragungen von überall her. Zu den russischen Strahlen ist auch schon eine Sprachregelung da: Der Westen spiele eine harmlose Havarie hoch, nur um von den amerikanischen Atomversuchen abzulenken, die weitaus gefährlicher seien. Irgendwann kläre ich noch einen Magister, Ingenieur und Lehrer darüber auf, daß diese Versuche unterirdisch sind; er hat es nicht gewußt.

Später, Leichenschmaus in der kleinen evangelischen Gemeinde. Bei Essen und Wodka wird über Strahlen nur am Rande gesprochen. Becquerel und Millirem höre ich nicht. Und niemand hat einen Geigerzähler gesehen, geschweige denn einen kaufen wollen. Milch werde nicht verkauft, aber weiterhin von den Bauern abgeholt, und so kommt der Verdacht auf, daß man vielleicht doch belogen wird; vielleicht ist die Milch gar nicht verseucht und das Ganze nur ein Propagandatrick, um sie an die Russen zu liefern. Daß der Russe alle belogen hat, wird als normal betrachtet; von dort kann nichts Gutes kommen; eines Tages wird er sowieso alle vernichten. Der Haß gegen dieses Land und die Sowjets ist abgrundtief, der Zynismus und die Verachtung, mit der sie selbst ihre Bruderländer bedenken, kenne keine humanen Züge mehr. Einige Menschen vermuten, daß denen eine Bombe hochgegangen sei. Die meisten empfinden Schadenfreude darüber, daß es dem Russen passiert sei. Daß sie selbst betroffen sind ... ja und? Was haben wir denn zu verlieren?

Diese Meinungen höre ich in den nächsten Tagen immer wieder. Und in diesen Denkschemata wäre wohl auch jeder Versuch einer Aufklärung sinnlos. Sie sind einfach, klar und durchschaubar. Das andere wird einfach abgeschaltet. Am Freitag in Allenstein. Im Geschäft erfahren wir, die Trockenmilch gäbe es auf Karten und sei rationiert: 1 Kilo pro Kind und Monat. Mein Gott, wie soll ich das Kind ernähren, klagt eine Mutter. Im Lebensmittelgeschäft stehen sehr viele Menschen herum. Plötzlich laufen alle zu einer Schlange zusammen. Was es hier gäbe, frage ich einen hinter mir stehenden alten Mann. Mein Herr, Brot gibt es, die Menschen haben hier seit Stunden darauf gewartet. Und was sagt er zu den Strahlen? Ach Herr, die Russen haben uns schon so viel Leid zugefügt, vielleicht brauchen sie auch noch unser Brot. Mir fehlen einfach die Worte.

Die Kinder spielen draußen. Die Bauern säen, die Rinder weiden. Man muß weiterleben. Und wenn die Trockenmilch rationiert wird, dann wird man wohl die andere trinken. Und was die da sagen, stimmt ohnehin nicht. Es gibt keine Unruhe. Diese holt uns erst ein, als wir am Montag in Warschau sind. Freunde haben schon das Schlimmste befürchtet.

Später auf der Fahrt in Richtung West hören wir die ersten Nachrichten deutscher Sender. Nachts zu Hause angekommen, studiere ich bis zum Morgengrauen die Zeitungen und mache mich mit Becquerel und Millirem vertraut. Am Tage dann endlose Versuche, bei den entsprechenden Informationsstellen telefonisch durchzukommen. In Panik geratene Hobbygärtner scheinen die Telefone zu blockieren. Schließlich erhalten wir doch noch einen Termin zur Untersuchung. Der Professor stellt fest, daß wir sehr viel radioaktives Zeug aufgenommen haben. Aber eigentlich unterhalten wir uns mehr über die Menschen dort. Die Hysterie hier erscheint uns peinlich. Und der Wirrwarr an Informationen – die Übersättigten hat Angst ergriffen.

Einwohner von Kiew drängten zum Bahnhof

dpa/AP, Moskau

Auch drei Wochen nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl wird die sowjetische Bevölkerung nur scheibchenweise über die Einzelheiten des Ereignisses informiert. Die Zeitung „Sowjetskaja Rossija" berichtete gestern erstmals über große Unruhe unter den Einwohnern von Kiew. Eine große Anzahl drängte an die Fahrkartenschalter des Bahnhofs, um sich Tickets für die Reise in eine andere Stadt zu besorgen. Ein leitender Bahnbeamter erklärte der Zeitung, man habe eine Sonderschicht eingesetzt, die den „ungewöhnlichen Andrang" bewältigen mußte. Der Schalterraum sei voll von lärmenden Leuten gewesen. Die Schalterbeamten hätten aber, so das Blatt, alles unter Kontrolle behalten.

Die Aufgabe der Fahrkartenverkäufer war nach Angaben von „Sowjetskaja Rossija" nicht auf das Ausgeben der Fahrscheine beschränkt. Sie seien auch „absurden Gerüchten" von einer angeblich vorhandenen Strahlungsgefahr entgegengetreten und hätten verängstigte Bürger wieder beruhigt. Ursache dieser Angst seien Gerüchte gewesen, die übelwollende westliche Rundfunkanstalten verbreitet hätten. Schon eine Woche später seien die Schalterhallen wieder voll von Menschen gewesen, die ihre Fahrkarten hätten zurückgeben wollen.

In der Regierungszeitung „Iswestija" erschien gestern erstmals eine Reportage über Massenevakuierungen in dem an Tschernobyl angrenzenden Verwaltungsbezirk der weißrussischen Stadt Gomel. Darin heißt es: „In die Zone erhöhter Strahlung sind 50 Dörfer in drei Bezirken des Gebiets (von Gomel) geraten." Lautlos habe „das Unglück vom rechten Ufer des Flusses Pripjat die Grenze zum linken, weißrussischen Ufer überschritten". Aus dieser Zone seien mehr als 26 000 Menschen und 36 000 Stück Vieh evakuiert worden. Angaben, wann die Umsiedlung stattfand, enthielt der Bericht nicht.

Das Blatt zitierte den Leiter des regionalen Zivilschutzes, Hauptmann Schukowski, mit den Worten: „Uns wurde bald klar, daß wir nicht ohne außerordentliche Maßnahmen, der Evakuierung der Bevölkerung, auskommen werden." Zuerst seien Kinder, schwangere Frauen und Mütter mit Kindern unter sieben Jahren aus dem Gebiet herausgebracht worden.

Tiefbewegt nehmen wir Abschied von Herrn

Dipl.-Kfm.

Heinrich Krause

der am 17. Mai 1986 verstorben ist.

Wir gedenken eines Mannes, der von 1974 bis 1984 Vorsitzender unseres Verbandes war und mit großem Pflichtbewußtsein und persönlichem Einsatz während dieser Jahre die Verantwortung für unsere Arbeit mitgetragen hat.

Er genoß sowohl auf Arbeitgeber- als auch auf Arbeitnehmerseite hohe Achtung. Dank seiner Hilfsbereitschaft und seines hochherzigen Wesens wurden ihm allseits Respekt und Anerkennung entgegengebracht.

Mit Herrn Heinrich Krause geht ein Freund von uns, dem wir uns in Dankbarkeit verbunden fühlen.

Unternehmensverband der Metallindustrie für Dortmund und Umgebung e. V.

Schroeder (Vorsitzender) Fischer-Neuhoff (Geschäftsführer)

Die Beisetzung findet am Freitag, dem 23. Mai 1986, um 14.00 Uhr auf dem evangelischen Friedhof in Dortmund-Wellinghofen statt.

Meine geliebte Mutter

Jolanda Platow

geb. 29. 10. 1908 gest. 8. 5. 1986

wurde von ihrem langen Leiden endlich erlöst.

In stiller Trauer
Fleur Platow

CH-8702 Zollikon, im Mai 1986
Rietstr. 6

Die Beerdigung hat im Sinne der Verstorbenen im vertrautesten Kreise stattgefunden.

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Raus aus der FDP, rein in die FDP. Nur eine Posse?

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Bis November 1982 hatte sich David John Williams als Renommierausländer der FDP bundesweiter Popularität erfreut. Inzwischen ist der 37 Jahre alte Brite ein chronischer Fall für die Justiz. Williams, früher Kreisvorsitzender in Heidelberg und Inhaber eines Übersetzungsbüros für medizinische Fachschriften, kämpft seit Mitte 1984 mit walisischer Sturheit um die Wiederaufnahme in die Partei, die er nach der Bonner „Wende" unter großem publizistischem Getöse verließ. Demnächst haben sowohl das Bundesschiedsgericht der Freien Demokraten als auch das Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart über sein Beitrittsgesuch zu entscheiden.

Ginge es nach der Heidelberger FDP, dann wäre das Problem längst vom Tisch. Bereits am 23. Juli 1984 hatte der Kreisvorstand, an dessen Spitze Williams vom März 1981 bis zu seinem Austritt gestanden hat, dem Aufnahmeantrag seines linksliberalen Dissidenten zugestimmt. „Rechtswirksam" wird eine neue Mitgliedschaft laut Satzung freilich erst mit der Ausgabe des Mitgliedsausweises durch die Stuttgarter Parteizentrale. Und die mauerte beharrlich. Mindestens fünfmal stand die leidige Angelegenheit auf der Tagesordnung des Landesvorstands. Heraus kam aber immer wieder dasselbe: Keine Gnade für David John Williams. „Das", erkannte Geschäftsführer Rübesamen, „ist eine Frage der politischen Hygiene."

Anstrengender Querdenker

Die unversöhnliche Haltung der Parteioberen *kam nicht von* ungefähr. Williams, schon vor '82 ein anstrengender Querdenker, hatte es damals nicht bei seinem demonstrativen Austritt bewenden lassen. Er sagte der FDP lauthals den Kampf an, wurde Gründungsmitglied und alsbald stellvertretender Bundesvorsitzender der *„Liberalen Demokraten"*, einem Häuflein versprengter „Wende"-Kritiker, deren Hauptziel es war, die Freien Demokraten bei der Bundestagswahl 1983 „unter die Fünf-Prozent-Hürde zu drücken". Daraus wurde bekanntlich nichts. Also änderte Williams seine Vernichtungsstrategie. Wenige Tage, nachdem er dazu aufgerufen hatte, der FDP wenigstens bei der bevorstehenden Europawahl einen „Denkzettel" zu verpassen, beantragte er beim Kreisverband Heidelberg die Wiederaufnahme in seine alte Partei. Bei den „Liberalen Demokraten" (LD) war er wenige Monate zuvor ausgetreten.

Die Begründung für seine persönliche Wende überraschte. Weil es nicht gelungen sei, der FDP den Garaus zu machen, sei es „nur konsequent, sie wieder in die Lage zu versetzen, sich an einer neuen Koalition zu beteiligen". Beispielsweise 1987 mit der SPD. Dieser Logik indes vermochte man in Stuttgart nicht zu folgen. „Die Begründung für seinen Wiedereintritt", stellte Karl-Heinz Rübesamen fest, „schließt eine Mitgliedschaft aus."

Ein Fall für die UNO?

Nun geht es aber nicht mehr nur um die Grenzen innerparteilicher Liberalität. Kern der Auseinandersetzung, die sogar die Zivilgerichtsbarkeit beschäftigt, ist die Grundsatzfrage, ob und inwieweit der Landesvorstand bei der Aufnahme neuer Mitglieder mitreden kann. Die Schiedskommission der baden-württembergischen FDP, geleitet von einem Richter beim Bundesgerichtshof, war im vergangenen Februar zu der Auffassung gekommen, daß die alleinige Aufnahmehoheit beim zuständigen Kreisverband liege und die Ausgabe des Mitgliedsausweises eine Formsache sei, die kein Mitspracherecht begründe. Ganz anders hatte im Herbst 1985 das Landgericht Stuttgart entschieden. Die Satzung der Landespartei räume dem Vorsitzenden sehr wohl ein „selbständiges Options- und Vetorecht im Rahmen eines zweigliedrigen Aufnahmeverfahrens" ein. Im übrigen sei der Kläger als Ausländer ohnehin nach Verfassung und Parteiengesetz „von der formalen und materiellen Mitwirkung an der politischen Willensbildung aktiv und passiv ausgeschlossen".

David John Williams war damit natürlich nicht zufrieden und legte Berufung beim Oberlandesgericht ein. Und auch die FDP-Führung will's nun wissen. Zwar plädierte Parteichef Walter Döring am 8. März im Vorstand dafür, sich dem Urteil der Landesschiedskommission zu fügen, damit „wir den Quatsch endlich vom Tisch haben". Er wurde aber überstimmt. Das letzte Wort hat also nun das Bundesschiedsgericht der FDP. Oder, wie manche vermuten, die Menschenrechtskommission der UNO. David John Williams wäre auch dieser Weg nicht zu weit.

„Hart wie Kruppstahl" heißt heute „Stark wie ein Baum"

Von DIETER DOSE

Schlangen vor halbgeöffneten Postschaltern oder vor abendlichen Kaufhallenkassen sind gewiß kein erhebender Anblick. Vor Buchhandlungen aber ehren sie uns", lobt die Ost-„Berliner Zeitung" das „Leseland DDR". Mit 150 Millionen gedruckten Exemplaren pro Jahr gehöre die „DDR" zu den Ländern mit der *höchsten Buchproduktion.*

Ganz ungetrübt aber ist die Lesefreude nicht. Vor allem, wenn die Bücherberge in den eigenen Wänden *wachsen. „Nur – wohin damit?"* fragt die „Berliner Zeitung" und nimmt jene aufs Korn, die mit der Buchproduktion nicht Schritt halten. „Bereits *jetzt, schätzt die Statistik,* befinden sich in den Haushalten der DDR 650 Millionen Bände. Ich sage bewußt: befinden, denn wenn Handel und Möbelindustrie weiter den Bedarf an praktischen Regalen nicht zur Kenntnis nehmen, werden sich viele von uns nach wie vor mit absonderlichen Ablagen behelfen müssen." Der Autor des Beitrages löst seine Misere in einem „stillgelegten Bettkasten".

Aus der Presse von drüben

Ums Schlangestehen nicht nach Büchern, sondern nach Karten für die Semper-Oper in Dresden geht es in der „Wochenpost". Der Run auf Eintrittskarten ist riesig. „Die Schlangen werden länger", beklagt Intendant Gerd Schönfelder. „Wöchentlich erhalten wir Zehntausende von Kartenvorbestellungen. Wir sind stets bis zum letzten Platz ausverkauft."

Was für den Normalverbraucher übrigbleibt, schildert das „Sächsische Tageblatt" und registriert bei der Bevölkerung „Unmut und Unverständnis": *180* Karten pro Woche, pro Vorstellung 45. Und die besten Plätze seien es auch gerade nicht...

Früher, im Dritten Reich, hieß es, um die Jugendlichen zur körperlichen Ertüchtigung anzutreiben „Hart wie Kruppstahl" oder „Schnell wie Windhunde". Die neue Parole in der „DDR" zur Entwicklung der volkssportlichen Masseninitiative klingt ähnlich: „Stark wie ein Baum".

Der das im „Sport-Echo" propagiert, war mal einer der besten Autorennfahrer Deutschlands und Pilot der berühmten Mercedes-„Silberpfeile": Manfred von Brauchitsch. Heute 80 Jahre alt, 1955 aus der Bundesrepublik in die „DDR" gegangen. *Dort ist er Präsident der Gesellschaft* zur Förderung des olympischen Gedankens.

„Ausdauer und Kraft sollen die Basis für einen gesunden ‚Lebensbaum' jedes einzelnen sein, und deshalb sagen wir: Jeder ist sein eigener Trainer, jeder kontrolliert sich selbst." Damit, so Manfred von Brauchitsch, die Aktion „Stark wie ein Baum – Dein Herz dem Sport" einen breiten Widerhall „bei unseren Menschen, ob jung oder alt, finden wird".

Eine neue Errungenschaft, auch *wenn nicht auf dem XI. Parteitag* beschlossen: Jetzt gibt es auch in der „DDR" Miß-Wahlen! In der Ostberliner Trabantenstadt Marzahn wurde „Fräulein Frühling 1986" gewählt. „Diese Veranstaltung ist nicht nur eine absolute Neuheit in der Show- und Unterhaltungsbranche, sie verspricht *auch ein ‚steiler Renner'* beim Publikum zu werden", stellt das Organ der Ost-CDU, „Neue Zeit", fest. Bekannte Stars aus dem Showgeschäft (wie bei *uns) bildeten die Jury, und nicht* einmal ein öffentlicher Aufruf war notwendig, um 25 Bewerberinnen auf den Laufsteg zu holen.

„In Bademoden spielen nun die Konkurrentinnen alle Reize aus", schildert die „Neue Zeit" die Wahl in der Gaststätte „An der Feuerwache". „Von der schmachtenden Präsentation bei schwüler Musik bis hin zu selbstsicherer Koketterie und Flirterei mit dem Publikum reicht die Palette der Temperamente."

Ein anderes Thema, ein ernsteres, taucht im Funktionärsorgan „Union" *der Ost-CDU auf – das gestörte oder* gar nicht vorhandene Verhältnis zwischen christlichen Jugendlichen und dem Staatsjugendverband FDJ. Kritik *nach beiden Seiten.* Weil *„noch* nicht jeder junge christliche Bürger bereits den Schritt zur aktiven Mitarbeit in der FDJ gefunden hat". Schelte aber auch an die Adresse der *FDJ:* In einigen FDJ-Kollektiven sei „noch nicht die Atmosphäre geschaffen worden, die auch das christlich gebundene FDJ-Mitglied fordert und dessen Aktivität annimmt".

Es mag einen tiefen Grund haben, *daß die „Union" an die FDJ-Funktionäre* appelliert, „die Glaubenshaltung junger Christen zu respektieren".

Frohe Kunde für die Mitglieder der Kinderorganisation „Junge Pioniere" hat die „Junge Welt". Denn die traditionelle Pionierkleidung (dunkelblauer Rock oder Hose, *weißes Hemd* oder Bluse) wird „aufgelockert". Seit Anfang Mai gibt es dazu Bermuda-Shorts, Anoraks und T-Shirts in verschiedenen Farben. Natürlich mit dem Pionieremblem. Einfach im nächsten Geschäft kaufen? „Für Anoraks und Blousons kann jeder Pionier über seinen Freundschaftspionierleiter einen Bezugschein erhalten", berichtet die „Junge Welt".

STELLENANGEBOTE



WGZ-BANK
Westdeutsche
Genossenschafts-Zentralbank eG

Wir sind die Zentralbank für rd. 650 Volksbanken, Raiffeisenbanken sowie Spar- und Darlehnskassen im Rheinland und in Westfalen. Mit einer Bilanzsumme von *rd. 23 Milliarden DM sowie mehr als 1200 Mitarbeitern in unseren Niederlassungen* Düsseldorf, Koblenz und Münster zählen wir zu den großen regionalen Banken in Deutschland.

Für die DV-Unterstützung in den verschiedenen Geschäftssparten unserer Bank *setzen wir moderne und leistungsfähige Programme sowie neueste* Datenbanktechnik (IMS) ein. Für die Entwicklung und Produktion unserer DV-Anwendungen nutzen wir die Rechner der GAD, dem Rechenzentrum der westfälischen Kreditgenossenschaften.

Die Neu- und Weiterentwicklung unserer Anwendungen erfordert engagierte und kreative Mitarbeiter, die unterstützende Werkzeuge wie VIDOC, DATAMANAGER, EASYTRIEVE+, IBM-AS,TSO-ISPF u. a. benutzen.

Für unsere Organisationsabteilung suchen wir eine(n) qualifizierte(n)

Datenverarbeitungsorganisator/in

der/die über eine Bankausbildung und möglicherweise betriebswirtschaftliches Studium sowie Fachkenntnisse aus praktischer Organisationsarbeit verfügt.

Anwendungsgebiete der ausgeschriebenen Stelle in der DV-Organisation sind Systementwicklungen für

- Außenhandelsverfahren
- Wertpapier-/Depotverfahren
- Rechnungswesen/Controlling

Darüber hinaus ist eine *Position in der DV-Planung* zu besetzen, deren Aufgabe es ist, die EDV-Gesamtkonzeption fortzuschreiben, Grundsatzfragen (Standards, Werkzeuge) zu lösen und die Projektkontrolle durchzuführen. Für diese Stelle ist ein betriebswirtschaftliches Studium (FH, Universität), fundierte DV-Kenntnisse, analytische und konzeptionelle Fähigkeiten sowie Selbständigkeit Voraussetzung. *Wünschenswert sind weiterhin Erfahrungen in einer hohen Programmiersprache* (AS, EASYTRIEVE, EASYTRIEVE+ u. a.)
Eine weitere Förderung der Fachkenntnisse durch Seminare und eine gründliche Einarbeitungsphase sind gewährleistet.
Wenn Sie an einer der anspruchsvollen Aufgaben interessiert sind, richten Sie Ihre vollständige Bewerbung an:

WESTDEUTSCHE GENOSSENSCHAFTS-ZENTRALBANK eG
– Personalabteilung –
Postfach 6167
4400 Münster

Wir zählen zu den expansiven, konzernunabhängigen Pharma-Unternehmen in der Bundesrepublik und sind auch international erfolgreich tätig. Therapeutisch bewährte Präparate, hohe Qualitätsnormen und qualifizierte Mitarbeiter begründen unseren Ruf in der pharmazeutischen Industrie.

Wir suchen zum nächstmöglichen Termin, auch kurzfristig, einen

Apotheker/Chemiker

für die Bearbeitung von Zulassungen im In- und Ausland. Vorausgesetzt wird, daß Sie auf diesem Gebiet schon tätig waren und gute englische Sprachkenntnisse besitzen. Von Vorteil wäre es, wenn zur Vertretung auch die Befähigung zum Herstellungs- oder Kontrolleiter nach § 15 AMG 76 vorhanden wäre.

Wir bieten eine leistungsgerechte Bezahlung und unsere bewährten betriebsüblichen sozialen Leistungen.

Ihre kompletten Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte an

G. Pohl – Boskamp GmbH + Co.
– Personalabteilung –
Kieler Straße 11, 2214 Hohenlockstedt



WGZ-BANK
Westdeutsche
Genossenschafts-Zentralbank eG

Wir sind die Zentralbank für rd. 650 Volksbanken, Raiffeisenbanken sowie Spar- und Darlehnskassen im Rheinland und in Westfalen. Mit einer Bilanzsumme von rd. 23 Milliarden DM sowie mehr als 1200 Mitarbeitern in unseren Niederlassungen Düsseldorf, Koblenz und Münster zählen wir zu den großen regionalen Banken in Deutschland.

Für unsere Organisationsabteilung suchen wir eine(n) qualifizierte(n)

Betriebsorganisator/in

der/die neben fundiertem theoretischem Wissen möglichst über Fachkenntnisse aus einer Bankausbildung und aus praktischer Organisationsarbeit verfügt.

Für interessante Aufgaben in der gesamten Aufbau- und Ablauforganisation oder in unserem Organisationsuntersuchungs-Team erwarten wir engagierte, selbständige und kreative Mitarbeiter.

Grundkenntnisse in Untersuchungsmethoden, Planungs- und Erhebungstechniken sowie Analyseverfahren sollten zum Rüstzeug des Bewerbers/der Bewerberin gehören. Eine weitere Förderung dieser Kenntnisse durch Seminare und eine gründliche Einarbeitungsphase sind gewährleistet.

Wenn Sie an der anspruchsvollen Aufgabe interessiert sind, richten Sie Ihre vollständige Bewerbung an:

WESTDEUTSCHE GENOSSENSCHAFTS-ZENTRALBANK eG
– Personalabteilung –
Postfach 9027
4000 Düsseldorf 1

---

schaper

EDV-SERVICE GmbH

Wir sind ein Unternehmen der Schaper-Gruppe, die in Nord-, West- und Südwestdeutschland Groß- und Einzelhandelsunternehmen betreibt.

Die SCHAPER EDV-Service GmbH ist in unserem Firmen-Verbund verantwortlich für die gesamte Datenverarbeitung.

Die individuelle Datenverarbeitung, Personal Computing und Bürokommunikation werden zentral von der **EDV-Hauptabteilung Benutzer-Service** betreut.

Für diesen Bereich suchen wir den qualifizierten und engagierten

MITARBEITER BENUTZER-SERVICE

Seine Aufgaben werden sein:
Auswahl und Einsatz von geeigneter Software zur Lösung anwendungsspezifischer Probleme, Schulung und Beratung der Anwender in den Firmen der Gruppe.

Für eine gründliche Einarbeitung werden wir Sorge tragen. Ausbaufähige EDV-Kenntnisse, möglichst auf dem PC-Sektor sowie eine gute kaufmännische Ausbildung sollten Sie mitbringen.

Zuschriften mit tabellarischem Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Angabe Ihrer Gehaltsvorstellungen erbitten wir an

Adolf Schaper Zentralverwaltung
– Zentralbereich Personal –
Davenstedter Str. 80
3000 Hannover 91

Telef. Kontaktaufnahme über 05 11 / 2 14 52 91, **Herrn Stahn,** möglich.

Kaufmännische Führungskraft

Diplom-Kaufmann, Oberstlt. d. R., Mitte 40, langj. Tätigkeit u. a. als kaufmännischer Leiter in Industrie, Dienstleistungsgewerbe, WP-Gesellschaft und Finanzverwaltung.

Erfahrungsschwerpunkte: Betriebswirtschaft, Controlling i. w. S. (Analyse und Beseitigung von Schwachstellen aller Art), Aufbau und Durchsetzung von Cost-Controlling-Systemen (u. a. Einkauf/EDV-gestützte Materialwirtschaft), Bilanzierung und Consulting, sucht im Großraum Hamburg neue, unternehmerisch orientierte Tätigkeit, auch Unternehmensberatung, Revisionsleitung u. ä.

Zuschriften erbeten unter PU 10065 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Geschäftsführer (Vertriebs-GmbH)

36 J., – Maschinenbau-Ing., unternehmerische Einstellung und kontaktstark. – 14 Jahre m. sehr guten Erfolgen im Vertrieb und Aufbau von Niederlassungen und Vertriebsstützpunkten tätig. Bereiche:
Analytische Meßsteuer- und Regeltechnik, Wasseraufbereitungs- und Abwasser-Technik, Wärme- und Temperatur-Meßtechnik, sowie als Konstruktions-Büro-Leiter im technischen Dienstleistungsbereich,
sucht adäquate Stellung in Norddeutschland. Zuschriften unter F 2414 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Warum verzichten Sie

auf die Erfahrungen eines Direkt-Marketing-Profis? Nutzen Sie seine Kreativität und Methoden für Ihr Unternehmen in abhängiger oder freier Mitarbeit.
Zuschriften bitte unter RR 2378 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

INNENARCHITEKTIN, Dipl.-Ing.

sucht im Raum NRW interessante und verantwortungsvolle Aufgabe. Schwerpunkt Messe- und Ladenbau. Angebote u. B 2344 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Betriebswirt/Bankkfm.

33 J., sucht neue Aufgabe im Großraum Hamburg. Ang. u. A 2387 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Krankenhaus-planung

Architekt für *Kr.-Planung* und deren mediz.-techn. Einrichtungen sucht im gesamten Bundesgebiet neuen Tätigkeitsbereich (auch freiberuflich).

Angeb. u. B 2388 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Fremdsprachenkorrespondentin/Exportsachbearbeiterin

Engl./Franz./Span., gel. Ind.-Kfm., 34 J., led., Auslandserf., flexibel, zuverlässig u. gewissenhaft, z. Zt. in ungek. Stellung in Spanien tätig, sucht interess. u. verantwortungsv. Tätigkeit Exp./Imp., ab Herbst d. J. (w. langer Kündigungsfrist u. Umzug).
Angebote u. W 2119 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Führungskraft für Afrika-Nahost

Exportkfm. mit Format, techn. Background, sucht Herausforderung im Bereich Baustellenabwicklung, Akquisition. Brauchbare Arabischsprachkenntn. vorh., Englisch verhandlungssicher. Zuschriften erbeten unter K 2395 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebsleiter / Schlüsselfertiger Hochbau

45 J., ungek. ltd. Funktion bei namhafter deutscher Bauunternehmung, sucht neuen Aufgabenbereich im norddtsch. Raum. Ang. u. G 2393 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE

BETRIEBSLEITER
Schweißfach- und REFA-Ingenieur

39 Jahre, sucht neue Tätigkeit im Raum D, K, AC, Ruhrgebiet, evtl. freiberuflich oder zeitlich befristet. 6 Jahre TÜV-anerkannter Schweißfaching. im Rohrleitungsbau und Kerntechnik, 6 Jahre stellv. Produktionsleiter im Maschinenbau (Schweißerei, Stahlbau, mech. Fertigung einschl. CNC-Technik), 2 Jahre Betriebsleiter im Rohrleitungs- und Behälterbau. Seit 1 Jahr freiberuflich tätig (Schweißüberwachung, Industrial Engineering). Erfahrung in Menschenführung, Durchsetzungsvermögen, Organisationstalent und ausgeprägtes Kostenbewußtsein.
Angebote u. N 2376 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Norwegen/ Chief Engineer

43 years of age, seeking employment on voreign vlag ship. Holding Norwegian, Liberian and Panamenian, Chief Engineer Licence. Last eight years on voreign ship.
Zuschriften unter E 2413 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Stabsoffizier der Bundeswehr

bisher in Führung, Personalplanung, Organisation und Ausbildung von „700-Mann-Betrieben" und an der Führungsakademie tätig, sucht dementsprechende neue Tätigkeit in Norddeutschland, bevorzugt Raum Hamburg.
Angebote unter P 2377 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter Bauindustrie

35, 12 J. Branchenerfahrung, Erfahrung in Personführung, PC-Organisation Marketing, sucht neue Aufgabe. Wohnort HH. Angeb. u. C 2345 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufstrainer

40, mit langjähriger Vertriebserfahrung in Dienstleistung und Handel – Berufsweg: Kfm. Lehre, Studium, Verkäufer AD, Verkaufsleiter, Trainer; bes. Stärken: *Planung, Organisation, Motivation*; besond. Leistungen: Erfolgr. **Aufbau von Vertriebsgruppen** – sucht **Führungsaufgabe** in **Vertrieb** und **Training**. Angebote werden grundsätzlich beantwortet.

Zuschr. erb. u. E 2391 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Bau-Ingenieur

sucht Halbtagsbeschäftigung als **Kalkulator, Abrechner, Akquisiteur**
Konzessionsträgerschaft möglich.
Zuschriften unter Z 2078 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Mitarbeiter im kaufmännischen Vertrieb/Comecon

33 J., ortsungebunden, Hochschulabschluß, Russisch, Polnisch, Geographie, 1 Jahr Polen, 1 Jahr England, kaufmännische Ausbildung, technisch interessiert, sucht verantwortungsvolle Aufgabe mit Leistungs- und Entwicklungsmöglichkeiten in Osthandelsfirma oder entsprechende Abteilung im Großunternehmen.
Zuschriften unter T 2314 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Werbetechniker Brasilien

Deutsch-Bras., 23 J. Berufserfahrung in: Messebau, Folientechnik, Schildersysteme, Reprobereich, gestalterische Schrift u. Zeichen-Anwendung, Siebdruck, sucht entspr. Stellung in Brasilien.
Ang. u. N 2398 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Hausdame/Wirtschafterin

sehr gute Köchin, belastbar, sucht zur Führung eines Haushaltes selbständigen Wirkungskreis in anspruchsvoller Familie.
Ang. u. H 2394 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Pharma-Referent sucht Auslandseinsatz

englischer oder italienischer Sprachraum möglich.
Zuschr. u. D 2346 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Lassen Sie den Blitz in Ihren Verkauf schlagen!

Verkaufsleiter, 30 Jahre; Betriebswirtschaft, Abendstudium, führungsaufbau- und marketingerfahren. Nachweisbare Top-Five-Erfolge in amerikanischen Spitzenunternehmen, kontinuierlich arbeitend, in ungekündigter Stellung, sucht neuen interessanten Wirkungskreis.

Zuschr. unter D 2390 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Welche Firma mit marktgerechtem Angebot sucht tüchtigen, führungserf. Außendienstmitarbeiter zum 1. 1. 87 im R. NRW. Keine Kapitalanl. Zuschr. unter U 2337 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Schweiz. Fernmelde-Ingenieur

grad., 42 J., Doppelbürger (naturalisiert), sucht herausfordernde, verantwortungsvolle Aufgabe in

BRASILIEN

Biete umfangreiche praktische Auslandserfahrung in größeren Anlagen im Industrie- und Energiebereich (Planung und Realisierung), gute theoretische Grundlagen, beste Landes- und Sprachkenntnisse: D, P, E, (Sp, F). Bin guter Organisator, flexibel, belastbar und initiativ.
Zuschriften erbeten an:
P. O. Box 18862;
BR-04699 São Paulo, Brasilien

Suche Außendiensttätigkeit

im Angestelltenverhältnis, 45 J., gute Umgangsformen, gepflegtes Äußeres, 17 Jahre Außendiensterfahrung, sehr ehrgeizig, bevorzugtes Gebiet von Dortmund bis Oldenburg. Zuschr. u. L 2286 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Architekt / Bauleiter u. Jurist

mit ausgeprägtem bauwirtschaftlichen und kaufmännischen Wissen, anerkanntem Verhandlungsgeschick und Führungsstil sowie langjähriger Praxis bei der Realisierung unterschiedlicher Baumaßnahmen im Hoch- und Ingenieurbau – auch als Sachverständiger, sucht neue Aufgaben – gegebenenfalls als freier Mitarbeiter/Berater. Interessenschwerpunkt sind die Bereiche Investition, Bestandsverwaltung, *Management/Consulting, Projektentwicklung*, Unternehmensberatung, Schadensregulierung. Zuschriften erbeten unter L 2396 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirt/Orga-Fachmann

35, *mit langj. Erfahr. in Projektier.*, Management, EDV u. Vertrieb sucht neuen Wirkungskr., möglichst in mittl. Industrie-/Handelsuntern. Raum Norddtschld.
Angebote unter T 2336 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Groß- und Außenhandelskaufmann

23 J., Engl.-, Franz.-, Spanischkenntn., sucht nach abgeschloss. Ausbildung Anstellung ab 1. 7. 86 im In- od. Ausland.
Ang. u. T 2380 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Industrie- u. Textilkauffrau

41 J., ungek., langjährige Erfahrung in der Kostenrechnung u. im amerikanischen Berichtswesen, Sprachen Engl. u. Italienisch, sucht zum 1. 10. 86 neues Aufgabengeb. im Raum Hamburg. Ang. u. M 2397 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Schachtmeister-Bauführer

mit fundierten Kenntnissen im Tiefstraßen-/Industriebau, sucht neuen Aufgabenbereich im Ausland oder Bundesrepublik. Englisch, Französisch, arabische Sprachkenntnisse.
Tel. 0 77 61 / 61 51

Führe

Übersetzungen

in Deutsch/Portugiesisch u. Portugiesisch/Deutsch durch.
Zuschriften unter K 2175 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. agr.

Mitte 50, fundierte kaufm. Kenntnisse, langjährige Erfahrung in Tierproduktion, Düngung u. Pflanzenbau, sucht neue Aufgabe zum 1. 7. 86 oder später.
Angebote unt. F 2392 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

General Sales Manager

Unterhaltungselektronik (Duty Free), Engländer, 42 J., gute Deutschkenntnisse, Wohnsitz Hamburg, sucht neue Herausforderung in leitender Position.

Angebote unter D 2104 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kfm. im Groß- u. Außenhandel

22 J. sucht Beschäftigung im In- od. Ausland, Englischkenntnisse vorhanden. Ang. u. S 2379 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Betriebswirt

38 J., ledig, Sped.-Kaufmann mit speziellen Kenntnissen der Bereiche:

- Controlling/Logistik
- Invest./Wirtschaftlichkeitsrg.
- Finanz-Betriebsbuchhaltung
- EDV/Daten-Textverarb.
- Bankwesen
- Recycling/Entsorgung
- Englisch/Spanisch

sucht verantwortungsvolle Stellung.

Angebote unter W 2383 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kaufmann

41 J., Fremdsprachen Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch, Deutsch, Fachrichtung Marketing/Vertrieb, z. Z. tätig als Sales-Manager in Spanien, sucht neuen Wirkungskreis. Spanien oder Schweiz bevorzugt.

Angebote an:

Dipl.-Kaufmann Wilfried Müller
Avda. Papa Luna, 2 29, E-Benicarló (Castellón)
España, Tel. (9) 64 – 47 04 74

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg

Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag.
Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu Preisen berechnet, die gegenüber den Anzeigengrundpreisen stark ermäßigt sind.
1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,70.

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 342,– zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 199,50 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

20 mm / 1spaltig
DM 114,– zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

01-357

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächsterreichbaren Termin eine Anzeige

______ mm hoch; ______ spaltig zum Preis von DM ______
zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr.
Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name: ______

Straße/Nr.: ______

PLZ/Ort: ______

Vorwahl/Telefon: ______

Unterschrift: ______

Der Anzeigentext:

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Grundsatz und Korrektur

„Huyn erzwingt Korrektur von Reise-Bericht Bahrs": WELT vom 16. Mai

Ihr Bericht ist unvollständig, einseitig und unkorrekt.

Zu dem von Ihnen erwähnten Brief von Graf Huyn mit der Bitte um Korrektur, habe ich ihm am 24.4.1986 geantwortet, daß mir eine Korrektur der objektiv zutreffenden Feststellungen nicht möglich ist. Das gilt auch für meinen Gesamt-Eindruck: „Die Stellungnahmen der Mitglieder der CDU/CSU zum Teststopp deckten



Egon Bahr, MdB, SPD
FOTO: PETER MITCHELL

sich nicht mit der Haltung der Bundesregierung, insbesondere der letzten Pressekonferenz des Bundeskanzlers". Unzutreffend ist, daß in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am Mittwoch, dem 14. Mai, zu diesem Punkt meines Berichtes eine „Korrektur" erzwungen worden wäre. Seitens der Bundesregierung ist im Gegenteil erneut bekräftigt worden, daß Überprüfbarkeit weiterhin einzige deutsche Bedingung für einen weltweiten Vertrag ist, der weitere Atomwaffentests endlich verbietet. Den weiteren Vorbedingungen, wie sie von den beiden Unions-Kollegen in Moskau vorgetragen worden waren, ist in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses kein weiteres Mitglied irgendeiner Fraktion beigetreten.

Was die umstrittenen Äußerungen des sowjetischen Delegationsleiters Simjanin angeht, habe ich nach dem Brief des Grafen Huyn alle anderen Mitreisenden, also außer mir vier, befragt. Alle stellten die Korrektheit des Berichts fest. Die Berichte der Botschaft in Moskau ergaben nichts Gegenteiliges. Es kann, gerade nach den Erfahrungen von Tschernobyl, auch kaum ein Zweifel darüber entstehen, daß im Falle eines atomaren Konflikts nicht nur die Bundesrepublik unter seinen Folgen zu leiden hätte, um es milde zu sagen.

Bleibt hinzuzufügen, daß Vorsitzender und Sekretariat des Auswärtigen Ausschusses völlig korrekt gehandelt haben. Mein Bericht vom 14. April 1986 wurde zur Vervielfältigung gegeben, bevor die „Korrekturwünsche" des Grafen Huyn artikuliert worden waren.

Mit freundlichen Grüßen
Egon Bahr, MdB, SPD

*

1. Eine Korrektur des Berichts findet statt. Herr Bahr hat in seinem Brief vom 24.4.1986 an Graf Huyn eine Ergänzung zum Thema Ursachen der Spannung zugestanden. Die Obleute des Auswärtigen Ausschusses werden demnächst über weitere Korrekturen beraten.

2. Die CDU/CSU-Mitglieder der Delegation haben in Moskau Bundeskanzler Kohl und Staatsminister Möllemann zitiert (siehe Artikel), somit auf den Zusammenhang zwischen Atomteststopp und Abrüstung hingewiesen und „sich diese Stellungnahme (der Bundesregierung) zu eigen gemacht" (Brief Huyn an Bahr vom 17.4.1986). „Vorbedingungen" im Sinne eines Junktims sind von den CDU/CSU-Mitgliedern der Delegation nicht erhoben worden. Die Wertungen über deren Aussagen sind außerdem „an und für sich schon unzulässig", in diesem Fall sogar „falsch" (Brief Huyn an Mitglieder des Ausschusses vom 23.4.1986).

3. Thema Simjanin: Der Drahtbericht der deutschen Botschaft in *Moskau vom 11.4.1986, gezeichnet* von Botschafter Kastl, wurde in der Sitzung des AA-Ausschusses zitiert. In ihm heißt es: „Semjanin nutzte einmal mehr die Gelegenheit zu groben Ausfällen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland: Es gebe Tendenzen aus ‚Haß gegen die Sowjetunion!' das eigene Land der Gefahr auszusetzen ‚im nuklearen Feuer zu verbrennen'".

4. Herr Bahr hatte nach den schriftlich vorliegenden Korrekturwünschen des Grafen Huyn fast eine Woche Zeit, diese vor der Sitzung des Ausschusses bei der Verteilung seines Berichts zu berücksichtigen.

Die Red.

Wort des Tages

„Tugend ist zur Energie gewordene Vernunft."

Friedrich Schlegel, deutscher Kulturphilosoph (1772–1829)

Ohne Hysterie

Ich möchte Ihnen danken, daß sie als fast einzige der großen Tageszeitungen in Deutschland die alberne Hysteriekampagne um Strahlenwerte nicht unterstützt haben. Das Schüren eilfertiger Hysterie mag zwar geeignet sein, die Wahlchancen einer Partei (der SPD in Niedersachsen) zu erhöhen, verantwortungsbewußte Politiker und auch Redakteure sollten aber wissen, daß gerade jetzt ein kühler Kopf vonnöten ist, um richtige und vertretbare Entscheidungen zu treffen. *Leider fehlt es in fast allen* Parteien an solch verantwortungsbewußten Menschen. Es ist gut zu wissen, daß wenigstens die Redakteure Ihrer Zeitung Vorsicht walten lassen.

Rudolf Freymuth,
Berlin 33

Unberechtigt

Sehr geehrter Herr Schell,

die Vorwürfe von Innenminister Schnoor an Bundesinnenminister Zimmermann wegen des Lochs der Spionageabwehr in Nordrhein-Westfalen sind völlig unberechtigt und eine Schutzbehauptung:

1. Behauptung Schnoor: Die niedrige Erfolgsquote Nordrhein-Westfalens bei der Spionageabwehr 1985 sei auf Aufarbeitung des Falles Tiedge zurückzuführen.

Richtig ist: In keinem Bereich des Verfassungsschutzes läßt sich eine meßbare Abhängigkeit von Folgemaßnahmen *im Fall Tiedge* und Erfolgsquote 1985 feststellen.

2. Behauptung Schnoor: Die Aktivität habe gelitten, weil Maßnahmen der Spionageabwehr eingestellt werden müßten.

Richtig ist: Es gibt keine Maßnahmen bei den Verfassungschutzbehörden, die wegen Tiedge eingestellt werden müßten.

3. Behauptung Schnoor: In der Bilanz 1985 sei der Anteil der in Nordrhein-Westfalen entdeckten Spione nur 14,4 Prozent, während er sonst 25 Prozent erreicht.

Richtig ist: Hier weiß Schnoor nicht, wovon er redet. Die genannten 14,4 Prozent sind der Anteil Nordrhein-Westfalens an den bekannten nachrichtendienstlichen Aufträgen gegen die Bundesländer. Das hat mit entdeckten Spionen überhaupt nichts zu tun. Im übrigen betrug der gemeinte Prozentsatz für Nordrhein-Westfalen im Durchschnitt der letzten fünf Jahre etwa 17,4 Prozent und nicht 25 Prozent.

4. Behauptung Schnoor: Die Fälle der Aktion Melderegisterabgleich fallen statistisch in Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht ins Gewicht.

Richtig ist: Von 1971 bis heute sind *108 illegal* eingeschleuste Agenten in Nordrhein-Westfalen mit dieser Methode enttarnt worden. Von 1970 bis heute hat es in Nordrhein-Westfalen *18 Festnahmen von Agenten* gegeben. Dies zeigt, daß die systematische Suche nach Agenten mit Hilfe des Melderegisterabgleichs die erfolgreichste methodische Suchoperation des Verfassungschutzes ist.

5. Schnoor behauptet: Für diese Methode hätte die Rechtsgrundlage nicht ausgereicht.

Richtig ist: Die Rechtsgrundlage war eindeutig und ausreichend, auch nach Auffassung von Datenschutzbeauftragten.

6. Schnoor behauptet: Er habe den Gemeinden nicht verboten, Informationen zu geben.

Richtig ist: Für die Ausführung der Operation sind die Landesbehörden für Verfassungschutz tätig. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hätte ohne Einwilligung der Landesbehörden nicht tätig werden können. Minister Schnoor hatte die Einstellung des Melderegisterabgleichs persönlich öffentlich mitgeteilt mit entsprechender Resonanz in den Medien.

7. Schnoor behauptet: Der Bund arbeitet nicht.

Richtig ist: Das Bundesamt für Verfassungsschutz arbeitet vertrauensvoll seit 1971 mit allen Bundesländern zusammen und stellt für die Operation seine Logistik und seine Mitarbeiter zur Verfügung. Diese Hilfe erhält auch die Landesbehörde für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen, wenn sie solche Unterstützung anfordert. Die Argumente von Herrn Schnoor ziehen also nicht und stellen die wahren Verhältnisse auf den Kopf.

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Günter Kowalski,
Pressereferent,
Bundesministerium des Innern

Personen

GEBURTSTAGE

Karl Dedecius, der Leiter des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt, feierte gestern seinen 65. Geburtstag. Neben seiner Tätigkeit als Manager hat der als Sohn deutscher Eltern in Lodz geborene Polen-Kenner seit den 50er Jahren die polnische Literatur zu seinem Lebenswerk gemacht. Mit seiner Übersetzung einer langen Reihe von nicht weniger als 80 polnischen Büchern, vor allem Lyrik, gilt Dedecius als der führende deutsche Übersetzer polnischer Literatur.

*

Der frühere Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Dr. **Helmut Hild**, feiert am Freitag seinen 65. Geburtstag. Hild, der seine Ämter als Kirchenpräsident und stellvertretender Ratsvorsitzender der Evan-



Helmut Hild

gelischen Kirche in Deutschland (EKD) im vergangenen Jahr niederlegte, hat die hessen-nassauische Kirche seit 1969 als Mann des Ausgleichs geprägt.

ERNENNUNG

Schweden erhält einen Honorarkonsul in Saarbrücken. Das Exequatur wurde **Peter Karl Wilhelm Waltzinger** erteilt. Sein Konsularbezirk umfaßt das Saarland.

EHRUNGEN

Der in Hamburg lebende Maler, Bühnenbildner und Schauspieler **Johannes Grützke** (49) ist in Celle mit dem Kunstpreis 1986 der Heitland-Foundation ausgezeichnet worden. Die Celler Stiftung verleiht diesen mit 25 000 Mark dotierten Kunstpreis jährlich. Grützke gehört zu den Mitbegründern der „neuen Prächtigkeit" in Berlin. Niedersachsens Wissenschaftsminister **Johann-Tönjes Cassens** würdigte ihn bei der Preisverleihung als „intellektuellen Realisten", der eine absolute Gegenposition zur augenblicklichen Kunstszene vertrete.

*

Professor Dr. **Volker Sturm** von der Neurochirurgischen Abteilung des Chirurgischen Zentrums der Universität Heidelberg ist mit dem 15 000 Mark dotierten Meyenburg-Preis für seine persönlichen Arbeiten über die stereotaktische Hirntumortherapie insbesondere über Methodik und Anwendung strahlenchirurgischer Verfahren ausgezeichnet worden.

*

Der Jurist und Historiker **Franz Wieacker** (Göttingen) und der Orgelbauer **Jürgen Ahrend** (Leer) erhalten den Niedersachsen-Preis 1986 für Wissenschaft und Kultur. Anstelle eines Publizistikpreises wird in diesem Jahr auch ein weiterer Kulturpreis an die beiden Orgelbauer **Harry** und **Guntram Hillebrand** (Isernhagen bei Hannover) verliehen. Die Auszeichnungen sind jeweils mit 10 000 Mark dotiert und werden für besondere Leistung vergeben, die einen niedersächsischen Bezug haben. Ministerpräsident **Ernst Albrecht** wird die Preise heute in Lingen an der Ems im Theater an der Wilhelmshöhe überreichen.

MUSIK

Generalmusikdirektor **Heribert Esser** vom Staatstheater Braunschweig hat zum Ende der Spielzeit 1986/87 um eine vorzeitige Auflösung seines Vertrages gebeten. Esser hat eine Berufung auf den „Elder Chair of Music" an der University of Adelaide in Südaustralien erhalten. Dort soll er die künstlerische und wissenschaftliche Leitung des gesamten Musikdepartements der Universität übernehmen. Außerdem wird Heribert Esser Gastverpflichtungen als Dirigent bei den Orchestern der Australien Broadcasting Corporation übernehmen.

WAHL

Der Geschäftsführende Direktor des Medizinischen Zentrums für Frauenheilkunde und Geburtshilfe der Universität Marburg, Professor Dr. **Klaus-Dieter Schulz**, ist zum neuen Präsidenten der mittelrheinischen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe gewählt worden.

VERANSTALTUNG

Hannelore Kohl wird am 23. Mai zum erstenmal zu einer Benefiz-Gala in die Bonner Beethovenhalle einladen. Die Frau des Kanzlers, die Vorsitzende des Kuratoriums „ZNS" für Unfallverletzte mit Schäden des zentralen Nervensystems ist, will bei dieser Gelegenheit durch einen Pferdeauktionator aus Verden an der Aller ihren Bambi versteigern lassen, den sie seiner-



Hannelore Kohl

zeit von Burda für ihre Arbeit im Kuratorium erhielt. Zahlreiche Künstler sagten bei der Ausgestaltung des Abends zu: Die Mitternachtsshow wird **Udo Jürgens** bestreiten, begleitet von der **Pepe Lienhard** Band. Eine halbe Million Mark an Preisen gibt es in einer Tombola zu gewinnen, in der sechs Autos einschlägiger deutscher Fabrikate stehen. Nicht ganz billig sind die Eintrittskarten: 170 Mark pro Person und 300 Mark Spende. Der Erlös wird samt und sonders der Arbeit für „ZNS" zur Verfügung gestellt. Zu den zahlreichen Prominenten, die bereits zusagten, gehören Prinz **Louis Ferdinand von Preußen**, der Chef des Hauses Hohenzollern, Astronaut **Ulf Merbold** und **Paul Schockemöhle**.

GESTORBEN

Im Alter von 74 Jahren ist am Pfingstsonntag in Schliersee der nordische Skiläufer **Gustav Beraner** gestorben. Seinen größten Erfolg feierte Berauer 1939 als Weltmeister in der Nordischen Kombination.

Was geschieht im WDR mit unverlangt eingesandten Fernseh-Drehbüchern?

Von den Erfahrungen des Fotomodells

Weil meine Freunde so drängen, schicke ich Ihnen die Erlebnisse meines Meerschweinchens. Auf Wunsch stelle ich Ihnen das Tier auch gern zur Verfügung." Die Hobby-Schreiberin bietet ihr Manuskript *dem WDR als Drehbuch für ein Fernsehspiel* an. „Wie immer Ihre Entscheidung auch ausfällt: Ich habe nicht die Absicht, eine literarische Eintagsfliege zu bleiben", schließt sie ihren Brief an den WDR-Cheflektor Aivars Petritis. Bei ihm und seinen 18 Mitarbeitern landen jährlich mehr als 500 Drehbücher – geschrieben von Laien. Auch andere Rundfunkanstalten erhalten solche Angebote.

„*Von der elfjährigen Schülerin bis* zum 88jährigen Oberstudienrat i. R." bekomme er Einsendungen, erzählt Petritis. Oft ist der Ärger über eine Sendung der Anlaß, selbst zur Feder zu greifen. Oft wird auch das Tagesgeschehen aufgegriffen. „Solange wir uns noch freuen können" hat eine 17jährige Schülerin ihre Persiflage auf die Schutzmaßnahmen nach dem sowjetischen Reaktorunfall genannt.

Die meisten Beiträge allerdings sind aus dem eigenen Leben gegriffen. Da bietet ein Brand-Oberamtsrat den Entwurf eines Films über die Aufgaben der Feuerwehr an. Ein Titelblatt-Mädchen möchte ihre schlechten Erfahrungen als Fotomodell zur Warnung für andere verfilmt haben. Das Leiden und Sterben eines krebskranken Jungen schildert ein Krankenpfleger.

Oder: „Ich bin eine 68jährige Frau. Mein Mann ist ein Trinker, er schlägt mich. Bitte helfen Sie mir, und verfilmen Sie *meinen Fall*." So wie *diese* Rentnerin betrachten viele Einsender aus Strafanstalten und Entziehungsheimen das Schreiben als Lebensbewältigung. Allein die Möglichkeit, mit jemandem in Briefkontakt zu treten, ist manchen wichtig: „Bitte nehmen Sie mich und mein Stück nur ein wenig ernst." Einige feilen jahrelang; ein Rentner etwa räumt ein, daß er schon seit 35 Jahren an dem nun eingesandten Stück über seine Kriegserlebnisse geschrieben habe.

Der Entscheidung über das Wohl und Wehe des Manuskripts sehen viele Einsender standhaft entgegen: „Falls Sie glauben, mein erstes Fernsehspiel sollte auch mein letztes sein, teilen Sie mir das bitte mit." Andere fürchten den ablehnenden Bescheid: „Bitte schicken Sie mir das Manuskript auf keinen Fall zurück. Ich könnte mich sonst nicht mehr bei meinen Nachbarn blicken lassen."

In wohl jedem Fall ist die Spannung über das Ergebnis groß. Ein Schreiber rief wochenlang jeden Mittag zu Hause an, um sich nach der Post zu erkundigen. Aber Petritis hat in fast 20 Jahren noch nicht ein einziges Laien-Manuskript zur Produktion weitergeleitet: „In vielen Fällen werden wir mit Klischees überrollt."

Manchmal werden auch nur Fragmente geschickt – dabei soll dem Mißbrauch geistigen Eigentums vorgebeugt werden. Solche Kriminalgeschichten brechen an der vermeintlich spannendsten Stelle ab: „Den Schluß verrate ich, wenn Sie mir die Verfilmung zusagen." Andere Einsendungen sind zwar literarisch anspruchsvoll, haben aber für Petritis „zu wenig exemplarischen Wert".

Die Enttäuschung über eine Absage ist oft groß. Ein Autor antwortete mit einer Unterschriftensammlung *von Lesern seines Werkes, die alle die* Produktion beim WDR forderten. „Schön haben Sie das gemacht. Nur weiter so!" schrieb ein anderer, der glaubte, seine *Idee* in einer Tatort-Folge verwirklicht gesehen zu haben, nachdem man ihm sein Manuskript zurückgeschickt hatte. Petritis hält diesen Vorwurf für absurd. „Es war reiner Zufall, daß sich die Geschichten ähnelten."

Manch einer schickt das abgelehnte Stück Jahre später erneut ein – mit geändertem Titel. Einer von diesen wollte bei seinem zweiten Versuch kontrollieren, ob sein Werk etwa ungelesen bleibt: Er verklebte einige Seiten und streute Asche zwischen die Blätter. CHRISTIAN GEYER

Unter dem Primat der Vernunft

Als Anfang des 17. Jahrhunderts die Spanier und Portugiesen Herrscher und Ausbeuter der Neuen Welt wurden, war es in erster Linie *der Ordens- und Weltklerus, der sich* der Indianer annahm. Vor allem die Jesuiten richteten den Guarani – einem halbnomadischen Indianerstamm im Osten der damaligen Provinz Paraguay – Gemeinden ein, die nur Missionaren und Regierungsbeamten betreten durften.

Elf solcher Reservate entstanden auf dem Gebiet des heutigen Paraguay und einige in der jetzigen brasilianischen Provinz Parana; dort lebten zusammen gegen Ende des 17. Jahrhunderts etwa 100 000 Indianer. Unter dem Primat von Vernunft und Klugheit schufen die Jesuiten einen Staat nach dem Grundsatz „Gleichheit in allem". Dort, wo man gemein*sam das Land bewirtschaftete und* auf die Todesstrafe verzichtete, spielt **Das heilige Experiment** (ARD, 20.15) von Fritz Hochwälder.

Doch 1750 begann die Krise. Sieben Guarani-Reduktionen wollte Spanien gegen ein Stück portugiesischen Gebiets in der Nähe von Buenos Aires tauschen. Jahrelang wehrte sich der Bundesstaat der Indianer dagegen. 1756 wurde der Widerstand dann im Blut der Indianer erstickt und jener „Triumph der Religion und der Menschlichkeit" – wie Montesquieu es ausdrückte – beendet. hlh



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 Sesamstraße
9.45 ARD-Ratgeber
10.00 heute
10.03 Verhülle Dein Haupt!
10.50 Viva Mexico
12.25 Cannes '86
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

13.15 Tennis World Team Cup
Übertragung aus dem Rochusclub in Düsseldorf
Reporter: Heribert Faßbender, *Hans-Jürgen Pohmann*
15.50 Tagesschau
16.00 So große Müh und Arbeit, diese Heyden zu gewinnen
Der Jesuitenstaat von Paraguay
Film von *Hanno Brühl*
16.45 Wildwege
Der Hund
Zeichentrickfilm
17.30 Die Mellops auf Schatzsuche
Nach Tomi Ungerer
17.45 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 *Das heilige Experiment*
Schauspiel von Fritz Hochwälder
Mit Werner Kreindl, Jon Laxdal und Michael Evers
Regie: Max P. Amman
21.50 *Brennpunkt*
Thema: Wackersdorf vor dem Hintergrund der Tschernobyl-Diskussion
22.30 Tagesthemen
23.00 *Einsatz in Manhattan*
Ein Toter wird lebendig
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken
Mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Löwenzahn
Dazw. heute-Schlagzeilen
16.35 *Grisu, der kleine Drache*
Ferne Länder
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Heim für Tiere
18.20 Ein Heim für Tiere
Teil 2
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto
19.00 heute
19.30 Hitparade im ZDF
20.15 *Kennzeichen D*
Themen: Einstieg in den Ausstieg – Zukunft ohne Atomkraft? / Ganz legal illegal? Leiharbeiter in der Automobilindustrie. / Kurs Kapitalismus – Das „Traumschiff" unter „DDR"-Regie. / Heimweh nach Heimat: Bettina Wegner.
Moderation: Dirk Sager
21.00 *Der Denver-Clan*
Heiratsgeschäfte
21.45 heute-journal
22.05 *Nach dem Studium arbeitslos?*
Berichte von Simone Emmelius, *Monika Hoffmann*, Ekkehard von Ketelhoidt
22.35 Reise in die Zärtlichkeit
Französischer Spielfilm (1980)
0.10 heute



15.00 Captain Future
Zeichentrickserie aus Japan
15.30 Lassie
Die Zwillinge
Anschl. Betty Boop
16.00 Musicbox
17.00 Der Magier
Gut verpackt ist halb gestorben
Anschl. Die Saiga-Antilopen
18.00 Es darf gelacht werden
Festival mit Charlie Chaplin
Anschl. Dick Tracy
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Sport
19.40 Mit dem Tod im Bunde
Amerikanischer Spielfilm (1966)
21.30 APF blick
22.15 Wunder – Mystik – Phänomene
Fanatismus und Sektenterror
Was Sekten versprechen und halten – *dieses Streitgespräch führt* Pastor Haack mit Jüngern der Bhagwan-Sekte
22.45 Mit Tennisschläger und Kanonen
Ein Köder wird gelegt
23.35 APF blick



19.00 Nachbar Europa
Reisewege zur Kunst: Spanien Andalusien
19.45 Follow me
20.00 Tagesschau
20.15 Unter Ausschluß der Öffentlichkeit
Die Münzsammlung
21.05 Einmal im Leben
22.15 Hinrichtung eines Lehrers
23.30 Nachrichten

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Bürgerforum
21.45 Wissenschaftsshow
22.30 Zwischenfall des halben Meters
0.30 Nachrichten

NORD
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Wovon wir leben
19.45 Fahr' doch selbst mal hin
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
21.15 Laufsteg Paris
22.05 Dinner um acht
23.45 Nachrichten

HESSEN
18.33 News of the Week
18.50 Dingsda
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Weißer Fleck
20.45 Café Keese
21.30 Drei aktuell und Sport
21.50 Lindenstraße
22.20 Wie schwer ist die Elfenbeindose?
22.30 Nach einem langen Leben

SÜDWEST
18.30 Pan Tau
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.30 Schlaglicht
20.15 Bonanza
Nur für Baden-Württemberg:
21.00 9 aktuell
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.00 Neues um 9
Nur für das Saarland:
21.00 Neues um 9
Nur für Baden-Württemberg:
21.15 Das kalte Herz
22.00 Hewe un drewe
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.15 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland:
21.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
22.15 Theater des Grauens
23.55 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Mit Vergnügen
19.30 Sag die Wahrheit
20.00 Der Sonne entgegen
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Hallo Beatrice
22.40 Lese-Zeichen
23.10 Z. E. N.
23.15 Klagemauer für 50 000
0.00 Rundschau
0.05 News of the week

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Wenn der Hahn kräht
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Raissa Orlowa-Kopelew:
„Alle Türen in dieses Land öffnen sich mir langsam und schwer
22.30 Auf rot-weiß-roten Spuren
23.30 3SAT-Nachrichten

RTL plus

18.35 Auto-Auto
18.53 7 vor 7
19.22 Karichen
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Ruf des Nordens
Deutscher Spielfilm (1929)
21.37 RTL-Spiel
21.45 Wer bin ich?
22.10 Wie geht's
Thema: Wenn die Beine schmerzen
22.35 Zeichentrick für Erwachsene
22.45 Wetter / Horoskop / Betthupferl

KRITIK

Boris Becker und das Alibi

Schon der Titel von **Tatort** (ARD) ließ den Verdacht aufkommen, daß bei der Einführung des neuen Hauptkommissars „Riedmüller, Vorname Sigi" Kriminelles nur Beilage sein würde. So kam es denn auch, obwohl der Neue gleich zwei Fälle zu lösen hatte, die mit einer bemerkenswert lieblosen Beiläufigkeit ins Drehbuch gepackt worden waren.

Hauptsächlich gab es jenes auch andernorts grassierende Kommissariats-Milieu-Geplänkel, und mit überwiegend belanglosen Dialogen schleppten sich Sigi und seine Mannen durch 99 langweilige Minuten. Das muß der Herr Hauptkommissar gegen Ende selbst gemerkt haben, denn plötzlich überfiel er Verdächtige und Zuschauer mit einigen Eruptionen von Zorn und Muskelkraft – als wollte er seine „Tatort"-Karriere *als Mini-Schimanski starten.*

An kriminologischer Geisteskraft – eines Hercule Poirot etwa – war da wenig. Apropos Poirot. Als sein Name fiel, war Sigi *ratlos. Das erklärt* manches.

Und seine Fälle? Ach ja. „Sie suchen den Nuttenmörder und finden die gestohlenen Autos", stellte Mitarbeiter Wislitschek fest, ebenso baff wie der Zuschauer. Doch auch der Nuttenmörder hatte keine Chance, denn – man glaubt es kaum, so nahe liegt die Lösung – Boris Becker, der Straßenfeger von Wimbledon, erschütterte sein Alibi.

Mein Gott, Sigi, was hat man Euch da für eine Story angedreht. Wie sagt man in Bayern: „a Schmarrn". MANFRED ROWOLD

Die Welt der Erfolg-Reichen

Welche der drei verschworenen Internatsschülerinnen ist denn nun die Mutter von Filmsternchen Lili? Wer es erfahren wollte, der mußte schon bis zum Ende von **Blutsbande** (ARD) durchhalten. Die „Freundinnen durch dick und dünn" eroberten zunächst lange vor eidgenössischer Kulisse ihre Jugendlieben und traten dann ihren Lebensweg nach Paris, London, New York und in den Nahen Osten an.

Das faszinierte an dem knapp vierstündigen Ausflug in die Welt der Erfolg-Reichen am meisten: der stetige Wechsel der Szenerie, das Springen von Heimat- zu Abenteuer-, zu Kriegsfilm, wobei man es mit der Historie nicht immer so genau nahm. Mit harten Schnitten wechselten die Schauplätze aus dem Gebirge in Wüsten und Straßenschluchten.

Dabei heraus kamen drei Lebensgeschichten, gespickt mit Romanzen und Enttäuschungen, beruflichen Erfolgen und Niederlagen sowie aus *zahlreichen US-Serien hinlänglich* bekannten Klischees. Verbunden waren sie allein durch die Frage nach der Mutter. Daß es die Verlegerin Judy war, interessierte viele Fernsehzuschauer dann jedoch nicht mehr.

Hatten den Sonntagabend noch knapp neun Millionen „Blutsbande" gesehen, so waren es bei der zweiten Folge nur noch 7,3 Millionen. Immerhin erfüllten auch sie den Wunsch von Shirley Conran, die die Buchvorlage lieferte, Millionen überall in der Welt zu unterhalten. Ansonsten stand kaum ein Anspruch dahinter. MARTINA SCHLINGMANN

STAND ● PUNKT

Relegation und Volksfest

Wer immer den dubiosen Begriff des Relegationsspiels in die Terminologie des Profi-Fußballs eingeführt haben mag – er muß geahnt haben, daß der Begriff eines Tages von einer Mannschaft wörtlich genommen werden würde. Relegation, so steht es im Duden, bedeutet Verweisung von einer Schule oder Hochschule. Drei Halbzeiten lang spielten die Schüler von Borussia Dortmund gegen den klassentieferen Konkurrenten von Fortuna Köln tatsächlich so, daß nur der Klassenverweis aus der ersten Liga die Folge sein konnte. Sie spielten wie Grundschüler, die nicht einmal das kleine Abc des Fußballs, kämpfen und rennen, beherrschen.

Nun sind aber gerade Grundschüler in einem besonders lernfähigen Alter. Was in der zweiten Halbzeit des zweiten Relegationsspiels deutlich wurde. Da zeigte Borussia Dortmund, daß es durchaus über eine bundesligataugliche Mannschaft verfügt. Es zeigte sich auch, daß die (Zuschauer-)Krise der Bundesliga eine hausgemachte ist. 54 000 Zuschauer (erstmals seit vier Jahren war das Westfalenstadion wieder ausverkauft) bewiesen, daß Fußball-Fans nicht so anspruchsvoll sind, wie Kritiker behaupten. *Im Gegenteil: Sie sind bereit, schnell zu vergessen.*

Zur Pause (0:1) pfiffen sie die Spieler noch gnadenlos aus, nach dem Abpfiff (3:1) veranstalteten sie ein *Volksfest*. Sie entrissen den Spielern die Trikots, trugen den Präsidenten Reinhold Rauball auf Händen und bestätigten damit Fortuna Kölns Trainer Hannes Linssen: „Die Leute wollen *nicht unbedingt perfekten Fußball* sehen. Wir müssen vielmehr zeigen, daß wir Spaß am Fußball haben. Wenn die Leute dann nach dem Spiel gehen und sagen: ‚Mann, was waren die wieder *blind. Aber gekämpft haben die* bis zum Umfallen', dann kommen sie auch wieder."

Spätestens am Freitag ins Düsseldorfer Rheinstadion. Zur dritten Auflage des Spiels Borussia *Dortmund – Fortuna Köln.* *ulf*

GALOPP

Züchterprämie fürs Finanzamt

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln

Nicht allzu viele Pferde, die in den *letzten Jahren* auf den beiden großen Auktionen während der Galopp-Rennwoche in Iffezheim bei Baden-Baden für zum Teil beachtliche Summen verkauft wurden, entpuppten sich als Aktie mit positiver Zukunft. Am 30. August 1984 hat das Hamburger Gestüt Falkenstein in Iffezheim den Hengst Philipo für nur 9000 Mark an den bayerischen Antiquitätenhändler Volker-Rüdiger Uenneberg verkauft.

Als 152:10 Außenseiter hat der Hengst mit Jockey Dave Richardson am Pfingstmontag in Köln mit dem Mehl-Mülhens-Rennen (dem früheren Henckel-Rennen) eines der höchstdotierten deutschen Galopprennen mit fast drei Längen Vorsprung vor Babylonier aus dem Gestüt Schlenderhan mit Georg Bocskai und Orfano (Peter Alafi) aus dem Gestüt Zoppenbroich gewonnen. Der 17:10 Favorit Oldtimer aus dem Gestüt Bona mit Peter Remmert war schon 600 Meter vor dem Ziel geschlagen, im Ziel war er schwacher sechster. Remmert: „Ich hätte ihn schon eingangs der Geraden anhalten können."

Henneberg (sein Pferd läuft aus angeblich steuerlichen Gründen jetzt unter dem Decknamen „Stall Surinam") wurde beim Kauf entscheidend von Trainer Steguweit beraten, der sich dabei besonders von Philipos Vaterschaft leiten ließ, denn Steguweit war als Futtermeister im Gestüt Röttgen in Köln Pfleger des Hengstes Princes Ippi, des Vaters von Philipo, der jetzt seinem Besitzer auch die Chance eröffnet, in den Genuß der 250 000-Mark-Prämie für den Sieger der drei Prüfungen Mehl-Mülhens-Rennen, Union-Rennen und PUMA-Europa-Preis zu gelangen. – Im Union-Rennen am 15. Juni geht Philipo auch wieder an den Start.

Die Züchterprämie (20 Prozent der Siegprämie) erhielt übrigens nicht Horst-Herbert Alsen vom Gestüt Falkenstein, sondern das Finanzamt. Der Fortbestand des Gestüts in Hamburg-Sülldorf ist aufgrund größerer Forderungen des Fiskus gefährdet. Jetzt kamen immerhin 23 500 Mark in die Amtskassen.

In München gewann El Salto aus dem Gestüt Fährhof mit Andrzej Tylicki *den Großen Hertie-Preis vor* Vifargent mit Ralf Suerland.



Tränengas gegen Fußballzuschauer FOTO: AP

120 Menschen verletzt

dpa, Mexiko-Stadt

Zwei Wochen vor Beginn der 13. Fußball-Weltmeisterschaft war ein Stadion in der mexikanischen Provinz Schauplatz schwerer Ausschreitungen, wobei 120 Menschen verletzt, zwei Polizeiwagen angesteckt und zehn Fahrzeuge zerstört wurden. Der Sachschaden wird auf umgerechnet rund 420 000 Mark geschätzt.

Die Ausschreitungen ereigneten sich am Ende des Spiels um den Aufstieg in die 1. Liga zwischen Pachuca und Queretaro, den die Heimmannschaft aus Pachuca, 95 Kilometer nordöstlich der mexikanischen Hauptstadt, mit dem 1:1 (Hinspiel 2:0 für Queretaro) verpaßt hatte. Pachuca ist kein WM-Ort.

Die Polizei setzte Tränengas ein, um die Randalierer zu vertreiben, die Holztribünen in Brand steckten und in der Nachbarschaft des Stadions Zerstörungen anrichteten.

Die Spieler aus Queretaro, dem Spielort der deutschen Mannschaft während der WM. mußten bis in die Nacht warten, bis sie nach den Unruhen das Stadion verlassen konnten.

TENNIS / Nach dem großen Sieg der Steffi Graf

„Am liebsten würde ich jetzt ganz allein sein"

dpa, Berlin

Der 19. Mai 1986 ist im Leben von Steffi Graf ein ähnlich wichtiges Datum geworden wie der 7. Juli 1985 für Boris Becker. Der Berliner Finalsieg der 16jährigen internationalen deutschen Tennis-Meisterin über die amerikanische Wimbledonsiegerin Martina Navratilova hat zwar nicht einen so hohen Stellenwert wie der Wimbledon-Triumph Beckers. Aber mit dem zweiten Matchball auf der Anlage am Hundekehlesee begann für die Weltranglistendritte Steffi Graf aus Heidelberg der gleiche Rummel wie vor einem Jahr um Boris Becker.

Die Begeisterung nahm schlagartig so beängstigende Ausmaße an wie bei *den Berlin-Gastspielen Beckers,* der, eingekeilt in der Menge, handfest vor der Zuneigung der Fans von Leibwächtern geschützt werden mußte. Becker sagte nachdenklich: „Wirklich frei bin ich nur noch auf dem Platz und allein nur noch in der Nacht."

Inmitten der siegestrunkenen Freude um Steffi Graf ließ auch eine Bemerkung der weinenden Martina Navratilova die Zäsur in der Entwicklung des neuen Lieblings der (Tennis- und Fernseh-) Nation erahnen: „Am liebsten würde ich jetzt ganz allein und anonym irgendwo spazierengehen."

So ernste Worte von Tennis-Stars erreichen Steffi Graf in ihrer heutigen beneidenswert unbekümmerten Mädchenhaftigkeit gottlob noch nicht. Ihre unbelastete Freude an dem, was sie kann, ist ihr Trumpf-As, mit dem sie im Spiel auf dem Centre Court die Stiche macht. Sie erinnert mit ihrem offenen Lachen, ihrer Fröhlichkeit oft an den Boris Becker vor einem Jahr.

„Ich könnte vor Freude die ganze Welt umarmen", sagte sie strahlend. Sie feierte ausgelassen, spritzte mit Champagner über den *roten* Sand und alle, die sie umzingelt hatten. blieb aber sportlich fair auf dem Teppich. Wie sie die 13 Jahre ältere Martina Navratilova tröstete, war menschlich bewegend.

Steffi Graf ist so ehrlich, daß ihr das niemand als Cleverneß auslegen kann, wenn sie sich mit solch fairen Äußerungen von dem Zugzwang etwas befreit, fortan immer solche Superleistungen gegen die Navratilova bieten zu müssen.

Gefühlsmäßig hat der Tennis-Teenager mit seiner sportlichen Haltung in Berlin viel von dem entstandenen Druck nach vier hintereinander folgenden Turniersiegen in Hilton Head, Amelia Island, Indianapolis und Berlin und den unausweichlichen Forderungen nach weiteren Siegen dieser Art abgebaut. Auf diese Weise läßt sie sich einfach nicht unter Druck setzen. So gewinnt sie am leichtesten. Das spürt sie.

FUSSBALL-WM / Die Ankunft der deutschen Mannschaft in Mexiko: ein ganz starker Eindruck

Franz Beckenbauer: „Wir Fußballer kommen als Freunde"

sid, Mexiko-Stadt

Franz Beckenbauer sah sichtlich geschafft aus, der 15-Stunden-Flug war nicht in seinem blau-karierten *Maßanzug stecken geblieben,* tiefe Ränder lagen unter seinen Augen. Dennoch befolgte der Teamchef die alte Volksweisheit, wonach der erste Eindruck immer am wichtigsten ist, und glänzte vor der versammelten *mexikanischen Presse im Stil* eines geschulten Entertainers.

Auf dem weiten Weg von Frankfurt nach Morelia geriet der kurze Zwischenstopp auf dem Flughafen von Mexiko-Stadt zur PR-Show, auch *wenn etwa 100 Fans aus dem* Deutschen Klub mit Fahnen und Kuhglocken vergeblich auf Sichtkontakt warteten.

„Mexiko 1970 war die schönste Weltmeisterschaft, die ich je erlebt habe. *Wir alle, und da spreche ich für* jeden einzelnen Spieler, sind froh, endlich in diesem wunderschönen Land zu sein." Mit dieser Bemerkung brach Beckenbauer das Eis und das Mißtrauen, denn die Mexikaner *argwöhnten, daß sich die Mannschaft* aus Alemania genauso davonstehlen würde wie zuvor die Italiener.

Der Weltmeister hatte 500 Journalisten mit gespitzten Bleistiften, eingeschalteten Mikrofonen und aufgebau*ten Kameras stehenlassen* und die sofortige Weiterreise zum Quartier in Puebla achselzuckend damit begründet, die Spieler bräuchten Schlaf. Mexikos Presse schimpft seitdem über die „arrogante Squadra Azzurra".

Ganz anders die Deutschen. Franz Beckenbauer ging voran, plazierte Kapitän Karl-Heinz Rummenigge neben sich auf dem Podium, dazu auch noch DFB-Chef Hermann Neuberger, und die komplette Truppe gab im Hintergrund quasi das Bühnenbild ab.

Daß Lothar Matthäus die Krawatte locker saß, Karlheinz Förster im gleißenden Scheinwerferlicht Schweißausbrüche bekam, Pierre Littbarski verstohlen gähnte und Toni Schumacher das einheitlich-adrette Bild mit einer auffälligen Baseball-Mütze garnierte – am starken Gesamteindruck änderte dies nichts.

Als der offizielle Teil des Meetings vorbei war, wurde der Teamchef mit dem vielleicht brisantesten Punkt konfrontiert. Ob es stimme, wollte jemand wissen, daß die deutschen Tennisspieler den Fußballern prophezeit hätten, sie würden in Mexiko gelyncht.

Beckenbauer antwortete kurz: „Mit den Tennisspielern haben wir nichts zu tun. Wir Fußballer kommen als Freunde." Keineswegs also sollten die traurigen Randerscheinungen vom Daviscup-Match im letzten März aufgewärmt werden.

NACHRICHTEN

Sievert-Preis für Klimke

Hamburg (sid) – Dressur-Olympiasieger Reiner Klimke ist von der Gemeinschaft Deutscher Olympiateilnehmer (GDO) mit dem Hans-Heinrich-Sievert-Preis für 1986 ausgezeichnet worden.

Nicht nach Kiew

München (dpa) – Die deutschen Bogenschützen werden wegen des *Reaktor-Unfalls in Tschernobyl nicht* zum Wettbewerb um den „Frühlingspfeil" nach Kiew reisen. Für diese Veranstaltung sagte der Deutsche Sportbund (DSB) für den Deutschen Schützenbund (DSB) ab.

Weiter Hammerwurf

Rehlingen (sid) – Nur um zwölf Zentimeter verfehlte der Olympiadritte Klaus Ploghaus (Leverkusen) die 80-m-Marke mit dem Hammer. In Rehlingen, wo die deutschen Werfer die Saison mit Länderkampf-Siegen über Finnland (43:31) und Kanada (74:32) eröffneten, sorgte Ploghaus mit 79.88 m für das wertvollste Resultat.

Hans Stuck Zweiter

Charlotte (DW.) – Langstrecken-Weltmeister Hans Stuck (Grainau) belegte beim 500-km-Rennen von Charlotte (US-Bundesstaat North Carolina) auf Porsche 962 zusammen mit dem Amerikaner Bob Akin Platz zwei. Es siegten die Amerikaner Drake Olson/Price Cobb (ebenfalls Porsche 962).



ZAHLEN

FUSSBALL

Zweites Relegationsspiel zur Bundesliga: Borussia Dortmund – Fortuna Köln 3:1 (0:1); (1. Spiel: 0:2, Entscheidungsspiel am Freitag).

TISCHTENNIS

Supercup, 1. Turnier in Arnsberg. Finale, Herren-Einzel: Liang Geliang (China) – Kalinic (Jugoslawien) 16:21, 21:16, 21:15.

GOLF

Deutsche Junioren-Meisterschaften in Olching (72 Par), Junioren: 1. Schieffer (Hubbelrath) 74+72+73+71 =290, 2. Zielg (Bad Nauheim) 77+76+74+76=303, 3. Gillitzer (Bad Kreuznach) 77+77+74+76=304; Juniorinnen: 1. Lampert (Kronberg) 79+74+72 =225, 2. Fischer (Bad Nauheim) 81+82+75=238, 3. Fink (Bad Orb) 82+84+78=243.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 2,1,2,0,1,1,0,2,0,0,0. – 6 aus 45: 7,9,10,11,26,43.

(Ohne Gewähr.)

„Syrien ist das Mutterschiff von Terrorgruppen"

DW. **Jerusalem/Damaskus**

Trotz ihres Bemühens, die Spannungen mit Syrien nicht eskalieren zu lassen, verzichtet die israelische Regierung nicht darauf, Damaskus auf seine Verantwortung für den internationalen Terrorismus hinzuweisen. Vor dem Parlament in Jerusalem bezeichnete Ministerpräsident Shimon Peres Syrien als „Mutterschiff" von Terrorgruppen. Dem syrischen Staatschef Assad warf er vor, sich palästinensischer Terroristen als Instrument der Politik zu bedienen, um eine syrische Vormachtstellung in der arabischen Welt herzustellen. Peres forderte weltweite wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen gegen Damaskus.

Bei seinem verbalen Angriff auf Syrien vermied der israelische Regierungschef jeden Hinweis darauf, daß Israel ein militärisches Vorgehen gegen Damaskus erwäge. Er vertrat die Auffassung, daß es nicht nötig sei, die Waffen sprechen zu lassen.

Syriens Staatschef Assad hatte noch am Sonntag in einem Interview der Zeitung „Washington Post" erklärt, die Spannungen mit Israel schienen sich zu vermindern. Diese Äußerungen waren von Peres in einer Sendung der US-Fernsehgesellschaft CBS begrüßt worden.

Unterdessen verstärken sich die Hinweise, daß die Syrer in nächster Zeit neue Waffen aus der Sowjetunion erhalten. Nach Angaben der israelischen Tageszeitung „Yedioth Aharonoth" will Moskau eine unbekannte Zahl von Mittelstreckenraketen des Typs SS-23 sowie rund 80 Kampfflugzeuge des Typs MiG-29 an Damaskus liefern. Das Blatt beruft sich in seinem Bericht auf westliche Quellen. Danach soll Syrien die sowjetischen Waffen angefordert haben, um ein „strategisches Gleichgewicht" mit Israel zu erreichen.

Die israelische Zeitung berichtet, daß Syrien mit den neuen Raketen, die fast doppelt so weit fliegen wie die alten SS-1, von seinen Abschußbasen aus ohne Schwierigkeiten israelische Siedlungen angreifen könnte. Die SS-23 könne mit nuklearen, chemischen und herkömmlichen Sprengköpfen ausgerüstet werden.

Der Leiter der politischen Abteilung der sowjetischen Streitkräfte, General Alexei Lisitschew, hat den Syrern bei seinem derzeitigen Besuch in Damaskus noch einmal die „feste Unterstützung" der Moskauer Regierung in ihrem „gerechten und heiligen Kampf für Frieden und Würde" zugesichert.

Bund und Länder streiten über Schadensersatz für die Bauern

Nach Tschernobyl ging Konsum von Frischgemüse zurück / Bangemann für Gespräche mit Moskau

ULRICH REITZ, **Bonn**

Nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl haben sich offenbar die *Konsumgewohnheiten der Deutschen* geändert. So ist beispielsweise in den vergangenen Wochen der Verbrauch von Frischgemüse nach Informationen des baden-württembergischen Landwirtschaftsministeriums zugunsten von tiefgefrorener Kost zurückgegangen. Die Umorientierung bei den Verbrauchern beeinflußt die Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern über Schadenersatzleistungen an die durch diese Bestrahlungs-Folgen mittelbar Geschädigten.

Drei Wochen nach dem Reaktorunfall in der Ukraine ist bei dem Gerangel um Schadensersatzforderungen in der Bundesrepublik Deutschland noch kein Ende abzusehen. Strittig ist inzwischen nur noch der Bereich der „mittelbaren Schäden", nachdem die Bundesregierung erklärt hat, die „direkten" Schäden zu übernehmen. Hier müssen sich Bund und Länder einigen.

Erste Runde fehlgeschlagen

Doch der erste Versuch schlug fehl. Am vergangenen Donnerstag erklärte sich Landwirtschaftsminister Kiechle (CSU) bereit, den Schadensersatz für die mittelbaren Folgen des Reaktorunfalls zwischen Bund und Ländern zu teilen. Beide Seiten sollten je 50 Prozent tragen. Damit wollen die Länder sich nicht zufrieden geben. Sie wähnen sich vor dem Hintergrund der Bemühungen der Bundesregierung, vor der Niedersachsen-Wahl die Bauern nicht zu vergraulen, in einer starken Position. Doch zu einer anderen Aussage als *„Mehr muß es sein"* finden sich die Agrarministerien gegenwärtig nicht bereit. *Auf jeden Fall sei eine „ländereinheitliche Absprache"* nötig, heißt es im baden-württembergischen Landwirtschaftsministerium. Das Thema wird in dieser Woche von einer aus Vertretern des Bundes und der Länder gebildeten Runde auf Expertenebene besprochen.

Entscheidend für das Ausmaß der mittelbaren Schäden, die nicht nur die Bauern, sondern auch den Handel betreffen, wird sein, ob die momentan noch verunsicherten Bürger bei ihren Gewohnheiten bleiben. Erste Zahlen dürften frühestens Ende Mai zur Debatte stehen. In den nächsten beiden Wochen stellen die Bauern mit Hilfe der Länderbehörden das Ausmaß der Verluste fest.

Im CDU-regierten Baden-Württemberg geht man nicht davon aus, „daß unterschiedliche Strahlen-Grenzwerte der Länder die Höhe der Entschädigung durch den Bund beeinflussen". Träfe diese Einschätzung zu, dann blieben etwa die strengen hessischen Werte beispielsweise für Milch zumindest ohne negative finanzielle Folgen. Eine Sicht, die sich mit der der sozialdemokratischen Landesregierung in Hessen deckt, die aus ihrem Vorpreschen bei den zulässigen Grenzwerten jetzt keinen finanziellen Schaden erleiden will.

Unabhängig von der Höhe der nationalen Ausgleichsleistungen an die Bauern geht in Bonn die Diskussion um die Abwicklung von Schadensersatzforderungen an die Sowjetunion weiter. Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) wandte sich gegen Versuche, Ansprüche an Moskau mit Hilfe der internationalen Gerichtsbarkeit durchsetzen zu wollen und sprach sich für Verhandlungen aus.

EG-Kommission mauert

Bei der EG-Kommission stößt die Bundesregierung mit dem Plan, mehr Bauern als bisher Subventionen zu zahlen, auf Widerstand. Ein Bonner Antrag zielt darauf, den Anteil der als „benachteiligten Gebiete" eingestuften Agrar-Nutzflächen von derzeit einem Drittel auf 51 Prozent zu erhöhen, um die Nachteile der EG-Agrarpreisordnung vom April national zu kompensieren.

Mehr Geld bekommen die Bauern aber aus einer anderen Quelle: Allein in Niedersachsen haben die Landwirte mehr als 20 000 Anträge auf Bundeszuschuß für die „landwirtschaftliche Altershilfe" gestellt. Mit der Steigerung der staatlichen Zuschüsse zu der Altershilfe gleicht Bonn die am 1. Januar in Kraft getretenen Beitragserhöhungen aus.

USA verknüpfen ABM mit SDI

AP, **Washington**

Die US-Regierung will sich an den *1972 mit der Sowjetunion geschlossenen* Vertrag über die Begrenzung der beiderseitigen Raketenabwehrsysteme *(ABM) nur so lange streng halten*, wie sie für ihr Forschungsprogramm für ein Abwehrsystem im Weltraum (SDI) *hinreichend* Unterstützung findet. Dies geht aus einem Bericht hervor, den der Leiter des US-Amtes für Rüstungskontrolle und Abrüstung, Kenneth Adelman, verfaßt hat. Dem Adelman-Bericht zufolge haben Unterhändler der USA und der Sowjetunion bereits über Möglichkeiten gesprochen, wie bei einer erfolgreichen SDI-Forschung der USA beide Seiten „fortgeschrittene Verteidigungssysteme" stationieren könnten.

Rente in „DDR" bei 471 Mark

AP, **Berlin**

Die durchschnittliche Altersrente für Arbeiter und Angestellte in der „DDR" liegt nach offiziellen Angaben aus Ostberlin bei 471 Mark im Monat. Im Jahre 1970 hatte ein Rentner nur 199 Mark zur Verfügung, berichtete die (Ost-) „Berliner Zeitung".

In den vergangenen 16 Jahren seien die Renten fünfmal erhöht worden, berichtete das Blatt. Das jährliche Rentenvolumen liege derzeit bei 17,4 Milliarden Mark, hieß es weiter. Dieser Betrag entspreche den Ausgaben für Volksbildung, Universitäten, Kindergeld und Geburtsbeihilfen sowie für den Staatsapparat und die wirtschaftsleitenden Organe. Fast 17 Prozent aller DDR-Bewohner sind im Rentenalter.

Paris: Streit um Anti-Terror-Paket

AFP, **Paris**

Die französische Regierung will hohe Belohnungen für Hinweise im Zusammenhang mit terroristischen Verbrechen einführen. Außerdem sollen *Ermittlungen zentral bei einer Pariser* Staatsanwaltschaft abgesichert werden können. Die französische Liga *für Menschenrechte erklärte, der* Kampf gegen den Terrorismus dürfe nicht zu einer „Justiz des Wilden Westens" führen. Das umfassende Projekt soll nach Presseberichten von der konservativ-liberalen Regierung unter Premierminister Jacques Chirac kommmensden Mittwoch verabschiedet werden. Auf die Schaffung eines Straftatbestandes für Terrorismus will die Regierung entgegen ihres Wahlversprechens verzichten.

Nach Angriffen Kursrückgang beim Rand

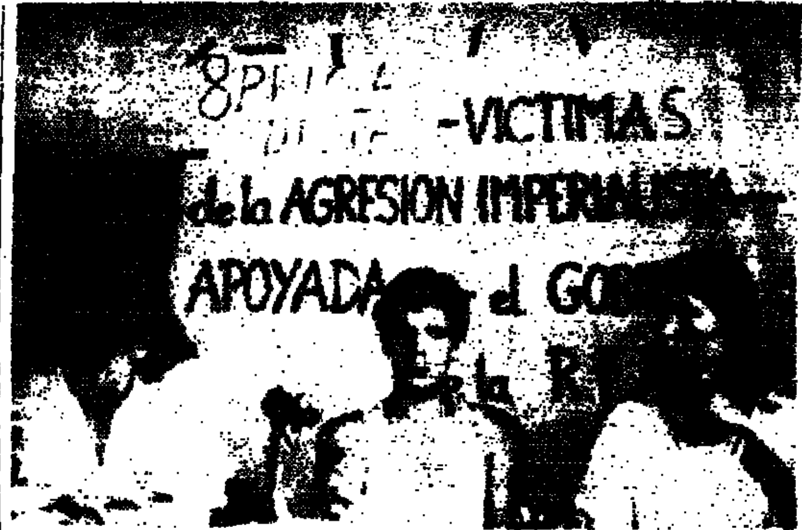
DW. **Johannesburg**

Nach den südafrikanischen Militäraktionen gegen Ziele in Botswana, Simbawe und Sambia ist der Kurs der südafrikanischen Währung Rand gestern kräftig gesunken. Nach Ansicht von Währungsexperten drückten der internationale Protest gegen die Angriffe und die Furcht vor verschärften wirtschaftlichen Sanktionen auf die Landeswährung.

Mit seinen Militäraktionen, bei denen mindestens drei Menschen getötet wurden, hat Südafrika weltweit Kritik ausgelöst. In einer Stellungnahme des Auswärtigen Amts in Bonn werden die „Anschläge des südafrikanischen Militärs" als „klare Verletzung des Völkerrechts, die durch nichts gerechtfertigt werden kann" bezeichnet. Der südafrikanische Botschafter wurde in das Auswärtige Amt einbestellt. Die Militäraktionen haben offenbar zu einem vorzeitigen Ende der Friedensmission einer Commonwealth-Gruppe in Südafrika geführt, die sich um einen Waffenstillstand zwischen Pretoria und der schwarzen Widerstandsorganisation „Afrikanischer Nationalkongreß" (ANC) bemühte. Ein Sprecher der Organisation sagte, daß die Vermittler ihre Verhandlungen fortsetzen könnten.

Die USA haben die Militäroperationen „scharf" verurteilt und bei Südafrika formell Protest eingelegt. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft deutete an, daß die zwölf EG-Staaten ihre Sanktionen gegen Südafrika verschärfen könnten. Der UNO-Generalsekretär de Cuellar sprach von einer „neuen Eskalation der Gewalt im südlichen Afrika". Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass verglich die Operationen gegen den ANC mit dem amerikanischen Bombenangriff auf Libyen, den die Südafrikaner zum Vorbild genommen hätten.

Südafrika hat seine Luft- und Bodenangriffe auf ANC-Stützpunkte in *den drei Nachbarländern erneut verteidigt*. Im staatlichen Rundfunk in Johannesburg hieß es, die Nachbarländer seien wiederholt davor gewarnt worden, dem ANC nicht zu gestatten, von ihrem Territorium aus zu operieren. Wenn die südafrikanische Regierung dem ANC gestatten würde, weiter ungehindert mit seinen Terror-Aktivitäten fortzufahren, würde sie die erste Pflicht einer jeden Regierung vernachlässigen.



Pressekonferenz mit drei Botschaftsbesetzern in Managua FOTO: AP

Noch kein Lebenszeichen von Entführten in Nicaragua

Botschaftsbesetzer geben auf / Genscher bittet um Hilfe

AP, **Managua**

Die mehr als 70 Deutschen, die seit Sonntag abend die Botschaft Bonns in Managua besetzt halten, haben die Räumung der diplomatischen Vertretung für gestern abend angekündigt. Ein Sprecher der Besetzer, der seinen Namen mit Albert Ruther angab, sagte in einem Telefongespräch mit der Nachrichtenagentur AP: „Wir haben die ganze Nacht mit dem Botschafter verhandelt, aber er hat abgelehnt, irgendetwas zu unterschreiben, was von der offiziellen Position Bonns und Washingtons abweicht." In einem Telefonat mit der WELT erklärte eine Sprecherin der Botschaftsbesetzer, sie selbst und die meisten anderen der 70 Besetzer gehörten keiner politischen Partei an. Mit ihrer Aktion wollten sie auch dagegen protestieren, daß einem Volk die Entwicklungshilfe von mächtigen Nationen entzogen worden sei, deren einziges Ziel es sei, selber in Nicaragua das Sagen zu haben.

Die Angehörigen linksgerichteter „internationaler Arbeiterbrigaden", die zum Teil schon seit Jahren in Nicaragua arbeiten, wollten in den mehr als 30 Stunden der Besetzung erreichen, daß sich die Regierungen *der Bundesrepublik Deutschland* und der USA energischer für die Freilassung der am Samstag entführten acht Deutschen *einsetzen*. Die Besetzer glauben, daß Mitglieder der antisandinistischen Guerillagruppe „Demokratische Front Nicaraguas" die vier Frauen und vier Männer verschleppt haben.

Die Gruppe der Deutschen hatte neben Botschafter Rusnak einen weiteren Diplomaten, drei Mitglieder des Wachpersonals und einen Nachtwächter festgehalten. In einem vom „Informationsbüro Nicaragua" in Wuppertal verbreiteten Erklärung hieß es, die Besetzer hätten sich zur Aufgabe entschlossen, „um der Bundesregierung keinen Vorwand für die Verschlechterung der diplomatischen Beziehungen *mit der sandinistischen* Regierung in Managua" zu liefern. Die Bundesregierung habe zudem *durchblicken lassen, daß die* Botschaft geschlossen werde, falls die Aktion nicht abgebrochen werde.

Bundesaußenminister Genscher hat inzwischen die Regierungen der USA, Nicaraguas, Costa Ricas und Honduras um *Mithilfe bei der Suche* nach den in Nicaragua entführten Deutschen gebeten. Der Botschafter der USA in Bonn, Richard Burt, kam gestern zu einer Unterredung über die Entführung ins Auswärtige Amt. Dem Krisenstab des Auswärtigen Amtes liegt derzeit noch kein Lebenszeichen von den Entführten vor.

Fast 100 Solidaritäts-Komitees in der Bundesrepublik Deutschland verfechten hierzulande nicht nur die *Sache des Regimes in Nicaragua*, sondern schicken auch „Arbeitsbrigaden" in das Land. In Managua halten *sich ständig zwischen 200 und 300* solcher Aktivisten auf. Sie kommen aus der alternativen Szene, der *„Neuen Linken"*, haben Demonstrationen gegen die Startbahn West oder Kernkraftwerke hinter sich. Die „Brigadisten" *haben auch die Besetzung* der deutschen Botschaft 1983 und 1985 organisiert, wobei die Mauer vor *dem Gebäude unter anderem mit der* Aufschrift „Die Diener der Yankees" versehen worden war.

Bangemann: In Niedersachsen wird die CDU ihre absolute Mehrheit verlieren

FDP-Chef fordert Kabinetts-Revirement nach der Bundestagswahl / Vor dem Parteitag

DIETHART GOOS, **Bonn**

Nach der Bundestagswahl muß nach Ansicht des FDP-Vorsitzenden *Martin Bangemann* das Bundeskabinett personell und strukturell umbesetzt werden. „Es gibt einige Ministe*rien, die sich überlebt haben* und andere, die nicht ideal zugeschnitten sind." So sei das Thema Umwelt*schutz in der gegenwärtigen* Bundesregierung zu sehr zergliedert. Einzelheiten darüber, welche Ministerien *gestrichen oder umgebildet werden* sollten, wollte Bangemann nicht nennen. „Wenn man dazu etwas sagt, dann ist der eine oder andere Ministerkollege vielleicht beleidigt."

Nach dem Bundeskongreß der *Grünen in Hannover* bestehe kein Zweifel mehr über die wahren Absichten dieses Spektrums, sagte Bangemann. „Jeder Wähler in Niedersachsen weiß jetzt, was zu erwarten ist, wenn er die Grünen wählt", sagte Bangemann im Hinblick auf die immer mehr in den politischen Mittelpunkt rückende niedersächsische Landtagswahl am 15. Juni.

„Ohne uns rot-grün"

Zur Einstimmung der eigenen Partei und zur Motivierung des niedersächsischen FDP-Wählerpotentials veranstalten die Freien Demokraten von Freitag bis Sonntag ihren 37. ordentlichen Bundesparteitag in Hannover.

Zu den Wahlaussichten seiner Partei in Niedersachsen sagte Bangemann, für die FDP sei das Rennen gegenwärtig noch nicht gelaufen, er *rechne aber fest mit der Rückkehr* seiner Parteifreunde in den Landtag. „Die CDU wird ihre absolute Mehr*heit verlieren, das ist klar, 1982* gewann sie die Mehrheit unter außergewöhnlichen Umständen. Um so wich*tiger ist unsere Rückkehr in das Par*lament. Alleine kann die CDU nicht regieren." Ohne die FDP würde es dann *ein rot-grünes Bündnis in Hannover* geben.

Durch den Wahlkampf und auch mit dem *Bundesparteitag* will die FDP ihre bundespolitischen Leistungen hervorheben. Bangemann selbst ist sechzigmal im Wahlkampfeinsatz, seine Präsidiumsmitglieder zusätzlich noch über zweihundertmal. *Entschieden* wendet sich Bangeman gegen Einschätzungen, die Niedersachsenwahl habe Testcharakter für die *Bundestagswahl im Januar* nächsten Jahres. Dennoch räumte der FDP-Vorsitzende den wichtigen innenpoli*tischen Stellenwert des 15. Juni* im Hinblick auf das Abschneiden der Grünen und mögliche rot-grüne Bündnisse ein. *„Alles, was die Grünen* jetzt beschlossen haben, ist genau das Gegenteil von dem, was die FDP für richtig hält. *Das hat mit liberaler* Politik überhaupt nichts mehr zu tun. Da fehlt jede differenzierte Aussage zum Gewaltverhalten." Und dennoch könnten sich die politischen Gewichte nach der Niedersachsenwahl verschieben. Daher müsse die FDP im Wahlkampf auf die Abhängigkeit der hessischen SPD von den Grünen verweisen. „Das ist auch wichtig für die Wähler in Niedersachsen."

Für die CDU ist die FDP nach Darstellung ihres Bundesvorsitzenden „inzwischen ein verläßlicher Koalitionspartner im Bündnis der Vernunft geworden". Bangemann räumte ein, es habe nach der Wende in der FDP Schwächeperioden gegeben. Mit seiner Wahl zum Parteivorsitzenden Anfang vergangenen Jahres sei die Partei stabilisiert worden und könne Erfolge aufweisen, auch wenn er selber mal Fehler gemacht habe. Bangemann fügte jedoch hinzu, seine Partei werde nicht ein für alle mal in konservativer Erstarrung verharren.

Grundrente kontrovers

Für den Parteitag in Hannover rechnet Bangemann mit breiter Zustimmung in den politischen Schlüsselfragen. Kontroversen erwartet er zur Rentenpolitik, zum Thema Frauen in der Bundeswehr und auch zu den Vorstellungen der Programmkommission unter Vorsitz von Generalsekretär Helmut Haussmann über den Abbau der Arbeitslosigkeit. Besonders die Jungliberalen (Julis) vermissen in diesem Konzept eine ausreichend soziale Komponente. Auseinandersetzungen in der Rentenpolitik betreffen die von Bangemann und dem Fraktionsvorsitzenden Mischnick favorisierte Grundrente für diejenigen, die mit ihrem schmalen Renteneinkommen unter dem Sozialhilfesatz bleiben. Außerdem will Bangemann mit der FDP eine schrittweise *Aufbesserung* der Versorgungsleistungen für die etwa sechs Millionen „Trümmerfrauen" erreichen.

Kuba schafft „freie Märkte" ab

AFP, **Havana**

Die „freien Bauernmärkte" in Kuba werden in dieser Woche abgeschafft. Auf diesen seit 1980 bestehenden Märkten wurde ohne Rationierungsbeschränkungen und Preiskontrollen ein Teil der privaten Agrarproduktion wie Gemüse und Geflügel angeboten. Die Preise richteten sich *nach Angebot und Nachfrage*. Staats- und Parteichef Fidel Castro erklärte dazu: „Wir werden eine falsche Entscheidung korrigieren, und da Korrigieren klug ist, sollten wir es so schnell wie möglich tun." Der kubanischen Presse zufolge hatten Leiter von landwirtschaftlichen Genossenschaften die sofortige Schließung der Märkte gefordert.

UNO übergibt an Israel NS-Akten

AP, **New York**

Israel hat aus UNO-Archiven 347 Akten über mutmaßliche NS-Verbrecher erhalten. Die Listen enthalten auch 2000 Namen, nach denen nicht gefragt worden war. Die israelische UNO-Mission *hatte ursprünglich ein* Schreiben mit den Namen von 1379 Verdächtigen vorgelegt, doch stellte *sich heraus, daß Einzeldossiers* nur über 347 von ihnen in den Unterlagen der früheren Kriegsverbrechenskommission existieren, die jetzt in UNO-Archiven ruhen. Bei den zusätzlichen 2000 Namen handelt es sich unter anderem um Vorgesetzte der 347 NS-Verbrecher, und um Leute, die mit den Verdächtigen in Beziehung standen.

In USA leichterer Zugang zu Waffen

dpa, **Washington**

US-Präsident Reagan hat ein neues Waffenkontrollgesetz unterzeichnet, das zahlreiche bestehende Restriktionen aufhebt und den Zugang zu vielen Waffentypen in den USA wieder erleichtert. Die Morde an Martin Luther King und Robert Kennedy hatten den Kongreß 1968 veranlaßt, die Bestimmungen zum privaten Waffenerwerb zu verschärfen. Eine wichtige Bestimmung bleibt bestehen: Kleine Handfeuerwaffen dürfen auch künftig nicht über die Grenzen der Bundesstaaten hinweg verkauft werden. Dagegen ist der grenzüberschreitende Verkauf von Gewehren wieder erlaubt. Inspektionen bei Waffenhändlern werden eingeschränkt.

Schau-Gefecht

Mk. – Auge um Auge ... dieser alttestamentale Grundsatz reizt bedauerlicher Weise nach wie vor *manchen Handelspolitiker*, selbst wenn es kaum möglich ist, gleiches mit gleichem zu vergelten. So will jetzt die EG-Kommission auf die amerikanischen Einfuhrkontingente bei einigen Agrarprodukten, mit denen vermeintliche Nachteile aus dem Beitritt Spaniens und Portugals kompensiert werden sollen, mit gleichwertigen Maßnahmen reagieren.

Nun haben die Amerikaner ihre Maßnahmen so bemessen, daß sie nicht weh tun. Sie haben auf die Einfuhren des vergangenen Jahres eine Marge von 20, bei Wein sogar von 40 Prozent aufgeschlagen. Größen, *die nicht erreichbar sind*, weil der EG-Export wegen des Dollar-Verfalls nicht mehr so läuft. Es wäre daher weise, auf Gegenreaktionen zu verzichten, wenn der Konflikt nicht weiter eskallieren soll. Nicht so die Kommission. Sie spielt mit Instrumenten, die auch nicht greifen sollen.

Trotzdem: Das Klima zwischen EG und USA für die Verhandlungen im Gatt muß unter solchen Schau-Gefechten leiden. Es drängt aber die Zeit. Falls keine Vereinbarung zustande kommt, wollen die USA zum 1. Juli sogar einige Zölle erhöhen. Betroffen wären auch verarbeitete Agrarerzeugnisse, die eigentlich schon zum gewerblichen Bereich gehören. Und es könnten noch mehr werden, wenn die EG dann im Gegenzug die Soja-Importe behindern würde. Der Agrar-Protektionismus würde auf Industriewaren überschwappen. Dies sollte auch diejenigen schrecken, die jetzt ihre Muskeln zeigen wollen.

Raffiniert

cd.– Da staunt der Fachmann – und der Laie wundert sich, daß es einem Bankangestellten mit verschleiernden Buchungstricks gelingen *kann*, seinen Arbeitgeber um die ungeheure Summe von 15 Millionen zu „erleichtern". Gibt es denn bei der Adca-Bank, bei der das jetzt passiert ist, keine internen Sicherungseinrichtungen? Sicherlich, aber was nützen die, wenn ein Mitarbeiter mit krimineller Energie daran„ vorbeiarbeitet", ohne daß gutgläubige Kollegen und Vorgesetzte Lunte riechen? Bei der Adca-Bank haben die Bankrevisoren den Betrug aufgedeckt. Aber da war es natürlich schon zu spät. Auch bei anderen Banken kommt es immer wieder einmal vor, daß ungetreue Angestellte Gelder „abzweigen". Nur handelt es sich meist um kleinere Fische, über die man nicht viel redet. Gegen raffinierte Betrüger, die den simplen Griff in die Kasse als viel zu primitiv verabscheuen, helfen auch die kompliziertesten Sicherungssysteme nichts. Das ist eine alte Erfahrung des Bankgewerbes, die sich hier wieder einmal bestätigt hat.

MIETERBUND / Jahn: Hauseigentümer sollten, statt zu lamentieren, Mieten senken

Forderung nach Liberalisierung des Wohnungsmarktes „maßlos" genannt

HANNA GIESKES, Bonn

„Die öffentliche Hand muß Hilfestellung leisten, damit die 260 000 Wohnungen der Neuen Heimat als sozial gebundenes Vermögen erhalten bleiben." Der Präsident des Deutschen Mieterbundes, Gerhard Jahn, findet es „unerträglich, wenn der Konzern Wohnungen an teilweise dubiose Aufkäufer veräußert". Solche Praktiken seien mit dem gemeinnützigen Auftrag des Unternehmens unvereinbar, sagte Jahn gestern in Bonn.

Im Interesse der Mieter müsse die Sozialbindung *auch* langfristig gesichert werden, betonte der Mieterschutzpräsident. In Hessen, Nordrhein-Westfalen und Hamburg habe man dies bereits erkannt und Konzepte entwickelt, „die beispielhaft für eine bundesweite Lösung sein können". Voraussetzung sei allerdings, daß alle Beteiligten – neben der öffentlichen Hand auch Eigentümer und Banken – einen Beitrag leisteten.

„Maßlos" nannte der Mieterbund-Präsident die jüngsten Forderungen des Zentralverbands der Haus- und Grundeigentümer nach totaler Liberalisierung des Wohnungsmarktes, festgemacht an der These von einer Million leerstehender Wohnungen, die Jahn für eine „Falschmeldung" hält. Tatsächlich addierten sich die Leerstände auf 250 000 bis 300 000 Wohnungen – rund ein Prozent des Gesamtbestandes – und der Bundesbauminister, aus dessen Haus diese Zahlen stammten, möge endlich zu dieser „Phantasiezahl" Stellung nehmen „und nicht länger Versteck spielen".

Dies hat Oscar Schneider jedoch insoweit getan, als er den Hauseigentümern während ihres Zentralverbandstages Anfang Mai klarmachte, daß er ihre Forderungen für „überzogen" hält. Die Bundesregierung werde alles tun, um abrupte wirtschaftlich oder sozial einseitige Kurskorrekturen zu vermeiden.

Den Vermietern legte der Jahn nahe, die Mieten auf eine tragbare Höhe zu senken, anstatt über leerstehende Wohnungen zu lamentieren: *Die* seien für den Durchschnittsverdiener nämlich einfach zu teuer. Für Jahn ist mit einer Quadratmeter-Miete von sechs bis sieben Mark „die Schallgrenze der Belastbarkeit" erreicht. Hauseigentümer müßten sich eben daran gewöhnen, „daß ihnen teuere Wohnungen nicht mehr aus den Händen gerissen werden."

Die jeweilige Lage am Wohnungsmarkt könne im übrigen nicht als Argument für oder gegen Mieterschutz herangezogen werden. Die von den Vermietern geforderte freie Kündigung bedeute immer, daß der Mieter erpreßbar werde – auch bei einem ausgeglichenen Markt: „Der Verlust der Wohnung als Heim wiegt immer schwerer als die Möglichkeit, anderswo eine leerstehende Wohnung zu finden. Dies gelte grundsätzlich für jeden Mieter, unabhängig von seiner sozialen und finanziellen Situation, „aber erst recht, wenn er ein geringes Einkommen oder eine enge Bindung an die Wohnung und ihre Umgebung hat".

Aus dem aktuellen Angebotsüberhang am Wohnungsmarkt dürfe nicht auf eine allgemeine Sättigung des Wohnungsbedarfs geschlossen werden, sagte Jahn weiter. Er berief sich dabei auf den Hamburger Wirtschaftswissenschaftler Professor Harald Jürgensen, der einen Nachfragestau von etwa 100 000 Wohnungen jährlich für wahrscheinlich hält: Pro Jahr entstehe aus Abriß und Überalterung ein Ersatzbedarf von 200 000 Wohnungen; hinzu komme eine Nachfrage von etwa 200 000 neu gegründeten Haushalten. Das derzeitige Neubauvolumen betrage aber nur etwa 300 000.

Bisher habe die Bundesregierung nichts gegen diese Entwicklung getan, kritisierte Jahn. Sie stelle zwar Milliarden-Beträge für die Eigentumsförderung der besser Verdienenden bereit, aber sie habe keinen Pfennig mehr für den sozialen Wohnungsbau übrig „und sieht tatenlos zu, wie der Bestand an Sozialwohnungen mit Mitte der 90er Jahre auf die Hälfte zusammenschrumpfen wird". Die Erhaltung preiswerter und sozial gebundener Wohnungen müsse indes Vorrang haben, forderte er, denn die Lage der Mieter habe sich in den letzten Jahren laufend verschlechtert.

FRANKREICH

Trotz höherer Nachfrage stieg die Arbeitslosigkeit an

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit steht für die neue französische Regierung unter schlechten Vorzeichen. Im April, dem ersten vollen Monat ihrer Amtszeit, erhöhte sich die Zahl der Stellengesuche (Arbeitslose) saisonbereinigt um 1,7 Prozent (40 500) auf 2,43 Millionen. Dies war der stärkste Monatszuwachs seit drei Jahren. Trotz des Machtwechsels und der ersten Krediterleichterungen standen die Unternehmer Gewehr bei Fuß. Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage wird vom Arbeitsministerium vor allem auf das Auslaufen der sozialistischen Sozialmaßnahmen zur Beschäftigung von Jugendlichen zurückgeführt. Immerhin aber hat sich die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen im April insgesamt auf 799 000 (817 000) vermindert. Die von der neuen Regierung für diesen Arbeitsmarktsektor geplanten Maßnahmen laufen erst im Sommer an.

Nach Angaben der Banque de France hat sich die Binnennachfrage im April wesentlich verstärkt – die Autozulassungen beispielsweise stiegen im Jahresvergleich um 18 Prozent – und der Export in die EG profitierte von der Franc-Abwertung vom 6. April. Jedenfalls, die französische Konsumgüterindustrie konnte demzufolge ihre Produktion steigern. Die Hersteller von Investitionsgütern hatten allerdings zum Teil unter dem Kaufkraftschwund der Ölexportländer und darunter zu leiden, daß ihre Inlandskunden in Erwartung weiterer Zinssenkungen mit Aufträgen Zurückhaltung übten.

Zwar erwartet die Banque de France in ihrem Konjunkturbericht, daß sich dies wegen der letzte Woche beschlossenen neuen Zinssenkung – wohl der letzten auf absehbare Zeit – ändern werde, und daß sich die Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen vermindern würden. Im Monat April sind sie aber gegenüber März weiter auf 45 800 (43 400) gestiegen und die bevorstehende Aufhebung des Genehmigungszwangs für solche Entlassungen könnte diese negative Entwicklung noch verstärken.

Aber auch an der Inflationsfront ist in Frankreich die Lage so rosig nicht *mehr. Im Februar waren die Preise* um 0,2 Prozent zurückgegangen. Im April dagegen erhöhten sie sich wohl auch wegen der weiteren Preisliberalisierungen auf 0,3 bis 0,4 Prozent. Allerdings ging die Inflationsrate im Jahresvergleich von drei Prozent im März auf 2,5 bis 2,6 Prozent zurück.

Nicht zuletzt aber verspricht die französische Handelsbilanz in diesem Jahr weniger günstig auszufallen, als von der neuen Regierung dank der Franc-Abwertung erwartet worden war. Den von ihr zunächst für 1986 auf 25 bis 35 Milliarden Franc veranschlagten Überschuß revidierte jetzt Außenhandelsminister Michel Noir auf null bis 15 Milliarden Franc, wobei er den Industriegüterbereich als nach wie vor „besorgniserregend" bezeichnete.

Die Chemie und das Öl

Von JOACHIM WEBER

Es steht außer Frage: 1985 war für die deutsche Großchemie erneut ein glänzendes Jahr. Angesichts weltweiter Erträge vor Steuern, die mit 6,8 (6,2) Prozent vom Umsatz bei der BASF, 6,8 (6,7) Prozent bei Bayer und mit 7,4 (6,9) Prozent bei Hoechst durchweg sogar noch relative Zuwächse erfuhren, mochten die Vorstandschefs aller drei Konzerne nicht mehr an ihrem gewohnten „wir sind aber noch nicht wieder da, wo wir mal waren" festhalten.

Daß die Ertragssteigerungen durchweg über den Umsatz- oder gar Absatzerhöhungen lagen, macht sehr schön deutlich, wie flott in der Chemie die Post abgeht, wenn erst einmal in möglichst vielen Produkt-Bereichen bestimmte, meist recht starre Schwellen der Kapazitätsauslastung überschritten sind. Es zeigt aber auch, in welchem Ausmaß die Unternehmen bereits die beiden Vorjahre zur inneren Stärkung genutzt hatten – günstigere Zinssalden oder geringere Zuführungen zu den bis zum Erlaubten angefüllten Pensionsspardosen förderten ebenfalls die Ergebnisausweise.

Nur auf den ersten Blick erweckt das neue Jahr den Eindruck, als sei die Wachstumsphase der Chemie schon wieder vorüber. Zwar ist nicht zu übersehen, daß im ersten Quartal die *Umsätze aller drei Riesen deutlich* – um bis zu zwölf Prozent – nachgegeben haben. Doch dieser Rückgang ist zu wesentlichen Teilen darauf zurückzuführen, daß mit sinkendem Dollarkurs wie Ölpreis zunächst einmal ganz einfach Luft aus den vorher aufgeblähten Umsatzvolumen abgelassen wurde.

Denn mit dem steigenden Dollar war ein guter Teil der Auslandsumsätze der Chemie – keineswegs nur aus dem USA-Geschäft – lediglich in der D-Mark-Umrechnung überproportional gestiegen; in Landeswährung sahen etliche Zuwachsraten deutlich bescheidener aus. Und auch die beiden Ölpreisschübe der siebziger Jahre, die dem damaligen Chemie-Boom ein jähes Ende gesetzt hatten, bescherten der Branche nachhaltig substanzlose Zuwachsraten.

Gerade das Öl aber ist eine Größe in der Branchenkalkulation, an der, ob als Rohstoff oder als Energieträger, kaum ein Unternehmen vorbeikommt. Immerhin entfiel 1985 etwa die Hälfte von 30 Milliarden Mark Rohstoff- und Energiekosten der Branche auf ölabhängige Produkte. Unterschiede im Gewicht dieser Rechengröße gibt es allerdings selbst zwischen den drei Großen: Während die BASF mit dem hauseigenen Ölkonzern Wintershall am stärksten vom Preisspiel der Scheichs abhängt, dürfte der Öleinfluß bei Bayer am geringsten sein, Die Hoechster – ebenfalls ohne eigene Ölverarbeitung – dürften in der Mitte liegen.

Von der Kostenentlastung des Ölpreisrutschs bleibt freilich (jedenfalls *nach den Aussagen der Vorstände*) kaum etwas in den Ertragsmaschen der Unternehmen hängen. Denn der Markt ist wachsam, die Abnehmer zum Beispiel von Kunststoffen oder Fasermaterial fordern ihre Preisabschläge fast zeitsynchron mit den Rotterdamer Notierungen. Auch die (rechenbaren) Vor- und Nachteile der Dollarschwäche scheinen sich gerade einigermaßen auszugleichen.

Nicht zu unterschätzen sind zudem die qualitativen Auswirkungen der heftigen Ausschläge. So hat sich schon in den ersten Monaten 1986 wenigstens in Teilbereichen die wiedererstarkte Wettbewerbsfähigkeit der Anbieter aus dem Dollar-Raum mit entsprechendem Druck auf Preise und Mengen bemerkbar gemacht. Und vor allem die inländischen Kunden benehmen sich wie immer in Preissenkungs-Zeiten: Sie bauen ihre Läger ab und hoffen auf noch niedrigere Preise.

Immerhin ist es Bayer und Hoechst *selbst im bewegten Umfeld der ersten* Monate 1986 noch gelungen, die Gewinne weiter zu erhöhen. Daß es bei den Ludwigshafenern gleichzeitig bergab ging, hat seine Ursache vor allem im BASF-spezifischen Ölgeschäft, aber auch in den unterschiedlichen Gepflogenheiten der Rechnungslegung: Hohe Wertberichtigungen auf die Vorräte an Öl und stark ölabhängigen Produkten wurden – trotz teilweiser Berücksichtigung schon im Abschluß 1985 – fällig und (nicht ganz allgemein üblich) gleich im ersten Quartal vorgenommen.

Wie sich Umsätze und Gewinne im weiteren Jahresverlauf entwickeln werden, ist ungewiß wie selten. Doch selbst ein Jahr mit Wachstumspause wäre angesichts des hohen Niveaus – alle drei Konzerne liegen in der Größenordnung von jeweils deutlich mehr als 40 Milliarden Mark Umsatz – gewiß keine Katastrophe.

Nur in einer Hinsicht droht den Vorständen eine Stunde der Wahrheit: Hält der Ölpreis seinen Tiefstand übers ganze Jahr, dann können sie nicht mehr mit dem Bezug auf ölinflationierte Umsätze den Umsatzrenditen früherer Jahre nachtrauern. 1986 verheißt erstmals wieder einen ehrlichen Vergleich.

AUF EIN WORT





„Computer werden stärker zur Übersetzung aus Fremdsprachen eingesetzt. An der Möglichkeit, Computer in Zukunft mit Befehlen in Umgangssprache zu bedienen, wird gearbeitet. Ob die allerdings je auch ‚Schwäbisch' lernen, weiß ich heute noch nicht."

Eberhard Knoblauch, Vorsitzender der Geschäftsführung der Hewlett-Packard GmbH, Böblingen
FOTO: DIE WELT

Busse und Bahnen sind wieder voller

dpa/VWD, Köln

Nach mehreren Jahren rückläufiger Fahrgastzahlen haben die Busse und Bahnen der kommunalen Verkehrsunternehmen in der Bundesrepublik 1985 erstmals wieder einen Zuwachs des Verkehrsaufkommens registriert. Wie der Verband Öffentlicher Verkehrsbetriebe (VÖV) gestern in Köln mitteilte, stieg die Zahl der Fahrgäste um 8 Millionen oder 0,2 Prozent auf 4,396 Milliarden. Nach Angaben des Kölner Verbandes beförderten die Straßenbahnen, U-Bahnen, Busse und O-Busse der 164 VÖV-Mitgliedsunternehmen in der Bundesrepublik 1985 täglich rund 12 Millionen Fahrgäste.

ÖLMÄRKTE

In New York und London ziehen die Preise wieder an

rtr/AFP, New York

Die Rohölpreise ziehen seit dem Wochenbeginn wieder an. Am freien New Yorker Markt hat eine deutlich gestiegene Benzinnachfrage den Ölpreis kräftig nach oben klettern lassen. Der Preis für ein Barrel (159 Liter) der Sorte West Texas Intermediate stieg am Montag um gut einen Dollar auf 17,16 Dollar. Damit wurden nach Angaben des Handels die seit Januar höchsten Preise erzielt. Im Februar dieses Jahres war der Ölpreis auf einen tiefsten Stand von 9,75 Dollar abgerutscht.

Branchenexperten erklärten, für den Preisanstieg sei die starke Nachfrage der Autofahrer verantwortlich. Für das kommende, um einen Feiertag (Memorial Day, 26. Mai) verlängerte Wochenende rechnen einige Händler mit einer Ausflugs- und Reisewelle, wie sie es seit Jahren nicht mehr gegeben hat. Die niedrigen Benzinpreise würden zum Autofahren ermutigen.

Nach Aussage einiger Marktbeobachter produzieren die US-Raffinerien unter Hochdruck. „Die effizienten Raffinerien arbeiten mit voller Kapazität", sagte Charles Maxwell vom Maklerhaus C. J. Lawrence. Ältere, bereits stillgelegte Raffinerien würden inzwischen wieder reaktiviert. Sie benötigten aber für die Benzinproduktion mehr Rohöleinsatz als die modernen Anlagen.

Die höhere Nachfrage schlägt sich inzwischen in den Vereinigten Staaten ebenfalls im Benzinpreis nieder. Am Montag wurde er landesweit um etwa 2 Cent auf 57 Cent (rund 1,25 DM) die Gallone (3,8 Liter) heraufgesetzt.

Auch in London wurde die Nordseeölsorte „Brent" am Montag nachmittag gegenüber dem Schlußkurs vom Freitag um 0,90 Dollar höher gehandelt. Mit 15,30 Dollar pro Barrel erreichte der Preis auf dem Londoner Markt für Lieferung Juni den höchsten Stand seit dem 26. Februar 1986.

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Öffentliche Unterstützung für Neugründungen verstärkt

DeT, Bonn

Die Existenzgründungsförderung hat in der Bundesrepublik in den 80er Jahren einen beachtlichen Auftrieb bekommen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Öffentliche Hilfen, die bisher 88 500 Existenzgründern zugute kamen, dienten insbesondere der Überwindung der mit der Kapitalbeschaffung verbundenen Schwierigkeiten. Typisch für Existenzgründungen sind Eigenkapitalknappheit, ein hohes Kreditrisiko sowie die Probleme, die sich aus einem nur wenig ausgebildeten Markt für Venture capital ergeben.

Das fehlende Eigenkapital erweist sich insofern als besonders heikel, als der durchschnittliche Existenzgründer nur über rund ein Drittel des notwendigen Gründungskapitals verfügt. Die Gründungskosten reichen von etwa 92 000 DM bei Freiberuflern bis 285 000 DM in der Industrie. Im sonstigen Dienstleistungsgewerbe belaufen sich die Kosten auf 97 000 DM, im Verkehrsgewerbe auf ca. 170 000 DM. Das Kreditrisiko stellt insofern ein Hindernis für Unternehmensneugründungen dar, als Vergangenheitserfolge und infolgedessen ausreichende Banksicherheiten nicht gegeben sind. Die öffentlichen Unterstützungsmaßnahmen bestehen vor allem in langfristigen Mitteln zu kalkulierbaren, festen Konditionen, die dem Unternehmer gleich zu Beginn eine ausreichende finanzielle Stabilität gewähren.

Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der öffentlichen Hilfen sind gerade in beschäftigungspolitischer Hinsicht erfreulich. Die betriebliche Tätigkeit wurde nämlich im Durchschnitt von 4,7 Beschäftigten einschließlich des Unternehmensinhabers sowie mitarbeitender Familienangehöriger aufgenommen. Während der letzten fünf Jahre wurden auf diesem Wege 350 000 Arbeitsplätze neu geschaffen bzw. erhalten.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

US-Wirtschaft wächst unerwartet stark

Washington (rtr/cd.) – Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten ist im ersten Quartal 1986 unerwartet kräftig gewachsen. Das Handelsministerium teilte gestern in Washington mit, das reale Bruttosozialprodukt (BSP) sei im Berichtsquartal nach revidierten und saisonbereinigten Daten mit einer Jahresrate von 3,7 Prozent gewachsen. Die Wachstumsrate war damit deutlich höher als vom Ministerium vor einem Monat mit 3,2 Prozent geschätzt und übertraf zudem die Erwartungen vieler Experten. Die Mehrheit der Fachleute hatte sogar mit einer Revision der Rate nach unten auf 2,5 bis 3,0 Prozent gerechnet. Am US-Anleihemarkt befürchtete man gesternnachmittag, daß das lebhaftere Wirtschaftswachstum den Zinssteigerungskräften Auftrieb gibt.

Keine Preiserhöhung

Bonn (dpa/VWD) – Von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind Preiserhöhungen für die Verbraucher aufgrund des Reaktorunfalls in der Ukraine nicht zu erwarten. Wie der Pressesprecher der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher, Thomas Schlier, erklärte, werden die Lebensmittelpreise, die zur Zeit auf oder leicht unter dem vergleichbaren Vorjahresniveau liegen, weiterhin durch den starken Angebotsdruck aus der EG-Produktion und aus weltweiten Importen bestimmt.

Österreich: Teuerung

Wien (AFP) – In Österreich ist der Verbraucherpreisindex für April 1986 gegenüber dem Vergleichsmonat 1985 um 1,4 Prozent gestiegen, gab das statistische Zentralamt in Wien bekannt. Im Vergleich zum Vormat ging der Verbraucherpreisindex im April um 0,2 Prozent zurück.

KfW erhöht Zinsen

Frankfurt (AP) – Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat die Zinsen für ihre Eigenmittelkredite um ein viertel Prozent erhöht. Das Unternehmen, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, gab als Gründe die „wieder anziehenden Kapitalmarktzinsen" an. Der Mitteilung zufolge beträgt der Zinssatz für den Endkreditnehmer für alle nach dem 16. Mai 1986 eingehenden Kreditanträge im Mittelstandsprogramm 5,75 Prozent jährlich. Bisher lag er bei 5,5 Prozent. Im KfW-Umwelt- sowie im Gemeindeprogramm gilt nun ein Zinssatz von 5,25 gegenüber bisher fünf Prozent jährlich. *Der Auszahlungssatz von 96* Prozent sowie alle sonstigen Bedingungen blieben unverändert.

Pleiten–Häufigkeit
Konkurse und Vergleichsverfahren auf je 10 000 Unternehmen 1985

Bereich	Anzahl
Bauhauptgewerbe	290
Großhandel	122
Ausbaugewerbe	88
Versicherungs- und Kreditmakler	82
Industrie	81
Verkehr, Nachrichtenwesen	74
Landwirtschaft	72
Dienstleistungen, Freie Berufe	64
Einzelhandel	52

© Globus

1985 wurden in der Bundesrepublik mehr Konkurse angemeldet als jemals zuvor. Etwa 45% der Insolvenzen gingen auf das Konto der Bauwirtschaft und des Großhandels. Erstaunlich ist das Abschneiden des Einzelhandels, der trotz harter Konkurrenz und gesunkener Erträge die geringste Anzahl an Pleiten verzeichnete. QUELLE: GLOBUS

Dollar kaum verändert

Frankfurt (dpa/VWD) – Bei ruhigem Geschäft lag der Kurs des US-Dollar gestern in Frankfurt kaum verändert. Der amtliche Mittelwert wurde ohne Eingreifen der Deutschen Bundesbank mit 2,2195 DM nach 2,2123 DM am Freitag vor Pfingsten festgestellt. Die Goldpreise schwächten sich über die Pfingstfeiertage etwas ab. Zusammen mit dem Dollar – aber vor allem aufgrund höherer Ölpreisnotierungen – stieg das Pfund gestern in Frankfurt auf 3,3890 (3,3710) DM.

OECD: Stabilität

Paris (J. Sch.) – Wie im Februar so hat sich auch im März das Preisniveau der westlichen Industriestaaten (OECD-Zone) um durchschnittlich 0,1 Prozent zurückgebildet – das beste Ergebnis seit 1960. Die Inflationsrate im Jahresvergleich schrumpfte auf 3,1 (3,8) Prozent. Die niedrigste „Inflationsrate" wies nach wie vor die Bundesrepublik mit 0,1 Prozent auf.

GTZ / Streit in Bonn

FDP-Politiker als Geschäftsführer?

HH. Bonn

Der ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete Klaus Gärtner wird möglicherweise neues Mitglied der dreiköpfigen Geschäftsführung der bundeseigenen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Er würde dann die Nachfolge von Hartmut Höppel antreten, dessen Vertrag Ende März 1987 ausläuft. Die nächste Aufsichtsratssitzung der GTZ findet am 20. Juni statt. Es wird angenommen, daß dabei die Personalentscheidung fällt.

Siegfried Lengl, Staatssekretär im Entwicklungsministerium (BMZ) und Aufsichtsratsvorsitzender der GTZ, wird am 2. Juni von einer China-Reise in Bonn zurückerwartet. Nach Auskunft seines Büros will Lengl dann über die Kandidaten entscheiden.

Gärtner, der 1983 auf eigenen Wunsch nicht mehr für den Bundestag kandidiert hat, war zuvor als Mitglied des Haushaltsausschusses unter anderem Berichterstatter für den Entwicklungsetat und wurde auf diesem Wege seinerzeit zum ersten und später zum zweiten stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der GTZ bestellt. Helmut Esters, SPD-Bundestagsabgeordneter und ebenfalls Berichterstatter für den Entwicklungsetat im Haushaltsausschuß, favorisiert als zweiter stellvertretender AR-Vorsitzender Gärtners Kandidatur nachdrücklich. Nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag hat die GTZ-Geschäftsführung Gärtner im Mai 1983 zu ihrem Repräsentanten für Saudi-Arabien bestellt.

NORDSEE-ÖL / Randgebiete und neue Felder vom Preisverfall betroffen – Cash-flow für neue Projekte benötigt

Gesellschaften wollen Senkung der Gewinnsteuern

WILHELM FURLER, London

Der drastische Rückgang der Rohölpreise hat die in der Nordsee operierenden Ölgesellschaften vor erhebliche Probleme gestellt. Betroffen sind insbesondere die Investitionen in die Explorationstätigkeit sowie in die Entwicklung neuer Felder oder von Randgebieten bereits produzierender Felder. Deshalb kommt die Forderung der größten britischen Ölgesellschaft BP an die Regierung in London, die Besteuerung der Gewinne aus der Nordseeölförderung zu reduzieren, alles andere als unerwartet.

Inzwischen haben sich andere Nordsee-Ölgesellschaften dem Aufruf von BP-Chairman Sir Peter Walters angeschlossen. Ihr Argument lautet, daß die weitere Entwicklung von Nordseefeldern „austrocknen" wird, falls es nicht zu einer Anpassung der Steuersätze an das seit November letzten Jahres mehr als halbierte Ölpreisniveau kommt. Gegenwärtig liegt der Steuersatz (Petroleum Revenue Tax = Ölfördersteuer) bei 75 Prozent. Hinzu kommt ein Förderzins (Royalties) von zwölf Prozent. Für neuentwickelte Nordseefelder, die seit 1983 fördern, werden keine Royalties erhoben. Und die Ölfördersteuer entfällt bei all denjenigen neuen Feldern, die im Durchschnitt weniger als 20 000 Barrel pro Tag produzieren.

Wie der BP-Chairman behauptet, würde eine generelle Reduzierung der Ölfördersteuer oder gar ihre Abschaffung den Ölgesellschaften den Cash-flow besorgen, den sie für das Angehen neuer Projekte benötigen. Doch die Regierung in London befürchtet, daß eine Reduzierung des Steuersatzes – abgesehen von einer noch drastischeren Verringerung der Staatseinnahmen aus Nordseeöl – nicht zwangsläufig zu einer Verstärkung der Nordsee-Investitionen führen wird. Vor allem die größeren Ölgesellschaften könnten die zusätzlichen Mittel ihren Operationen in irgendeinem anderen Teil der Welt zufließen lassen, heißt es im Energieministerium.

Dennoch wird die Regierung in irgendeiner Form positiv auf die wachsenden Forderungen nach Steuererleichterungen reagieren müssen, meinen Ölexperten. Denn praktisch alle in der Nordsee operierenden Ölgesellschaften haben inzwischen ihre Etats für die Öl- und Gas-Exploration zum Teil massiv reduziert. BP etwa hat vor kurzem mitgeteilt, daß das Explorationsbudget 1986 um fast 30 Prozent, von gut 2,1 auf 1,55 Mrd. DM, gekürzt wird. Immerhin 80 Prozent dieser Reduzierung entfallen auf BP's Nordsee-Aktivitäten.

Die Exploration und Entwicklung neuer Felder darf aber nicht zu stark vernachlässigt werden, soll die Kontinuität der Ölversorgung aus der Nordsee auch in den 90er Jahren sichergestellt sein. Hinzu kommt das Problem, daß ein weiterer Industriezweig, die sogenannte Offshore- und Versorgungsindustrie, mit zunehmenden Investitionskürzungen der Ölgesellschaften plötzlich in eine existenzgefährdende Krise gerät. So haben bereits fünf führende Unternehmen der Branche, Seaforth Maritime, Sterling Shipping, Wimpey Marine, Maersk Oil und Salveson, die zuständigen Gewerkschaften aufgefordert, Reduzierungen der Arbeitskosten um 30 Prozent zuzustimmen. Andernfalls seien Entlassungen unumgänglich.

Selbst wenn einige Ölgesellschaften einen Teil der Steuererleichterungen in Investitionen außerhalb der Nordsee umleiten sollten, könnte die britische Offshore-Industrie davon profitieren. Die Erfahrungen haben nämlich gezeigt, daß Ölgesellschaften ihre Aufträge bevorzugt an Unternehmen der gleichen Nationalität verteilen. Die britischen Offshore- und Versorgungsunternehmen warten jedenfalls geradezu darauf, daß die Ölgesellschaften ihres Landes wieder stärker im Ausland tätig werden. Dann könnten sie nachfolgen und das ohnehin zeitlich begrenzte Nordsee-Engagement entlasten.

FINSIDER / Italiens größtes Stahlunternehmen streicht bis 1988 13 000 Arbeitsplätze

Noch immer tief in den roten Zahlen

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Der staatliche Finsider-Konzern, Italiens größtes Stahlunternehmen, hat im Jahre 1985 seinen Verlust gegenüber dem Vorjahr von 1496 auf 952 Mrd. Lire vermindert. Damit ist es nicht gelungen – wie ursprünglich geplant – den Bilanzausgleich zu erreichen. Dieses Ziel wurde jetzt neu für 1987 gesetzt, während im laufenden Jahr mit einem Verlust von 400 Mrd. Lire gerechnet wird.

Für Finsider beginnen damit noch härtere Zeiten als in den vergangenen Jahren, da jetzt der italienische Staat aufgrund von EG-Auflagen nicht mehr einspringen darf, um die Verluste zu tilgen. Bisher intervenierte die Muttergesellschaft, die Staatsholding IRI, jedesmal mit der Streichung und Wiederauffüllung des Kapitals, um ihrer Tochter auf die Beine zu helfen.

Obwohl Finsider in den letzten fünf Jahren seine Rohstahlkapazitäten um 4,5 Mill. Tonnen oder 24 Prozent auf 14,9 Mill. Tonnen und die Zahl der Arbeitsplätze von 128 000 auf 85 000 (minus 24 Prozent) reduzierte, reichten diese Eingriffe noch nicht aus, um das Unternehmen aus den roten Zahlen zu holen. Weiter sehr hoch sind vor allem die Schulden. Sie überschreiten zwar den Umsatz nicht mehr wie 1980, als die Sanierung begann. Mit 9500 Mrd. Lire gegenüber dem im Vergleich zu 1984 um 24 Prozent auf 11990 Mrd. Lire gestiegenen Konzernumsatz sorgen sie aber noch immer für im Verhältnis zur Konkurrenz unerträgliche Zinskosten.

Der Finsider-Verwaltungsrat weist in diesem Zusammenhang darauf hin, *daß das Staatsunternehmen* nicht nur durch die höhere italienische Inflation gehandikapt ist, sondern auch dadurch, daß die höhere italienische Inflations- und Kostendynamik durch die Abwertungen der Lira nur zum Teil ausgeglichen wurde. Finsider geht dabei davon aus, daß sich die Mark gegenüber der Lira zwischen 1980 und 1985 von 471 auf 650 Lire aufwertete; an der Kaufkraft Ende vergangenen Jahres gemessen aber einen Kurs von 739 Lire hätte haben müssen.

Diese etwa 15prozentige Überbewertung der Lira hat den Finsider-Experten zufolge entscheidend dazu beigetragen, daß sich die Erträge des Staatsunternehmens in der Zeitspanne 1980/85 nur um 63 Prozent erhöhten, während die Kosten um 93 Prozent zunahmen. Den aus der unvollständigen Währungsanpassung resultierenden Schaden für die Konzernertragsbilanz beziffert Finsider auf 2000 Mrd. Lire.

Um die Arbeitsproduktivität zu verbessern, will Finsider jetzt in der Dreijahresspanne 1986/88 weitere *13 000 Arbeitsplätze aufgeben*. Trotzdem bleibt es fraglich, ob mittelfristig der Vorstoß in die Gewinnzone zu erreichen sein wird. Der Finsider-Verwaltungsrat selbst läßt die Beantwortung offen und weist nur darauf hin, daß in der Zeitspanne 1986/88 die Erträge um 19 Prozent zu steigen bestimmt sind, wogegen die Kosten um 25 Prozent zunehmen dürften.

1985 produzierte der Finsider-Konzern 13,5 Mill. Tonnen Rohstahl, fünf Prozent weniger als 1984. Das entsprach 56,5 Prozent der gesamten italienischen Rohstahlerzeugung.

Millionenbetrug bei ADCA-Bank

cd. Frankfurt

Die ADCA-Bank ist von einem *ungetreuen Angestellten um einen* Betrag in der Größenordnung von 15 Mill. DM, etwa das Anderthalbfache des für 1985 gezeigten Jahresüberschusses, geschädigt worden. Die mit 226 Mill. DM Eigenmitteln ausgestattete Bank, die diese Größenordnung freilich verkraften kann, hofft allerdings, wenigstens noch einen Teil der veruntreuten Millionen zurückzubekommen, die über ein internes Konto an einen kreditorischen Kunden aus der Bauträgerbranche weitergeschoben wurden.

Der hinter dieser Firma, die bei zahlreichen anderen Banken verschuldet ist, stehende 59jährige Kaufmann und seine Lebensgefährtin sind ebenso wie der Bankmitarbeiter bereits am letzten Mittwoch verhaftet worden. Der nach Auskunft der Frankfurter Staatsanwaltschaft zum Teil geständige Bankangestellte hatte einen Kollegen in der Frankfurter Niederlassung der ADCA-Bank ohne dessen Wissen mißbraucht, um das *bankinterne Sicherungssystem zu* umgehen.

WETTBEWERBSRECHT / *Streit um Stellenanzeigen*

Das Handelsblatt unterliegt im Kampf um „Karriere"

H.-H. HOLZAMER, Köln

Keine Karriere ist dem neuen Handelsblatt-Special „Karriere – Markt für Führungskräfte" beschieden. Die 1. Kammer für Handelssachen beim Landgericht Köln bestätigte gestern aufgrund mündlicher Verhandlung eine Einstweilige Verfügung gegen die Handelsblatt GmbH und die Gesellschaft für Wirtschaftspublizistik GFW mbH.

Neun Zeitungen und Verlage, darunter FAZ, Süddeutsche Zeitung und Axel Springer Verlag, hatten mit Erfolg daran Anstoß genommen, daß das Handelsblatt bei ihnen geschaltete Anzeigen verkürzt aber mit Hinweis auf Kontaktadresse und Fundstelle in einer neugeschaffenen Beilage ohne Erlaubnis erneut im redaktionellen Teil veröffentlichte. Die neun Antragsteller befürchteten, daß sich das Handelsblatt ihre eigene akquisitorische Leistung zu eigen machen wollte und rügten „unlauteren Wettbewerb" in Form einer „unzulässigen Leistungsübernahme nach Paragraph 1 UWG". Das Handelsblatt berief sich demgegenüber darauf, daß es für veröffentlichte Anzeigen keinen Urheberrechtschutz gebe, daß seine „Transparenzliste" für die Inserenten eine Art „kostenloser Wiederholung" und für die Leser, insbesondere die angesprochenen „Führungskräfte der Wirtschaft" eine neue attraktive redaktionelle Leistung sei.

Das Landgericht Köln mußte sich erstmals mit der wettbewerbsrechtlichen Problematik befassen, daß eine fremde Leistung nicht einfach wiederholt wurde, etwa wie beim Nachdruck von Schallplatten, sondern als „Vorspann" für eine eigene verwandt wurde. In der mündlichen Verhandlung wies der Vorsitzende der 1. Kammer in seinen Ausführungen darauf hin, daß die Antragsteller „um ihren Platz beim Geschäft mit den Stellenanzeigen jahrezehntelang hätten kämpfen müssen". Das Handelsblatt habe mit dem Abdruck, auch in redigierter Form, eine „formal vollwertige Anzeige geschaffen" mit dem Ziel, daß sich seine Leser unter Bezug auf das Special bei den Firmen und Agenturen bewerben sollten. Dies sollte dazu führen, wie der Justitiar des Handelsblattes einräumte, daß auch Anzeigen direkt in der Beilage geschaltet würden. Diesen kurzen Weg zur eigenen Position im Stellenanzeigen-Geschäft hielt das Gericht für unzulässig.

Neben dem unerlaubten Anzapfen einer fremden Marktposition nannte der Vorsitzende Richter als Argument für seine Entscheidung gegen das Handelsblatt, daß den Antragstellern ein Folge-Auftrag verlorengehen *könnte*, wenn der Inserent darauf vertrauen dürfte, einen kostenlosen Nachdruck in der Karriere-Beilage des Handelsblattes zu erhalten. Auch erweckte die redaktionelle Form den Eindruck, der Kunde oder die Zeitung seien mit dieser Form und der Verkürzung einverstanden.

Die Prozeßvertreter des Handelsblattes stellten eine „sorgfältige Überprüfung" der schriftlichen Begründung des Urteils in Aussicht.

NAMEN

***Heinz Dieter Gerner**, ist zum Leiter* des Bereichs Marketing 1,2,3 AutoService GmbH & Co., Frankfurt, ernannt worden.

Hans-Bernhard Bolza-Schünemann, Vorstandsvorsitzender der Koenig & Bauer AG, Würzburg und Präsident der Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt, wurde am 20. Mai 60 Jahre.

Werner Symannek, Vorstandsmitglied und Leiter der Finanzabteilung/Inland der Riedel-de Haën AG, Seelze, tritt am 22. Mai in den Ruhestand. Nachfolger ist Heinz-Jürgen Gross*mann*, *bisher* Geschäftsführer der Jade Cosmetic GmbH, Frankfurt.

Roman Hausner, Geschäftsführer der Gebr. Hilgenberg GmbH & Co. KG, Essen, geht am 31. Mai 1986 in den Ruhestand. Die Geschäftsführung übernimmt sein Sohn **Andreas Hausner**.

Frau Dr. **Lieselotte Höhborn**, Leitende Verwaltungsdirektorin der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV), Frankfurt, ist in den Ruhestand getreten. Nachfolger wird **Volkhard Seraphim**, Direktor des Arbeitsamtes Tauberbischofsheim.

NORDCEMENT / Erholungstendenzen im öffentlichen Bau

Absatz nur leicht gesunken

dos, Hannover

Nach dem schwierigen Geschäftsverlauf im Jahre 1985 rechnet die Nordcement AG, Hannover, für 1986 wieder mit einer leichten Besserung. Wie der Vorstand im jetzt vorgelegten Jahresbericht schreibt, ist die Situation im Wohnungsbau zwar „vollkommen unbefriedigend". Erholungstendenzen zeigten aber der Wirtschaftsbau und das öffentliche Bauwesen. Die deutsche Zementindustrie insgesamt dürfe im laufenden Jahr noch nicht mit einem Absatzzuwachs rechnen. Die eigenen Aussichten indes werden günstiger beurteilt.

Bereits 1985 hat das Unternehmen deutlich besser abgeschnitten als die Branche. Während die deutsche Zementindustrie im Inland einen Rückgang von 13 Prozent hinnehmen mußte, verringerte sich der Nordcement-Versand nur um 4,3 Prozent. Die günstigere Entwicklung resultiere aus Aufträgen der Bundesbahn und der Straßenbauverwaltung. Der Gesamtabsatz allerdings ging um 7,5 Prozent auf 882 000 (953 000) Tonnen zurück, weil Exporte praktisch nicht mehr stattfanden. Der Umsatz sank um ebenfalls 7,5 Prozent auf 99 (108) Mill. DM.

Von der Schließung der Fabrik in Wunstorf Mitte dieses Jahres verspricht sich der Nordcement-Vorstand eine deutliche Stärkung der Ertragskraft. Dies werde sich bereits im Jahresabschluß 1986 niederschlagen. Im ersten Quartal sei der Absatz der beiden verbleibenden Werke in Hardegsen und Höver gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres bei guter Auslastung leicht gestiegen.

Der Hauptversammlung am 26. Juni schlägt die Verwaltung die Ausschüttung einer Dividende von 6 DM pro 50-DM-Aktie vor. Der in den beiden Vorjahren gezahlte Bonus von 1,50 DM fällt diesmal aus, eine Folge des auf 3,81 (4,77) gesunkenen Jahresüberschusses. Die Investitionen von 8,7 (6,1) Mill. DM wurden voll aus dem auf 13,7 (12,9) erhöhten Cash-flow finanziert. Die Abschreibungen erreichten 9,8 (8,1) Mill. DM. Die Einstellung der Produktion in Wunstorf führte zu einer Reduzierung der Belegschaft um 76 auf 355 Mitarbeiter.

Aus der Einladung zur Hauptversammlung geht hervor, daß das Grundkapital aus Gesellschaftsmitteln um 8 Mill. DM auf 40 Mill. DM erhöht werden soll. Die neuen Aktien, die im Verhältnis 4:1 ausgegeben werden, sind ab 1986 gewinnberechtigt.

HARPENER / Pariser Hauptaktionär macht Kasse – Dividende und Vorsorge erhöht

Suche nach neuer Großinvestition

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Zusammen mit der für 1985 um 1 DM Bonus auf 12 (11) DM erhöhten Gesamtdividende werden die 20 000 Streubesitzer der Harpener AG, Dortmund, auf der Hauptversammlung am 30. Juni wohl erfahren, wohin die Pariser Gaz et Eaux ihre 51 Prozent von 127,6 Mill. DM Aktienkapital verkaufen wird. Man habe, heißt es bislang karg aus Paris, ohne eigenes Zutun etliche Kaufangebote erhalten und Verhandlungen mit dem Ziel aufgenommen, die Beteiligung, mit deren Ertragsentwicklung man „sehr zufrieden" sei, zu einem angemessenen Preis zu verkaufen.

Der Großaktionär, der das Aktienpaket 1980 aus französischem Sidéchar-Besitz für den Gegenwert von 160 Mill. DM kaufte und dafür aus heutiger Sicht durch Franc-Abwertungen nur 100 Mill. DM aufwandte, kann beim derzeitigen Börsenwert mit etwa 500 Mill. DM Erlös rechnen. Da er sein Paket über drei Holland-Holdings hält, winkt ihm ein stolzer steuerfreier Buchgewinn – unvergleichbar mit der Rendite aus abermals erhöhter (für den Auslandsaktionär aber nicht von Steuergutschrift begleiteter) Dividende, die für ihn abzüglich 10 Prozent Quellensteuer nur noch 2,7 Prozent des Börsenwertes ausmacht.

Was da in Bewegung kommt, findet dem Vernehmen nach Interesse bei einer Reihe vorwiegend deutscher industrieller wie institutioneller Anleger, nachdem die WestLB aus Streubesitz bereits gut zehn Prozent vom Kapital des von der ehemaligen Bergbaugesellschaft zum Mischkonzern aufgestiegenen Unternehmens zusammengekauft hat. Die Dividende ist nun schon fast dreimal so hoch wie nach dem Bergbau-Ende 1969 mit 4,50 DM. Und Endstation soll das immer noch nicht sein.

Der Abschluß für 1985 belegt es. Aus rund 37 (36) Mill. DM Bruttoergebnis ihrer Eigenaktivitäten und 45,6 (23,9) Mill. DM Beteiligungserträgen hat die Harpener AG zunächst ungewöhnlich hohe Vorsorge für allfällige Bergbau-Altlasten (Bodenverseuchung) getroffen, erkennbar in einem auf 21,7 (2,2) Mill. DM angeschwollenen Negativsaldo der a. o. Posten, und gleichwohl noch den Jahresüberschuß auf 32 (30,5) Mill. DM verbessert. Davon gehen 1,4 (2,4) Mill. in nunmehr 38,4 Mill. DM gesetzliche und freie Rücklagen.

Nötig wäre diese Rücklagenstärkung nicht. Denn auf dem erfolgreich verfolgten Kurs, den großen, kaum rentierlichen und auch jetzt noch bei 300 Mill. DM Verkaufswert (bei einem Buchwert von Null) anzusetzenden Immobilienschatz aus der Bergbauzeit „mieterschonend" zu verkaufen, wird die Substanz durch Reinvestition (mit Sofortabschreibung) steuerneutraler Buchgewinne mehr als erhalten. Diesen Weg gingen seit 1981 nun 281 (245) Mill. DM Verkaufserlöse mit 262 (230) Mill. DM Buchgewinnen. Neben dem Ausbau eines Beteiligungskreises und der Eigenaktivitäten werden bis 1986 insgesamt (seit 1969) 260 Mill. DM in gewerblichen Vermietobjekten („nie eine Pleite erlebt", beteuert Vorstandssprecher Heyo Schmiedeknecht) reinvestiert sein, die 1986 einen Ergebnisbeitrag von 20 (nach 13) Mill. DM bringen sollen.

Nach den 1985 zum dritten Mal nacheinander sehr hohen Investitionen von 136 (108) Mill. DM bleibt der Vorstand in den kommenden Jahren auf der Suche nach einem Großobjekt. Es soll den 70 Mill. DM schweren und dank Vollabschreibung besonders ertragstarken Umsatz des eigenen 150-MW-Kraftwerkes Harpen ersetzen, das 1990 aus Umweltschutzgründen stillgelegt wird.

DIERIG / Konjunktur im Textilbereich noch schwierig

„Musterklau" kostet Millionen

DANKWARD SEITZ, Augsburg

Auf ein deutlich besseres zweites Halbjahr sowohl beim Textil-Einzelhandel als auch der eigenen Gruppe hofft die Dierig Holding AG, Augsburg, um für 1986 wieder einen „akzeptablen" Abschluß präsentieren und eine unveränderte Dividende (4 DM) ausschütten zu können. Doch noch ist die derzeitige Branchenkonjunktur nach Ansicht von Konzernchef Christian Gottfried Dierig so schwierig, daß er sich jeder Prognose enthält. Denn zum einen habe der Handel bislang noch wenig von einer größeren Konsumbereitschaft zu spüren bekommen. Dies und zum anderen die niedrigen Baumwollpreise hätten schon in den ersten vier Monaten zu rückläufigen Umsätzen und Auftragseingängen geführt.

Als „recht brauchbares Jahr" bewertete Dierig das Geschäftsjahr 1985. Geringere Ordereingänge bei Garnen und Rohgeweben hätten das Auftragsniveau des Vorjahres zwar verfehlen lassen, die Produktionsanlagen seien jedoch voll ausgelastet gewesen – zeitweise habe man sogar Sonderschichten einlegen müssen. Der Umsatz der konsolidierten inländischen Gesellschaften der Gruppe erreichte 417,8 (419,4) Mill. DM, einschließlich der Auslandstöchter waren es 433,4 (435,6) Mill. DM. Die negative Tendenz spiegelt, so Dierig, vor allem die gesunkenen Baumwollpreise und den Verfall des Dollar-Kurses wider. Die Exportquote erhöhte sich auf 32,5 (29,5) Prozent.

Auch wenn die Dierig Holding AG als Obergesellschaft Gewinne von insgesamt 7,6 (6,0) Mill. DM übernehmen konnte und wieder 4 DM aus einem Bilanzgewinn von 2,7 (2,5) Mill. DM auf 30 Mill. DM Grundkapital ausschüttet, gelang es den operativen Gesellschaften nicht, ihre Ertragslage zu verbessern. Vielmehr verschlechterte sich das „operative Ergebnis" der Gruppe sogar auf 13 (17) Mill. DM, was auch beim Teilkonzern im Gewinn je 50-DM-Aktie von 10,40 (18) DM zum Ausdruck kommt. Zudem belasteten nach Angaben von Dierig Steuernachzahlungen, die Vorruhestandsregelung und – bedingt durch den Baumwollpreisverfall – 9 Mill. DM Abschreibungen auf Vorräte. Ausgeglichen wurde dies durch Mobilisierung außerordentlicher Erträge von rund 15 Mill. DM.

Verständlich, wenn sich Dierig deshalb über den zunehmenden „Musterklau" ausländischer und bedeutender deutscher Verarbeiter erregt. Jährlich gingen dem Unternehmen dadurch ein „Absatz von mehreren 100 000 Metern Stoff und einige Millionen Umsatz" verloren. Nun will das Augsburger Unternehmen gemeinsam mit einigen anderen Betroffenen die Musterschutzkommission der EG zum Handeln bewegen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

KWS stabilisiert

Einbeck (dos.) – Die KWS Kleinwanzlebener Saatzucht AG, Einbeck, rechnet im Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) mit einer Stabilisierung der günstigen Vorjahresergebnisse. Nach Angaben des Vorstands gilt dies sowohl für den Umsatz der AG (1984/85: 154 Mill. DM) wie für das Ergebnis (Jahresüberschuß 8,9 Mill. DM). Für endgültige Aussagen sei es aber noch zu früh. KWS hatte für das vergangene Geschäftsjahr neben der auf 8 (7,50) DM erhöhten Dividende einen Jubiläumsbonus von 2 DM ausgeschüttet. In den ersten neun Monaten 1985/86 sei der geringere Inlandsumsatz im Zuckerrübenbereich durch günstigere Entwicklungen auf Drittland-Märkten kompensiert worden, heißt es im Aktionärsbrief.

Zusammenarbeit

Berlin (tb.) – Das US-Unternehmen Westinghouse und die mittelständische Berliner Firma Gebr. Kemmer wollen auf dem Gebiet der Umwelttechnik zusammenarbeiten. Nach Angaben der Berliner Wirtschaftsverwaltung sollen in der neuen Firma die Erfahrung von Kemmer bei der Sanierung von Altlasten mit dem von Westinghouse entwickelten System der Zersetzung toxischer Abfälle zu einer neuen Technologie der Abfallbeseitigung verbunden werden.

Kurzarbeit geht weiter

Kassel (dos.) – Die BASF-Tochter Kali und Salz AG, Kassel, die bereits in den ersten sechs Monaten 1986 Kurzarbeit für die Dauer von zwei bis fünf Wochen in ihren inländischen Werken angesetzt hatte, wird in der zweiten Jahreshälfte weitere zwei Wochen kurzarbeiten. Das Unternehmen begründet diese Entscheidung, von der rund 6000 Beschäftigte betroffen sind, mit der anhaltend schwachen Nachfrage auf dem Weltkalimarkt. Auch der Düngerabsatz verlaufe zähflüssig; die Lagerbestände seien weiter angewachsen.

MuK erhöht

Hamburg (dpa/VWD) – Die Markt- und Kühlhallen AG, Hamburg, erhöht die Dividende für das Geschäftsjahr 1985 von 7 auf 8 DM. Das schlägt die Verwaltung dieser größten gewerblichen Kühlhausgruppe der zum 27. Juni einberufenen HV vor. Am Grundkapital von 29,8 Mill. DM sind die Linde AG mit knapp 30 Prozent, das Bankhaus Merck, Finck & Co mit 35 und die Victoria Versicherung mit knapp 10 Prozent beteiligt.

Produktionsrückgang

Völklingen (dpa/VWD) – Die in den Mehrheitsbesitz des Saarlandes übergegangene Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, verzeichnete in den ersten drei Monaten 1986 einen Produktionsrückgang um mehr als zehn Prozent. Wie das Unternehmen gestern in seiner Werkzeitung mitteilte, sank die Stahlproduktion im 1. Quartal auf 618 000 Tonnen gegenüber 690 000 Tonnen ein Jahr zuvor. Die Mitarbeiterzahl wurde in diesem Zeitraum um 250 auf 13 000 verringert.

KARLSRUHER VERSICHERUNGEN / Leben und Sach auf Expansionskurs

Sonderausschüttung für Altverträge

K.-H. STEFAN, Karlsruhe

Bei den Karlsruher Versicherungen zeigen Bestand und Beitragseinnahmen in den ersten vier Monaten des laufenden Geschäftsjahres weiterhin steigende Tendenz, während sich das Neugeschäft bisher noch leicht unter dem Vorjahrsniveau entwickelt. Die Karlsruher Leben werde, so erklärte Vorstandsvorsitzender Prof. Robert Schwebler, mit Beginn des Jahres 1987 neue, nach Männern und Frauen getrennte Tarife einführen, die der höheren durchschnittlichen Lebenserwartung der Frauen Rechnung tragen.

„Bereits heute ist jeder dritte Kunde der Karlsruher Leben eine Frau." Der Rechnungszins wird von drei auf 3,5 Prozent angehoben, die Rückkaufswerte werden verbessert. Sonderausschüttungen, so Schwebler, „werden sicherstellen, daß die nach den derzeitigen Tarifen versicherten Kunden zumindest gleichbehandelt werden".

Im Jubiläumsjahr 1985 erzielte die Karlsruher Leben „ein insgesamt gutes Geschäftsergebnis", wobei das Neugeschäft im Bereich der konventionellen Kapitallebensversicherung um 10,6 Prozent auf 2,28 Mrd. DM expandierte. Das schwache Neugeschäft (s. Tabelle) muß vor dem Hintergrund des weit über dem Durchschnitt liegenden Neugeschäfts 1984 (+ 11,3 Prozent) betrachtet werden.

Im einzelnen stand einer deutlichen Erhöhung des Anteils der Kapitalversicherungen von 55,8 auf 61,1 Prozent ein Rückgang des Anteils der Vermögensbildungsverträge von 18,1 auf 10,7 Prozent gegenüber.

Weniger Abschlüsse bei den selbständigen Berufsunfähigkeitsversicherungen bewirkten eine Verminderung des Anteils der Rentenversicherungen von 12,3 auf 11,4 Prozent. Risikoversicherungen waren mit 9,1, Gruppenversicherungen mit 7,7 Prozent am Neugeschäft beteiligt. Die von den Kunden gezahlten Beiträge wuchsen schneller als Neugeschäft und Bestand.

Auffallend an der Kapitalanlagenstruktur ist der hohe Anteil der Schuldscheindarlehen, was mit der Absicht, Abschreibungsrisiken im Interesse einer kontinuierlichen Überschußentwicklung zu begrenzen, begründet wird.

Die Hypothekendarlehen partizipieren mit 30,3 (31,0) Prozent an den gesamten Kapitalanlagen, womit der Branchendurchschnitt (19,7 Prozent) deutlich übertroffen wird.

Von dem um zwölf Prozent gestiegenen Bruttoüberschuß wurden 278,5 Mill. DM der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt, 77,2 Mill. DM den Versicherten direkt gutgeschrieben. Die Aktionäre erhalten 18 Prozent Dividende.

Auch die Sachtochter, Karlsruher Versicherung AG, hat 1985 ihren Wachstumskurs verstärkt fortgesetzt, wobei das Beitragsaufkommen um 9,8 Prozent auf 182,5 Mill. DM expandierte. Bei den Kraftfahrtversicherungen (Anteil am Gesamtgeschäft von 57,0 Prozent) stiegen die Beitragseinnahmen um respektable 8,3 Prozent.

Nach dem starken Anstieg der Schäden in den beiden Vorjahren ist 1985 eine Beruhigung eingetreten, wobei sich die Bruttoschadenquote von 79,0 auf 74,0 Prozent ermäßigte. Der verbesserte Schadenverlauf in der Kfz-Haftpflichtversicherung ermöglicht eine Beitragsrückerstattung bis zu 20 Prozent.

Insgesamt ergibt sich aus dem kleinen technischen Gewinn und den ansehnlichen Kapitalerträgen ein Jahresüberschuß von 2,9 Mill. DM. Nach Rücklagendotierung werden 14 Prozent Dividende ausgeschüttet.

Karlsruher Leben	1985	±%
Versicherungsbestand (Mill. DM)	27 999	+ 6,0
Eingel. Neugeschäft	3 736	+ 1,0
Beitragseinnahmen	853	+ 6,4
Aufw. f. Vers. Fälle	305	+ 11,3
Kapitalanlagen [1]	6 179	+ 9,3
Kapitalerträge [2]	460	+ 10,8
Auf. f. Beitr. Rückerst.	279	+ 12,0
Rückst. f. Beitr. Rückerst.	784	+ 16,1

	1985	1984	1983
Stornoquote [3]	6,2	6,4	6,5
Verw. Kostenqu. [4]	5,5	5,8	6,1
Absch. Kostenqu. [5]	39,2	39,5	37,9
Überschußquote [6]	33,6	31,9	37,3

[1] ohne Depotfor.; [2] netto; Durchschnittsrendite: 7,8 (7,8) Prozent; [3] Rückk., Umwandlg. in betr. freie Versich. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; [4] sonst. Aufw. d. VErs. Betr. in % d. Beiträge; [5] in Promille d. eingel. Neugesch.; [6] Brutto Überschuß in % d. Beiträge.

PROGRESS-WERK OBERKIRCH / Großauftrag

Kapazität wird erweitert

nl. Stuttgart

Mit der Übernahme eines über mehrere Jahre laufenden Großauftrags im Rahmen des Tornado-Programms im Volumen von rund 130 Mill. DM sieht sich die Progress-Werk Oberkirch AG (PWO), Oberkirch/Baden, die sich mit der Herstellung von Stanz- und Ziehteilen für verschiedene Industriezweige, des Blechbaus und der Wehrtechnik (z. B. auch Feldküchen) sowie von Bauverkleidungen beschäftigt, in die Lage versetzt, ein Investitionsprogramm anlaufen zu lassen, das eine Erweiterung von Kapazität und Produktpalette möglich macht.

Vor allem bietet sich nach Angaben der Verwaltung die Einführung neuester Fertigungsverfahren im Leichtmetallbau an. Der Auftragseingang habe sich in allen Fertigungsbereichen in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres günstig entwickelt. Der Auftragsbestand liege mit 72 Mill. DM um 30 Prozent über der entsprechenden Vorjahreszeit.

Im Geschäftsjahr 1985 war der Umsatz der PWO leicht um 0,3 Prozent auf 96,3 Mill. DM zurückgegangen. Während die Umsätze bei Zulieferteilen für die Autoindustrie eine zweistellige und bei Bauverkleidungen eine dreistellige Zuwachsrate erreichten, ging die Blechbauproduktion deutlich zurück. Der Exportanteil am Umsatz verminderte sich auf 14,5 (20,1) Prozent. Ausgewiesen wird ein auf 1,47 (1,69) Mill. DM verringerter Jahresüberschuß. Der Hauptversammlung am 27. Juni wird vorgeschlagen, eine Dividende von unverändert 16 Prozent auf 8 Mill. DM Aktienkapital auszuschütten. Investiert hat PWO im Berichtsjahr 5,1 (7,3) Mill., abgeschrieben 4,0 (4,7) Mill. DM.

Ausland

Amsterdam

	20.5.	16.5.
ACF Holding	285	281
Aegon	100,7	100,3
Akzo	165,2	157,8
Alg. Bk. Nederl.	549	546,5
Amev	77	77
Amro Bank	95,7	96,5
Borkat's Patent	31,2	–
Bijenkorf	74,5	–
Bols Lucas	137	136
Bredero	205	204
Buehrmann	158	155
Dessaux	146	–
Fokker	87,3	85,7
Gist Brocades	260	256
Océ-v. d. Grinten	451,5	445
Hagemeijer	57	57,2
Heineken Bierbr.	149,8	149
KLM	50,6	47,8
Hoogovens Kon.	107,9	105,1
Nationale Ned.	80	79,2
Ned. Lloyd Groep	169,8	165,5
Ommeren van	31,5	31,5
Pakhoed	52	48,5
Philips	53,5	53,9
Rijn-Schelde	8,8	–
Robeco	89,5	89,8
Rolinco	82,6	89,8
Royal Dutch	188,1	184,4
Credit Lyonnais Bk.N	91	89,5
Unilever	428,5	421
Ver. Masch.	284,8	285
Volker Stevin	39	34,5
Westland Utr. Hyp.	–	50
Index: ANP/CBS	261,20	256,90

Brüssel

Arbed	3510	3540
Brux. Lambert	3500	3470
Cockerill Ougrée	158	150
Ebes	4580	4500
Gevaert	6260	6200
Kredietbank	–	15500
Petrofina	8010	7930
Soc. Gén. d. Belg.	3245	3205
Sofina	10475	10425
Solvay	8450	8410
UCB	7170	7170
Index	3650,56	3650,36

Hongkong

	20.5.	19.5.
China Light + P.	16	16
Hongkong Land	6,2	6,1
Hongk. + Sh. Bk.	6,9	6,9
Hongk. Teleph.	11,1	11
Hutch. Whampoa	29	28,9
Jard Matheson	12,5	12,3
Swire Pac. + A +	12,5	12,5

Kopenhagen

	20.5.	16.5.
Den Danske Bank	324	324
Jyske Bank	565	575
Kopenh. Handelsbk.	274	276
Novo Industri	251	252
Privatbanken	264	265
Ostasiat. Komp.	252	257
Dan. Sukkerfabr.	380	370
For. Bryggerier St.	1110	1130
Kgl. Porc. Fabr.	400	395

London

	19.5.	16.5.
All. Lyons	320	321
Anglo Am. Corp.	1237,5	1250
Anglo Am. Gold	6625	7300
Babcock Int.	173	166
Barclays Bank	502	497
Beecham Group	363	363
Bowater	315	310
B.A.T. Industries	363	365
BL	38	39
BLOC Int.	314	314
British Petroleum	563	556
British Aerospace	530	528
British Telecom	228	–
Britoil	175	178
BTR	303	301
Burmah Oil	354	351
Cable Wireless	635	625
Cadbury Schweppes	161	164
Charter Cons.	231	233
Cons. Gold. Fields	459	459
Cons. Murchison	200	187,5
Courtaulds	263	261
De Beers	723	723
Distillers	678	678
Driefontein	1468,75	1481,25
General Electric	184	184
Guinness	301	301
Hawker Siddeley	565	561
ICI	882	889
Imperial Group	348	349
Lloyds Bank	577	579
Lonrho	252	252
Marks & Spencer	198	198
Midland Bank	549	547
Nat. Westminster	740	740
Plessey	224	218
Reckitt & Colman	809	812
Rio Tinto-Zinc	652	649
Rustenburg Plat.	943	948
Shell Transp.	785	781
Thorn Emi	454	454
TI Group	541	539
Trusthouse Forte	149	148
Unilever	1520	1510
Unitech	232	–
Vickers	463	461
Woolworth	810	800
Financial Times	1273,60	1290,20

Luxemburg

	20.5.	16.5.
ARBED	3550	3510
Ariça	98,5	98
Audiofina	5800	5800
Bque. Gen. du Lux.	16100	16600
Bque. Int. du Lux.	15800	16000
Belgo Mineira St.	0,24	0,24
Cegedel	3340	3350
Kredietbank Lux.	18500	18500
PAN Holding	–	1250
SCI Techn.	700	680
SEO	850	830

Madrid

Banco de Bilbao	845	858
Banco Central	667	667
Banco Popular	995	1045
Banco de Santander	685	704
Banco de Vizcaya	1310	1340
Const. Aux. Ferro	–	–
Cros	–	168
Cubiertas	–	–
Dragados	337,5	–
Duro Felguera	–	680
El Aguila	519	335
Esp. del Zinc	340	540
Fasa Renault	214	219
Esp. Petroleos	353	–
Unión Fénix	–	590
Fecsa	87,75	91
Hidroeléctr. Esp.	121,75	–
Iberduero	177	–
Macosa	–	–
Papelera	–	157
Seda de Barcelona	–	440
Sevillana de El.	131,25	–
Telefónica	202,25	207
Unión Eléctrica	106	111,5
Explosivos RT	168	–
Urbis	205,5	–
Vallehermoso	189,5	199,5
Index	170,09	183,07

Mailand

	20.5.	16.5.
Bastogi	857	825
Dalmine	740	–
Farmitalia C. Erba	23500	–
Fiat	16350	16050
Fiat Vz.	12150	11950
Gemina	3415	–
Generali	169000	164000
IFI Vz.	35500	–
Italcementi	78000	79000
Italgas	3580	3450
Lloyd Adriatico	36000	35000
Magneti Marelli	5400	5000
Mediobanca	313800	299000
Mondadori A.	9390	10000
Montedison	3920	4500
Mira Lanza	60100	–
Banco Ambrosiano	4590	4650
Olivetti Vz.	11495	11500
dal. St.	19100	18950
Pirelli SpA	6560	–
La Rinascente	1408	1440
RAS	76900	77300
SAI Risp.	95000	99000
SIP	4150	–
Snia BPD	7435	7530
STET	6790	6500
Index	–	–

New York

Ortszeit: 10.00 h	20.5.	19.5.
Adv. Micro Dev.	26,25	26,5
Aetna Life	57,5	57,5
Alcan Aluminium	29,25	29,25
Alcoa	38,375	38,375
Allied Signal	48	48
Allis-Chalmers	5	5,125
AMR Corp.	55,5	55,875
Amax	13,75	14,25
Amerada Hess Corp.	20,75	20,75
Am. Brands	85,125	85,25
Am. Can.	69,125	69,25
Am. Cyanamid	70,625	70,25
Am. Express	57,75	57,5
Am. Home Prod.	81	81
Am. Motors	4	3,875
Am. Tel. & Telegr.	24	23,875
Ameritech	117,5	117,25
Amoco Corp.	64,875	64,75
Anchor Hocking	29	29,125
Armco Inc.	9,625	9,875
Asarco	17	17
Atlantic Richfield	55,625	55,625
Avon Products	32,125	32
Bally	22,625	22,75
Bk. of America	16,75	16,875
Bell Atlantic	61,625	61,5
Bell Howell	38,125	38
Bethlehem Steel	14,875	14,75
Black & Decker	21,125	21,125
Boeing	54,5	54,25
Borg-Warner	26,25	26
Bristol-Myers	75,5	75,5
Brunswick	34,75	33,5
Burlington Ind.	38,25	37,75
Burroughs	58,75	58,125
Campbell Soup	51	51
Capital Cities Corp.	229	232,75
Caterpillar	49,875	51
CBS	155,625	133,875
Celanese	206	206,5
Centronics	6,5	4,625
Chase Manhattan	40,125	39,875
Chevron	40,125	39,75
Chrysler	36,25	36
Citicorp	56	56,125
Clorox	50,375	50,875
Coca-Cola	104,875	105,25
Colgate	37,125	37,125
Commodore	7,25	6,875
Comwth. Edison	30,125	30,375
Comm. Satellite	34,75	34,75
Control Data	23,25	23,375
CPC Int.	60,875	61
Curtiss Wright	52,25	52
CSX	31,5	31,25
Deere	32,25	32,375
Delta Airlines	43	43
Digital Equipm.	86,625	85,875
Dow Chemical	53,375	53,125
Du Pont	77,875	78,25
Eastern Gas-Fuel	26,875	26,625
Eastman Kodak	57	56,375
Enron	39,375	39,875
Exxon Corp	57,75	58
First Chicago	31,375	31,375
Firestone	22,875	23
Fluor Corp.	18,5	18,5
Ford Motor	75,5	76
Foster Wheeler	13,625	13,875
Fruehauf	39	39,25
GAF Corp.	68,25	68,875
General Dynamics	75,625	75,75
General Electric	76,375	76,5
General Instrument	21,875	22,125
General Motors	75,75	75,625
Gillette	84,75	84,75
Global Nat. Res.	3,25	3,25
Gen. T. & E.	48,5	48,75
Goodrich	38,5	38,5
Goodyeartire	30,25	30
Gould	24,375	23,5
Grace	56,75	57
Greyhound	35,125	35,5
Grumman	27,625	28
Halliburton	20,25	20,25
Heinz	39,625	39,625
Hercules	46,625	46,5
Hewlett Packard	43,375	43,875
Homestake Mining	20,625	20,75
Honeywell	76	75,5
IBM	145	144,125
Inco Ltd.	12,875	12,75
Inland Steel	22,125	22,25
Imp. Resources Corp.	5,625	5,25
Int. Tel. & Tel.	44,75	44,875
Int. Paper	56,125	56
Jim Walter	39,75	38,75
Kaiser Aluminium	19,75	19,875
Kerr McGee	29	28,875
Lehmann	15,625	15,75
Litton Industries	85	85,625
Lockheed Corp.	53,5	53,375
Loew's Corp.	63,125	63,125
Lone Star	33,75	33,875
Louisiana Land	30	30
LTV Corp.	7	7,25
Mc Dermott A	17,25	16,875
Mc Donnel Doug.	78,375	78
Merck & Co.	181,125	181,5
Merrill Lynch	36,125	35,75
Mesa Petroleum	3,375	3,5
Minnesota M.	98,625	98,5
Mobil Oil	30,625	30,25
Monsanto	64	65,875
Morgan J.P.	83,625	83
Nat. Distillers	39,75	40
Nat. Semiconductor	14	13,875
Nat. Intergroup	22,5	22,5
Navistar Int. Corp.	9,375	9,5
NCR	52,125	51,75
Newmont	46	45,75
PanAm World	5,875	5,875
Pfizer	58,625	58,25
Philip Morris	62,125	61,125
Phillips Petroleum	10,5	10,5
Pittston	13,875	13,75
Polaroid	61,25	60,75
Prime Computer	20,5	20,25
Procter & Gamble	74,25	74,125
RCA	65,625	65,5
Revlon	16,375	16,5
Reynolds Ind.	41	40,625
Rockwell Int.	46,25	46,125
Rorer Group	38,375	38,375
Salomon Inc.	49,75	50
Schlumberger	30,5	30,25
Sears, Roebuck	43,75	43,625
Singer	49,375	49,375
Sperry Corp.	73,125	73,875
Stand. Oil Calif.	40,125	39,75
Storage Techn.	4,125	4,25
Tandem	32,125	32
Tandy	39,5	39,375
Teledyne	334	328,75
Telex Corp.	63,25	62,125
Tesoro	11,25	11,5
Texaco	32,875	32,75
Texas Air	32	32,375
Texas Instrum.	133	133,625
Tosco	4	3,875
Trans World Corp.	43,5	45,375
Transamerica	32,875	33
Travellers	49,75	49,75
Turner Broadcast.	24	24
UAL	58	58,125
Ucal Corp.	20,625	20,75
Union Carbide	23	23
Union Oil of Calif.	22,75	22,625
US Gypsum	73	73
US Steel	20,625	20,5
United Technologies	47,375	47,25
Walt Disney	43,75	44
Warner Comm.	47,625	47
Westinghouse El.	50,125	50,5
Weyerhaeuser	33,75	33,25
Whittaker	25,25	25,25
Woolworth	80,875	80,75
Wrigley	40,375	40,75
Xerox	57,625	57,25
Zenith Radio	27,875	28,5
Dow Jones Index	1762,90	1758,18
Stand. & Poors	233,61	233,19

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Oslo

	20.5.	16.5.
Bergen Bank	150	151
Borregaard	450	327,5
Den Norske Cred.	148	150
Elkem	111	112,5
Kreditkassen	155	155
Norsk Data	220	225
Norsk Hydro	140	141
Storebrand	202,5	205
OSE Ind. Index	333,86	340,97

Paris

	20.5.	16.5.
Air Liquide	855	833
Alsthom Atlant.	552	584
Beghin-Say	488	525
BSN-Gerv.-Danone	3850	3890
Carrefour	3840	3635
Comp. du Midi	6500	6500
Club Méditerranée	521	546
CSF Thomson	1331	1385
Elf-Aquitaine	334	330
France Petrol B	406	–
Hachette	3245	3245
Imetal	87,1	90
Lafarge	1515	1560
Lafayette	–	1540
Locafrance	769	–
L'Oréal	3500	3550
Machines Bull	73,9	73,9
Michelin	3010	3056
Moët-Hennessy	2440	2470
Moulinex	91	92,8
Penarroya	67	68
Pernod-Ricard	1155	1200
Perrier (Source)	725	725
Peugeot-Citroën	1035	1070
Printemps	699	–
Radio Techn.	992	995
Redoute à Roubaix	1825	1765
Schneider	3625	3625
Sommer Allibert	1378	–
Usinor	–	7,65
Index: INSEE	154,40	155,90

Singapur

	20.5.	19.5.
Cycle + Car.	1	1,13
Cold Storage	–	2,69
Dev. Bk. of Sing.	5,1	5,2
Fraser + Neave	5,8	5,95
Kl. Kepong	–	1,3
Mal. Banking	2,86	2,89
Nat. Iron	2,7	2,69
OCBC	6,25	6,25
Sime Darby	1,16	1,2
Singapur Land	2,18	2,19
Un. Overs. Bank	3,12	3,18

Sydney

	20.5.	19.5.
ACI	376	377
Ampol. Explor.	185	187
Westpacific Banking	502	522
Bougainville Copper	248	252
Bridge Oil	102	100
Brok. Hill Prop.	830	828
Coles	576	406
CRA	576	612
CSR (Thelss)	315	322
Metals Expl.	32	34
MIM-Holdings	208	215
North Broken Hill	165	171
Oakbridge	81	85
Peko Wallsend	440	455
Poseidon	230	265
Thomas Nat. Tr.	338	345
Waltons Bond	32	32
Western Mining	310	325
Woodside Petr.	95	95
Index	1183,40	1197,80

Johannesburg

	20.5.	19.5.
Abercom Inv.		2,05
AE & CI Ltd.		11
Barlow Rand	Werte	17
De Beers	lagen	24,5
Gold Fields	bei	38,5
Highveld Steel	Red.-	7,15
Kloof Gold Min.	Schluß	21,75
Rembrandt	nicht	60
Rustenburg Platinum	vor	32,6
Sasol		6,95
Vaal Reefs		213,5
RDM Gold Index	–	1117,70
RDM Ind. Index	–	1285,70

Stockholm

	20.5.	16.5.
AGA AB	205	205
Alfa-Laval AB Ser. B	367	367
ASEA Fria	–	–
Atlas Copco AB	232	238
Electrolux AB Ser. B	301	300
Ericsson Ser. B	268	274
Saab-Scania AB	–	–
Sandvik AB	–	865
SKF B	341	342
Volvo B Fria	–	415
J & P Ind. Index	2331,63	2331,63

Tokio

	20.5.	19.5.
Alps	1970	1960
Bank of Tokyo	791	790
Banyo Pharma	900	910
Bridgestone Tire	673	670
Canon	1020	1040
Daikin Kogyo	733	736
Daiwa Sec.	1380	1390
Daiwa House	1320	1340
Eisai	1500	1490
Fuji Bank	1480	1480
Fuji Photo	2240	2250
Hitachi	879	895
Honda	1180	1160
Ikegai Iron	418	411
Kansai El. P.	2270	2260
Kao Soap	1390	1400
Kirin Brewery	1210	1160
Komatsu	479	475
Kubota Iron	349	353
Matsushita El. Ind.	1470	1480
Matsushita El. Wks.	1290	1310
Minolta Camera	830	817
Mitsubishi El.	345	349
Mitsubishi H. I.	368	368
Nikko Sec.	951	950
Nippon El.	1490	1520
Nippon St.	161	162
Nomura Sec.	1880	1850
Pioneer	2430	2470
Ricoh	905	910
Sankyo	1340	1360
Sanyo Electric	430	433
Sharp	973	985
Sony	3520	3550
Sumitomo Bank	1790	1800
Sumitomo Marine	857	844
Takeda Chem.	1420	1430
Teijin	497	496
Tokio Marine	1140	1140
Tokyo El. Power	3650	3670
Toray	535	555
Toyota Motor	1470	1490
Index	1235,60	–

Toronto

Ortszeit: 10.00 h	20.5.	16.5.
Abitibi Price	–	24,75
Alcan Alu.	40,125	39,875
Bk. of Montreal	32,625	32,875
Bk. of Nova Scotia	14,25	14,375
Bell Cda Enterprises	39,375	39,5
Bluesky Oil	2,7	2,65
Bow Valley Ind.	12	11,375
Brenda Mines	–	8,25
Brunswick M & Sm.	13	12,75
Cdn. Imperial Bk.	19,375	19,375
Cdn. Pacific	16,75	16,625
Cominco	12,625	12,5
Coseka Res.	1,35	1,38
Denison Mines	7,625	7,875
Dome Petroleum	1,68	1,67
Domtar	29,375	29,5
Falconbridge Ltd.	20,5	20,75
Great Lakes Forest	–	24,75
Gulf Canada	15,625	15,375
Gulfstream Res.	0,6	0,61
Hiram Walker Res.	36,5	36,5
Hudson Bay Mng.	–	7,5
Husky Oil	8,75	8,5
Imperial Oil -A-	43,25	43,125
Inco	17,75	17,875
Inter City Gas Ltd.	15,5	15,375
Interprov. Pipeline	44,25	44,25
Kerr Addison	15,5	16,125
Lac Minerals	21,25	21,375
Massey Ferguson	3,6	3,5
Moore Corp.	33	33,25
Noranda Mines	18	18
Norcen Energy Res.	13,375	13,5
Northgate Expl.	4,6	4,6
Northern Telecom.	40,75	40,5
Nova An Alberta 'A'	4,9	4,8
Nu West Group	0,37	0,57
Oakwood Petrol	4	–
Placer Development	22,625	22,75
Provigo Inc.	19,5	19,75
Ranger Oil	5,375	5,375
Revenue Properties	–	2,75
Rio Algom	23	23
Royal Bk. of Can.	32	32
Seagram	77,25	77,125
Shell Canada	25,625	23,375
Sherritt Gordon	6,75	6,675
Steico -A-	26,875	26,75
TransCan. Pipelines	18,125	18,125
Westcoast Transm.	14,375	14,25
Index: TSE 300	3045,00	3044,30

Wien

	20.5.	16.5.
Creditanst.-Bkv Vz.	2350	2380
Gösser-Brauerei	3490	3420
Länderbank Vz.	2280	2255
Leasing	1075	1095
Linz Textil	3170	–
Österr. Brau	3560	3550
Perlmooser Zement	718	725
Reininghaus	900	975
Schwechater Br.	1960	1900
Semperit	219	210
Steyr-Daimler-P.	180	185
Steyrermühl Papier	3150	3170
Universale Hoch	324	324
Veitscher Magnesit	11000	11000
Index	123,22	123,62

Zürich

Alusuisse	695	710
dgl. NA	225	225
Bank Leu	3475	3520
Brown Boveri	1880	1870
Ciba Geigy Inh.	3300	3450
Ciba Geigy Part	2470	2510
Elektr. Watt	3560	3550
Georg Fischer Inh.	1545	1560
Mag. z. Globus Part.	1540	1540
H. La Roche 1/10	10800	11250
Holderbank	4550	4625
Italo-Suisse	332	335
Jacobs Suchard Inh.	7700	7775
Jelmoli	3100	–
Landis Gyr	1900	1950
Mövenpick Inh.	6575	6625
Motor Columbus	1610	1625
Nestlé Inh.	7975	8000
Oerlikon-Bührle	1900	1950
Sandoz NA	4890	4925
Sandoz Inh.	12300	12500
Sandoz Part.	1920	1910
Art. A. Saurer	250	250
Schw. Bankges.	5610	5650
Schw. Bankverein	563	568
Schw. Kredit. A. Inh.	3760	3750
Schw. Rückv. Inh.	19400	18800
Schw. Volksb. Inh.	2590	2650
Sika -B-	3950	3950
Gebr. Sulzer Part	–	560
Swissair	1720	1755
dgl. NA	1410	1440
Winterthur Inh.	7250	7375
Winterthur Part.	6300	6250
Zür. Vers. Inh.	8075	8150
Index: Schw. Kred.	527,50	527,60

Inlandszertifikate

	Ausg. 20.5.	Rückn. 20.5.	Rückn. 16.5.
AAR-UNIV.F.I	166,90	157,45	157,45
Adifonds	67,20	64,00	64,21
Adirenta	25,09	24,36	24,38
Adirewa	102,49	99,50	100,12
Aditec	108,27	103,11	103,12
Adiverba	177,52	169,07	170,10
Aegis Bnk.-Fds.	39,44	37,56	37,71
Aegis Wachst.-Fds.	64,87	61,77	62,00
AGI Fonds	171,10	162,95	162,95
Akkumula	205,00	195,20	196,62
Albingia Rendite Fds.	51,55	49,48	49,48
Alte Kapital Fds.	36,72	34,14	34,14
Allianz-Rentenfonds	124,78	121,74	121,87
Analytik Fonds	34,53	32,10	32,27
Ara-Rendit.	59,10	57,05	57,07
ArtDeka	55,44	53,22	53,55
Assecura I	88,92	88,48	88,48
Austr. Pazifik	49,68	48,23	48,75
Berenberg-U-Fonds	415,51	403,41	403,49
Berenberg-U.-Eff.-F.	52,11	50,59	50,63
Berenberg-U-Renten	123,43	120,42	120,47
BW-Renta-Univ.	54,43	53,10	53,10
BW-Wertberg-Univ.	133,67	128,84	128,84
Colonia Rentenfonds	51,42	49,67	49,73
Concentra	36,07	39,15	35,93
dbi-Fonds V I	–	59,17	59,17
DekaFonds	52,31	49,70	50,01
DekaRent	33,19	33,02	32,32
DekaSpezial	240,61	237,14	237,86
DekaTresor	61,54	60,04	60,08
DespaFonds	84,11	79,91	79,91
DEVIF-Invest	101,70	96,80	97,26
DEVIF-Rent	56,40	54,72	54,78
DIFA-Fonds	187,30	177,80	177,80
DIFA GRUND	104,72	99,48	99,48
DIT Fonds f. Verm.	67,14	65,50	65,50
DIT Rohstoffonds	70,53	68,48	68,78
DIT Pazifikfonds	108,46	105,30	106,71
DIT Spezial	69,16	67,15	68,40
DIT Technologiefonds	82,00	79,61	79,96
DIT Fds.f Wdl.u.Opt.A	130,45	127,25	129,41
Dt. Rentenfonds	84,85	82,61	83,29
Dt. Vermögensb. Fds. A	38,45	36,62	36,88
dgl. I	51,30	48,86	48,97
dgl. R	28,02	27,21	27,23
DWS Bayern Spezial	99,50	95,28	95,28
DWS Energiefonds	86,65	84,51	84,31
DWS Provesta	82,45	78,69	78,69
DWS Rohstoff Fds.	77,86	75,95	74,59
DWS Technologie Fds.	92,80	90,51	90,54
Fondak	71,10	67,71	67,98
Fondirent	88,58	86,80	86,04
Fondis	65,65	62,50	61,50
Fondra	115,15	107,76	107,98
FT Accuzins	142,89	137,95	138,67
FT Am Dynamik	24,34	22,27	22,17
FT Frankf. Eff. F	139,52	132,54	133,60
FT Interspezial I	28,85	26,40	26,87
FT Interspezial II	33,42	30,58	31,10
FT Interzins	45,66	44,53	44,35
FT Nippon Dynamik	89,22	82,52	82,52
FT Re-Spezial	192,68	183,05	183,71
Gerling Dynamik	68,59	65,54	66,32
Gerling Rendite	56,56	54,92	54,92
GKD-Fonds	74,15	71,29	71,51
Gotharent	100,93	97,42	97,61
Grundbesitz-Invest.	73,50	69,95	69,95
Grundwert-Fonds	132,89	125,96	125,96
Hbg.-M. Rentenfonds	59,11	56,84	56,86
Hansainternational	56,77	53,84	53,52
Hansaprofit	–	28,25	28,00
Hansarenta	49,11	47,45	47,52
Hansasecur	66,98	63,79	64,67
Hansazins	50,81	48,32	48,32
Haus-Invest	71,50	68,21	68,21
Il-Fonds Nr. 1	115,70	110,10	110,10
dgl. Nr. 2	74,80	71,20	71,20
Industria	62,90	61,07	61,55
INKA-Global	85,20	81,10	81,80
INKA-Rent	55,80	54,00	54,10
INKA-Re-Invest	137,40	133,30	153,90
Inrenta	73,70	71,86	71,90
Interglobal	150,80	146,41	147,03
Inter-Renta	40,75	39,54	39,54
Intervest	102,30	97,37	98,18
Interkapital	28,40	26,70	26,90
Int. Rentenfonds	84,68	82,61	82,43
Investa	67,25	64,05	64,58
Investors Fds.	15,81	14,69	14,34
Iverafonds	61,45	56,22	56,79
Japan-Pazifik-Fds.	76,30	75,05	75,05
Kapitall. Spezial	138,83	128,42	130,01
Magdeb. W.-Fd.DIT	82,40	78,48	78,98
Medico-Invest	120,77	112,90	113,70
Mertur I	29,71	29,71	29,71
NB Rent	57,83	56,14	56,16
Nordcumula	76,83	74,59	75,17
Nordrenta Int.	61,18	59,49	59,25
Nordstern-F. RK	51,75	49,99	50,06
Nürnberger Rentenfds.	50,55	48,27	48,29
Oppenh. Int. Rent.	102,84	99,06	99,13
Oppenh. Priva-Rent	113,38	110,87	110,31
Oppenheim-Privat	56,75	54,04	54,27
Oppenheim-Spez. I	130,98	127,08	127,76
Oppenheim-Spez. II	91,79	87,41	87,48
Plusfonds	74,39	70,85	70,96
Privatfonds	66,65	63,48	64,29
Re-Inrenta	172,40	168,20	168,44
RenditDeka	35,40	34,37	34,39
Rentak	163,99	153,79	155,87
Rentex	110,54	107,21	107,26
Rentensparfonds	57,88	56,19	56,30
Ring Aktien-Fds. DWS	47,70	45,55	45,63
Ring Renten-Fds. DWS	47,95	45,78	45,86
Säkular-U-Fonds	unerh.	unerh.	171,07
SMH-Rentenfonds	unerh.	unerh.	51,80
Südinvest I	67,26	64,06	67,99
dgl. II	78,14	74,42	74,94
dgl. III	27,17	26,38	26,39
dgl. IV	84,92	81,65	82,78
Thesaurent	68,49	66,82	67,08
Thesaurus	226,39	220,87	222,62
Transatlanta	31,29	30,38	30,66
Unifonds	31,80	30,25	30,46
Uniglobal	102,40	97,44	96,60
Unikapital	84,65	82,56	82,49
Unirak	86,00	81,88	82,14
Unirenta	42,40	41,13	41,14
Unispezial I	–	55,79	55,63
Universal-Eff.-F.	99,05	97,11	97,11
Unidos	114,00	110,68	110,75
Verm.-Aufbau-F.	120,66	114,91	115,95
Verm.-Ertrag-F.	102,01	98,09	98,41
VICTORIA Rent-Adig	73,96	71,46	71,63

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	33,50	31,60	32,25
Bond Valor DM	112,10	110,01	109,94
Convert Fund A DM	35,50	33,70	34,00
Convert Fund B DM	106,20	101,00	101,80
CS Money Market DM	1083,07	1083,07	1082,95
Eurinvest DM	94,00	90,10	90,20
Eurunion DM	unerh.	unerh.	186,65
Formular Sel. DM	82,70	77,32	77,32
GT Inv. Fund DM	67,40	63,80	63,60
Interspar DM	28,71	27,28	27,39
Japan Sel. DM	423,05	395,55	395,55
Unico DM	78,90	76,40	76,68
Amerika-Valor sfr.	505,25	478,00	474,00
Asia Fd. $	unerh.	unerh.	297,68
Automation sfr.	128,50	119,50	119,50
Bond-Invest sfr.	65,25	64,00	64,00
Bond Valor Yen	10716,00	10517,00	10532,00
Bond Valor $	124,75	122,60	122,54
Bond Valor sfr.	107,85	105,85	105,98
Bond Valor Ster.	109,29	107,36	107,53
Canasec	646,00	615,00	613,00
CSF-Bonds sfr.	80,25	77,50	77,25
CS Money Market $	1141,48	1141,47	1141,28
CS Money Market Ster.	1102,60	1102,59	1102,31
CS Money Market Yen	102872,0	102871,0	102860,0
Convert Valor sfr.	148,05	137,40	137,58
Convert Valor $	156,98	153,06	155,13
Dreyfus $*	unerh.	unerh.	13,09
Dreyfus Internat. $*	unerh.	unerh.	–
Dreyfus Intercont. $*	49,02	46,08	46,36
Dreyfus Leverage $*	unerh.	unerh.	20,42
Energie-Valor DM	173,61	164,92	165,76
Europa Valor sfr.	200,25	190,75	191,50
Fonsa sfr.	210,00	196,00	196,00
Founders Growth $*	9,50	9,50	9,56
Founders Mutual $*	10,80	10,80	10,87
Goldmines Intl.	–	208,00	208,00
Intercont. Tr. sfr.	–	358,25	358,00
Interswiss sfr.	164,50	164,00	164,00
Intervalor sfr.	91,25	88,00	88,25
Japan Portfolio sfr.	1279,00	1203,50	1225,00
Kemper Growth $*	14,33	13,11	13,17
Pacific-Valor sfr.	198,75	179,00	182,25
Pharmafonds sfr.	328,00	304,50	305,00
Pioneer Fund $*	25,31	23,16	23,20
dgl. II $*	20,62	18,87	18,99
Schweizeraktien sfr.	522,00	494,75	499,00
Siat-Imm. sfr.	1750,00B	1740,00G	1740,00G
Siat 63 sfr.	1360,00G	1350,00G	1350,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2575,00	2460,00	2440,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1325,00	1260,00	1260,00
Swissvalor sfr.	429,00	416,75	418,25
Technology $*	14,54	13,30	13,46
Technogrowth Fd.	114,98	108,49	108,49
Templeton Growth $*	14,26	13,05	13,10
Universal B.S sfr.	80,75	77,50	77,50
Universal Fund sfr.	127,33	122,95	123,34
Ussec	806,00	768,00	768,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 16. 5. 1986
4634 Optionen = 248 900 (282 350) Aktien, davon 2258 Verkaufsoptionen = 114 800 Aktien.

Kaufoptionen: AEG 7-270/60B; 300/40B; 310/29,2; 340/16,6; 380/7; 400/6,5; 10-300/60B; 320/50; 340/40; 360/30B; 380/22,8; 400/18; 410/10G; 1-340/60B; 360/49; 380/38; 400/34,8; 420/13G; BASF 7-260/35B; 270/29,8; 280/19,8; 290/15; 300/10; 310/8; 320/6; 330/4,5; 340/4B; 350/3,2B; 360/3G; 10-260/40B; 270/35G; 300/25; 320/19; 330/16; 400/5,5; 1-300/34; 320/29; 340/21; 360/15B; 380/9; Bayer 7-247,45/50B; 260/4G; 300/1; 310/14,1B; 330/6,5G; 340/6; 350/4B; 10-290/38; 300/30; 310/26; 330/18; 340/12; 350/11; 360/8,75; 400/6,2; 1-300/39; 320/29; 340/24; 360/18; 380/12; BBC 7-270/50; 10-330/40G; 340/25G; 360/20G; BHF 7-500/25G; 550/8G; 1-600/50G; Bekula 7-110/28B; 140/6B; 10-120/25B; 140/10; 150/8B; 1-130/24B; 150/13; 160/10; BMW 7-500/100G; 550/60B; 650/10; 700/4; 10-550/91; 600/45G; 650/29,8B; 700/20B; 750/10B; 1-600/65G; 650/45B; 700/30; Bay. Vereinsbk. 7-537,50/50B; 10-600/30; 650/20; Commerzbk. 7-300/45B; 320/27; 360/11; 380/7,6; 420/4,5; 10-300/51; 320/45; 340/36; 350/30; 360/22; 380/19; 400/15; 420/12; 1-350/41; 360/40; 380/30B; Conti 7-180/64,5; 190/54,5; 200/44,5; 240/18; 250/15B; 10-180/90B; 220/37G; 260/22,8; 280/15; 300/10; 1-220/55; 240/40B; 260/30B; 280/24; 300/17; Daimler 7-1200/150; 1300/110; 1400/65; 1500/40; 1600/24,1; 1700/24; 10-1300/150; 1480/118,75; 1500/80; 1600/50; 1700/40; 1800/25; 2000/22; 1-1500/120; 1600/84,75; 1700/70; Dt. Babcock St. 7-200/20,8B; 220/15B; 227/11B; 230/8,9G; 240/5G; 10-200/32G; 260/5G; Dt. Babcock Vz. 7-200/15,4B; 10-240/11G; 1-240/15B; Deutsche Bk. 7-750/59,5B; 900/15; 950/6; 1000/5B; 10-850/55; 900/35; 950/20; 1000/16; 1-850/75; 900/59; 1000/56G; Degussa 7-590/12B; 10-550/40B; 590/19B; 1-600/38; Dresdner Bk. 7-420/39G; 460/20; 480/10; 500/8; 550/6,6; 10-400/70G; 420/50; 460/40B; 480/35; 500/25G; 550/18; 600/8,4G; 1-500/41; 550/25; 600/15; GHH St. 7-250/5G; 10-260/24G; 1-260/35G; GHH Vz. 10-220/12B; Harpener 7-400/20G; 10-450/15G; Hoechst 7-260/26G; 278,60/21B; 280/20B; 300/12; 310/7G; 318,60/4,1B; 320/4; 10-300/18; 320/11; 398,60/3,1; 400/38; 1-320/20G; 360/10,6G; 380/5G; Hoesch 7-150/8B; 160/28B; 200/5,5; 210/3; 220/2,5B; 230/2B; 240/1,5; 10-170/30; 180/25; 190/23,9; 200/15; 200/11; 240/6,5; 260/4,4; 1-150/53,75; 180/33B; 190/25B; 200/22; 220/14; 240/9,4; 260/6; Karstadt 7-340/12B; 10-360/20G; 408/14,5; 1-400/25B; Kaufhof 10-420/39,2; 440/25; KHD 7-280/7,5G; 10-260/30B; 300/10G; 1-270/30G; Klöckner 7-85/10,5G; 90/8; 95/7,5G; 100/4; 110/3,1; 120/2; 10-90/17; 95/13; 100/9,9; 110/6; 120/4,5; 1-100/15; 110/10,5; 120/6; Lufthansa St. 7-260/9B; 300/2G; 10-250/34; 260/28; 270/26B; 280/18B; 300/10; 1-260/40B; 280/30B; Lufthansa Vz. 7-260/8G; 280/4B; 300/1G; 10-260/20B; 300/4,4G; 1-300/12B; 320/7,4G; MAN 7-200/15; 1-200/20; Mercedes 7-1200/51; 1300/22G; 1500/5,7; 10-1400/60B; 1500/32; 1800/15; 1-1400/70G; 1500/60B; 1600/45B; Metallges. 7-320/20G; Mannesmann 7-200/30; 210/8G; 220/19,9; 240/30G; 250/37; 255/5,5; 255/42; 260/5; 10-200/58; 230/24; 240/19; 260/12,8; 280/12B; 300/10; 320/3,8; 1-240/35; 260/27B; 280/18,2; 300/12,4; 320/6G; Nixdorf 7-600/40B; 10-610/60G; 1-650/50G; 700/30G; Preussag 7-230/10G; 240/5B; 260/13; 10-230/17; 240/15; 260/12B; 280/9G; 300/5; 1-200/40G; 240/25; 260/16G; 280/13G; 300/10G; RWE St. 7-197,20/30B; 260/8; 280/2,5G; 10-257,20/26B; 240/25; 247,20/20G; 260/15; 280/12; 1-240/38B; 260/19; RWE Vz. 7-227,20/15G; 257,20/10,2B; 10-217,20/25B; 230/24B; 1-260/18B; Schering 7-650/8B; 10-650/20G; 700/10; Kali + Salz 7-280/18B; 300/9B; 10-290/22G; 300/15,4G; 1-260/40G; 320/25; 330/31; Siemens 7-600/50; 650/24,8; 750/7; 800/5; 818/2; 828/1,1G; 10-600/75; 700/50; 750/20; 800/15; 828/5; 838/4; 1-700/50B; 750/42; 800/27; 850/18G; Thyssen 7-155/20,7B; 160/18; 190/3,4; 200/3,2; 10-160/20; 170/15; 180/11; 190/8; 220/5; 1-170/25; 180/17; 190/16B; 200/12; 220/10; Veba 7-280/25; 290/21G; 330/5,6; 350/4,4; 360/4; 10-300/30; 310/25; 320/20; 330/18B; 340/11B; 350/10; 360/9,9; 380/5B; 1-320/36B; 360/20; 380/15B; 400/4G; VEW 7-150/35B; 160/24B; 180/15B; 200/8B; 10-190/11; 1-180/28B; VW 7-400/180; 518/82,5; 520/70; 530/60; 560/50; 580/40; 590/35; 600/25; 620/33; 650/10,1; 780/10; 10-550/85; 600/45; 650/30; 700/24; 750/16; 800/14,6; 1-550/98,75G; 650/60; 700/30; 750/26G; Alcan 7-70/2,6G; 10-70/7; 95/6; 1-75/9; 80/4,9; Chrysler 1-85/17B; 100/9; 110/7; Eli 7-70/40; 80/35B; 10-110/14,4; 1-120/195; General Motors 1-180/33B; IBM 7-380/4,5; 10-360/25; 380/18,5; 1-360/40; 380/35; Litton 7-200/12B; 10-200/15G; 1-200/31B; Norsk Hydro 7-38,10/5; 45/2; 10-45/4,4; 50/2,8; 55/2; 1-45/7; 50/5; 55/3,4; Philips 7-48,30/3,4; 50/3,85; 53,80/2; 55/1,5; 10-45/8,5; 50/6; 55/4; 60/3; 1-50/9; 55/6,55; 60/5,4; 65/3,5; Royal Dutch 7-160/13B; 10-170/25G; 1-180/21; Sony 7-50/2,5B; 10-55/2,4G; 1-55/4G; Sperry 7-130/31; 140/21; 10-120/42,5; 130/32,5; 180/3G; Xerox 7-150/5,6B; 160/2,5; 1-150/11,4.

Verkaufsoptionen: AEG 7-300/5,1; 310/8G; 330/16G; 340/20B; 10-280/3G; 300/8,35; 320/19,6; 340/31,5B; 1-280/7B; 300/18; 320/20G; BASF 7-240/4; 260/6,1; 300/26; 320/47; 10-260/6,8; 270/10; 280/13,6; 290/20; 300/35; 310/40; 320/49; 1-260/8; 280/17; 320/52; Bayer 7-250/4; 280/17,2; 310/19G; 320/29; 10-270/7; 280/9,5; 300/18; 310/25; 320/33; 330/59G; 340/50G; 1-280/7G; 280/15G; 308/29G; 340/53G; BHF 1-500/20G; Bay.Hypo 7-570/10G; 10-580/10G; 1-582/18,5G; Bekula 10-120/3,7G; BMW 7-500/7; 550/25; 580/30G; 600/35G; 10-500/15G; 550/40,8; 600/46G; 1-500/25G; 550/50; 600/65G; Commerzbk. 7-290/5; 300/8; 310/9; 320/12; 340/29; 10-290/8; 300/16; 320/19; 340/31; 340/49B; 1-300/20; 320/25B; 340/25; Conti 7-220/5B; 240/13; 10-220/12; 240/20B; 1-220/17; Daimler 7-1100/9,4G; 1200/27; 1300/56; 1400/120; 1500/190G; 10-1200/40G; 1300/85; 1400/149; 1500/285G; 1-1200/50G; 1300/100G; 1500/218; Deutsche Bk. 7-720/10; 750/12; 770/17G; 800/45; 10-800/59; 850/70G; Dresdner Bk. 7-380/4,5; 420/20; 440/22G; 10-400/14; 420/28; 460/45; 1-420/33B; GHH St. 7-220/3,5G; 10-220/9G; GHH Vz. 7-190/4,5G; Harpener 10-380/9; Hoechst 7-240/4; 278,60/10; 298,60/24; 300/27G; 10-260/6G; 270/7G; 280/12,6; 300/31G; 1-260/7,1; 280/18B; Hoesch 7-170/5,1; 180/8; 10-150/2G; 160/5B; 170/8; 180/13; 190/18; 1-170/10B; 190/26B; Karstadt 7-340/12B; 330/18G; 340/25B; 10-340/20; 350/23; 340/27; Kaufhof 7-420/6,5; 430/12G; 10-440/28G; 460/48B; KHD 7-260/10,4G; Klöckner 7-90/5; 95/6; 100/9,6; 10-85/3; 95/8,9; 100/11; 1-80/1,5G; 95/10B; 100/15; Lufthansa St. 7-240/10G; 10-230/9G; 260/41,25B; 1-240/20G; Linde 10-670/7G; 1-680/12G; Mercedes 7-1100/20G; 1200/50G; 10-1100/45G; 1200/60G; 1-1100/50G; 1300/140B; Metallges. 7-320/4G; Mannesmann 7-200/4G; 215/10,2; 220/12,6; 225/15; 245/34; 10-235/30G; 250/42; 265/60; 280/80B; 1-290/10; 220/20; 240/40; 260/70B; Porsche 7-1100/80G; 10-1100/90G; Preussag 7-190/10G; 220/35; 1-220/45; RWE St. 7-210/8B; 220/10; 225,20/12B; 10-200/6; 220/19; 1-200/8B; RWE Vz. 7-220/6; 1-200/10B; Schering 7-500/12G; Kali + Salz 7-260/5G; 270/5G; 10-260/10G; Siemens 7-600/18; 618/20; 620/25G; 650/50; 10-550/22G; 600/50; 650/40G; 700/120B; 750/151,25; 1-550/21,2G; 600/49G; Thyssen 7-150/2G; 155/3,5; 160/6; 165/8,1; 170/9,9; 180/20,8B; 185/25B; 10-170/12,5; 180/25; 190/30; Veba 7-250/1; 260/5G; 270/6; 280/9; 290/12,4; 300/22; 10-270/8,1; 280/10,5B; 290/14; 300/25; 1-280/12G; VEW 7-150/13B; 10-160/18,6B; VW 7-500/7G; 510/8; 520/12G; 530/13; 540/18,5; 550/23; 560/25G; 600/60; 650/101B; 10-500/20G; 520/30B; 550/60; 600/61G; 1-500/20; 650/123,75G; Wella 1-760/5G; Alcan 7-65/2,7; 10-70/6,5; Chrysler 1-85/10; Eli 10-80/1,6B; 90/2,8G; General Motors 7-160/5G; 170/10; 10-180/16G; 190/26; 1-170/11,4G; IBM 10-320/6G; 330/20G; 340/25G; 360/40G; Norsk Hydro 7-45/5; 10-40/2,6; 45/5,95B; 1-40/3,5G; Philips 7-53,80/5; 55/7B; 10-45/2,5; 50/6; 53,80/7B; 55/7,7; 1-88/8,6; Sony 1-50/5,2B; Sperry 1-150/9.

Hinweis: Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe lag der aktuelle Optionshandel nicht vor.

WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte: 160,82 (160,16); Elektrowerte: 293,83 (295,84); Autowerte: 753,72 (757,15); Maschinenbau: 155,54 (158,01), Versorgungsaktien: 156,60 (164,48); Banken: 379,76 (403,52); Warenhäuser: 137,80 (139,64); Bauwirtschaft: 474,33 (479,77); Konsumgüterindustrie: 166,14 (166,08); Versicherung: 1492,12 (1501,26); Stahlpapiere: 162,54 (162,80).

Kursgewinner (Frankfurt):

Pfaff	210,50	+21,50	+11,3%
Gas K'lautern	325,00	+20,00	+6,5%
Audi NSU	630,00	+30,00	+5,0%
Commerzbk. Reste	14,90	+0,70	+4,9%
Schlenk	267,00	+12,00	+4,7%
Gestra	224,00	+10,00	+4,6%
IKK	303,00	+13,50	+4,6%
Dyckerhoff Z. St.	230,00	+10,00	+4,5%
Bankges. v. 1899	832,00	+34,00	+4,2%
Bibl. Inst.	438,00	+18,00	+4,2%

Kursverlierer (Frankfurt):

Strabag	180,00	-15,00	-7,6%
VEW	160,00	-12,00	-6,9%
Enka	330,00	-20,00	-5,7%
Rosenthal	340,00	-20,00	-5,5%
Gerling NA Kl.	620,00	-35,00	-5,3%
RWE St.	213,00	-11,50	-5,1%
Henninger Brau	171,00	-9,00	-5,0%
Flachglas	290,00	-15,00	-4,9%
MCS Modul	460,00	-24,00	-4,9%
Dt. bl. Quellen	390,00	-20,00	-4,8%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 750G, Kötitzer 1850T, VAB 2900T. Düsseldorf: BASF 260, Bayer 280, BHF 485G, Hoechst 265, IWK 252T, KSB St. 182T, KSB Vz. 170T, Linde 660G, Nixdorf 565, Rütgers 360, Salamander 328, Schering 550, VEW 144. Frankfurt: Adt 77G, Allweiler St. 265G, Allweiler Vz. 220G, BASF 261,5, Bayer 281, BHF 490T, Commerzbk. 300, Hoechst 265, IWK 260, KSB St. 207T, KSB Vz. 181T, Linde 655, Magdeburger Feuer NA 695B, Magdeburger Feuer 1650G, Moto Meter 265G, Nixdorf 550, Pfaff 192G, Rütgers 370G, Salamander 325, Schering 540, VEW 153, Wella 805, Ymos 172T. Hamburg: Doag 459B, Schering 535. München: BASF 260bG, Bayer 279bG, BHF 490, Br. Wolfk. 300G, Hoechst 268bG, IWK 266, Linde 650bG, Nixdorf 560, Rütgers 355TB, Schering 530G, Stumpf 142G, VAB 2790G, VEW 150, Wanderer 700TB.

Bezugsrechte: Frankfurt: Bay. Hypo 22,3.

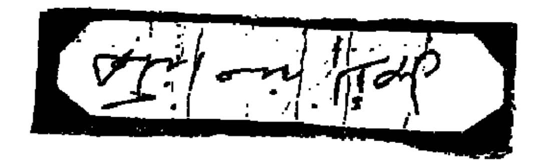
Devisenmärkte

Der Markt wandte sich am 20. Mai mit etwas mehr Interesse dem US-Dollar zu. Steigende Renditen und ein Kommentar des New Yorker Fed-Chefs, der auf die Gefahr eines starken Dollarverfalls hinwies, verbesserten das Klima spürbar. Der Kurs lag zu Beginn bei 2,213 und wurde zunächst bei 2,22 gebremst. Die Notiz wurde mit 2,2195 ermittelt. Überraschend wurde das revidierte Ergebnis des Bruttosozialprodukts der USA am Nachmittag mit 3,7 Prozent angegeben. Da der Markt eher mit einer Verminderung der ursprünglichen Ziffer von 3,2 Prozent kalkuliert hatte, wurde erneut Nachfrage ausgelöst, und der Kurs entwickelte sich sehr schnell bis 2,245. Unter starkem Druck lagen im Freiverkehr beide südafrikanischen Kategorien nach der Militäraktion vom Wochenende. Amsterdam 2,50; Brüssel 45,29, Paris 7,0705, Mailand 1523,00; Wien 15,582; Zürich 1,8514; Ir. Pfund/DM 3,044 Pfund/Dollar 1,5269; Pfund/DM 3,389.

Devisen und Sorten

20.5.1986	Disk.-satz	Frankf. Geld	Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Verkauf*
New York[1]	6,50	2,2155	2,2235	2,1987	2,16	2,26
London[2]	12,0	3,382	3,396	3,335	3,31	3,46
Dublin[2]	12,8	3,037	3,051	2,999	2,97	3,12
Montreal[1]	8,59	1,6095	1,6175	1,592	1,55	1,65
Amsterd.	4,50	88,645	88,865	88,445	87,75	89,50
Zürich	4,00	119,78	120,98	119,77	118,50	121,25
Brüssel	8,75	4,891	4,911	4,858	4,77	4,97
Paris	9,50	31,31	31,47	31,175	30,50	32,25
Kopenh.	7,00	26,95	27,07	26,815	26,25	28,00
Oslo	8,00	29,33	29,45	28,65	28,50	31,25
Stockh.	8,00	31,06	31,22	30,595	30,00	31,75
Mailand[3]**	13,0	1,4525	1,4625	1,4305	1,40	1,50
Wien	4,00	14,208	14,248	14,209	14,15	14,35
Madrid	8,00	1,57	1,58	1,545	1,52	1,64
Lissabon**	17,5	1,484	1,504	1,433	1,25	1,90
Tokio	3,50	1,3275	1,3305	–	1,29	1,35
Helsinki	8,00	43,18	43,58	47,53	42,25	44,25
La Valetta*	–	–	–	–	5,35	6,10
Nikosia*	–	–	–	–	4,20	4,90
Athen* **	20,5	1,5655	1,6195	–	1,25	1,95
Ankara*	3,50	–	–	–	0,26	0,48
Sydney*	–	1,5965	1,6156	–	1,50	1,65
Johannbg.*	12,0	0,958	0,992	–	0,70	0,95
Hongkong*	–	28,25	28,53	–	25,50	31,50

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire
[4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage. * nicht amtlich notiert:
** Einfuhr begrenzt gestattet.



Aktien weiter unter Druck

Steigende Zinsen und Kernkraftdebatte verstimmten

DW. – Am Aktienmarkt gewannen die politischen Faktoren weiter an Bedeutung. Das schlägt sich in einer wachsenden Zurückhaltung der Anleger nieder und weniger in den „Angstverkäufen". Die Kurse der meisten Standardaktien gaben unter geringen Umsätzen erneut nach. Die Autoaktien leiden zusätzlich unter dem deutlichen Zinsanstieg und hatten teilweise zweistellige Einbußen zu verkraften. Versorgungsaktien werden zunehmend durch die Kernenergiedebatte in der Bundesrepublik in Mitleidenschaft gezogen.

Nach anfänglich noch stabiler Haltung kamen im Verlaufe auch die Autoaktien ins Rutschen. Dabei unterschritten Daimler-Aktien die 1300-DM-Grenze. VW-Aktien gaben um rund 15 DM nach. Mit Abschlägen von zwei bis drei DM kamen die Titel der Großchemie noch einigermaßen glimpflich davon. Die Schering-Aktie lag vorübergehend sogar um 20 DM fester. Von einigen Informationsdiensten wird sie als „billigste Pharma-Aktie der Welt" apostrophiert. Fest auch noch Beiersdorf. Siemens-Aktien verloren im Verlauf mehr als 10 DM und unterschritten die 600-DM-Grenze. Wegen des Engagements in der Kernkraft sind diese Papiere zur Zeit besonders empfindlich. Von der allgemeinen Schwäche blieben die Warenhauswerte nicht ausgenommen. Weiterhin flott aufgenommen wurde das bei Feldmühle Nobel herauskommende Material.

Frankfurt: Pfaff legten 21,50 DM zu, Rütgerswerke, Cassella und Gestra gewannen jeweils 10 DM und Agiv 9,50 DM. Dyckerhoff verloren 10 DM und Holzmann 25 DM. Kali Chemie gaben um 28 DM nach.

Düsseldorf: Alexander verbilligten sich um 2 DM und Balcke-Dürr um 10 DM. DAB rückten um 5 DM und Hochtief um 25 DM vor. Gildemeister verloren 3,10 DM und Hagen Batterie 3 DM. Küppersbusch verminderten um 5 DM und Rhenag um 10 DM.

Hamburg: Vereins- und Westbank verloren 3 DM. Beiersdorf befestigten sich um 7 DM. Je 1 DM legten Haller und Meurer sowie Hapag Lloyd zu. Bremer Vulkan stieg um 1,50 DM. HEW verbesserten sich um 0,50 DM.

Berlin: Schering zogen um 19 DM, DeTeWe um 10 DM und Kempinski um 9,50 DM an. Engelhardt verbesserten sich um 7,50 DM. Rheinmetall St. schwächten sich um 26 DM, Berliner Kindl um 8 DM und Orenstein um 7 DM ab.

München: Aigner stockten um 4 DM, AKS um 4,50 DM und Dywidag um 2 DM auf. NAK erhöhten um 4,90 DM und Esterer um 10 DM. Fluchglas verloren 9,50 DM, Brauhaus Coburg 10 DM und Wanderer 30 DM.

Stuttgart: Boss erhöhten weiter um 40 DM. Fuchs besserten sich um 3,80 DM und Progress um 4,50 DM. Württembergische Hypothekenbank gewannen 15 DM. DLW waren um 9 DM ermäßigt.

Nachbörse: schwach

WELT-Aktienindex: 271,58 (275,76)
WELT-Umsatzindex: 5288 (5587)
Advance-decline-Zahl: 79 (60)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inland

		20.5.	16.5.
H	Aach M Betl. 10	2340	2400
H	Aach. M. Vers. 7	1700	1690
D	Aach. Rück. 9	2665	2800T
D	Aaeag *4	430T	440T
M	Ack-Gögg. 6	167	168,5bG
H	Adca 3	182,5	190
D	Adler 9	325bG	–
F	AEG 0	515	326,5
D	AEG KABEL 9	465bG	465bG
S	Aescutop 9	445bG	445G
F	AGAB 5	135,5bG	135,5bG
D	Agnoping *0	3850T	3980

		20.5.	16.5.
F	Cobk.Genußsch.	116	114,45
D	Conc. Chem. 4,5	240T	240T
B	Conc. Spinne *0	465bG	465B
D	Contigas 8	370bG	370
D	Conti Gummi 5	244	242,5
D	Dahln. Sz. 7,65	275	278
D	dgl. Vz. 14,65	410G	420bG
S	Daimler 10,5	1310	1318
M	Deckel AG 0	215bG	216bB
D	Dt. Atl. Tel.10+1	810T	810T
H	Doag 5	452,5	470
D	Dt. Babcock St. 3	200	202
D	dgl. Vz. 3,5	191	189
F	Dt. Bank 12	781	793
D	Dt. Centroboden 12	780T	800T

		20.5.	16.5.
H	Hdl. Llb. 9	560	570G
Hn	Hann. Papier 5,5	225	225
H	Harmstorf 0	80,2	80,1
D	Harpener 11	360	376
F	Hartm. & B.St. 4	1860G	1848
F	dgl. Vz. 4	1560G	1540
M	Hasen-Bräu 9	985B	998
S	Heidelb. Zem. 7	585	595G
M	Heßt & W. 5	261	261
D	Hein. Lehm. *0	320T	325
D	Heinr. Ind. *14+4	730	752
H	Hemmoor 0	–	256G
D	Henkel	405	405
F	Henninger 2	171	180
B	Herlitz 7	178	179

		20.5.	16.5.
F	MAB 6,5	370bG	375G
F	dgl. Vz. 6,5	380G	380G
D	Mannesmann 4	213	213,1
F	Mannh. Vers. 8	891	902
H	Markt & K. 7	207	215
F	MAN St. 2	189	197,5
F	dgl. Vz. 6	157	164
F	MAN-Rol. 20,2	585,1	580,1
F	Massa	365	351
S	M.Mühl.Weing. *0	344	344G
D	Maxxer 0	90	91,5
F	Mercedes 10,5	1162	1161
F	Metallges. 6	330	337
S	Met. u. Lack 0	125TG	120
S	Müag 6,5	421G	430G

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

FIAT

Croma

m/h, 0 auf 100 km/h in 9,9 Sek.

CROMA 2000 i.e. Kat. 83 kW (113 PS). Spitze 191 km/h, 0 auf 100 km/h in 10,4 Sek.

CROMA Turbo Diesel. 74 kW (100 PS). Spitze 185 km/h, 0 auf 100 km/h in 11,9 Sek.

Pfandbriefe bei sieben Prozent

Zwar blieben die Kurseinbußen am Rentenmarkt unter den Abstrichen, die vorbörslich zu hören waren, doch lagen die Kursrückgänge bei den öffentlichen Langläufern immer noch zwischen 0,75 und einem Prozentpunkt. Mit dieser Tendenz liegt der deutsche Markt im Gleichklang mit dem US-amerikanischen, wo die Zinsen in den letzten Tagen ebenfalls gestiegen sind. Pfandbriefe gerieten unter zunehmenden Druck. Im Großgeschäft waren bei den 10jährigen Papieren erstmals wieder Renditen von sieben Prozent zu hören.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	20.5.	16.5.
7½ Afr. Entwbk. 79/86	–	–
8 dgl. 79/87	101,25G	101,25T
10 dgl. 82/89	110,25T	110,5T
8 dgl. 84/91	104,75G	104,9
9 Air Canada 82/92	112,25	112
7¾ dgl. 85/95	105,7	105,8G
9¾ Akzo 82/89	104,75T	105,25G

6 Dt. Bk. Fin. 85/91	102,1	102,25
4¾ Dt.Bk.Fin 85/90	100,2	100,2
9¾ E.D.F. 82/92	106G	106G
8¾ dgl. 83/93	106,5	106,5
7 Eletrobras 77/87	102T	101T
7 dgl. 79/87	100,55bG	100,55bG
5¾ ELF Aquit. 78/88	99,9	100,1
6¾ Enhart Corp. 85/95	102bG	102,2
9¾ Enhart Overs. 82/89	101,75G	101,75G
6¾ Ericsson LM 72/87	100,8G	101,1
6¾ Escom 72/87	–Zhg	–Zhg

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Mit rückläufigen Notierungen schlossen am Montag die Edelmetalle an der New Yorker Comex. Kupfer lag deutlich niedriger. Auch Kakao notierte schwächer. Kaffee gab um das Tageslimit nach.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	19.5.	16.5.
Mai	338,00	333,00
Juli	262,00	265,00
Sept.	262,00	265,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)

Wheat Board cif.		
SLL 1 CW	geschl.	278,13
Am. Durum		275,91

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Mai		115,00
Juli	geschl.	115,50
Okt.		115,40

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Mai		82,50
Juli	geschl.	81,50
Okt.		80,30

HAFER Chicago (c/bush)

Mai	109,00	109,00
Juli	115,50	114,00
Sept.	119,50	119,75

MAIS Chicago (c/bush)

Mai	257,75	259,00
Juli	237,50	236,50
Sept.	205,50	206,25

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Mai		103,40
Juli	geschl	98,20
Okt.		94,50

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

19.5.	16.5.
27,00	27,00

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

18,75	18,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Mai	17,48	17,45
Juli	17,73	17,58
Aug.	17,80	17,72
Sept.	17,75	17,74
Okt.	17,80	17,68
Dez	18,05	17,97
Jan.	18,10	18,05

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb)
Mississippi-Tal fob Werk.

16,50	16,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	10,75	10,75
Choise white hog 4 % fr. F.	9,25	9,25

TALG New York (c/lb)

top white	12,00	12,00
fancy	11,50	11,50
bleicht.	11,25	11,25
yellow max. 10% fr.F	10,00	10,00

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Juni	48,80	47,55
Juli	47,85	46,80
Aug.	45,05	44,25

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Energie-Terminkontrakte

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Kartoffeln

Zinn-Preis Penang

Bauholz

Devisenterminmarkt

Die Dollar- und DM-Deports befestigten sich am 20. 5. um ⅛ Prozent (Terminabschläge für Dollar gegen DM unverändert).

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,53-0,43	1,38-1,28	2,75-2,55
Pfund/Dollar	0,46-0,44	1,18-1,15	2,13-2,08
Pfund/DM	2,40-1,00	5,20-3,80	9,20-7,80
FF/DM	16-p	28-12	48-32

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 20.5. : Tagesgeld 3,90–4,10 Prozent; Monatsgeld 4,60–4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,50–4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,65 Prozent.

Privatdiskontsätze am 20.5. : 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 20.5. : 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 20.5. : Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6⅞-7⅛	4½-4⅝	4½-4⅝
3 Monate	7-7⅛	4½-4⅝	4½-4⅝
6 Monate	7-7⅛	4½-4⅝	4⅝-4¾
12 Monate	7⅛-7⅜	4⅝-4¾	4⅝-4¾

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 20.5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,00; Verkauf 18,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,50; Verkauf 18,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 20.5. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1000,00	1322,40

Nullkupon-Anleihen (DM)

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

ECU

Euro-Yen

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Esslingen am Abfluß

P. D. – Eine Kunstausstellung wurde eröffnet. Aber man sprach vorwiegend von Politik. So hielten es Willi Sitte, Präsident des „Verbandes Bildender Künstler in der DDR", Ewald Moldt, „Ständiger Vertreter der DDR in Bonn", und Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth, frisch von einer „DDR"-Reise zurückgekehrt. Was schon seit langem geplant war, wurde nun flugs dem Konto deutsch-deutsches Kulturabkommen gutgeschrieben. Und natürlich mochte man nicht auf Superlative verzichten. Es sei, hieß es, die umfassendste Schau zeitgenössischer Malerei aus der „DDR", die jetzt mit Unterstützung der auch im „DDR"-Geschäft engagierten Firma Salamander in der Esslinger Villa Merkel eröffnet wurde.

Zu den Standardformeln bei solchen Eröffnungsreden gehört es, daß man bisher zu wenig voneinander weiß und die Ausstellung darum eine einmalige Gelegenheit biete, dieses Defizit abzubauen. Nur wird diese Feststellung auch durch Wiederholung nicht wahr. Kunst aus der „DDR" ist in der Bundesrepublik keineswegs erst seit der „documenta 6", 1977, und Peter Ludwigs Großeinkauf bei der „VIII. Kunstausstellung der DDR", 1977/78 in Dresden, zu sehen. Künstler wie Seitz, Hegenbarth, Altenbourg, Hans Theo Richter, Lachnit, Sitte, Schwimmer, Kitzel und andere wurden seit den fünfziger Jahren regelmäßig in der Bundesrepublik ausgestellt – allerdings als Künstler sui generis und nicht als „DDR-Repräsentanten".

Dieses Etikett wurde erst im Zuge der „Entspannungspolitik" modisch, als die Herkunft der Kunstwerke wichtiger als ihr Kunstwert schien. Ausstellungen mit „DDR-Kunst" – *natürlich nur* der offiziellen – wollten vor allem als politische Demonstration verstanden werden. Das ist auch in Esslingen nicht anders. Man gibt sich „liberal", bekundet, keine „Berührungsängste" zu kennen und erklärt darum einen eingezäunten Teich mit streng kanalisiertem Abfluß zum Ozean. Doch selbst die schönsten Worte machen daraus noch kein internationales Gewässer – mögen die Politiker dabei auch ins Schwimmen geraten.

Schlußbericht vom Filmfestival Cannes: Die Goldene Palme ging an „The Mission" von Roland Joffé

Der Urwald als Gleichnis der Seelen

Die 39. Internationalen Filmfestspiele von Cannes werden als starker Jahrgang in die Filmgeschichte eingehen. Die Jury unter ihrem Präsidenten Sydney Pollack hatte die Qual der Wahl. Sie sprach dem britischen Beitrag „The Mission", Roland Joffés zweitem Spielfilm, die Goldene Palme zu. Mit dieser Entscheidung hat sie sich für einen ausgesprochenen Publikumsfilm (und nicht für den esoterischen Favoriten der Kritiker, Tarkowskijs „Sacrificatio") entschieden. Tarkowskij erhielt den Großen Spezialpreis der Jury. Der Regiepreis ging, hochverdient, an Martin Scorsese für seinen irrwitzigen Alptraum aus New York, „Die Zeit nach Mitternacht".

Barbara Sukowa wurde für ihre Rolle der Rosa Luxemburg in Margarethe von Trottas deutschem Festspielbeitrag – ex aequo mit der Brasilianerin Fernanda Torres – beste Schauspielerin, wenngleich der Film selber wenig Anklang fand. Doch die Sukowa mit ihrer klassisch-strengen Allüre und ihrer souveränen Professionalität wurde in Cannes als eine „Frau ohne Chichi" gefeiert. Der männliche Darstellerpreis ging, ebenfalls *ex aequo*, an Michel Blanc, dem Transvestiten in Bertrand Bliers Film „Tenue de Soirée", und an Bob Hoskins, den Chauffeur in Neil Jordans „Mona Lisa" (siehe WELT v.15.5.).

Die Entscheidung der Jury für Joffés „Mission" geht vollkommen in Ordnung. „The Mission" war tatsächlich der „beste" Film des Wettbewerbs, publikumsfreundlich ohne die geringste Anbiederung an den sogenannten Publikumsgeschmack, wunderbar in der Kameraführung, ernsthaft in seinem Anliegen, dramatisch in der Handlung, groß in der schauspielerischen Leistung. Dieser Film, produziert von David Puttnam, dem wir einige der besten britischen Streifen der letzten Jahre verdanken („Die Stunde des Weges", „Midnight Express", „1984" und – last not least – Joffés Erstling und Welterfolg „The Killing Fields") ist ein großes Stück epischen Kinos à la David Lean, dem Lehrmeister Joffés.

Das Drehbuch stammt von Robert Bolt, der für Lean „Doktor Schiwago" und „Lawrence von Arabien" geschrieben hat. Die Geschichte spielt Anfang des 18. Jahrhunderts im südamerikanischen Urwald. Hauptschauplatz ist eine kleine Missionsstation, die von Jesuiten geleitet wird. Die Patres freilich sind, so zeigt der Film, genau wie die eingeborenen Guarani nur Spielbälle im Machtkampf zwischen kirchlicher und weltlicher Gewalt.

Zu Beginn liegt die Missionsstation auf spanischem Gebiet, am Ende auf dem Territorium der Portugiesen, für die der Sklavenhandel damals legitime Praxis war. Die winzige Grenzverschiebung *zwischen zwei Großmächten* bedeutet für die Indianer den Untergang, den die Kirche stillschweigend hinnimmt.



Ein Sklavenhändler erlebt sein Damaskus: Robert de Niro als Mendoza in Roland Joffés Film „Die Mission", der bei den Filmfestspielen in Cannes für die beste Regie ausgezeichnet wurde FOTO: VERLEIH

„The Mission" überrascht mit Bildern einer ungebändigten Urwaldnatur voll wilder Schönheit. Mächtig sich aufbäumende Wasserfälle stürzen über hohe Felsen hinweg, mit einem Getöse, das Ennio Morricones Musik gekonnt unterstützt. Man erinnert sich an Coppolas „Apokalypse Now" oder Herzogs „Fitzcarraldo". Nur daß Joffés Bilder noch dynamischer, noch spektakulärer und gewaltiger sind.

Und zwei große Schauspieler stehen Joffé zur Verfügung: Robert de Niro als Sklavenhändler Mendoza, der eine furchtbare Schuld sühnen will, sich bekehrt und Jesuitenpater wird, und Jeremy Irons als sein Vorgesetzter, Bruder Gabriel, geistiger Vater der Guarani. Beide Männer werden, wenn die Portugiesen die Missionsstation überfallen, grausam hingemetzelt.

Erlösung, Sehnsucht, Opferbereitschaft, Suche nach spirituellen Wegen – oder Auswegen – aus einer mehr oder weniger miserablen *condition humaine:* das waren nicht nur die Themen Roland Joffés, sondern auch die vieler anderer wichtiger Festival-Beiträge dieses Jahres, z. B. von Alain Cavaliers „Thérèse", die den Sonderpreis der Jury erhielt.

Cavalier, ein Außenseiter des französischen Kinos, zeichnet in asketisch-strengen Bildern, die an Robert Bresson erinnern, das intime Porträt *der kleinen Heiligen von Lisieux*. Die Schauspieler agieren vor fast unbeweglicher Kamera, in äußerst kargem Dekor. Der Film setzt ganz auf ausgefeilten Dialog – und auf Cathérine Mouchet als Thérèse, ein heiteres Mädchen mit entwaffnend offenem Blick, zum Dienen bereit, ihre schwere Krankheit ebenso geduldig ertragend wie die Härten des Klosterlebens.

Eine köstliche Trouvaille im Festivaltrubel, die beim Preissegen leider leer ausging, war „Down by Law", *der zweite Film des 33jährigen* New Yorkers Jim Jarmusch, der für seinen Erstling „Stranger than Paradise" letztes Jahr in Cannes einen Preis erhielt. Diesmal erzählt Jarmusch die wider Erwarten äußerst komische Geschichte dreier Sträflinge, die aus dem Gefängnis von New Orleans ausbrechen und hilflos-putzig durch die Sümpfe des Mississippi waten.

Nicht nur die Sümpfe, sondern auch das nostalgische New Orleans, gefilmt von Wim Wenders' Kameramann Robby Müller, zeigt sich hier „at its best". Und die drei jungen Helden – Tom Waits, John Lurie, Roberto Begnini als italienischer Immigrant, dessen Italo-Amerikanisch allein schon für umwerfend komische Pointen sorgt – sind pralle Typen, die man nicht so schnell vergessen wird.

Wer war der beliebteste Star auf der Croisette? Darüber kann es keinen Zweifel geben: Es war Cathérine Deneuve, die in André Téchinés Film „Der Ort des Verbrechens" eine kleine Provinzlerin spielt, die eines Tages *für einen ausgebrochenen Sträfling* Kopf und Kragen riskiert. Der Streifen blieb ungeehrt, doch das Publikum auf der Straße jubelte der Deneuve begeistert zu. Jeder wollte sie anfassen, und ihre sechs (!) Leibwächter hatten ihrerseits alle Hände voll zu tun.

Aber auch sonst gab es in Cannes außerhalb des Wettbewerbs viel zu sehen. Steven Spielbergs „Die Farbe Lila", die große Saga der *négritude*, hatte ihre glanzvolle Auslands-Premiere. Woody Allens Familien-Epos *„Hanna und ihre Schwestern" riß* die Fans förmlich von den Stühlen. Carlos Saura zeigte den Schluß seiner Flamenco-Trilogie – nach „Bluthochzeit" und „Carmen": „El Amor Brujo", also Manuel de Fallas „Liebeszauber". Es geht darin um eine junge Frau, die allnächtlich ihrem toten Gatten begegnet. Das Werk reicht wohl nicht ganz an „Carmen" heran.

Cannes 1986 – ein Fest, das im Schatten von Bombendrohungen und Terrorismus begann und in Heiterkeit und Lebensfreude endete. Die stattliche Armada der französischen Sicherheitsbeamten hat es ausgezeichnet verstanden, alle Ängste von der Croisette wegzufegen, und zwar mit weltmännischer Eleganz und mit Fingerspitzengefühl. Willkommener Nebeneffekt: Taschendiebe und kleine Gauner, zur Festspielzeit gewöhnlich eine wahre Plage an der Côte d'Azur, hatten dieses Jahr nicht die geringste Chance. Man konnte sich ganz auf die Filme konzentrieren, und die waren das allemal wert.

DORIS BLUM

Frankfurt: Bernhards „Die Macht der Gewohnheit"

Forellenquintett-Probe

Vor 22 Jahren hat der Arzt dem Zirkusdirektor Caribaldi das Cellospiel zur Stärkung der Konzentration angeraten. Seitdem wird im Wohnwagen (Bühne ein aufgeschnittenes Oval, Gysbert Jäkel) täglich geübt. Da der Wanderzirkus aus fünf Personen besteht, hat Caribaldi sich für ein Quintett entschieden, Schuberts Forellenquintett. Seine Enkelin, Seiltänzerin, spielt Viola, sein Neffe, Dompteur, Klavier, der Jongleur Violine, der Spaßmacher Kontrabaß. Sie sind alle unmusikalisch, seit 22 Jahren kommen sie über das Stimmen der Instrumente nicht hinaus, besonders weil der Dompteur meist gerade von einem Leoparden gebissen ist, dieser Neffe, der selbst ein widerliches „Tier" ist.

Caribaldi besitzt zwei Celli, er streicht einen *einzigen Ton auf beiden*, um zu zeigen, daß eins sich vormittags und im nördlichen Klima, das andere nachmittags und im südlichen Klima am besten anhört. Das zweite hat er, wie er der Enkelin erklärt, „in Venedig gekauft, das ganze Erbe Deiner toten Mutter hat mich das Cello gekostet". Erster Tiefschlag für die Kleine. Die Kunst geht über alles und alle hinweg. So bildet man artistische Enkelinnen heran.

Er tyrannisiert die Gruppe, das dient der Disziplin und Konzentration. Jede Kunst ist Mittel für eine andere Kunst, die Musik für die Artistik zum Beispiel. Das hämmert er ihnen in unaufhörlichen Phrasen ein, wiederholt sich und muß sich wiederholen, weil sie alle schwachsinnig sind und er den Schwachsinn in einem einzigen Augenblick zum Genie machen muß. „Morgen in Augsburg" könnte die Probe vielleicht gelingen. Und dann, vielleicht in Nürnberg, eines Tages, sehen die Zuschauer die Enkelin hoch oben auf dem Seil und hören – das Forellenquintett. *In der* Manege das Forellenquintett!

Für jetzt gilt es erst einmal, die Instrumente zu stimmen. Doch der Neffe kommt nicht, ist schon wieder besoffen, sabotiert die Probe, „seine Wunde eitert" (sagt der Jongleur), Caribaldi lacht verächtlich und hebt zu neuen Aperçus über Kunst und Artistik an. Er stellt höchste Ansprüche an die gesamte Existenz des Künstlers. Der Enkelin erklärt er es am Beispiel ihrer Mutter, seiner Tochter, Seiltänzerin, *die* tot ist. Sie *ging* zu den Tieren und wurde schrecklich gebissen, der Arzt hat sie doch noch zusammengeflickt. „Aber kaum war sie zusammengeflickt", hat er sie wieder aufs Seil gezwungen. „Ist sie abgestürzt." Zweiter Tiefschlag. So bildet man artistische Enkelinnen aus.

Nichts geht über die Kunst vor der Artistik. Er selbst ist gescheitert, wie jeder künstlerische Direktor, der dauernd die anderen beobachten und kontrollieren muß. Übrigens: „Die Wahrheit ist, ich liebe das Cello nicht, aber es muß gespielt werden. Meine Enkelin liebt die Viola nicht, aber sie *muß gespielt werden ... Wir lieben* das Leben nicht, aber es muß gelebt werden."

Ich vermißte den Zwischenruf: „Wieso: muß?" Aber dazu war es zu lustig. Es wurde viel gelacht und viel bewundert und nicht gescholten. Diese ununterbrochene Hochspannung des belehrenden, scheltenden, des triumphierenden, des tyrannisierenden Direktors, diese angespannte Angst und Präzision der Spieler, hohe Artistik, und das kalkulierte Gegenteil des viehisch besoffenen Dompteurs, der als „Kunstzertrümmerer" noch einmal hereintorkelt und mit Armen und Ellbogen auf die Tasten donnert, was hat doch der Regieteufel Marco Bernardi aus den Spielern (Martin Schwab, Katharina Rupp, Rolf Idler, Albert Kitzl, Justus von Dohnanyi) alles herausgeholt!

Alle Aperçus über Kunst und Artistik sind plausibel, nur die Summe ist falsch, ist nichts. Der „Realist" Flaubert hatte den Wunsch, eines Tages ein Kunstwerk über Nichts zu schaffen. *Er hat seinen Wunsch nicht* verwirklicht. Das blieb Thomas Bernhard vorbehalten. Ein zynisches Meisterwerk dieses lebenslustigen Lebensverächters.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Weitere Aufführungen: 25. und 31. Mai; Karteninformation: 069 / 25 62 335

Gian Carlo Menottis „Maria Golovin" in Gießen

Nachkriegs-Kolportage

Es ist ein wenig still geworden um Gian Carlo Menotti. Die großen Erfolge des mittlerweile 75jährigen liegen lange zurück, und auch seine Oper „Maria Golovin", die jetzt in Gießen die deutsche Erstaufführung erlebte, wurde *bereits 1958 in Brüssel* der Öffentlichkeit vorgestellt. Die ein wenig simple Nachkriegsstory, die Menotti seinem Konversationsstück mit ariosen Aufschwüngen unterlegte, ist hart an der Grenze zum Melodramatischen angesiedelt und über sieben Ecken mit Rolf Liebermanns „Leonore 1940–45" verwandt.

Sie hat das praktikable Maß einer Eifersuchtsgeschichte mit fast tragischem Ausgang. Diese „Maria Golovin" ist eine Eigenerfindung Menottis, der sein Libretto noch mit einigen tiefenpsychologischen Extras versah und das Stück mit der ihm eigenen Noblesse und Metierkenntnis in Szene setzte.

Gian Carlo Menotti hat bekanntlich den italienischen Verismus nach Nordamerika importiert, wenn auch mit einer Verspätung von einigen Jahrzehnten. Erst als in Italien Luigi Dallapiccola die Liaison von Verismo und Zwölftontechnik längst hinter sich gebracht hatte, schrieb Menotti für seine „Maria Golovin" (und nicht nur für sie) eine Musik, in der die Mode der Jahrhundertwende endgültig abdankt, ohne daß diese Musik so recht auf die Höhe ihrer Entstehungszeit kommen will.

Fast ständig wirft sie elegische Blicke zurück auf Puccini, Leoncavallo, Giordano oder Cilea, lebt sich noch einmal aus in der behaglichen Fülle des Melos. Und wenn der Komponist die Register der Hingabe und Verführung zieht, schreckt er auch vor plakativen Emotionen nicht zurück.

Aber just dabei zeigt sich, daß er noch für die Sänger schreiben kann, *und das, ohne dem Orchester eine* bloße Begleitfunktion aufzuzwingen. Die Arie der Titelfigur aus dem ersten Akt hätten Giordano oder gar Puccini nicht effektvoller setzen können. Und bei allem führt Menotti eine durchaus eigenständige und selbstgewisse, zuweilen ein wenig verweichlichte Tonsprache, die die Errungenschaften der Neutöner auf Distanz schiebt. Deshalb unterläuft ihm auch nirgendwo jene provokante Vulgarität, mit der viele seiner Zeitgenossen musikalischen Fortschritt simulieren.

Die Aufführung war in jeder Hinsicht respektabel, wie man überhaupt immer wieder darüber staunen muß, was das kleine Gießener Stadttheater, das für eine ganze Spielzeit noch nicht einmal 13 Millionen Mark verausgaben kann, zu leisten vermag. Hier werden *die materiellen Möglichkeiten* realistisch genutzt und die Subventionen nicht bei der Monotonie des Wiedersehens mit immer denselben Stücken verplempert.

Herbert Gietzen dirigierte das zuverlässige kleine Orchester akkurat und spielgenau. Und so engagierte Sänger wie die höhenstarke Penelope Thorn als Maria Golovin und Paul Yoder, der *die Figur des kriegsblinden* Donato stimmlich wie darstellerisch imponierend bewältigte, findet man an weit opulenter dotierten Häusern durchaus nicht immer.

HEINZ LUDWIG

Kunsthalle Baden-Baden: Werke von Imi Knoebel

Ein Bäumchen für Beuys

Schon bei den letzten Kunstmärkten hatte man sich erfreut gewundert über die Arbeiten von Imi Knoebel: Da fielen große, naturbraun belassene Preßspanplatten auf, in die Linien, Zeichen und Löcher gekratzt waren, die andererseits auch ganz locker mit Farbe überarbeitet waren.

Das gleichsam Verbohrte, von dem die Beschädigung der Flächen sprach, immer ein bißchen so, als hätte da jemand seine Zeichen mit dem Fingernagel in die Wand geritzt, das mochte man noch recht gut mit Imi Knoebel, wie man ihn kannte, in Verbindung bringen. Die Lockerheit, Frechheit, Fröhlichkeit der Farbe weniger. Die Kunsthalle Baden-Baden bietet derzeit die Gelegenheit, sich über Knoebels Werke *aus den letzten* Jahren umfassend zu informieren und die Entwicklungen, die er offenbar durchgemacht hat, kennenzulernen.

Knoebel, 1940 in Dessau geboren, 1964 bis 1971 Schüler von Beuys in Düsseldorf, war der geheimnisvoll Introvertierte unter den Künstlern seiner Generation und wurde von seinem Galeristen Heiner Friedrich auch jahrelang gegen alle Herausforderungen der Welt abgeschirmt. Die vielleicht typischste Arbeit Knoebels in dieser Haltung war ein Konvolut von Tausenden von Zeichnungen, an denen er jahrelang arbeitete, die aber niemand zu Gesicht bekam. Denn sie wurden bündelweise in großen Stahlschränken verschlossen – und die waren das Kusntwerk, das man sehen konnte. Ein treffenderes Bild für die hermetische Abgeschlossenheit von neuer Kunst hat sich noch niemand ausgedacht. Leider fehlt diese Arbeit in Baden-Baden.

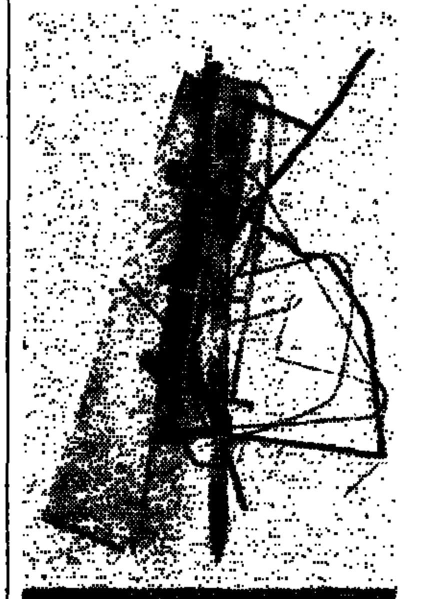
Die totale Reduktion bei Malewitsch hatte es Knoebel stets angetan. Seine Kreuze, mehr Wandplastik als Bild, stehen dafür. In den ersten Jahren sind sie verzerrt, schief, mühsam, gedankenbeladen. Das fällt jetzt *in Baden-Baden bei der Konfrontation* mit neuen Arbeiten zu diesem Thema auf: Denn die sind glatt, präzise, sicher, als wären Zentner von Gedankenballast von Knoebel abgefallen. Und gleich geht er weiter, montiert aus seinen emaillackierten Platten geometrische Bilder mit verwegenen Farbfeldern.

Knoebel tischlert auch ganz eigenwillige Kunstmöbel, freilich nicht zu *praktischem Gebrauch*, auch wenn er sie scherzhaft „Buffets" nennt. Wieder benutzt er unbehandelte Hartfaserplatte als Material, verarbeitet es zu ganz schmucklosen Kästen in der Umrißform von Möbeln. Keine Türen, keine Schubladen allerdings. Das Innere der Schränke bleibt unzugänglich, das Geheimnis ihres Inhalts unerforscht.

Manchmal nutzt Knoebel seine „Möbel" auch, etwas darauf zu präsentieren: einen rechten Winkel oder ein rechteckiges Stück Welleternit, Gegenstände also ohne Anspruch und inhaltliche Bedeutung. Da kommt es nur auf die Form an, und die ist bei Knoebel mit ganz leichter Hand arrangiert.

Das bewegendste Stück der Baden-Badener Schau ist vielleicht jene schlicht „24. 1. 1986" betitelte Arbeit: Ein Stück Holz, etwas rostiges Eisen und ein Stück Stamm von einem Weihnachtsbaum werden auf einem Knoebel-Möbel arrangiert: Mit Beuysschen Materialien unter dem Datum von dessen Todestag ein sinnreicher Abschiedsgruß an den Lehrer. (Bis 1. Juni; Katalog 48 Mark)

REINHARD BEUTH



„Afrika II", 1983, Plastik von Imi Knoebel, aus der Ausstellung in Baden-Baden FOTO: KATALOG

Gäste aus Chicago: Das New Jazz-Festival Moers

Taktlos zum Höhepunkt

Fünfzehn Jahre „Internationales New Jazz-Festival" Moers, das ist mehr als ein Anlaß für Freudenfeiern. Denn welches Festival von solchem Zuschnitt erlebt schon ein solches Alter? Typisch für Moers das Anliegen, Szenen schwerpunktartig zu präsentieren. Waren es in früheren Jahren beispielsweise „No Jazz", „Ethnic" oder der ständige Streitpunkt „Art & Noise", so lag diesmal der Fokus auf der jungen Chicagoer Musikantenschar, die – wie es ein Besucher formulierte – würdig ihre Vorbilder, etwa das „Art Ensemble", vertraten.

Auffällig die Hinwendung der jungen Amerikaner zu singenden Klängen. Free-Jazz-Eruptionen finden sich nur noch in verhaltener Form. Häufig der Rückgriff *auf swingende* Rhythmen, Bläsersätze und Arrangements, die trotz aller Frische und Aufgeschlossenheit deutlich von der Bewunderung dieser Musiker beispielsweise für Duke Ellington kündeten. Vaterfigur Muhal Richard Abrams bildete da keine Ausnahme mit seinem großartigen Oktett.

Lindsay Cooper hatte mit ihrem „Film Music Orchestra" als Opening-*Act einen schweren Stand, zumal ihre* höchst lebendige, aber größtenteils durchkomponierte Musik wohl nicht der übergroßen Erwartungshaltung des Publikums entsprach. Zu den Absurditäten des Festivals gehörte es, daß ausgerechnet Peter Brötzmann, dessen Gruppe „last Exit" trotz oder gerade wegen einer bombastischen Besetzung zum schlimmsten Flop geriet.

Es spricht nicht gerade für Burkhard Hennen, den künstlerischen Leiter des Festivals, daß keine sorgfältigere Auswahl bezüglich der heimischen Gruppen getroffen wurde. So hätte das Chicagoer Ärgernis „Clarinet Choir" vermieden werden können, hätte man sich nur rechtzeitig um europäische Musiker bemüht. Theo Jörgensmanns CL 4 sei da nur am Rande erwähnt.

Hochgradig enttäuschend auch der japanische Beitrag von Toshinuri Kondo's IMA. „Japan Goes Tanzhaus" hieß es im Vorfeld des Konzerts, heraus kam eine Musik, die manchen an den Miles Davis der siebziger Jahre erinnerte, womit höchstens dessen damalige Orientierungslosigkeit gemeint sein kann, denn statt Tanz gab es allenfalls ein Weltuntergangs-Ballett zu erleben.

„Living Colour", so nannte der ebenfalls mit Vorschußlorbeeren bedachte Vernon Reid seine Band, von farbiger Lebendigkeit konnte auch tatsächlich die Rede sein, aber Reids Heavy-Metal-Jazz-Komödie hätte doch wohl eher in den Rockpalast gehört.

Daß die Zukunft klar dem europäischen Jazz gehört, bewiesen gleich mehrere Gruppen. Höhepunkt war Irene Schweizers Band „Taktlos", die in atemberaubender Weise feinsten Free Jazz, ganz der eigenen Tradition verhaftet, mit neuen, modernen Klängen verband. George Lewis, der einzige Nicht-Europäer des Quintetts, zeigte *im trauten Zwiegespräch mit* Maggie Nichols, deren Gestus ihre stimmlichen Qualitäten nachhaltig unterstrich, seine immensen Möglichkeiten an der Posaune, mitreißend begleitet von Günter „Baby" Sommer am Schlagzeug und der Bassistin Joelle Leandré.

Daß Irene Schweizer mit ihren Tasten den musikalischen Prozeß mitsteuerte und bereicherte, versteht *sich am Rande. Schließlich erhielt* „Taktlos" verdientermaßen den größten Applaus der letzten paar Festivaljahre. Auch Alfred Harth zeigte im Duo mit John Zorn europäisches Jazz-Vermögen. Mit Tenor und Alt zeigten die beiden, welche Möglichkeiten ein Duo mit Phantasie, Improvisationsgabe und Humor hat.

Zum Schauspiel geriet auch der Auftritt der schweizerischen Großformation „Musique", die auf subtile Weise weite Klangteppiche mit Free-Jazz-Strukturen verwoben, und auch vor artistischen Einlagen nicht zurückschreckten. Krönender Abschluß schließlich Montag nacht zu später Stunde: Das „Craig Harris-Quintett", das noch einmal die gut 2500 Besucher in Schwung brachte.

Punkige Rhythmen beherrscht der junge New Yorker Posaunist ebenso wie zart verhaltene Töne, die Don Byron mit seinen Klarinetten stützt und auf die Spitze treibt. Craig Harris gab dem 15. New Jazz-Festival Moers genau den Abschluß, den es verdiente: Freudiger Jubel, ein bißchen Nachdenklichkeit, und die Erwartung auf kommende Ereignisse.

SVEN THIELMANN

JOURNAL

Horowitz spielt nochmals in Berlin

Gtl. Berlin

Wladimir Horowitz hat sich aus Wohlgefallen an Berlin und seinem Publikum spontan bereiterklärt, am Samstag, dem 24. Mai, nachmittags 16.30 Uhr, ein weiteres Konzert in der Berliner Philharmonie zu geben. Er wird dabei ein leicht verändertes Programm mit Werken von Mozart, Schubert, Liszt, Chopin und Bach-Busoni spielen. 100 Klavierstudenten sollen bevorzugt Einlaß erhalten. Der Vorverkauf beginnt heute in der Philharmonie. Schriftliche Bestellungen bei: Berliner Festspiele, Budapester Straße 48–50, 1000 Berlin 30.

Chinas Papier ist noch 100 Jahre älter

AFP, Peking

Die Erfindung des Papiers durch die Chinesen ist etwa hundert Jahre älter als bisher angenommen. Das bestätigten jetzt chinesische Ar*chäologen. Wissenschaftler haben* in den Distrikten Jinta und Dunhuang im Nordosten Chinas, Papier entdeckt, das aus der Zeit zwischen dem Jahre 71 vor und 21 nach Christi Geburt stammt. Bislang war man davon ausgegangen, daß die Erfindung des Papiers zwischen 89 und 105 n. Chr. anzusetzen sei.

Holz' „Ignorabimus" in Italien aufgeführt

dpa, Prato

„Ignorabimus", das lange Zeit für unaufführbar geltende letzte Theaterstück des deutschen Naturalisten Arno Holz, ging in Prato über die Bühne. Der 500seitige Text aus dem Jahr 1913 war bisher nur einmal, am 14. April 1927 im Düsseldorf, in Szene gesetzt worden. Re*gisseur der italienischen Version* war Luca Ronconi. Die Aufführung dauerte knapp zwölf Stunden.

Weltkongreß der Romanisten in Trier

dpa, Trier

Rund tausend Wissenschaftler aus 40 Ländern nehmen an dem Internationalen Kongreß für Roma*nische Philologie bis zum Ende* der Woche in Trier teil. Veranstalter ist die 1924 gegründete Gesellschaft romanischer Philologen (Societé de Linguistique Romane). Das zum ersten Male in der Bundesrepublik veranstaltete Romanistentreffen wird von einer Reihe kultureller Veranstaltungen begleitet.

Filmfest München mit 150 Premieren

dpa, München

Regisseure aus 30 Ländern werden beim Filmfest München vom 21. bis 29. Juni rund 150 Filme als Premieren und Erstaufführungen vorstellen. Der Veranstalter rechnet mit über 60 000 Film- und Kinofreunden. Im Rahmen des Filmfests wird auch das von der EG-Kommission geförderte Festival des europäischen Films stattfinden.

„DDR"-Theaterfestival ab 1987 geplant

dpa, Berlin

Im April 1987 findet als Beitrag zur 750-Jahr-Feier Berlins im Ostteil der Stadt erstmals ein „Festival des DDR-Theaters" statt, das künftig alle zwei Jahre vom Kulturministerium und vom Verband der Theaterschaffenden der „DDR" veranstaltet werden soll. Der Sekretär des Theaterverbandes, Klaus Pfützner, *sagte in einem Gespräch* mit der Zeitschrift „Theater der Zeit", auf dem Festival sollten Inszenierungen vorgestellt werden, „die auf hervorragende Weise Maßstäbe für sozialistisch-realistisches Theaterschaffen setzen und damit national und international den hohen Standard unserer Theaterkunst dokumentieren".

Eva Schwimmer †

Sie war eine ungewöhnliche Zeichnerin. Sie verstand es, Poesie in Bilder zu verwandeln, als Illustratorin wie in ihren freien Arbeiten. Aber auch den praktischen Künsten verweigerte sie sich nicht. Für ihre Plakate für die Berliner Festwochen erhielt sie 1952 den Kunstpreis der Stadt Berlin. Sie hatte kein einfaches Leben. In Ostpreußen geboren, kam sie Anfang der zwanziger Jahre nach Leipzig, um Graphik zu studieren. Max Schwimmer war dort ihr Lehrer und bald ihr Mann. Aber die Belastungen der Nazizeit – zeitweilig Arbeits- und Ausstellungsverbot – ließen die Gemeinschaft zerbrechen. So hat sie sich und ihre Kinder allein durchgebracht, mit Pressezeichnungen und gebrauchsgraphischen Arbeiten. Nach dem Kriege lehrte sie wenige Jahre als Professorin in Ost-Berlin. Aber auch da kam bald wieder die *Politik dazwischen* und sie wechselte in den Westteil der Stadt. Dort hat sie seitdem gelebt, gezeichnet, gemalt, auch geschrieben. Es ist eine stille Kunst, *die sie pflegte, unaufdringlich,* ein Appell an die Phantasie. Vor zwei Monaten, schon krank, konnte sie ihren 85. Geburtstag feiern. Jetzt ist sie in Berlin gestorben.

P. D.

Eine Chance für den „Freistaat" Christiania

Kopenhagen möchte „kriminelle Verhältnisse" eingrenzen

G. MEHNER, Kopenhagen

Fünfzehn Jahre ist es her, daß eine Gruppe junger Idealisten, Aussteiger und Abtaucher mitten in Kopenhagen ein ehemaliges Kasernengelände besetzten und den Freistaat Christiania ausriefen. Der von Polizei und Politikern tolerierte Versuch, eine Minderheit nach ihrer Fasson selig werden zu lassen, driftete immer stärker in Gewalt, Alkohol- und Drogenmißbrauch, nachdem die Initiatoren, die den Ausstieg aus der bürgerlichen Konsumgesellschaft wagen und unter den Bedingungen des einfachen Lebens zu sich selbst finden zu wollen, hoffnungslos in die Minderheit geraten waren.

Es hat unzählige Versuche gegeben, Christiania wenigstens einen lockeren Ordnungsrahmen zu geben. Aber erst jetzt hat das dänische Parlament Regelungen zugestimmt, die eine Rückkehr in eine bürgerliche Existenz möglich machen. Ein Urteil des Obersten Gerichtshofes, Christiania sei von seinen heutigen rund 1000 Bewohnern gesetzwidrig besetzt und von daher zu räumen, lag schon lange in der Schublade: Aber die Politiker verhinderten bislang die Durchsetzung dieses Urteils: Eine Räumung der Zufluchtstätte für Außenseiter aller Schattierungen hätte weit mehr Probleme gebracht, als die achselzuckende Billigung des gesetzlosen Zustandes.

Die jetzt eingeleitete Rückkehr in die Bürgerlichkeit sieht vor, daß Polizei und Sozialbehörden in Zusammenarbeit mit den Christianitern, wie sie sich selbst nennen, „die kriminellen Verhältnisse" eingrenzen. Christiania ist heute fest im Griff einer Drogenmafia. Mit Blick auf ihre eigene Sicherheit hatte die Polizei auf dem Areal nur sporadisch Razzien durchgeführt. Künftig wird eine kleine Polizeistation fest etabliert.

Wo es die Bausubstanz noch vertreten läßt, werden die alten Kasernengebäude renoviert. Verfallene Unterkünfte sollen Zug um Zug neuen, festen Behausungen mit ordentlichen sanitären Einrichtungen weichen. Diese Arbeiten werden die Bewohner größtenteils in eigener Regie übernehmen.

Christiania beherbergt viele kleine alternative Betriebe. Diese Secondhandshops, Kleiderboutiquen usw. sollen so weit wie möglich bewahrt werden. Die unzähligen Kneipen und alternativen Gaststätten, die ohne Lizenzen operierten, erhalten Übergangsbewilligungen, um ihre Sanitäranlagen und Geschäftsbücher in Ordnung zu bringen.

Die Rückkehr in die Bürgerlichkeit ist für sämtliche Gewerbetreibenden des Areals damit verbunden, daß sie künftig Mehrwertsteuer erheben und abführen. Andererseits unterstützt der Staat das Großexperiment Christiania mit jährlich 2,5 Millionen Kronen.

Die Politiker hoffen, daß mit der formalen Anerkennung des Freistaates der Narkotika-Mißbrauch und die Rocker-Kriminalität sich eindämmen lassen. Dieser Prozeß wird durch ein höheres Maß an Öffentlichkeit abgesichert: Alle Kopenhagener erhalten künftig Zutritt zum Gelände.

Das Experiment Christiania mit der Vision einer besseren Gesellschaft außerhalb der bürgerlichen Konsum- und Werteskala drohte in einer menschlichen und sozialen Katastrophe zu enden. Mit den jetzigen Parlamentsentscheidungen steht den Bewohnern zumindest der Rückweg in eine bürgerliche Randexistenz offen.

Hannovers See feiert Geburtstag

Daß Niedersachsens Landeshauptstadt den andernorts Neid erregenden Ruf einer „grünen Großstadt" genießt, hat (bisher jedenfalls) nichts mit Politik zu tun. Hannovers freundliche Gesichtszüge – jenseits der Landesgrenzen oftmals verkannt, weil die Hannoveraner eben Niedersachsen sind und deshalb nur höchst ungern Aufhebens von sich selbst machen –, Hannovers freundliche Gesichtszüge haben vorrangig drei Namen: Königlicher Garten Herrenhausen, Eilenriede-Stadtwald und der Maschsee, mit 78 Hektar Wasserfläche gleich südlich der Innenstadt in der Leine-Niederung gelegen und ebenso wie die beiden „Konkurrenten" ein Freizeit-Dorado der 550 000 Stadteinwohner.

Das ist er heute seit exakt 50 Jahren. Am 21. Mai 1936 übergab der damalige Oberbürgermeister Arthur Menge – ein Bürgerlich-Konservativer, der sich in den Anfangsjahren des Nationalsozialismus noch hatte im Amt halten können – den künstlichen See in der „Aegidienmasch" genannten Flur nach zweijährigen Arbeiten seinem sympathischen Zweck. Hunderte von Ruderern und Seglern „eroberten" sogleich ihr neues Revier, die Hannoveraner gestalteten den Tag zum Volksfest, in dessen buntem Treiben die aufmarschierten Braununiformierten einige Mühe gehabt haben sollten, nicht zur Randerscheinung „herabgewürdigt" zu werden.

Denn unvermeidlich suchten die Hitler-Leute eine Gelegenheit, die Anlage des Maschsees propagandistisch als ihre – und gar noch ihre soziale – Tat herauszustreichen. Zwar hatte OB Menge es verstanden, seiner Stadt die Kreditprogramme des NS-Staates zur Arbeitsbeschaffung zunutze zu machen und damit zeitweilig mehr als 1500 Arbeitslose in Lohn zu bringen. Der indes war kärglich genug: 64 Pfennig für die Stunde, Hacke und Spaten waren mitzubringen zur Schwerstarbeit im Sumpfwiesengelände. Um allein dafür die Fördermittel zu erlangen, mußte Nicht-Nazi Menge die NS-Gewaltigen in Berlin regelrecht gegeneinander austricksen.

Die Vorstellung, über dem damals noch „vor der Stadt" gelegenen Maschwiesen-Areal einen See anzustauen, ist noch viel älteren Datums. In den Gründungsjahren des Bismarck-Reiches entwickelte der Bürgerehrgeiz der aufstrebenden Industriestadt an der Leine die Idee, Hannover brauche Vergleichbares, wie es die Hamburger an ihrer Alster haben. Der Ursprung der Vision war recht eindeutig die zu Winterzeiten dazumal regelmäßige Überflutung der Maschwiesen; wenn nicht die Natur selbst sie besorgte, ward sie künstlich bewerkstelligt, auf daß die Städter zum geschätzten Eislaufvergnügen kämen. (Im zugefrorenen Zustand mithin, zuletzt Anfang dieses Jahres zu bewundern, ist der Maschsee gleichsam gar ein Jahrhundert alt.) Hannovers Annalen verzeichnen des weiteren jahrzehntelange Auseinandersetzungen um den schönen Plan. In den zwanziger Jahren schließlich war es die Wirtschaftskrise, die ihn abermals durchkreuzte.

Heute nun ist die eingedeichte, zwei Meter flache, von der Leine her mit Frischwasser versorgte, unterwärts mit Tonschichten und Kiesbett „abgedichtete Wanne" den Hannoveranern so selbstverständlich, daß mancher Jüngere erstaunt ist ob der „Jugendlichkeit" der vertrauten Wasserfläche. Nichtsdestoweniger will „ganz Hannover" das Jubiläum im Hochsommer gebührend feiern.

Für den bildungsbürgerlichen Bedarf gibt's eine Dokumentenausstellung im Historischen Museum (bis 24. August), dazu ein Geschichts- und Geschichtenbuch. Und in einer achtwöchigen bunten Kette von Volksfesten zwischen dem 4. Juli und dem 31. August – gleich ob Deutschlands größtes Schützenfest, das Altstadtfest, ein Folklore-Festival, das eigentliche Maschseefest (15.–24. 8.) oder die Britische Woche – wird die kühle Perle der wortwörtlich zu nehmenden Stadt-Landschaft mit Strandfesten, Regatten und Feuerwerk im unbestrittenen Mittelpunkt stehen. Gar so still und bescheiden kommt der hannoversche Stolz ausnahmsweise nicht daher.

MICHAEL JACH



Die Hannoveraner sind stolz auf ihren Maschsee in der Südstadt. Heute wird er 50 Jahre alt.

FOTO: JÜRGEN BERGER

Was Falschparker den Politessen alles erzählen

AP, Gelsenkirchen

„Ich hab doch wirklich nur ein Minütchen hier gestanden" ist die beliebteste Ausrede von bundesdeutschen Falschparkern, wenn Ordnungshüterinnen ihnen einen Strafzettel verpassen wollen. Das geht aus einer „Hitliste der Ausreden" hervor, die von Gelsenkirchener Politessen aufgestellt wurde. Platz zwei der „Hitparade" hält der „*Unschuldige*". Er gibt sich überrascht: „Was – hier darf man nicht parken?" Der forsche „Vorwurfsvolle" rangiert auf Platz drei: „Zeigen Sie mir doch einen besseren Parkplatz", lautet seine Ausrede. Auf den folgenden Plätzen finden sich der „Beziehungsreiche", der ein Kegelbruder des Oberstadtdirektors oder des Oberbürgermeisters sein will und der Soziale, der „nur mal *eben seine* gehbehinderte Oma zum Arzt gebracht hat". Auf den letzten Platz verwiesen wurde der „Gequälte", der in der belebten Innenstadt wegen eines dringenden Geschäftes kurz hinter die Büsche mußte und *nur* aus Angst vor Autodieben die Einkaufstaschen mitgenommen hat.

Schäferhund rettet Kind

AP, Neapel

Ein Deutscher Schäferhund namens Rocky hat am Montag in Neapel ein drei Jahre altes Mädchen aus einer brennenden Wohnung gerettet. Wie italienische Nachrichtenagenturen meldeten, kam das Tier anschließend ums Leben, als es noch einmal in die Wohnung zurückkehrte, um die anderen Mitglieder der Familie zu suchen. Diese befanden sich aber bereits in Sicherheit.

Frankfurt an der Spitze

dpa, London

Frankfurt und Venedig schneiden in einem Vergleich von 100 europäischen Städten am besten ab. In einem jetzt von der britischen Universität Reading vorgelegten Report wurden die Städte nach wirtschaftlichen, sozialen und Umwelt-Faktoren eingestuft. Britische Städte bilden in der Untersuchung das Schlußlicht. London erreichte nur Platz 29.

In Waldlichtung gestürzt

dpa, Montabaur

Bei einem Unfall mit ihrem Leichtflugzeug sind am Pfingstmontag im Westerwald zwei Männer, 25 und 26 Jahre alt, ums Leben gekommen. Sie stürzten mit ihrem motorisierten Hängegleiter aus noch unbekannter Ursache in eine Waldlichtung bei Wölferlingen im Westerwaldkreis.

Im Kofferraum erstickt

dpa, Schwarzenbach

Ein Nickerchen im Kofferraum eines Autos wurde einem 35jährigen zum Verhängnis. Nach Angaben der Polizei hatte der Mann zusammen mit einem gleichaltrigen Freund auf einem Gartengrundstück in Schwarzenbach am Wald (Landkreis Hof/Saale) gearbeitet und gefeiert. Den Kofferraum wollten sie offenbar nutzen, um ihren Rausch auszuschlafen. Erst zehn Stunden später hörte ein Passant Klopfzeichen und öffnete den Deckel des Kofferraums. Für den 35jährigen kam jede Hilfe zu spät. Er war erstickt.

WETTER: Im Süden Gewitter

Lage: Eine Gewitterfront beeinflußt die Osthälfte und den Süden Deutschlands, während der Norden und Westen in der zweiten Tageshälfte unter Zwischenhocheinfluß gelangt.

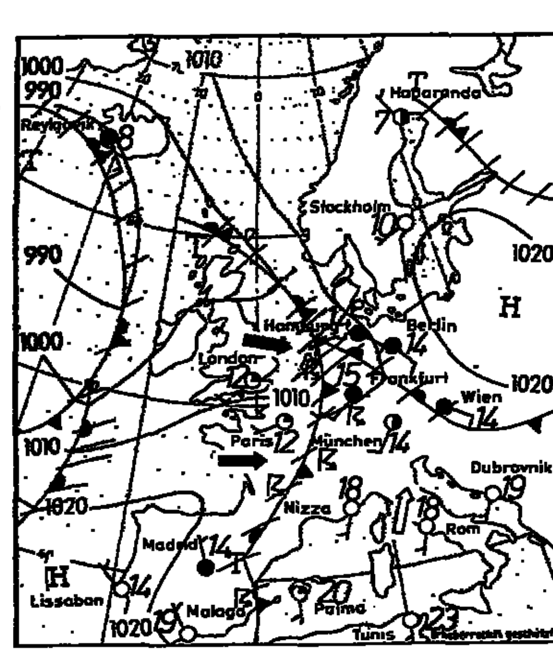
Vorhersage für Mittwoch: Im Norden und Westen anfangs etwas Regen, *nachmittags niederschlagsfrei.* Höchsttemperaturen um 20, nachts um 10 Grad. Schwacher Wind aus Südwest. Im Süden zeitweise gewittriger Regen. Höchsttemperaturen zwischen 18 und 22, nachts 12 bis 15 Grad. Schwacher Südwestwind.

Weitere Aussichten: Unter Zwischenhocheinfluß überwiegend freundlich und niederschlagsfrei, um 20 Grad.

Sonnenaufgang am Donnerstag: *5.22 Uhr*, Untergang: 21.16 Uhr;* **Mondaufgang:** 19.47 Uhr, Untergang: 4.24 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 21. Mai, 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	19	he
Bielefeld	22	he
Braunlage	18	he
Bremen	21	he
Dortmund	22	he
Dresden	21	he
Düsseldorf	23	bw
Erfurt	19	bw
Essen	22	bw
Feldberg/S.	16	he
Flensburg	20	he
Frankfurt/M.	20	bd
Freiburg	24	he
Garmisch	24	he
Greifswald	18	he
Hamburg	19	he
Hannover	21	bw
Kahler Asten	14	bd
Kassel	20	bw
Kempten	23	he
Kiel	19	he
Koblenz	20	bw
Köln-Bonn	21	bw
Konstanz	22	he
Leipzig	20	he
List/Sylt	16	he
Lübeck	20	he
Mannheim	22	bw
München	22	he
Münster	22	he
Norderney	21	he
Nürnberg	19	bw
Oberstdorf	23	he
Passau	23	he
Saarbrücken	18	bw
Stuttgart	22	he
Trier	21	bw
Zugspitze	4	bw

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	26	he
Amsterdam	23	he
Athen	28	wl
Barcelona	23	bw
Belgrad	27	bw
Bordeaux	16	R
Bozen	28	he
Brüssel	22	he
Budapest	21	R
Bukarest	24	bw
Casablanca	22	he
Dublin	16	bw
Dubrovnik	24	he
Edinburgh	15	bw
Faro	23	bw
Florenz	29	wl
Genf	22	he
Helsinki	12	bd
Hongkong	27	bw
Innsbruck	22	he
Istanbul	19	he
Kairo	27	wl
Klagenfurt	22	bw
Konstanza	24	bw
Kopenhagen	18	he
Korfu	28	wl
Las Palmas	22	bw
Leningrad	16	bd
Lissabon	18	bw
Locarno	26	bw
London	17	R
Los Angeles	15	bd
Luxemburg	18	bw
Madrid	22	bw
Mailand	27	wl
Malaga	22	bw
Mallorca	30	wl
Moskau	17	bw
Neapel	25	wl
New York	–	–
Nizza	22	he
Oslo	19	he
Ostende	20	he
Palermo	23	wl
Paris	23	bw
Peking	27	he
Prag	17	bw
Rhodos	24	he
Rom	25	wl
Salzburg	25	he
Singapur	30	bw
Split	26	he
Stockholm	18	bw
Straßburg	22	bw
Tel Aviv	26	he
Tokio	19	Rs
Tunis	28	wl
Valencia	22	bw
Varna	21	he
Venedig	25	he
Warschau	17	bw
Wien	17	bd
Zürich	23	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Der ungebrochene Aufstieg des Diesel

Für welche Jahrgänge gelten Steuerermäßigungen? / Die Praxis der Finanzbehörden

HEINZ HORRMANN, Bonn

Vor exakt 50 Jahren wagte Daimler-Benz mit dem Mercedes 260 D nach langem Zögern den Einstieg in die Diesel-Ära der Personenwagen. Das 45-PS-Modell, von dem insgesamt nur 1967 Stück verkauft wurden, löste bei Technikern und Kunden erst einmal Verwirrung aus. Bis zu dem Zeitpunkt nämlich war dieses Antriebsaggregat ausschließlich in Schiffen, Liften und bei der Eisenbahn verwendet worden.

Der Aufwärtstrend des Selbstzünders, der vom Kaiserlichen Patentamt Berlin die Patentnummer 67 207 zugeteilt bekam, verlief konstant und in der Bundesrepublik Deutschland nach der Schadstoff-Gesetzgebung in den letzten Monaten geradezu stürmisch. Heute werden mehr als 34 Prozent aller neuen Fahrzeuge durch Dieselkraft angetrieben.

Während Autohalter, die ihren Diesel nach dem 1. Januar 1985 zugelassen haben, vom Prädikat „schadstoffarm" profitieren, gab es für andere, die kurz davor ihr Auto zuließen, erst einmal Ärger. Weil auch ältere Modelle nach den festgelegten Euronormen im Schadstoffausstoß unter dem Grenzwert bleiben, waren hier Änderungen unumgänglich. Zusätzlich zu den bereits bestehenden Vergünstigungen sollen nun alle Besitzer von Diesel-Fahrzeugen, also auch aus älteren Jahrgängen, rückwirkend ab 1. Januar 1986 mit dem ermäßigten Satz von 13,20 Mark je 100 Kubikzentimeter Hubraum besteuert werden (die WELT berichtete). Wie soll das in der Praxis aussehen?

Emil Bönke vom Finanzministerium erklärt den Ablauf: „Die Autohersteller prüfen intern, welche Fahrzeugtypen in Frage kommen und lassen dann Mustergutachten beim Technischen Überwachungs-Verein erstellen. Der einzelne Autofahrer braucht dann nicht mehr mit seinem Fahrzeug zur Überprüfung zum TÜV oder zum Straßenverkehrsamt. Nach ersten, groben Untersuchungen wird die Regelung wohl Autos bis zum Jahrgang 1980 einschließen."

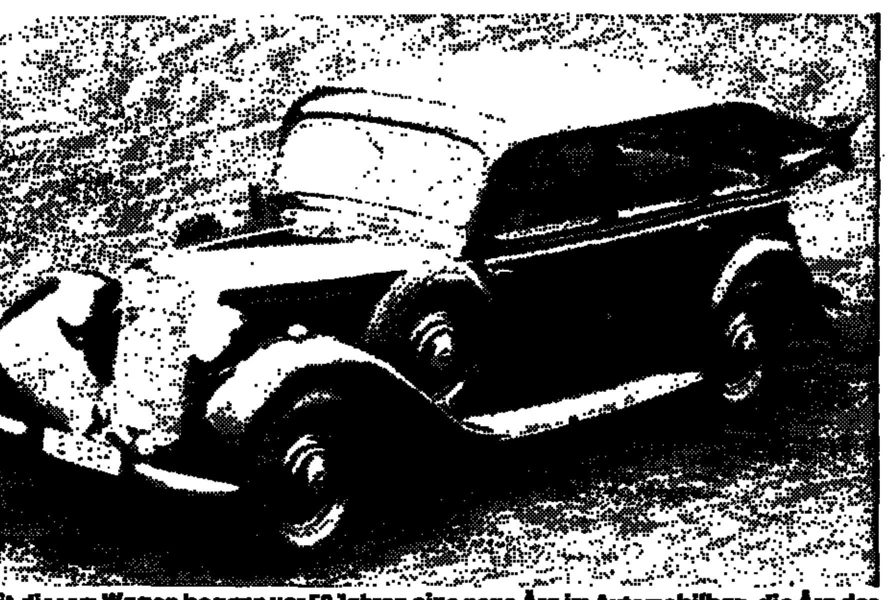
Der Kabinettsbeschluß hat bei den Unternehmen für fieberhafte Aktivität gesorgt. So mißt ein Techniker-Team beispielsweise bei Ford, ob neben den neueren 1,6-Liter-Motoren auch noch die langlebigen 2,1-Liter-Diesel, die seit 1978 eingesetzt wurden, unter die Steuerregelung fallen.

Bei Opel werden alle Kadett- und Ascona-Modelle mit dem 1,6-Liter-Selbstzünder, sowie Rekord und Senator mit 2,3-Liter-Diesel zumindest der letzten fünf Jahrgänge die Norm erfüllen. Das gilt auch für Daimler-Benz und Volkswagen. Alle Diesel-Pkw, die nach dem 19. September 1984 angemeldet worden sind (Beginn des Baujahres 85), werden den nach dem 1. Januar 1985 zugelassenen Fahrzeugen gleichgestellt. Für sie wird rückwirkend die zeitlich begrenzte Steuerfreiheit gewährt, wenn sie unter den Grenzwerten bleiben.

Die Regelung, die im Juni noch den Bundesrat passieren muß, läßt die Möglichkeit offen, durch nachträgliche technische Veränderung eine noch höhere steuerliche Begünstigung unter Berücksichtigung der zu erwartenden Rußpartikel-Grenzwerte zu erzielen. Die Bundesregierung führt Gespräche mit den Finanzverwaltungen der Länder, um die steuerliche Umstellung, aber auch die Rückerstattung von vorerst zuviel gezahlten Steuern zu garantieren.

Daß dies erst einmal nur Theorie ist, erlebten selbst Beamte im Finanzministerium. Bönke etwa, der einen schadstoffarmen Turbo-Diesel fährt, bekam dennoch vom Finanzamt einen Bescheid über den verschärften Steuerhöchstsatz. Erst nach mehrmaligen Reklamationen wurde ein neuer Bescheid angekündigt. Bönke glaubt, daß es vielen Autofahrern so gehe, und äußert die Vermutung, daß speziell die Finanzämter in Nordrhein-Westfalen aus politischen Gründen die Autofahrer bewußt verunsichern wollen.

Das ärgerliche Verwirrspiel um die „Altdiesel" kann noch einmal forciert werden, wenn die Verabschiedung des ursprünglich für Anfang 1986 in Aussicht gestellten EG-Beschlusses über Rußpartikel- Grenzwerte erfolgt ist. Danach wird es wieder zu einer total veränderten Situation kommen, und viele, die heute steuerfrei fahren, werden gezwungen sein, nachträglich technische Veränderungen an ihren Autos vorzunehmen, um auch die Rußpartikel vor dem Ausstoß in die Luft aufzufangen und unschädlich zu machen.





Mit diesem Wagen begann vor 50 Jahren eine neue Ära im Automobilbau, die Ära des Diesel: Mercedes 260 D Landaulet

FOTO: DAIMLER-BENZ

LEUTE HEUTE

Eine Art Zubrot

Sie sei „wegen ständiger Arbeitsüberlastung erschöpft" und reiche daher den Rücktritt ein, hatte die norwegische Verwaltungs-Ministerin **Astrid Gjertsen** vor einem Monat erklärt. Jetzt wurde bekannt, daß die



Politikerin aus ganz anderem Grund aus dem Amt schied. Premier **Kaare Willoch** hatte sie entlassen, als er erfuhr, daß sie viereinhalb Jahre Taxi-Quittungen gefälscht und sich so ein „Zubrot" von umgerechnet 10 000 Mark verschafft hatte.

Pastorale Rüge

Eine „verhängnisvolle Unmoral" hat jetzt die in Rom versammelte italienische Bischofskonferenz kritisiert. Bei der Eröffnung der Konferenz sprach deren Vorsitzender **Ugo Kardinal Poletti** von „schamloser Pornographie", die nun auch in Italien unter dem Deckmantel des Natürlichen, der Eleganz oder der Kunst in Büchern, Zeitschriften, in Kino und Fernsehen dargeboten werde.

Umstrittene Revision

Es war Gesprächsthema Nummer eins in Englands Kneipen, als der 26jährige Fußballfan **Kevin Whitten** zu lebenslanger Haft verurteilt wurde – für eine Schlägerei. Nach einer Begegnung zwischen Chelsea und Manchester United hatte er den Kneipenwirt **Neil Hansen** mit einer abgebrochenen Bierflasche schwer verletzt. Jetzt wurde das Urteil vom Londoner High Court in eine Gefängnisstrafe von drei Jahren revidiert. Radikale Fans atmeten auf, der konservative Abgeordnete im Unterhaus **Anthony Beaumont-Dark** aber meinte: „Die lebenslängliche Verurteilung war die richtige Abschreckung."

ZU GUTER LETZT

„Alle stehenden Gewässer unterliegen einem natürlichen Reifungsprozeß, der durch menschliche Einwirkungen noch beschleunigt werden kann. Sie alle werden wieder zu festem Land." (Aus der Antwort des Berliner Senators für Umweltschutz Professor Jürgen Starnick auf eine SPD-Anfrage)